

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

3/4
2013

DIE KAMPFZONE AUSWEITEN CORINNA TROGISCH | DIETER KLEIN | ARMANDO FERNÁNDEZ STEINKO | ANANNYA BHATTACHARJEE | LENA ZIYAL | ASEF BAYAT | SARAH BORMANN | ANDREW HEROD | GÖRAN THERBORN | RODRIGO NUNES | NICOLE MAYER-AHUJA U.A.

LUX GOES COMMONS

Dominic Robinson/flickr

Ab 2014 ist die LuXemburg kostenlos.

DIE KAMPFZONE AUSWEITEN

»Die Verknüpfung der vielfältigen Bewegungen zu einem synergetischen Ganzen ist die entscheidende politische, nicht organisatorische Frage unserer Zeit. Und sie stellt sich nicht nur auf transnationaler, sondern auch auf lokaler Ebene.«

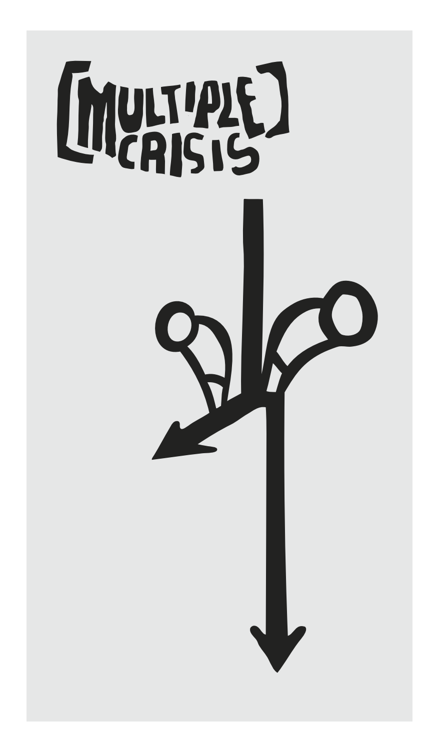
Christos Giovanopoulos, Solidarity4all, Griechenland

ÜBER GRENZEN
Gespräch über lokale Kämpfe und transnationale Perspektiven
Mit AktivistInnen aus Spanien, Griechenland, Portugal und Italien

ÜBER BETRIEBE
Warum sich ver.di für die Telekom-Beschäftigten in den USA stark macht
Von Sarah Bormann

ÜBER PARTEI
Wie die Bedingungen einer linken Alternative in Deutschland aussehen
Von Alex Demirović

SCHWERPUNKT: DIE KAMPFZONE AUSWEITEN



ÜBER GRENZEN

10 Wo bitte geht's zum Winterpalast?
Wie sich die Demokratiebewegungen transnational vernetzen und dabei strategisch neu ausrichten
Von Mario Candeias

22 INTERVIEW: Europa von unten
Gespräch über lokale Kämpfe und transnationale Perspektiven
Mit AktivistInnen aus Spanien, Griechenland, Portugal und Italien

34 Dictionary of a Common Visual Language
Wie die Anliegen der neuen Demokratiebewegungen aussehen
Von Lena Ziyal

42 Ein mediterraner Block?
Wie Südeuropa gemeinsam aus der Krise finden könnte
Von Armando Fernández Steinko

48 INTERVIEW: Die Macht zurückholen
Gespräch über eine neue zivilgesellschaftliche Struktur in Spanien
Mit Manuel Monereo

54 Den Betrieb übernommen, und jetzt?
Warum die Produkte der griechischen Kooperative VIO.ME keine gewöhnlichen Reinigungsmittel sind
Von Anna Dohm und John Malamatinas

58 Drei Thesen zur Organisierungsfrage
Warum die Polarisierung von neuen Bewegungen und traditioneller Organisierung nicht aufgeht
Von Rodrigo Nunes

66 INTERVIEW: Leben als Politik
Gespräch über den politischen Charakter der Alltagspraxen von Subalternen in Ägypten
Mit Asef Bayat

72 Kämpfe an der Krisenfront
Warum Occupy-USA zwar von den Plätzen, aber nicht von der Bildfläche verschwunden ist
Von Robert Ogman



80 Von der Überschuldung zur Entschuldung
Wie eine Stadt in Kalifornien Banken enteignet
Von Peter Dreier

90 Die Tanten von Gezi
Warum die AKP auch über Verschiebungen in den Geschlechterverhältnissen stolpert
Von Corinna Eleonore Trogisch

98 Fragile Balanceakte
Warum afrikanisch-europäische Kooperation auf Augenhöhe gar nicht so einfach ist
Von Olaf Bernau

104 Beyond Aid
Warum Solidarität die bessere Hilfe ist
Von Thomas Gebauer



86 FOTOSTRECKE:
Riace – Beyond Homeland
Wie das Leben in Riace aussieht und warum dies ein Vorbild für europäische Flüchtlingspolitik ist
Von Gioranna Del Sarto

SCHWERPUNKT: DIE KAMPFZONE AUSWEITEN

ÜBER BETRIEBE

108 Gewerkschaft globalisieren?
Warum Transnationalisierung nicht immer die richtige Antwort sein muss
Von Andrew Herod

116 Auf Partnersuche in China
Warum Solidarität eine jener einfachen Sachen ist, die schwer zu machen sind
Von Bodo Zeuner

124 »We expect better«
Von Sarah Bormann

134 Verhandelte Solidarität
Was europäische Betriebsratsarbeit leisten kann
Von Nina Knirsch

142 Die Daimler-Koordination
Was aus einem Internationalismus-Projekt in der IG Metall alles geworden ist
Von Heiner Köhnen

148 INTERVIEW: Arbeit, Gesundheit, Leben
Gespräch über Solidarität und transnationales Lernen
Mit Mara Lira

152 Widersprüchliche Konstellationen
Warum Nord-Süd-Kooperationen nur die halbe Wahrheit sind
Von Anannya Bhattacharjee

158 INTERVIEW: Gewerkschaft als soziale Bewegung
Ein Gespräch über brennende Fabriken und Klassenkampf in Pakistan
Mit Zehra Khan

162 Right2Water
Wie das erste europäische Bürgerbegehren zum Erfolg wurde
Von Pablo Sanchez

168 DEBATTE: Arbeitszeit und indirekte Steuerung
Warum Arbeitszeitverkürzung zu kurz springt
Von Eva Bockenheimer und Stephan Siemens

174 Aus dem Alltag der Erneuerung
Ein Tatsachenbericht
Von Dieter Klein

RUBRIKEN

6 ROSA-LUX KOMPAKT

ÜBER PARTEI

186 Die LINKE nun in offenem Gelände
Von Horst Kahrs

192 Vormärz oder: Was dürfen wir hoffen?
Von Alex Demirović

200 DOKU: Gramsci lesen

ÜBER KLASSEN

206 KONTROVERS: Gehört das 21. Jahrhundert der Mittelklasse?
Mit Therborn, Mayer-Ahuja, Vester, Peter, Kurz-Scherf

216 Für eine feministische Kritik der Bioökonomie
Von Susanne Lettow

222 Grünes Kapital und Energiedemokratie in Europa
Von Tobias Haas und Hendrik Sander

228 Leugnen und Spalten. Ein Jahr nach Marikana
Von Peter Alexander

240 IMPRESSUM

LUXEMBURG ONLINE

INTERVIEW: »Es gibt keine Alternative zur Organisierung«
Mit Chema Ruíz

Die LINKE als »gesellschaftliche Partei«
Von Christina Kaindl

Partei werden?!
Von Florian Becker

GESPRÄCH: Es reicht – Strategien für Umverteilung
Mit Ueli Mäder, Mechthild Schrooten, Bernd Riexinger

Klassenverhältnisse im digitalen Zeitalter
Von Ursula Huws

Plan C in Ecuador: Umverteilen statt Rohstoffe abbauen
Von Pablo José Iturralde



132 FOTOSTRECKE: Gesichter der Krise
Wie Betroffene der geplatzten Immobilienblase sich gegen Zwangsräumungen wehren und dabei neue gesellschaftlichen Allianzen schmieden
Von Oriana Eliçabe

ROSA-LUX KOMPAKT

MIT WEM?

WIEVIEL IST GENUG?
LUXEMBURG LECTURE MIT ROBERT SKIDELSKY UND KATJA KIPPING

Wie können Ausstiege aus dem Kapitalismus und Übergänge in eine Gesellschaft des Genug und der Muße aussehen? Wie wir vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens kommen, diskutierte Sir Robert Skidelsky, Autor des Buches »Wieviel ist genug?« mit der Parteivorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping.

Video-Dokumentation:
www.rosalux.de/event/49275

IM SCHATTEN DER SPIELE
FUSSBALL-WM IN BRASILIEN: VERTREIBUNG, VERDRÄNGUNG, WIDERSTAND

2014, das Jahr der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien, wirft seine Schatten voraus. Während sich hunderte Millionen ZuschauerInnen weltweit auf die Spiele freuen, droht in Brasilien Tausenden die Zwangsräumung für die Bauvorhaben. Im ganzen Land leisten Menschen Widerstand gegen die Verdrängung. Welche Strategien sie entwickeln, diskutierten Cláudia Fávaro vom Comité Popular da Copa aus Porto Alegre und Thomas Fatheuer vom FDCL auf einer Veranstaltung von RLS und den Lateinamerikanachrichten im Oktober in Berlin.

Dossier unter:
www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/4597.html

HISTORY IS UNWRITTEN
SYMPOSIUM ZU LINKER GESCHICHTSPOLITIK

Der Blick der Geschichtswissenschaft ist zunächst in die Vergangenheit gerichtet. Kann er auch eine kritische Perspektive auf die Gegenwart ermöglichen? Dieser Frage widmete sich eine Veranstaltung der RLS in Kooperation mit dem AutorInnenkollektiv Loukanikos und anderen.

Dokumentation:
www.rosalux.de/event/49604

GELD
MARX-HERBSTSCHULE

Geld regiert die Welt und Zeit ist Geld, weiß der Alltagsverstand. Aber was ist Geld? Während es für einige Ökonomen bis heute »das letzte Rätsel der Nationalökonomie« (Hajo Riese) darstellt, behauptet Karl Marx, das Rätsel gelöst zu haben: Mit dem Geld, schrieb er, trägt man den sozialen Zusammenhang in der Hosentasche mit sich herum. Was das genau heißt, war Thema der 6. Marx-Herbstschule der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zusammenarbeit mit Top B3rlin und dem Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition.

Audio-Dokumentation:
www.rosalux.de/documentation/49150

BLOCKUPY!
EUROPÄISCHE AKTIONSKONFERENZ

Auch für 2014 sind wieder Blockupy-Aktionstage geplant, dieses Mal zur Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank. Die Aktionskonferenz hatte ein doppeltes Ziel: eine strategische Debatte über Gemeinsamkeiten, Differenzen und Leerstellen in den europäischen Kämpfen und eine Verständigung darüber, wie Blockupy 2014 ein Kristallisationspunkt des transnationalen Widerstands gegen die Troika und die herrschende Krisenregulierung werden kann.





Dokumentation:
www.blockupy-frankfurt.org

WER SCHREIBT?

DAS MORGEN TANZT IM HEUTE
TRANSFORMATION IM KAPITALISMUS UND ÜBER IHN HINAUS

Wie die drohende Klimakatastrophe und andere drängende Probleme innerhalb des heutigen Kapitalismus angehen und gleichzeitig einen Weg über ihn hinaus weisen? Die Antwort heißt »doppelte Transformation«. Dieter Klein, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, zeigt, wie sich postneoliberale Reformen im Hier und Jetzt anstoßen lassen und zugleich Elemente und Praxen, in denen sich ein Überschreiten bisheriger Reformhorizonte ankündigt, entfaltet werden können. Systeminterne Transformation und systemsprengende Große Transformation erfahren eine Verschränkung. Was sind die Leitideen und was der strategische politische Gewinn?
Erschienen bei VSA-Verlag

E-Book kostenfrei:
www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/VSA_Klein_Das_Morgen.pdf

WAS KOMMT?

BEYOND AID
INTERNATIONALE KONFERENZ 20.–22. FEBRUAR 2014, FRANKFURT/M

»Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade.« Dieses Pestalozzi zugeschriebene Diktum steht Pate bei der Konferenz »Beyond Aid: Von Wohltätigkeit zur Solidarität«, die von medico international in Kooperation mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wird. Mit internationalen Gästen wird es um die Frage gehen, wie solidarische Kooperationen aussehen können, die die gesellschaftlichen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit angehen: Bekämpfung von Ungleichheit statt »Armutsreduzierung«.

Informationen:
http://www.medico.de/service/termine/detail/382/

HER MIT DEM GUTEN LEBEN – FÜR ALLE WELTWEIT!
AKTIONSKONFERENZ CARE REVOLUTION 14.–16. MÄRZ 2014

Viele setzen sich in den letzten Jahren für Veränderungen ein, im Bereich Gesundheit und Bildung, Kinderbetreuung und Pflege, in Auseinandersetzungen um bezahlbaren Wohnraum, gegen Armut, für Zeitsouveränität und Freiräume. Bislang bleiben diese Kämpfen und Debatten oft unverbunden. Zusammen mit dem AK Reproduktion und dem Feministischen Institut Hamburg organisiert die RLS im Frühjahr 2014 eine Aktionskonferenz »Care Revolution«. Dort wird es darum gehen, wie sich die individuellen und kollektiven Anstrengungen in diesen Bereichen als gemeinsame denken lassen, und wie wir sie zum Ausgangspunkt unseres politischen Handelns nehmen können, um der dominanten Krisenpolitik etwas entgegenzusetzen.

Information:
http://care-revolution.site36.net/netzwerk/
http://www.rosalux.de/event/49691

MIT WEM?

STUDIE ZU GEWERKSCHAFTEN IN DEN BRICS-STAATEN

Die sogenannten BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika verbindet nicht nur ein starkes Wirtschaftswachstum, zunehmend kooperieren sie auch auf verschiedenen Ebenen. Welche Rolle Gewerkschaften in diesem Prozess spielen (könnten), untersuchte eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Studie von LabourNet Germany. Interviewt wurden AktivistInnen der jeweiligen Gewerkschaftsbewegungen über ihre (trans)lokalen Auseinandersetzungen und Strategien.

Download:
www.labournet.de/internationales/brasilien/gewerkschaften-brasilien/die-rolle-der-gewerkschaften-in-den-bricsit-staaten

MIT WEM?

IN SACHEN PERLFLUSS-DELTA UND STAATSHAUSHALT: JÖRG HUFFSCHMID-PREIS 2013 AN FLORIAN BUTOLLO UND INGO STÜTZLE VERLIEHEN

In Gedenken an Jörg Huffschmid wird alle zwei Jahre ein Preis verliehen, um das wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Engagement des 2009 verstorbenen Ökonomen zu würdigen. Huffschmid hatte 1975 die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (»Memo-Gruppe«) mit ins Leben gerufen, gehörte 1995 zu den Mitgründern der Europäischen Memorandum-Gruppe und ab 2002 zum Wissenschaftlichen Beirat von Attac. In der Rosa-Luxemburg-Stiftung war er Vertrauensdozent und ebenfalls Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats.

Seit 2011 vergeben diese vier Instutionen zu seinen Ehren einen mit 2000 Euro dotierte Preis. Im ersten Jahr ging er an Nicola Liebert für ihre Arbeit »Determinanten einer nachhaltigen Steuerpolitik im Kontext der Globalisierung«.

2013 bilden den wissenschaftlichen Beirat des Jörg-Huffschmid-Preises Claudia von Braunmühl, Heide Gerstenberger, Peter Herrmann, Nicola Liebert, Birgit Mahnkopf, Gunter Quaißer, Rainer Rilling, Diana Wehlau, die EuroMemo Group, sowie beratend Bärbel Rompeltien.

Sie vergaben den Preis an Florian Butollo und Ingo Stützle. Wir dokumentieren eine Zusammenfassung der von Birgit Mahnkopf und Peter Herrmann bei der Verleihung gehaltenen Laudatien.

Die vollständigen Reden finden sich auf:
LUXEMBURG-ONLINE: WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE



Blaine O'Neill/flickr

BIRGIT MAHNKOPF
LAUDATIO ZU FLORIAN BUTOLLO

Nach einem Studium der Neueren Geschichte, Soziologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Ethnologie in München und in Berlin begann Florian Butollo 2010 seine – von der RLS finanziell unterstützte – Promotion. Politisch hat er sich in der Anti-Kriegs-Arbeit von ATTAC engagiert und war Koordinator des G8-Alternativgipfels in Rostock. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der WASG wie der Partei DIE LINKE. Seit er seinen Wohnsitz nach Portugal verlagert hat, arbeitet er beim *Bloco de Esquerda* mit. Seine Promotionsschrift *The End of Cheap Labour in China? Social Impact of Industrial Upgrading in the LED Industry and Textile and Garment Industry of the Pearl River Delta* fragt, wie die Transformation des exportgetriebenen Modells »extensiver Akkumulation« in China unter den Bedingungen sinkender Wachstumsraten aufrechterhalten werden kann. Sie untersucht, ob das industrielle Upgrading, das sich in Teilbereichen der chinesischen Industrie beobachten lässt, auch von Prozessen des »sozialen Upgrading« begleitet wird. Überprüft wird dies auf der Basis des »Global-value-chain-Ansatzes«. Butollos Studien nehmen sowohl Unternehmen der chinesischen Leuchtmittelindustrie in den Blick, die zu den »neuen strategischen Branchen« zählen, als auch Teile der wichtigsten »alten« Industrien des chinesischen Wirtschaftswunders, die Textil- und Bekleidungsindustrie im Perlfluss-Delta.

Er resümiert: Auch wenn in beiden Sektoren der chinesischen Exportindustrie mehr und mehr wertschöpfende Funktionen (etwa F&E oder das Marketing) mit arbeitsintensiven Produktionsabschnitten integriert werden und die Zahl höher qualifizierter Arbeitskräfte wächst, so scheinen diese Prozesse keineswegs mit einer qualitativen Verbesserung der Ausbildung, der Arbeitsbedingungen und der Entgeltstrukturen einher zu gehen. Ein starkes »soziales Upgrading« sei ausgeblieben.

PETER HERRMANN
LAUDATIO ZU INGO STÜTZLE

Ingo Stützle hat mit seiner 2012 an der Universität Marburg verteidigten Arbeit »Der ausgeglichene Staatshaushalt als Paradigma und politisches Projekt. Von der Monetären Integration zur Eurokrise« eine Analyse der langfristigen Entwicklung der sogenannten EU-Integration vorgelegt. Sein Ansatz: »Auf europäischer Ebene findet eine doppelte Bewegung statt. Zum einen nimmt der Staat Interessen des global operierenden Kapitals war, der Staat internationalisiert sich ›von innen‹. Entgegen überkommener Vorstellung ist eine Internationalisierung und Europäisierung von kapitalistischer Produktion kein Prozess, der von ›außen‹ auf die Staaten einwirkt oder sie gar bedroht. Vielmehr schreiben sich, Poulantzas' Konzeptualisierung folgend, die global oder europäisch ausgerichteten Kapitalfraktionen selbst in die jeweiligen Nationalstaaten ein.«

Konkret bedeutet dies eine Balancierung und Neujustierung der hegemonialen Kräfteverhältnisse zwischen den Hauptkräften Deutschland und Frankreich und zugleich eine Staatenbildung Europas. Denn sowenig die EU bisher eindeutig ein Staat im eigentlichen Sinne ist, so wichtig ist doch anzuerkennen, dass dieses Gebilde weit über die gängigen Institutionsmuster hinausgeht. Der »Ausgeglichene Staatshaushalt« bildete sich dabei als historisches Paradigma heraus und verdichtete sich als hegemoniefähiges europäisiertes politisches Projekt. Die EU war in dem ganzen Prozess Akteur.

Die Analyse Stützles soll ermöglichen, zu einer Integration zu gelangen, die nicht nur eingreifend und steuernd ist, sondern diese Steuerungsmöglichkeiten im Interesse der Bevölkerung mit dem Ziel eines sozialen Europas nutzt.

Die Promotion ist leicht überarbeitet und aktualisiert unter dem Titel »Austerität als politisches Projekt« im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen.

»WO BITTE GEHT'S ZUM WINTERPALAST?«[1]

TRANSNATIONALE RESONANZEN UND BLOCKIERTE TRANSFORMATION

MARIO CANDEIAS

Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (vgl. *LuXemburg* 2/2011) hat seit 2011 auch in Europa und den USA, Chile, der Türkei und Brasilien mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« ein transnationaler Bewegungszyklus eingesetzt, getragen von einem urbanen Prekariat, das besser ausgebildet ist denn je. Immer wieder öffnen sich Räume für Protest und Organisierung. Immer wieder erzeugen Ereignisse an einem Ort Resonanzen an anderen, werden Bezüge über nationale Grenzen hinweg hergestellt und Solidarität praktiziert. Zuletzt fast zeitgleich in Athen (vgl. Völpel 2013), in Istanbuls Gezi-Park (vgl. Tugal in *LuXemburg Online*, Juli 2013) und São Paulo (Richmond 2013; Dilger 2013).

Die erste Konjunktur dieses Protestzyklus hat Enormes geleistet (vgl. Candeias/Völpel 2013) und sich doch erschöpft. Die mit ihr verbundene gesellschaftliche Mobilisierung verpufft, steht überall vor einer blockierten Transformation. Die herrschenden Gruppen und Regierungen setzen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Sie stützen sich auf ihre strukturelle, transnationale Macht. Die breiten und bunten Ströme zivilgesellschaftlicher Organisierung erreichen die »soliden Institutionen« der Herrschaft nicht (Porcaro in *LuXemburg* 1/2013, 137). Die Form der Organisierung konnte nicht auf Dauer gestellt werden, zentrale Camps wurden geräumt, von New York über Madrid bis Kairo und Istanbul. Die strukturelle Schwäche der Bewegungen ist: »Plätze erobern, aber sie nicht halten können.« (Kastner 2012, 81) In keinem Fall war damit aber die Bewegung am Ende. Angesichts der widrigen Bedingungen und übermächtigen Gegner wäre dies zu erwarten gewesen. Das Überraschende ist, dass sie überdauern, sich reorganisieren. Doch sie müssen sich auch strategisch reorientieren – mit Blick auf die »Hauptquartiere« der Macht (Porcaro, a.a.O.).

MOLEKULARE ORGANISIERUNG

Mit der Schwäche internationaler Organisationen und transnationaler Treffen der Mächtigen von WTO bis G8 erschöpfte sich auch die globalisierungskritische Bewegung und mit ihr die Praxis des symbolischen Widerstands von Gipfel zu Gipfel. Auch die bunten Treffen des Austausches auf den Sozialforen bieten wenig Perspektive – frühzeitig scheiterte das Sozialforum in Deutschland, später das in Europa und auch das Weltsozialforum schaffte bislang keine Erneuerung. Die neuen Bewegungen sind dort kaum präsent, eine Verknüpfung der Diskurse einer globalen Linken mit denen der jeweiligen Gastgeberländer bleibt ungenügend. Im Angesicht der Krise des Neoliberalismus herrscht strategische Ratlosigkeit: Wie kann durchgesetzt werden, was auf den Foren diskutiert und als verbindende Position zumindest in Ansätzen erfahrbar wird?

Als der globalisierungskritische Bewegungszyklus um den Planeten ging, von Seattle über Genua nach Barcelona, konnten Hunderttausende die Erfahrung machen, Teil einer transnationalen Bewegung zu sein. Der Zyklus der neuen (Demokratie-)Bewegungen wiederholt unter veränderten Bedingungen eine transnationale Ansteckung, erzeugt Widerhall in unterschiedlichen Kontexten. Die neuen (Demokratie-)Bewegungen sind selbst kaum international organisiert, sie vernetzen sich weniger direkt als über transnationale Resonanzen. Die Mobilisierung basiert auf lokalen Besonderheiten. Vor Ort sind die Bewegungen oft gut organisiert und in vielen Ländern über linke Kreise hinaus in der Bevölkerung verankert. Sie lernen transnational, verweisen aufeinander, nutzen dieselben Symbole und Methodologien – aber jeweils den lokalen Anforderungen und der Zeit angepasst. Emblematisch spiegelte sich dies in den Camps und ihren direktdemokratischen Vergesellschaftungsformen.

MARIO CANDEIAS ist Mitbegründer und Redakteur dieser Zeitschrift. Als Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt ihn nicht nur die organische Krise des neoliberalen Hightech-Kapitalismus, sondern auch dessen transnationale Protestbewegungen.

Im Reden über die neuen (Demokratie-)Bewegungen richtet sich der Blick jedoch häufig nur auf die Plätze und Camps, auf den »Erscheinungsraum« (Rehmann 2012, 901).[2] Weniger Beachtung findet das »rhizomatische Netzwerk« (ebd.), das Feld lebendiger Beziehungen zwischen den Plätzen und anderen Organisationen, die dem Erscheinungsraum erst seine Bedeutung zuweisen, weil hier seine gesellschaftliche Wirkung (über den engen Zirkel beteiligter Personen hinaus) deutlich wird.

Organische Kooperationen ermöglichen es ihnen, sich ›soziologisch‹ über ihr eigenes Milieu des Prekariats mit guter Ausbildung und ›geografisch‹ über die urbanen Zentren hinaus auszuweiten (Rehmann 2012, 902). *Organisch* sind die Kooperationen, weil es sich nicht um taktische oder strategische Bündnisse bereits

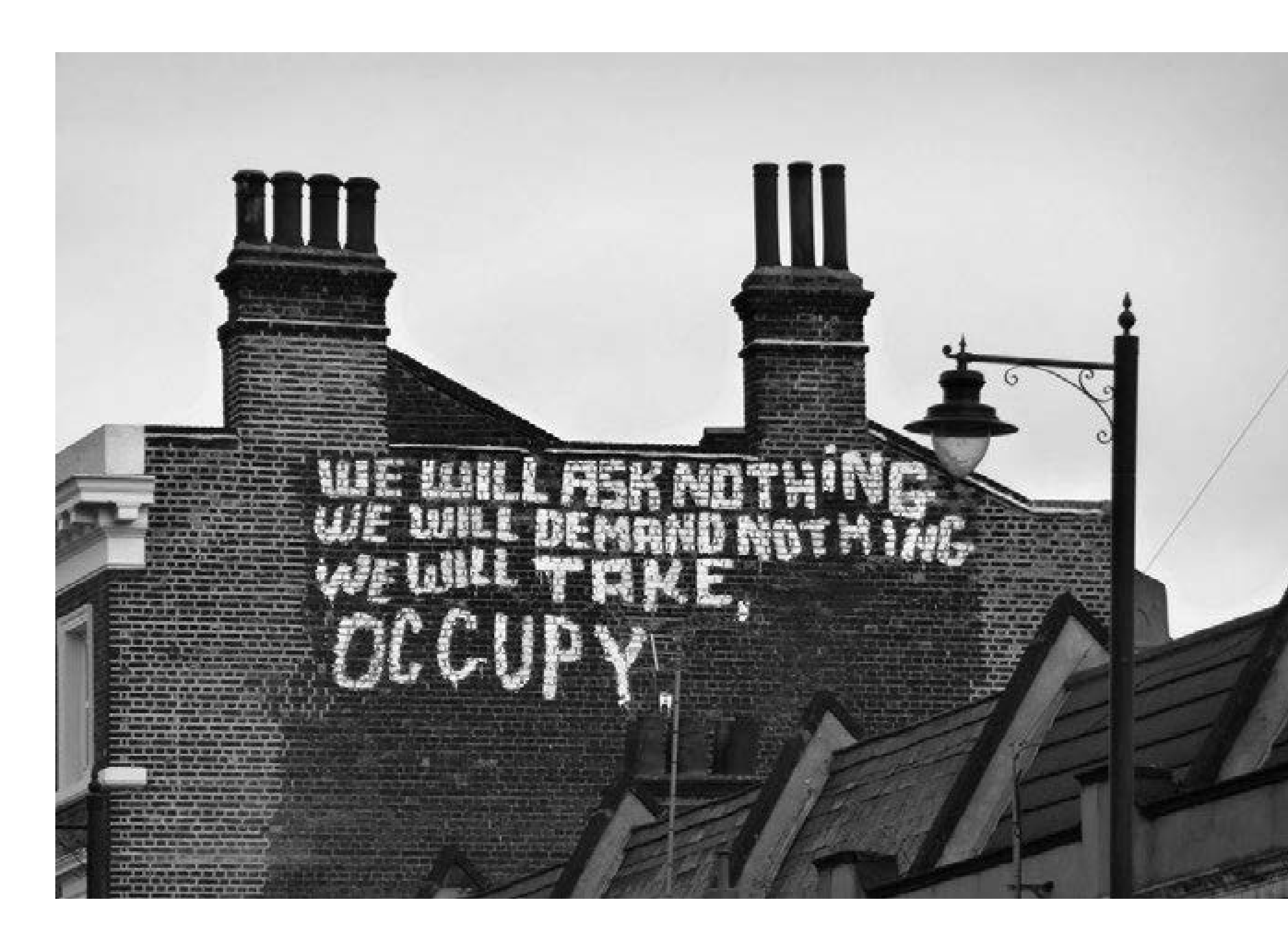
bestehender Bewegungen oder Organisationen handelt, sondern um einen offenen Formierungsprozess: Die politische Handlungsfähigkeit aller Beteiligten kann hier potenziell gestärkt, spezifische Interessen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden. Dies ist auch deshalb möglich, weil lokale Initiativen, linke Gruppen und gewerkschaftliche Basisorganisationen von Beginn an Teil der Bewegung waren. Zugleich hat der Prozess zur Neubelebung und Reorientierung existierender Organisierungen geführt: von den alten linken Bewegungen über Gewerkschaften bis zu Linksparteien. Die »Generation Tahrir« trifft auf die »Generation Seattle« (Antenas/Vivas 2011, 19) sowie auf die Generation der alten ›neuen sozialen Bewegungen‹ und der Arbeiterbewegung. Die Mobilisierung geht quer durch die Generationen.

Eine Trennung der unterschiedlichen Gruppierungen scheint kaum noch sinnvoll: Millionen, die bisher nicht politisiert waren oder von politischer Arbeit nichts erwarteten, engagieren sich, protestieren, leisten Widerstand. Dies hat eine enorme Dynamik ausgelöst: eine *gesellschaftliche Mobilisierung*.

Diese an unzähligen Orten zugleich stattfindende *molekulare* Organisierung hat kein Zentrum, sie baut auf vermittelnde Strukturen. Dies ermöglichte nach der Räumung der Plätze einen Strategiewechsel, der (zunächst) das Überleben sicherte: Die Bewegung streute in die Viertel ohne zu zerstreuen (vgl. Ogmann in diesem Heft). »Interbarrio«-Kommissionen (nicht nur in Spanien) und andere – auch internetgestützte – Vermittlungsglieder koordinieren die lokalen mit themenspezifischen Gruppen und anderen Initiativen. Auf unzähligen Asambleas wird sich ausgetauscht, die Aktionen sind mit den Massendemonstrationen und Generalstreiks abgestimmt. Doch bleibt es unfassbar schwierig, die Mobilisierung aufrecht zu erhalten. Sie zerschellt an den Bastionen der (transnationalisierten) Macht. Teile der Bewegung zerstreuen sich wieder, übergreifende Zusammenhänge zerreißen, z.B. Occupy Wall Street in den USA. Überall stellen sich neue strategische Aufgaben:

BLOCKIERTE ARABELLION

Der »Sturm auf das Winterpalais« war in Nordafrika möglich und erfolgreich (vgl. *LuXemburg* 2/2011). Doch bekanntermaßen brachte die Revolution in Tunesien jene an die Macht, die nicht Teil der Revolution waren: die islamisch orientierten Kräfte. Bislang konnten weder die Gewerkschaften, die alten linken oder liberalen Organisationen, noch die Vielzahl neuer Netze eine organisatorische Antwort auf die Macht der islamischen Partei Ennahda formulieren. Wie ist jenseits bestimmter urbaner Gruppen die Mehrheit im ländlichen Raum zu erreichen und in ein alternatives Projekt einzubeziehen? Die Polarisierung zwischen ›Islamisten‹ und ›Säkularisten‹ verstellt den Blick auf die sozialen Fragen, auf Armut und Perspektivlosigkeit, die doch der Auslöser der Revolution waren. Oppositionelle wie der Linke Mohamed Brahmi fallen



elentari86/flickr

politischen Morden zum Opfer, die Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung ist ausgesetzt. Der Oppositionszusammenschluss der Nationalen Heilsfront kritisiert Misswirtschaft und Stillstand und drängt die Regierung zum Rücktritt. Die einflussreichen Gewerkschaften der UGTT versuchen zu vermitteln, Neuwahlen zum Jahreswechsel sind vereinbart. Fraglich ist, ob die Opposition eine Mehrheit erringen kann.

Ähnliche Probleme stellen sich in Ägypten. Hier trieb die Polarisierung angesichts des Autoritarismus der Regierung Mursi eine Reorganisation der Revolutionsbewegung voran, allerdings *ohne* dass die ungelösten Fragen von Armut und Existenznöten untergepflügt wurden. Die Tamerod(Rebellions)-Bewegung hat die oppositionellen Kräfte angesichts der Selbstlähmung des Bündnisses von linken und liberalen Gruppen und Parteien neu mobilisiert. Monatelange beeindruckende Aktivitäten und Organisationsprozesse gipfelten in einer Demonstration der Stärke am 30. Juni 2013, die »jede herrschende Klasse in Angst versetzen würde« (Savran 2013). Mit dem Putsch gegen den formal-demokratisch gewählten (nach 30 Jahren Diktatur

keine Kleinigkeit), religiös-orientierten Präsidenten Mursi hat die Armee unter Al-Sisi nicht nur einen möglichen Bürgerkrieg verhindert, sondern auch den drohenden Fortgang der 2011 begonnenen Revolution. Eine weitere Zuspitzung hätte nicht nur Neuwahlen und den Sieg der Opposition mit sich bringen können, sondern auch die Infragestellung der politischen und ökonomischen Macht des Militärs.

Doch der »Bonapartistische Coup« (ebd.) wurde von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt, weil der gemeinsame ›islamistische‹ Gegner geschlagen wurde. Erwarteten sie, dass ein Schlag gegen die reaktionären religiösen Kräfte, gegen einen »Hauptfeind der Revolution« (Al-Chamissi 2013) diese stützt? Bereits während der kurzen Zeit der Mursi-Regierung konnte das Militär sein Ansehen als Hüter der Nation verbessern und gewann mit dem Coup zunächst weiter an Glaubwürdigkeit – »Armee und Volk, Hand in Hand«, riefen viele wieder. Die brutale Härte und mehr als Tausend Tote enthüllen jedoch den autoritären Charakter. Die Notstandsgesetze, gegen die die Revolution 2011 u.a. antrat, sind wieder in Kraft. Tatsächlich richtete sich der Coup eben auch gegen die Ziele der Revolution, orientiert auf eine restaurierte zivil-militärische Herrschaft. Al-Sisi zielt offenbar weniger auf eine vermittelnde oder hütende Rolle des Militärs im demokratischen Spiel als auf die Übernahme der Macht durch einen reorganisierten zivilen Arm des Militärs mit ihm selbst an der Spitze (Herrmann 2013). Ideologisch könnte dies auf einem Neo-Nasserismus aufbauen, der die Liberalen um El-Baradei wie die Linken um Hamdeen Sabahi integriert[4] – freilich ohne die panarabische und sozialistische Orientierung des alten Nasserismus. Damit sind die revolutionären Kräfte derzeit eingemauert zwischen den islamischen Massenbewegungen und einer erneuerten militärisch-basierten Herrschaft. Protest ist angesichts der staatlichen Repression und Ausgangssperren erschwert, die Gesellschaft tief gespalten. Aber auch das Lager der Revolutionäre ist gespalten: Während etwa die Bewegung des 6. April die Gewalt verurteilt und die Revolution als gefährdet betrachtet, stützen Teile der Tamarod-Bewegung Al-Sisi und verteidigen etwa die Verurteilung von Zivilisten durch Militärgerichte. Zu hoffen ist, dass Sungur Savran recht behält: Die Revolutionäre und große Teile der Bevölkerung seien »voller Selbstbewusstsein und Glauben an ihre Stärke« (2013). Sie stehen vor der dritten Etappe der Revolution, einer erneuten Reorganisierung der Kräfte.

SCHWIERIGKEITEN DER NEUFORMIERUNG

Auch in Istanbul entzündete sich der Protest gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft der Regierungspartei AKP an einem vermeintlich unscheinbaren Gegenstand, dem Fällen von fünf Bäumen zum Zwecke der Bebauung des Gezi-Parks auf dem zentralen Taksim-Platz. Auch OccupyGezi war nur ein leerer Signifikant, in dem sich ein schleichendes Unbehagen und manifeste Unzufriedenheit ausdrücken konnten,

inspiriert von den Platzbesetzungen in aller Welt. Auch hier waren es nicht die ›üblichen Verdächtigen‹, sondern ein urbanes Prekariat, das allerdings schnell Unterstützung aller Generationen erhielt (vgl. Trogisch in diesem Heft). Erstaunlich war die Präsenz Älterer bei den Demonstrationen, vor allem aber bei der Versorgung der Protestierenden. Auch hier entwickelte sich der Platz zu einer Begegnungsstätte zuvor isolierter Gruppen und krasser kultureller Differenzen: unorganisiertes subkulturelles ›postpolitisches‹ Milieu und organisierte Splitter-Kadergruppen, LGBT-AktivistInnen und alte Linke, AnhängerInnen der kemalistischen CHP und die »antikapitalistischen Muslime«, um nur einige zu nennen. Der Protest verbreitete sich auch dank der überharten Repression in kürzester Zeit. In den zehn Tagen des Widerstands fanden in 77 Städten Demonstrationen und Platzbesetzungen statt, Millionen Menschen unterstützten sie. Die Ereignisse waren auch ein Weckruf für die oppositionellen Parteien, v.a. die kemalistische CHP und die links-kurdische BDP.

Die Plätze wurden – wie überall – geräumt, Demonstrationen unterdrückt. Wieder streute die Mobilisierung in die Viertel. Der Protest wurde in den Alltag verlagert, z.B. mit oppositionellem Fastenbrechen auf der Straße, Cocktails gegen Erdogan (und das öffentliche Alkoholverbot), originellen Kundgebungen, einer Explosion der Street Art oder auch einer Hochzeit mit Gasmasken im Gezi-Park.

Die Foren in den Parks und den sozialen Netzwerken dienen zur Debatte über eine Reorientierung: Wie ist angesichts einer in großen Teilen der Bevölkerung (nicht zuletzt auf dem Land) fest verankerten Regierung das Bewegungsmoment aufrecht zu erhalten? Wie lässt es sich transformieren? Manche träumen von der Gründung einer neuen Partei – sicher ein übereilter Schritt angesichts der Heterogenität. Vielversprechender ist die Orientierung auf die anstehenden Kommunalwahlen. Unterschiedliche Kräfte sondieren hier, ob ein gemeinsames Vorgehen denkbar ist. Viel wird davon abhängen, ob die Begegnungen auch neue Bündnisse ermöglichen: Entscheidend ist dabei das künftige Verhältnis zwischen den immer noch stramm nationalistischen Kemalisten und der kurdischen Bewegung als den beiden zahlenmäßig stärksten oppositionellen Kräften. Vielleicht gelingt es dank des Gezi-Moments, Absprachen für die Kandidatenaufstellung in den Vierteln zu treffen. Vielleicht hat der beliebte Linke, Sırrı Süreyya Önder von der BDP, so Chancen auf den Sieg der Bürgermeisterwahlen in Istanbul.

Abdullah Öcalan, immer noch ein zentraler Orientierungspunkt der kurdischen Bewegung, empfiehlt dieser, sich der Protestbewegung gegenüber zu öffnen und über die Auflösung der alten Parteistruktur nachzudenken. Stattdessen solle sie sich in der Neuformierung der Linken engagieren. Dafür steht der Versuch zur Bildung einer übergreifenden linken Plattform HDK, Halklarin Demokratik Kongresi (*Demokratischer Kongress der Völker*), die neben der BDP 15 weitere Parteien und Organisationen

umfasst. Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits vor zwei Jahren unternommen, unter der Dynamik der Proteste haben sich möglicherweise die Bedingungen verbessert. Die HDK müsste jedoch nicht nur die Zersplitterung der politischen Linken überwinden, sondern die Interessen und Politikformen der Protestbewegung organisch integrieren, sich also nicht als Stellvertreter der Bewegung verstehen, sondern als ein Ort ihrer Organisierung, ihr institutionelles Rückgrat, eng verknüpft mit den öffentlichen Foren. Um an den Kommunalwahlen teilzunehmen, gründete die HDK eine Partei, die HDP, die es ihr ermöglicht, ihren Plattformcharakter zu erhalten, während die HDP im Westen des Landes und die BDP im Osten KandidatInnen für die Wahl aufstellen kann. Um die Hauptquartiere geht es hier nicht, eher darum, überhaupt wieder institutionelle Anker in den Kommunen zurück zu gewinnen.

DIE EMPÖRUNG VERPUFFT

Ob in Spanien, Portugal oder Griechenland, das Ergebnis erfolgreicher Mobilisierung war eben auch die Wahl rechter Regierungen, die Kürzungspolitiken, Abbau von Arbeits- und Sozialrechten und Privatisierungen noch härter durchsetzen. Massenproteste sind an der Tagesordnung. An den Generalstreiks und zentralen Demonstrationen nehmen Millionen teil – in Portugal mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Darüber hinaus genießen die Proteste laut Umfragen eine enorme Zustimmung in der übrigen Bevölkerung – sie übernehmen eine (jenseits der Selbstwahrnehmung als ›horizontale‹, direkt-demokratische Zusammenkünfte) Repräsentationsfunktion, stärker als es die Parteien noch können. Auch die Zeitungen sind mehrheitlich gefüllt von der Kritik an der imperialen Unterwerfung unter die Troika, an der Unfähigkeit der eigenen Regierungen, an der himmelschreienden Korruption. Insbesondere die in Spanien regierende *Partido Popular* (Volkspartei) hat sich durch und durch in eine unvergleichliche Spendenaffäre verstrickt. Der Rückhalt der Regierung sinkt auf ein negatives Rekordniveau. In Portugal werden Kürzungsmaßnahmen vom Verfassungsgericht zurückgenommen. Die regierende rechte Koalition wird ein ums andere Mal umgebildet und müht sich ihren Zerfall zu verhindern. Selbst in Militär und Polizei mehren sich die Stimmen gegen die Regierung – Erinnerungen an die Revolution von 1974 werden wach, das alte Revolutionslied Grândola wird auf jeder Demonstration gesungen. Doch falsche Hoffnungen verbieten sich. Beide Regierungen sind stark geschwächt, schwanken, aber sie fallen nicht. Die transnationale Macht hält sie aufrecht. Ein autoritärer neoliberaler Konstitutionalismus in Europa verzichtet auf Konsensproduktion oder demokratische Standards und regiert – angesichts der vernichtenden wirtschaftlichen Ergebnisse – mit Hilfe einer zur Kompradorenbourgeoisie zurückentwickelten Klasse, die das Land im wahrsten Sinne ausverkauft.

Die Bewegungen versuchen sich zu reorientieren. Es genügt nicht mehr, die Zivilgesellschaft zu erobern, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen. Sie zielen auf einen *proceso destituyente* (destituierenden Prozess), also den Sturz der Regierung und die Auflösung des Parlaments. »Viele halten nun auch die Eroberung der institutionellen Macht wieder für wichtig. Zugleich will ein großer Teil der Bewegung weiter nichts damit zu tun haben.« (Ruiz in *LuXemburg* 1/2013, 125) Der Kampf um die ›Hauptquartiere‹ der Macht wird entscheidend sein für die Zukunft der Bewegungen.

Dabei wird in Spanien nicht so sehr auf eine Partei neuen Typs gesetzt als auf eine *Frente Civico*, eine »zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung«, die keine Regierung anzielt (vgl. Monereo u. Ruiz in diesem Heft). Entscheidend wird sein, ob die unterschiedlichen Teile und Spektren der Bewegung, die Gewerkschaften, die *Izquierda Unida* und die links-nationalistischen Regionalparteien ausreichend Verknüpfungen herstellen, um gemeinsame strategische Ziele zu erreichen. Diskutiert wird, einen Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung in Gang zu setzen, so die 15M-Bewegung in ihrem jüngsten Manifest.[5] Den politischen Formen der neuen Bewegungen für reale Demokratie entsprechend, wäre dieser Prozess mit einer horizontalen und diagonalen Beratung und Organisierung von den Vierteln und Regionen über die nationale bis vielleicht zur europäischen Ebene verbunden. Statt die Regierungsmacht zu ergreifen, zielt die gesellschaftliche Mobilisierung – die konstituierende Macht – auf die Neugründung der gesellschaftlichen Institutionen – der konstituierten Macht. Doch bislang scheint dieser Prozess nicht vom Fleck zu kommen.

In Portugal stehen Kommunalwahlen und im Juni evtl. nationale Wahlen an. Doch ist bislang unklar, was nach einem Sturz der Regierung geschehen soll. Die Kommunistische Partei, der Linksblock und die Sozialistische Partei haben keine gemeinsame Regierungsperspektive. Die zivilgesellschaftlichen Alternativprozesse sind nicht entwickelt. Es mangelt an dauerhaften Organisationsstrukturen jenseits der beeindruckenden Proteste.

DIE MACHT ERGREIFEN, OHNE DIE WELT ZU VERÄNDERN?

Auch die griechische Regierung ist geschwächt, die links-sozialdemokratische Dimar hat nach der unangekündigten Schließung des staatlichen Fernsehens und der folgenden Massenmobilisierung die Regierungskoalition verlassen. Diese hält nur noch eine hauchdünne Mehrheit im Parlament.[3] Eine neue Konjunktur der Kämpfe und Streiks sowie der ausbleibende Wirtschaftsaufschwung könnten die Regierung aus konservativer *Nea Dimokratia* (ND) und sozialdemokratischer PASOK ernsthaft in Bedrängnis bringen.



empanada_paris/flickr

Käme es über eine neue Regierungskrise zu Neuwahlen, stünde die Frage im Raum, ob es zu einer Linksregierung unter Syriza-Führung kommen könnte. Zurzeit liefern sich ND und Syriza in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Da die sozialdemokratische PASOK nur noch bei rund sieben Prozent liegt, könnte der ND ihr Koalitionspartner abhanden kommen – auch Syriza wäre allerdings auf Koalitionspartner angewiesen.

Syriza symbolisiert einen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftliche Selbstorganisierung und den Protest in die Perspektive der Machtergreifung übersetzt. Doch dürften die Handlungsspielräume innerhalb der gegebenen Institutionen mehr als gering sein: Weder der Griff der Troika noch der internationalen Finanzmärkte dürfte nachlassen – im Gegenteil. »Die Macht zu erobern, ohne die Welt zu verändern, muss scheitern, weiß Syriza sehr genau.« (Candeias in *LuXemburg* 1/2013, 146) Eine Linksregierung wäre eingezwängt zwischen dem autoritären europäischen Konstitutionalismus und einem von PASOK und ND klientilistisch besetzten büro-

kratischen Apparat. Auch müsste sie durch Maßnahmen von kapitalistischer Seite mit einer sich noch vertiefenden ökonomischen Krise rechnen. Zurückweisung und Neuverhandlung der Memoranden, Kapitalverkehrskontrollen oder die begonnene Entwicklung eines umfassenden Regierungsprogramms werden nicht ausreichen. Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine Syriza-Regierung chancenlos.

Sie müsste die Zumutung des Regierens auf der überkommenen Basis zurückweisen. Doch wie geht das? Ein soziales und ökonomisches Notprogramm müsste begleitet werden von einem Bruch, der große Teile der Bevölkerung in einen Prozess der kollektiven Reorganisation und Neugründung der Demokratie einbindet. Dies schließt eine Umgehung und Reform der klientilistisch besetzten Apparate ein. Dafür sind durch die solidarischen Hilfsnetze und Organisationsprozesse zivilgesellschaftliche Knotenpunkte geschaffen (vgl. Wainwright in *LuXemburg* 3/2012, 118ff). Ob sie für die Stützung einer Linksregierung in einer krisenhaften Übergangszeit ausreichen können, ist offen. Zudem bedürfte es einer starken internationalen Solidarisierung und ähnlicher Prozesse in anderen Ländern.

EFFEKTIVER BRUCH – AUF WELCHER EBENE?

In Europa sind die Kämpfe zurückgekehrt. Eine europäische Koordination fällt jedoch schwer. Zahlreiche Linksparteien haben ihre Solidarität mit Griechenland bekundet. Nicht zuletzt die LINKE hat sich darum erfolgreich bemüht, eine gemeinsame Positionierung der Europäischen Linken steht allerdings noch aus. Dramatisch erweist sich jedoch der Zustand der Solidarität unter europäischen Gewerkschaften (vgl. Wahl in *LuXemburg* 2/2012, 84ff; Bierbaum in 1/2013, 6ff).

Doch auch die Bewegungen der Empörten mühen sich mit einer europäischen Koordination ihrer Proteste. Ihr Kampf verbleibt oft auf nationalstaatlicher Ebene, wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Bedingungen sind von Ungleichzeitigkeiten geprägt, die Dynamiken zu unterschiedlich, die Kräfte teils zu schwach. Lernprozesse auf dem Weg hin zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg (vgl. Bernardi et al. in diesem Heft).

Was könnten Verdichtungspunkte einer transnationalen Organisierung sein? Die Eröffnung des neuen EZB-Hochhauses im Jahr 2014 und eine Neuauflage der Blockypy-Proteste in Frankfurt können wichtige symbolische Bedeutung entfalten. Schon der Prozess der Vorbereitung kann als regelmäßiger transnationaler Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen dienen. Die Orientierung auf nationale und europäische Schuldenaudits und verfassungsgebende Prozesse von unten steht bei relevanten Teilen der Bewegung weiter auf der Tagesordnung. So wichtig diese Themen sind, so sehr drehen sich die Leidenschaften der Vielen eher um die

alltagsnahen Kämpfe eines prekären Lebens, um die individuelle und soziale Reproduktion: Gesundheit, Ausbildung, Ernährung und Wohnen.

In allen Ländern spielen Kämpfe gegen Zwangsräumungen, Vertreibung und neoliberalen Stadtumbau eine entscheidende Rolle. In Spanien bilden die entsprechenden Organisationen sogar das institutionelle und strategische Rückgrat der gesamten Bewegung (vgl. Ruiz in diesem Heft). Und sie haben erste substanzielle Erfolge vorzuweisen (vgl. Candeias 2013b). Auch bei uns gehören die Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen oder Initiativen wie Kotti&Co (vgl. *LuXemburg* 4/2012, 92ff) zu den Hoffnungszeichen einer ansonsten wenig beweglichen bundesdeutschen Protestgesellschaft. Wie können die lokalen Kämpfe transnational verknüpft werden? Mit gemeinsamen Aktionstagen ist ein Anfang gemacht, jüngst mit dem Aktionstag für das Recht auf Wohnen am 19. Oktober 2013. Eine europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Zwangsräumung und Vertreibung wäre unterstützenswert. Die erste EBI gegen die Privatisierung der Wasserversorgung war erfolgreich und erzwang, dass sich die Kommission mit den Forderungen auseinandersetzen musste (vgl. Sanchez in diesem Heft). Auch die Gewerkschaften des DGB planen mit europäischen Schwesterorganisationen eine EBI für den Marshallplan für Europa (vgl. *LuXemburg* 1/2013, 48ff) anzustoßen.

Für diese Initiativen ist es von entscheidender Bedeutung, ob sie von einer organisierenden Debatte begleitet und mit dieser verknüpft werden. Andernfalls bleiben es isolierte Versuche zur Durchsetzung spezifischer Einzelforderungen. Positives Beispiel hierfür ist die Strategie der Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) in Spanien: Die Organisierung gegen Zwangsräumung betreibt sie als Arbeit an der breiten Neuformierung der Linken für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung – *transformative Organizing* im eigentlichen Sinne. Jeder konkrete Einzelerfolg ist zwar bedeutsam, verpufft jedoch, wenn er nicht zugleich die Handlungsfähigkeit der Vielen und die Organisationsmacht der Bewegung stärkt, um auch die Hauptquartiere der Macht in Europa anzuvisieren.

Zuvor bedarf es jedoch auch auf europäischer Ebene eines *de-stituierenden Prozesses*, eines effektiven Bruchs. Auf europäischer Ebene ist dieser nicht unmittelbar zu erwarten. Nicht, dass eine transnationale Organisierung nicht wünschenswert wäre, ermöglicht wird sie aber unter Umständen erst durch ein Ereignis, das in nur einem Land einen effektiven Bruch erzeugt: etwa eine Linksregierung in Griechenland, die die Kürzungspolitiken der Troika zurückweist, einen Schuldenschnitt erzwingt, Kapitalverkehrskontrollen einführt etc. Das *Opting-Out* gibt es in der EU bereits in zahlreichen Fragen, insbesondere Großbritannien macht davon extensiven Gebrauch. Das politische Risiko, gegen EU-Richtlinien zu verstoßen, ist einzugehen; andere werden folgen, dann ist auf eine Ausdehnung solcher Reformen

hinzuwirken (Husson in *LuXemburg* 2/2012, 28ff). Eine solche Perspektive stellt sich bislang realistisch jedoch nur in Griechenland. Und die Herrschenden tun alles, um diese Position zu isolieren. Angesichts des möglichen Sturzes der Regierungen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien gewinnt ein mögliches linkes Südbündnis realistische Konturen (vgl. Steinko in diesem Heft). Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern böten auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance, sich zu erneuern. Derartige national-transnationale Machtveränderungen und die Infragestellung bestehender Institutionen können verbunden mit einer breiten Mobilisierung und Organisierung in Europa neue Horizonte öffnen: um die Hauptquartiere der transnationalisierten Macht ins Wanken zu bringen. Die molekularen Organisierungen von der lokalen bis zur europäischen Ebene haben dafür zumindest eine erste Grundlage geschaffen.

LITERATUR

Al-Chaissi, Chalid, 2013: Die Masken sind gefallen, in: *FAZ.net* v. 18. August 2013

Antenas, Josep Maria und Esther Vivas, 2011: La rebelión de l@s indignad@s. Notas desde la Plaza Tahrir de Barcelona, in: C. Taibo u.a., La rebelión de los indignados. Movimiento 15M: Democracia real, ya!, Madrid, 13–20

Candeias, Mario, 2013a: Die konstituierende Macht muss organisiert werden. Gesellschaftliche Mobilisierung in Spanien, in: *Arranca* 47 [im Erscheinen]

ders., 2013b: Sí se puede (Ja, wir können es), in: *Der Freitag*, 16.9.2013

ders., und Eva Völpel, 2013: *Plätze sichern. Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaiks*, Hamburg

Dilger, Gerhard, 2013: Kein Wunder in Brasilien, in: *Le Monde Diplomatique*, Juli

Kastner, Jens, 2012: Platzverweise. Die aktuellen sozialen Bewegungen zwischen Abseits und Zentrum, in: ders. u.a., *Occupy! Die aktuellen Kämpfe um die Besetzung des Politischen*, Berlin/Wien, 50-86

Rehmann, Jan, 2012: Occupy Wall Street und die Hegemoniefrage. Eine gramscianische Analyse, in: *Das Argument* 300, 897–909

Richmond, Matthew, 2013: Brazil: The giant has awoken, in: *red pepper*, 19.6.2013, www.redpepper.org.uk/brazil-the-giant-has-awoken/?utm

Savran, Sungur, 2013: Bonapartist Coup in Egypt!, in: *The Bullet* No. 848, Socialist Project, 4.7.2013, www.socialistproject.ca/bullet/848.php

Völpel, Eva, 2013: Und sie senden wieder. Besetzter Fernsehsender in Griechenland, in: *taz*, 23.6.13

1 Ich danke Tadzio Müller für diesen Titel. Dank für Hinweise und Diskussionen gebührt auch Murat Çakir, Corinna Genschel, Kadriye Karcı, Anne Steckner, Tanja Tabbara, Corinna Trogisch u.a.

2 Etwa bei Žižek, der darin den »heiligen Geist« frühkirchlicher Gemeinden beschwört, im Sinne einer »egalitären Gemeinschaft von Gläubigen, die durch gegenseitige Liebe miteinander verbunden sind«; oder Butler, für die die »alliierten Körper« selbst den öffentlichen Raum konstituieren, der damit selbst auf den Platz reduziert wird; oder Graber, für den die unmittelbare Erfahrung direkter Demokratie und gelebter Gemeinschaft das Zentrale der Bewegung ausmachen (Zitate und Nachweise nach Rehmann 2012, 901).

3 Allerdings ist Khaled Daoud, der Sprecher der Nationalen Rettungsfront, eines Bündnisses von mehr als 35 oppositionellen Parteien und Gruppen, nach dem Massaker an Hunderten von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi zurückgetreten und distanzierte sich von der Gewalt gegen seine politischen Gegner.

4 www.cronicapopular.es/2013/02/manifiesto-15m-la-via-para-el-cambio-social/

5 Die Mehrheit wird nur noch durch die besondere Bevorzugung der größten Parlamentsfraktion durch das Wahlrecht gesichert – die Partei mit den meisten Stimmen bei der Wahl erhält zusätzlich zu den ihr prozentual zustehenden Sitzen weitere 50 Sitze extra.

INTERVIEW

EUROPA VON UNTEN

AKTIVISTINNEN AUS GRIECHENLAND, PORTUGAL, SPANIEN UND ITALIEN ÜBER LOKALE KÄMPFE UND TRANSNATIONALE PERSPEKTIVEN

Die neuen (Demokratie-)Bewegungen agieren überwiegend auf lokaler Ebene. Wären stärker transnationale Kooperationen dennoch strategisch wichtig und möglich?

CLAUDIA BERNARDI: Die Bewegungen haben in den letzten Jahren auf lokaler Ebene widerständige Praxen gegen den Biokapitalismus entwickelt. Zumeist betrachten sie den nationalstaatlichen Rahmen als zentrales Aktionsfeld in ihrem Kampf gegen die Austeritätspolitik. Diese Perspektive greift aber letztlich zu kurz: Selbst wenn die Gegenmacht stark und gut verankert ist, ist sie doch den neuen Formen der Herrschaft nicht mehr angemessen. Entscheidungen werden außerhalb des früheren Regierungsterrains getroffen, deshalb müssen auch die Bewegungen strategisch über den nationalen Raum hinaus denken und handeln. Dem systematischen Angriff auf »die 99%« in den sogenannten PIIGS-Staaten muss ein starker transnationaler Widerstand seitens der Subalternen entegegengesetzt werden. Nur so lassen sich die Kämpfe in Einklang bringen, um das Zentrum der neuen, Troika-geführten Kapitalakkumulation zu treffen. Eine solche grenzübergreifende Kooperation kann aber längst nicht nur Sache des ›Südens‹ sein. Die Spaltung zwischen einem ›guten Europa‹ im Norden und einem ›schlechten‹ im Süden gilt es dringend zu überwinden: Allerdings müssen wir diese Zusammenarbeit jenseits der paternalistischen Vorstellung denken, dass die ›armen Südeuropäer‹ Unterstützung brauchen. Lokale Organisierungen müssen mit transnationalen Projekten verbunden werden. In der Vielsprachigkeit gilt es eine gemeinsame Grammatik zu finden.

SOL TRUMBO: Ein großer Teil der neuen Bewegungen in Europa kommt aus Sektoren der Gesellschaft, die vorher nicht politisch aktiv waren, daher ihr Graswurzelcharakter. Bisher gab es zwei Stoßrichtungen: Zum einen organisieren die Bewegungen Widerstand gegen die Maßnahmen der Troika – in Spanien beispielsweise überflügeln selbstorganisierte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes die Gewerkschaften in Sachen Widerstand gegen Privatisierungsprozesse. Zum anderen geht es um die Entwicklung von Alternativen zur herrschenden ökonomischen Logik – das reicht von Öko-Dörfern und Genossenschaften bis hin zu Peer-to-Peer- und Wiki-gestützten Projekten.

All das entsteht in einer Internet-geprägten Gesellschaft, in der die AktivistInnen ständig in direktem Kontakt mit Gleichgesinnten auf der ganzen Welt stehen und Taktiken und Strategien austauschen. Dennoch widmen

sich die Bewegungen überwiegend lokalen Themen und haben kaum Ressourcen, die Makro-Ebene strategisch in den Blick zu nehmen. Hier besteht ein ungelöstes Spannungsverhältnis. In den Jahren 2011 und 2012 waren ›Aktionstage‹ sehr wichtig für das Entstehen eines transnationalen Selbstverständnisses, für das Gefühl eines gemeinsamen Kampfes. Aber ich stimme Claudia zu, dass wir darüber hinausgehen müssen. Eine Möglichkeit wäre es, politische Momente auszumachen (z.B. EU-Gipfel, Europawahlen, u.a.), zu denen es für die Graswurzelinitiativen Sinn macht, ihre lokalen Kämpfe oder Kampagnen zu intensivieren. Nach dem Motto: Führe deinen lokalen Kampf, aber mache ihn auf europäischer Ebene sichtbar, um den Druck zu erhöhen.

CATARINA PRÌNCIPE: Was die lokalen Aktivitäten angeht, ist Portugal vielleicht ein Sonderfall. Die massiven Proteste der letzten drei Jahre hatten bei uns zwei zentrale Ansatzpunkte: Die Frage der allgemeinen Prekarisierung und den Widerstand gegen die Austerität, wobei nicht nur die Troika, sondern auch die rechte Regierung im Mittelpunkt standen. Die Mobilisierungen hatten überwiegend den Charakter von ›Aktionstagen‹ – es gab riesige Demonstrationen und eintägige Generalstreiks mit massenhafter Beteiligung. Die einen wurden von den neuen Bewegungen organisiert, die anderen hauptsächlich von den Gewerkschaften. Die Limitierung des portugiesischen Widerstands besteht aber meiner Meinung nach gerade in seiner ›Wurzellosigkeit‹. Wir haben nach wie vor weder ein Bündnis gegen Zwangsräumungen wie in Spanien, noch Solidaritätsnetzwerke, wie sie in Griechenland entstanden sind. Das macht es für die Leute, die an Demonstrationen teilnehmen, schwer, kontinuierlich aktiv zu werden und sich zu organisieren. In diesem Sinne muss die portugiesische Bewegung eigentlich eine entgegengesetzte Richtung einschlagen: Wir müssen vom Allgemeinen zum Besonderen kommen.

Das heißt aber nicht, dass wir die Notwendigkeit internationaler Koordination nicht sehen. Sol hat einen wichtigen Punkt angesprochen: Wir sollten politische Momente

CLAUDIA BERNARDI promoviert in Euro-American Studies und unterrichtet an der Universität RomaTre Seminare zu Migrationen und Grenzregimen. Sie ist Gründungsmitglied der Freien Metropolitanen Universität in Rom, engagiert sich im *Centro Sociale* ESC-Atelier und ist seit Jahren in transnationalen politischen Netzwerken aktiv.

SOL TRUMBO ist Ökonom und Politikwissenschaftler. Er arbeitet beim *Transnational Institute* (TNI) in Amsterdam, einem weltweiten Netzwerk aktivistischer Intellektueller, und ist seit 2011 bei den Indignados und bei der Occupy-Bewegung aktiv. Ihn beschäftigt, wie sich die neuen Bewegungen mit schon bestehenden Organisationen vernetzen können.

CATARINA PRÌNCIPE ist Mitglied im *Bloco de Esquerda* in Portugal und aktiv bei *Precários Inflexíveis* gegen Prekarisierung. Sie war in der Studierendenbewegung ebenso aktiv wie in den Protesten gegen das Troika-Regime. 2012 war sie mit anderen auf einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Speakers-Tour. Zur Zeit lebt und studiert sie in Berlin und ist organisiert in Die Linke.SDS.

CHRISTOS GIOVANOPOULOS ist Mitglied von *Solidarity 4All* in Griechenland und Herausgeber des Buches *Democracy Under Construction: from the streets to the squares.* Er war aktiv in der Kommunikations- und Multimediagruppe der *People's Assembly* auf dem Syntagma-Platz und promoviert zurzeit in Kultur- und Filmwissenschaften.

ausmachen, um unsere Aktivitäten stärker zu verbinden. Die Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main könnte im Jahr 2014 ein solcher Moment sein. Ein besseres Verständnis der ökonomischen Struktur der EU wäre hilfreich, um unsere Partner zu bestimmen. In diesem Sinne wäre es gut, die Kampagne gegen Zwangsräumung in Madrid mit den Streiks im Einzelhandel in Berlin zu verknüpfen.

CHRISTOS GIOVANOPOULOS: Die Solidaritätsnetzwerke in Griechenland sind nur *eine* Form des Widerstands gegen Austerität, Rettungspakete und Troika. Wir sind fast alle zeitgleich in unterschiedliche Kämpfe involviert und wechseln zwischen verschiedenen Organisationsmodellen und Aktionsformen hin und her – in Abhängigkeit von Kontext und Terrain des Konflikts. Der Widerstand hat also verschiedene Formen, gekämpft wird auf allen Ebenen der sozialen und politischen Auseinandersetzung: auf den Straßen und Plätzen, vor Gericht und mit dem Stimmzettel. Es scheint ein Privileg vergangener Zeiten zu sein, sich das Feld oder die Form des Kampfes aussuchen zu können.

Die Solidaritätsnetzwerke sind in und wegen der Krise entstanden, haben aber das Repertoire des popularen Widerstands um neue Formen der Selbstorganisation erweitert. Sie sind integraler Bestandteil eines breiten politischen Kampfes zur Überwindung des ökonomischen und politischen Ausnahmezustandes geworden, den die Troika Griechenland auferlegt hat. Da sie aus den Platzbesetzungen hervorgegangen sind, sind sie sich der Verbindungen zwischen den lokalen Praxen, der politischen Spielräume auf der Ebene des Nationalstaats sowie der internationalen Bezugspunkte sehr wohl bewusst. Letzteres zeigt sich nicht nur bei der Bestimmung ihrer multinationalen Gegner wie EU, IWF, Troika und EZB, sondern auch hinsichtlich ihrer eigenen Bezugnahmen auf andere, ähnliche Bewegungen: von der argentinischen Revolte im Jahr 2001, über den Arabischen Frühling, die spanischen Indignados und Occupy bis hin zu den jüngsten Protesten in Slowenien, Bulgarien, im Gezi-Park und auf dem Taksim-Platz (vgl. Candeias in diesem Heft).

Können diese transnationalen Bezugspunkte auch in den Kämpfen gestärkt werden?

CHRISTOS: Es ist wichtig, sich die Asymmetrien und verschiedenen Zeithorizonte der Auseinandersetzungen in den einzelnen Ländern zu vergegenwärtigen. Sie erschweren das Entstehen einer grenzübergreifenden synchronen Bewegung mit ähnlichen Aktionsformen, Zielen und Schwerpunkten. Noch sind der nationale Rahmen und der jeweilige Stand der Bewegungen in den einzelnen Ländern die entscheidenden Faktoren, die jeden internationalen Aktionstag, jeden gemeinsamen Streik letztlich bestimmen. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben gezeigt, dass internationale Aktionstage dann erfolgreich waren, wenn sie von starken Bewegungen in den jeweiligen Ländern organisiert wurden – wie zum Beispiel die Platzbesetzungen der Indignados und von Occupy. Oder wenn ein spezifisches Ereignis zur gemeinsamen Sache wurde und eine internationale Solidaritätsbewegung ausgelöst hat – das war der Fall bei der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos oder der von Pavlos Fyssas. Wenn wir also

nicht nur eine transnationale politische Kultur, sondern auch eine entsprechende soziale Basis aufbauen wollen, dann sollten wir internationale Mobilisierungen stärker mit den jeweiligen lokalen Kämpfen verbinden. Und wir sollten unsere Kräfte auf Ereignisse konzentrieren, die für diese Kämpfe entscheidend sind. Dazu bedarf es dynamischer Bewegungen vor Ort, die in der Bevölkerung verankert sind – nur so können solche Allianzen überhaupt entstehen.

Wir können allerdings nicht davon ausgehen, dass es diese politischen Akteure schon gibt und es nur noch darum geht, sie auf internationaler Ebene besser zu verbinden. Die (normalen) Leute, die sich empören, die Plätze besetzen, die aufbegehren, die – oft zum ersten Mal in ihrem Leben – an sozialen und politischen Kämpfen teilnehmen, diese Leute haben Erwartungen an die Linke, die ihr Alltagsleben in ihrem jeweiligen »Raum des Ortes«[1] betreffen. Sie stellen damit die enterritorialisierten Diskurse und die Politiken der bestehenden politischen Subjekte, Organisationen und Institutionen grundlegend infrage und verändern sie, wenn auch sehr langsam. Wenn es uns nicht gelingt, die Anliegen dieser radikalisierten Basis aufzunehmen – einer Basis, die vielleicht nicht exakt genau so ist, wie wir sie gern hätten –, dann ist jeder Versuch, transnationale Allianzen aufzubauen, nur ein weiterer Akt der Stellvertreterpolitik, wie sie die neuen Bewegungen ja genau ablehnen.

Wie schätzt ihr die Möglichkeit ein, auch Allianzen mit anderen politischen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien einzugehen?

SOL: Das Haupthindernis dafür sind die unterschiedlichen Organisationskulturen. Die Graswurzelbewegungen können nicht als homogener politischer Akteur verstanden werden, sondern als ein Zusammenhang vielfältiger unabhängiger Initiativen. Traditionelle Strukturen hingegen, wie beispielweise der Europäische Gewerkschaftsbund, gründen auf Vorstellungen von Repräsentation, die – wie Christos gerade gesagt hat – von den neuen Bewegungen abgelehnt werden. Auch das ist ein ungelöstes Spannungsverhältnis. Gewerkschaften sind nach wie vor sehr wichtig, was den Schutz hart erkämpfter sozialer und Arbeitnehmerrechte angeht, aber sie vertreten einen wachsenden Teil der ArbeiterInnen nicht mehr: Prekäre, FreiberuflerInnen, PraktikantInnen etc. Zwischen ihrer Organisationskultur und den Erwartungen der jungen Generationen klafft eine Lücke.

Wie steht es mit den NGOs? Das Wort ist vielleicht missverständlich, weil es oft verbunden wird mit Wohlfahrtsverbänden, die relativ regierungsnah sind. Auf europäischer Ebene sprechen wir oft präziser von zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO), die eine wichtige Rolle als Vermittler spielen können zwischen eher institutionalisierten Akteuren und der Bevölkerung. Organisationen wie Attac, das *Transnational Institute* (TNI) oder das *Corporate Europe Observatory* (CEO) öffnen Räume der Diskussion und liefern Analysen. Nichtsdestotrotz ist ihr Potenzial für Massenmobilisierungen verglichen mit dem institutionalisierter Akteure und dem der Graswurzelbewegungen gering.
In Kontexten wie dem Alternativengipfel *Alter Summit* sind Umweltgruppen und Graswur-

zelbewegungen kaum als strategische Akteure präsent. Gleichwohl haben sie ein großes Potenzial für transnationale Mobilisierungen, wie der »World March against Monsanto« gezeigt hat. Auch sie könnten ein Bindeglied sein zwischen eher abgesicherteren Teilen der Bevölkerung, die für Umweltfragen sensibilisiert sind, und eher verwundbaren Gruppierungen, die direkt von der Austerität betroffen sind. Dazu bräuchte es aber eine eingängige Erzählung, die Neoliberalismus und Troika mit Umweltfragen verbindet und den EU-Diskurs über Umweltschutz kritisiert.

CLAUDIA: Also die italienischen Bewegungen, die hauptsächlich aus Studierenden und Prekären bestehen, sind in den letzten Jahren auf die Straßen gegangen, haben Häuser besetzt, den öffentlichen Raum für Diskussionen geöffnet und an Kampagnen teilgenommen. Eine davon war die Kampagne für eine kostenlose öffentliche Wasserversorgung, die den politischen Raum für Debatten rund um die *Commons* geöffnet hat. Sie haben versucht, die Proteste auch in andere Teile der Gesellschaft zu tragen, haben auf die fortschreitende Zerstörung des Sozialsystems verwiesen, auf den Schuldendruck und auf die erpresserische Prekarisierung des Lebens. Darin haben sie sich durchgängig um Allianzen mit traditionellen politischen Akteuren wie Gewerkschaften und Verbänden bemüht: Ziel war es, verschiedene soziale Zusammensetzungen und Organisationskulturen zu verschränken. Nach zwei Jahren gemeinsamer Debatten, Aktionen und politischer Kontakte zerbrach das Bündnis, weil die Gewerkschaften nicht willens waren, eine entschiedene Position zu den Forderungen der Prekären zu beziehen. Stattdessen unterstützen sie die Kürzungspolitik der Regierung und deren Abbau öffentlicher Dienstleistungen. Jenseits ihrer nostalgischen Rhetorik zum alten Sozialstaat haben sich die Gewerkschaften auf die Seite der Parteien und ihrer Austeritätsmaßnahmen gestellt. Eine Verallgemeinerung der Kämpfe erfordert aber eine klare Haltung gegenüber jeglicher Politik, die Verarmung und Marginalisierung befördert. »Troika sein oder nicht sein« ist die zentrale Frage, der sich Gewerkschaften und andere Organisationen stellen müssen. Dies ist eine Voraussetzung für jegliche Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen und den repräsentativen Strukturen – und damit für eine wirksame Veränderung der momentanen Verhältnisse.

CHRISTOS: Wir müssen aufpassen, nicht verschiedene Ebenen der politischen und sozialen Kämpfe und deren jeweilige Organisationen durcheinanderzubringen und zu versuchen, sie alle in eine Form oder in eine räumliche Dimension zu pressen. Die unterschiedlichen Organisationsstrukturen entsprechen ihren jeweiligen politischen Terrains und bringen verschiedene Diskurse und Praxen hervor. Nicht jede Ebene des Kampfes ist durch eine andere zu ersetzen. Gleichzeitig reicht es aber nicht, ein einziges Feld zu bespielen, um wirksame Massenbewegungen hervorzubringen – insbesondere, wenn es um die Bestimmung strategischer Ziele geht. Wir müssen die Beziehung (und die Dialektik) zwischen den unterschiedlichen Feldern sozialer und politischer Auseinandersetzungen bearbeiten, indem wir sie verändern.

Meiner Erfahrung nach ist der einzige Faktor, der die verschiedenen Akteure erfolgreich zu

vereinen vermag, die Masse der Menschen in Bewegung. Das hat zwei Gründe: Zum einen sind sie überall – innerhalb und außerhalb der Maschinerie der Macht. Zum anderen schaffen sie einen Rahmen für den Kampf gegen das post-diktatorische politische System und gegen das »Regime des Ausnahmezustands« der Troika. Darin ist Platz für all die verschiedenen Akteure, sie können darin als organischer Teil des Ganzen agieren. Dies ermöglichte in Griechenland den Sprung von einer Ebene (sozialer Kämpfe) zur anderen (institutionalisierter Politik), z.B. von Streiks und Platzbesetzungen zur Wahl von SYRIZA als taktischer Zug, um den politischen Kampf weiterzutreiben.

Es geht also weniger darum, strategische Verbündete auszuwählen, sondern darum, zum einen strategische Ziele zu bestimmen, eine hegemoniale politische Agenda, die die Anliegen der verschiedenen Akteure, Erfahrungen, Ebenen und Terrains des Kampfes aufnimmt und sie verbinden kann. Dies geschieht zum anderen dadurch, dass eine neue öffentliche Sphäre geschaffen wird, in der die Bevölkerung selbst sich in einem offenen und demokratischen Prozess an der Diskussion, Formulierung und Umsetzung politischer Entscheidungen beteiligen kann.

Die Verknüpfung der vielfältigen Bewegungen zu einem synergetischen Ganzen ist die entscheidende politische, nicht organisatorische, Frage unserer Zeit. Und sie stellt sich nicht nur auf transnationaler, sondern auch auf lokaler Ebene.

Im November 2012 gab es den ersten transnationalen Generalstreik (N14). Er wurde von der Basis organisiert und erkämpft. Wie haben sich nicht-gewerkschaftliche Akteure daran beteiligt und war dies ein Meilenstein für transnationale Kooperationen?

SOL: Der Aufruf zu einem transnationalen Generalstreik war ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Antwort gegen das Austeritätsregime der EU. Im Falle Spaniens nahmen die Bewegungen daran teil, wenn auch teils in Form eines »kritischen Blocks«. In den nordeuropäischen Ländern waren es eher kleine Demonstrationen, die sich mit dem Streik solidarisierten.

Wegen der hohen Arbeitslosigkeit und zunehmender Prekarisierung haben verschiedene Kollektive rund um die Platzbesetzungen vorgeschlagen, das Konzept »Streik« zu überdenken. Da Streikformen, wie sie für die fordistische Ära typisch waren, zunehmend unmöglich werden, bedarf es neuer Aktionsformen, um das normale Funktionieren des kapitalistischen Systems in seiner heutigen Form zu stören. Das können Boykotte gegen einzelne Firmen oder gegen das Marktgeschehen sein, etwa die Störung tagtäglicher Finanztransaktionen. Einige Gruppen setzen auf das Konzept des »sozialen Streiks«, um diesen Gedanken, der bisher nur unter traditionellen Gewerkschaften hegemoniefähig ist, zu demokratisieren und zu verbreiten.

CLAUDIA: Ja, ich denke auch, der transnationale Streik im November 2012 war ein wichtiger Moment für die europäischen Bewegungen. Anders als vorhergehende transnationale Events war er nicht von einer einzelnen Bewegung ausgerufen worden, um über ihre Grenzen hinaus zu mobilisieren, sondern er war von Anfang an ein ›im Zwischenraum‹ verorteter Prozess, in dem es gelungen ist,

Aktionen und Demonstrationen aufeinander zu beziehen. Der Generalstreik hat die weiterhin zentrale Rolle der Gewerkschaften bestätigt und deren Fähigkeit, zu einem nicht-nationalen Event aufzurufen, das einen breiten Organisationsprozess auf europäischer Ebene hervorbringt.

In Italien wurde er allerdings hauptsächlich von Prekären und Studierenden getragen und hat die starke Verbindung zwischen nationalem und europäischem Raum unterstrichen sowie die Notwendigkeit eines europäischen institutionellen Akteurs, der auf der transnationalen Ebene mobilisierungsfähig ist. Genau darum wird es im Frühjahr 2014 gehen, wenn die Europawahlen und die EU-Ratspräsidentschaft Italiens eine weitere Gelegenheit bieten, grenzüberschreitende Prozesse anzustoßen. Die Ablehnung der Austerität ist nur einer von vielen Faktoren, die es nötig machen, gegen eine Neudefinition des Kapitalismus im Westen zu kämpfen: Die jüngsten Regierungsdebatten über Wettbewerbsfähigkeit und Konsumimpulse sind Ausdruck einer neuen Phase der Krise.

CHRISTOS: Ich kann es kurz machen: In Griechenland hat N14 praktisch nicht stattgefunden. Der Gewerkschaftsbund GSEE hatte zu einem vierstündigen Ausstand und zu einer Demo im Zentrum Athens aufgerufen. Eigentlich war es von Anfang bis Ende ein Prozess von oben: ohne Verbindung weder zu den Bedürfnissen der damaligen Bewegung, noch zur Gewerkschaftsbasis. Das Ergebnis waren 2 500 TeilnehmerInnen. Der Streiktag lag außerdem direkt nach zwei großen landesweiten Mobilisierungen: die gegen Merkel Mitte Oktober und die gegen das zweite Rettungspaket. Letztere fand nur fünf Tage vor N14 statt. In diesem Kontext war der Generalstreik, wenn nicht irrelevant, so doch zeitlich extrem ungünstig für die griechische Bewegung.

Einmal mehr war damit die Frage aufgeworfen, in welchem Verhältnis solche internationalen Aktionstage zu den Subjekten stehen, die (zwangsläufig) im Kontext der Räume kämpfen, in denen sie leben, und nicht im Kontext fiktiver Räume einer (europäischen) Kapitalorganisation. Das Motto der globalisierungskritischen Bewegung *Think global, act local* trifft die politischen Realitäten Europas nach wie vor. Dennoch sollten wir jedes Mittel nutzen, angefangen von Solidaritätstagen bis hin zur Unterstützung spezifischer Kämpfe – etwa um den griechischen Rundfunksender oder die besetzte Fabrik VIO.ME –, um internationale Kooperationen zu stärken.

Noch etwas zu dem, was Claudia eben sagte: zu den Europawahlen. Ich bin nicht sicher, dass sie ein wichtiger Bezugspunkt werden. Die Mehrheit der europäischen Bürger wird trotz der massiven Interventionen der EU-Institutionen in Politik und Wirtschaft jedes Mitgliedstaates wahrscheinlich nicht wählen gehen. Was für Griechenland interessant ist, ist die Ernennung Alexis Tsipras' zum Spitzenkandidaten der Europäischen Linken. Dieser Schachzug nützt sowohl den linken Parteien in den anderen EU-Ländern als auch SYRIZA. Aber wir müssen ehrlich darüber nachdenken, warum das so ist. Kurz gesagt, die europäische Linke würde gerne an SYRIZAs Wahlerfolg und deren Aufstieg zu einer potenziellen Bedrohung für Troika und Austeritätspolitik teilhaben.



Protest gegen Schließung eines Sozialcenters in Madrid Adolfo Lujan/flickr

Aber auch die radikale Linke in Griechenland profitiert mindestens auf zweierlei Weise: Zum einen steht Tsipras' Nominierung als Kandidat für die Europawahlen der ständigen Behauptung entgegen, SYRIZA wolle den »Grexit« und die Rückkehr zu Drachme. Zum anderen könnte diese Kandidatur eines Griechen für den höchsten Posten in der EU das Stimmverhalten der griechischen WählerInnen beträchtlich beeinflussen, nämlich als ›Protestwahl‹ oder gar Racheakt gegen die EU. Eine wichtige Frage ist aber, wie die Wahlen wirkliche Bewegungen und Kämpfe in den Mitgliedstaaten beeinflussen. Internationale Aktionstage können gemeinsame Themen unterstreichen, aber sie sind nicht im Stande, politische Programme zu entwerfen und Bewegungen anzustoßen, die sich dann im Wahlergebnis wiederspiegeln würden. Wir dürfen nicht vergessen: Dass die griechische Bevölkerung stark genug war, bei den letzten Wahlen eine gegen Austerität und Troika gerichtete Agenda durchzusetzen, ist das Ergebnis von zwei Jahren verbissener Kämpfe. Auch wenn in diesen Kämpfen klar geworden ist, dass es auch gilt, auf dem Feld politischer Repräsentation zu intervenieren, so lenkt eine zu strenge Fokussierung auf den Wahlprozess, der – so die Hoffnung – eine europäische Bewegung gegen die Austerität anstoßen könne, nur davon ab, worum es eigentlich geht, und was zu tun ist.

Die Bewegungen der Plätze nutzen die *Asambleas* auch, um über neue demokratische Prozesse nachzudenken und Räume zu schaffen für Veränderungen von unten. Wie aussichtsreich wäre ein konstituierender Prozess auf europäischer Ebene?

SOL: Die Zeltlager auf den Plätzen und die Initiativen, die aus diesen Erfahrungen erwuchsen, sind als Mikro-Utopia beschrieben worden. Soll heißen, die Widerstandsformen sind zugleich Keimformen der neuen Gesellschaft. Die bisherige Vorstellung von Demokratie wurde komplett infrage gestellt. Diese Debatten können wir nicht verstehen ohne die neuen Technologien, die andere Organisationsformen ermöglichen: Open-Source, Peer-to-Peer-Kommunikation, soziale Netzwerke, Wikipedia, Livestreams etc.

Die Diskussionen um einen konstituierenden Prozess – wie sie in Spanien im Zuge der *Indignados*-Bewegung angestoßen wurden oder auch durch die unlängst aus Teilen dieses Spektrums gegründete ›Protestpartei‹ *Partido X* – haben gezeigt, dass diese neuen Realitäten von ihnen erkannt und genutzt werden, um demokratische Prozesse auch über diese neuen Formen zu organisieren. Sie glauben an die Fähigkeit der Bevölkerung, selbst in Bereichen unmittelbar Verantwortung übernehmen zu können, die traditionell von Berufspolitikern besetzt sind: Haushaltsfragen, Gesetzgebung und Wirtschaftsreformen – all das kann dank Internet-basierter Technologien wieder in die Hände aller gelegt werden, wodurch Prinzipien wie Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation neue Bedeutung erfahren. Das hat systemische Auswirkungen und ist gleichzeitig Folge davon, dass die aktuellen politischen und ökonomischen Strukturen, die gegenwärtigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen nicht bewältigen können.

Diese Konzepte sind ausreichend *fluide*, um gleichzeitig in den bestehenden Strukturen und innerhalb neuer Organisationslogiken zu funktionieren. Wir haben erfolgreiche gegenhegemoniale Projekte in Lateinamerika beobachtet, etwa in Venezuela, Ecuador und Bolivien, wo bestehende politische Strukturen genutzt wurden, um neue Verfassungsprozesse anzustoßen, die letztlich den Weg für einen tiefgreifenden Umbau der ökonomischen Strukturen und schließlich der Machtverhältnisse geöffnet haben. Dies hatte auch Einfluss auf internationale Dynamiken: Projekten wie der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) und Bolivarianische Wirtschaftsallianz (ALBA) ist es gelungen, das neoliberale Projekt einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern. Um ähnliches für Europa zu erreichen, müssen wir diese Erfahrungen als entscheidende Lektionen für unsere inneren konstituierenden Prozesse betrachten.

CLAUDIA: Ich stimme zu, dass Technopolitik für einen großen Teil des neuen Bewegungszyklus – etwa in Spanien – der Horizont eines neuen Raumes sozialer Transformation geworden ist. Das ist aber nicht überall so. In Italien haben wir mit anderen Prozessen experimentiert, die ihre Intervention auf die Notwendigkeit konstituierender Prozesses auf nationaler Ebene konzentrierten. Ich meine die Besetzung von Theatern und Kinos sowie die Kampagne zum Referendum über eine kostenlose öffentliche Wasserversorgung. Erstere haben den rechtli-

chen Status bestimmter Räume infrage gestellt und diese als gemeinschaftliche Güter gesetzt. Letzteres hat bestätigt, dass die Menschen bereit sind, sich für den Erhalt der *Commons* einzusetzen und dafür, dass diese demokratischen Entscheidungsprozessen unterstellt werden. Beide Projekte haben Möglichkeiten aufgezeigt, wie echte Demokratie und konstituierende Prozesse von unten aussehen können. Bisher ist es ihnen aber noch nicht gelungen, sich für ähnliche Erfahrungen jenseits der eigenen Grenzen zu öffnen oder die eigenen Erfahrungen für andere Zusammenhänge übersetzbar zu machen. Das Ziel der nächsten transnationalen Treffen sollte darin bestehen, konkrete Beispiele solcher Experimente zu diskutieren, um grenzübergreifend Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Kampagnen zu stärken.

Es gibt viele Beispiele, die als Kompass für künftige Aktionen dienen können: Selbstverwaltete Krankenhäuser machen in Südeuropa Schule, besetzte Kulturräume fördern die unabhängige Wissensproduktion, Wiki-gestützte Projekte stellen bisherige Entscheidungsprozesse infrage, Netzwerke besetzter Häuser leisten Widerstand gegen Zwangsräumungen und aggressive Mietenpolitik, lokale *Communities* widersetzen sich Mega-Events und gigantischen Infrastrukturprojekten ebenso hartnäckig wie der Zerstörung öffentlicher Räume… Diese Kämpfe haben das populare Widerstandpotenzial auf einer molekularen Ebene bereits gezeigt, nun geht es darum, diese Experimente zu vervielfältigen, ohne dabei die lokalen Besonderheiten außer Acht zu lassen. Das Problem ist nicht, sie alle unter einem allgemeinen Thema oder Logo zu repräsentieren, sondern einen gemeinsamen Aktionsrahmen verbündeter Akteure aufzubauen, der diesen neuen Beziehungen Kontinuität verleihen kann.

CHRISTOS: Ein wichtiges Moment jedes konstituierenden Prozesses ist dessen konstitutiver Part. Hier geht es um Räume, in denen neue Formen demokratischer Organisation und Entscheidungsfindung entwickelt werden und in denen neue Subjektivitäten dadurch entstehen, dass sie die neue politische Sphäre beleben. Sowohl Räume als auch Subjekte entstehen im Kampf um die Herausbildung eines neuen politischen Habitus. Deshalb haben solche konstitutiven Prozesse langfristige transformatorische Effekte. Sie bringen erst die Akteure und die Infrastrukturen für strukturelle gesellschaftliche Veränderungen hervor. Dazu gehört auch die Organisationsweise der Polis (des Staats, der Regierungspraxis, Zivilgesellschaft etc.).

Konstituierende Veränderungen stehen also für beides, sowohl für die Entwicklung einer Bewegung für strukturelle Veränderungen als auch für den entsprechenden institutionellen Wandel, um Demos bzw. Polis durch solche konstituierenden Prozesse zu beleben. Ich stimme Sol zu: Die jüngste Geschichte der linken Regierungen in Lateinamerika unterstreicht die fundamentale Rolle, die Verfassungsänderungen bei der Entwicklung, Vertiefung und Bewahrung demokratischer Prozesse zukommen, die bereits bestanden haben, aber in Richtung einer Dezentralisierung der Staatsstrukturen verschoben werden. Darüber hinaus bilden Verfassungsprozesse und Verfassungen immer eine Verdichtung von Machtverhältnissen der jeweiligen sozialen und politischen Akteure ab. Der Moment, um solche Prozesse zu starten, ist also entscheidend für deren Ergebnis.

Die EU ist der einzige institutionelle Rahmen, in dem es einen europäischen konstituierenden Prozess gegeben hat. Dieser zeichnet sich – zumindest bisher – dadurch aus, dass jegliche Diskussion um eine europäische Verfassung durch den Versuch des europäischen Kapitals geprägt wird, seine Befugnisse zu zentralisieren und das Volk von demokratischen Partizipationsprozessen auszuschließen. Davon betroffen sind selbstverständlich auch Partizipationsprozesse auf nationaler Ebene. Könnte nun die Forderung nach einem europaweiten konstituierenden Prozess dazu beitragen, diesen umzuleiten und die vorherrschenden Beziehungen (zwischen Kapital und ArbeiterInnen, Eliten und Bevölkerung, Metropole und Peripherie etc.), wie sie sich in Politik und Architektur der EU spiegeln, umzukehren?

Ich denke, auf europäischer Ebene fehlt derzeit eine starke Bewegung, die den vorhandenen Strukturen ihren Willen aufzwingen könnte. Solange das so ist, kann ein konstituierender Prozess nur *außerhalb* der bestehenden EU-Institutionen zustande kommen – begünstigt durch deren eigene innere Widersprüche, die wir nach Möglichkeit zuspitzen sollten. Würde er ohne eine starke gesellschaftliche Bewegung innerhalb der Institutionen angestrengt, würde er den vorherrschenden Prozessen einer verfassungsförmigen Zentralisierung der EU-Befugnisse lediglich als ›demokratische‹ Maske dienen.

In Spanien, Lateinamerika oder auch in Griechenland ist die Frage nach einem konstituierenden Prozess deshalb aufgeworfen, weil die Wirtschaftskrise durch die popularen Interventionen zu einer politischen Krise geworden ist. Wird die Bedeutung des politischen Subjekts und Kampfes davon abgetrennt, wird der Vorschlag seines politischen Gehalts enthoben. Die Frage nach einem konstituierenden Prozess ist eine Frage der Machtkontrolle und lässt sich nicht darauf reduzieren, ein Werkzeug zum Aufbau einer ausgeklügelten, gesamteuropäischen, öffentlichen Institution oder einer europaweiten Linken zu sein. Gegen die weitere Konzentration der Kompetenzen durch die EU, ob sie nun mit oder ohne Verfassungsprozess erfolgt, kann natürlich innerhalb und außerhalb des bestehenden EU-Rahmens gekämpft werden. Das griechische Beispiel weist – wie auch das lateinamerikanische, das tunesische und das ägyptische – eine große Vielfalt bei der Interaktion verschiedener Organisationsebenen auf, einschließlich politischer Parteien und institutioneller Praktiken. Die zentrale Bedeutung des politischen Kampfes und der politischen Macht ist im Kontext dieser Länder offenkundig geworden und es steht außer Frage, dass man auf jeder Ebene intervenieren sollte. Es hat sich aber auch gezeigt, dass eine Veränderung der Ordnung meist nicht aus den etablierten Institutionen heraus entsteht.

Die Fragen stellten Barbara Fried und Corinna Genschel
Aus dem Englischen von Andreas Förster

1 Dieser Begriff stammt von Manuel Castells, der damit beschreibt, dass die subalternen Klassen den Raum (im Sinne eines politischen und historischen Terrains) eher als das konkrete Territorium wahrnehmen, auf dem sie leben – er nennt das »Raum des Ortes«. Demgegenüber steht der entterritorialisierte »Raum der Ströme« der herrschenden Klassen und des Kapitals. Die materielle Verortung der Träger des Wandels in diesen »Räumen« zu bestimmen, hält er für grundlegend, um Veränderung vorzustellen und anzustoßen.



Syntagma-Platz, Athen, odysseasgr/flickr

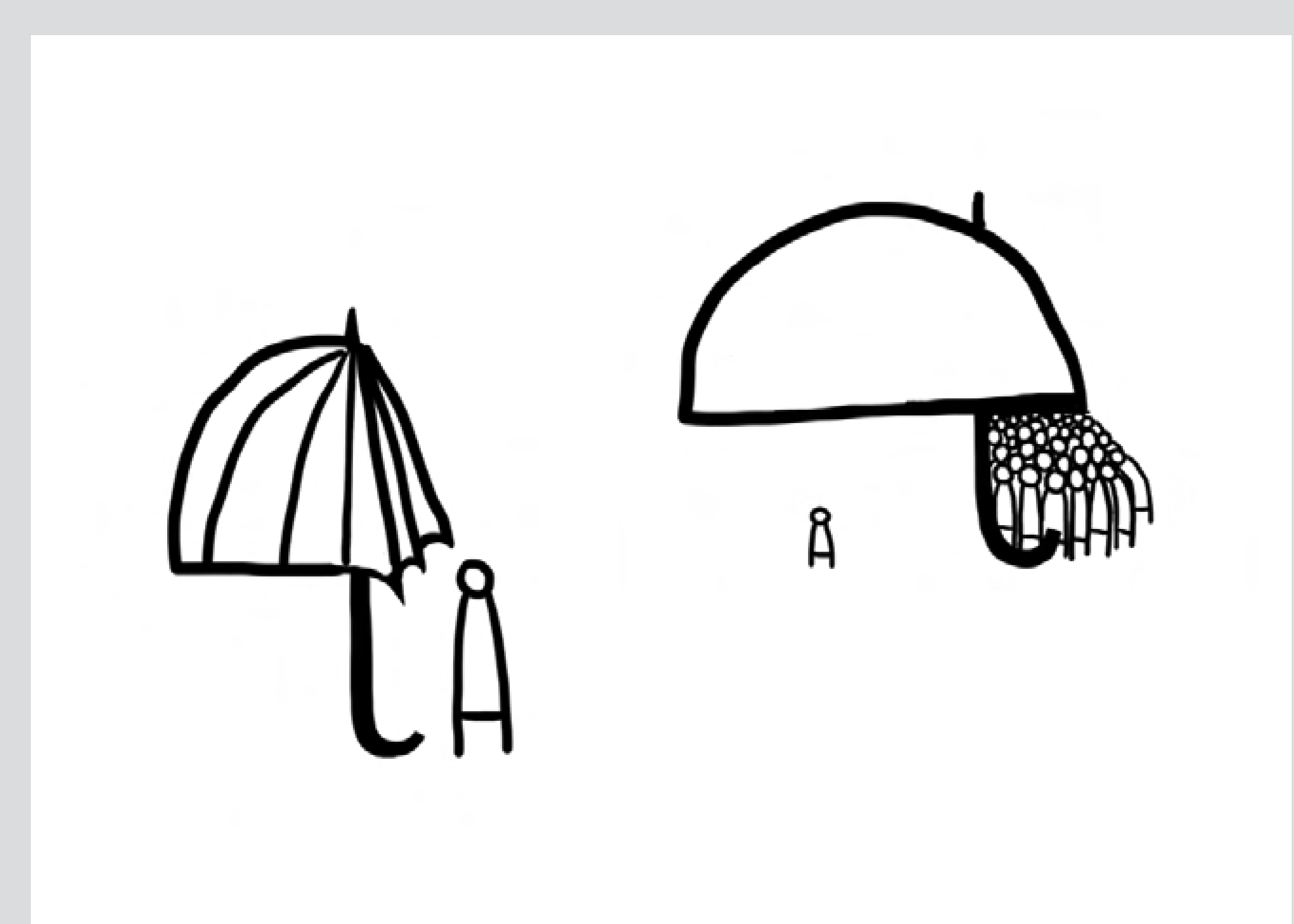
DICTIONARY OF A COMMON VISUAL LANGUAGE

LENA ZIYAL

Mit dem letzten Protestzyklus von Arabellion, Occupy und den Platzbesetzungen sind die sozialen Kämpfe zurück auf der Agenda. In vielen Teilen der Welt stehen die Bewegungen vor ähnlichen Problemen, suchen nach neuen Formen sozialer Arrangements, sind mit den gleichen Fragen konfrontiert: Was ist die Verb-Form von Demokratie? Wie können Arbeitslose streiken? Was ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit? Wie funktioniert Commoning? Mit ihrem *Dictionary of a Common Visual Language* bringt Lena Ziyal die Anliegen der Bewegungen in ausdrucksstarke Symbole. Ihre künstlerische Arbeit entstand in den Jahren 2012 und 2013 in Berlin. Von B wie *bail-out* über E wie *Europe from below* bis zu P wie *precarity* hat sie die transnationalen Resonanzen der neuen Demokratie-Bewegungen verschlagwortet und ins Graphische übersetzt. Den Praxistest hat das Wörterbuch noch vor sich – kann es als Moment transnationaler Verständigung funktionieren, helfen, Kämpfe und Anliegen zu bündeln?

What
are the
dimensions
of crisis?

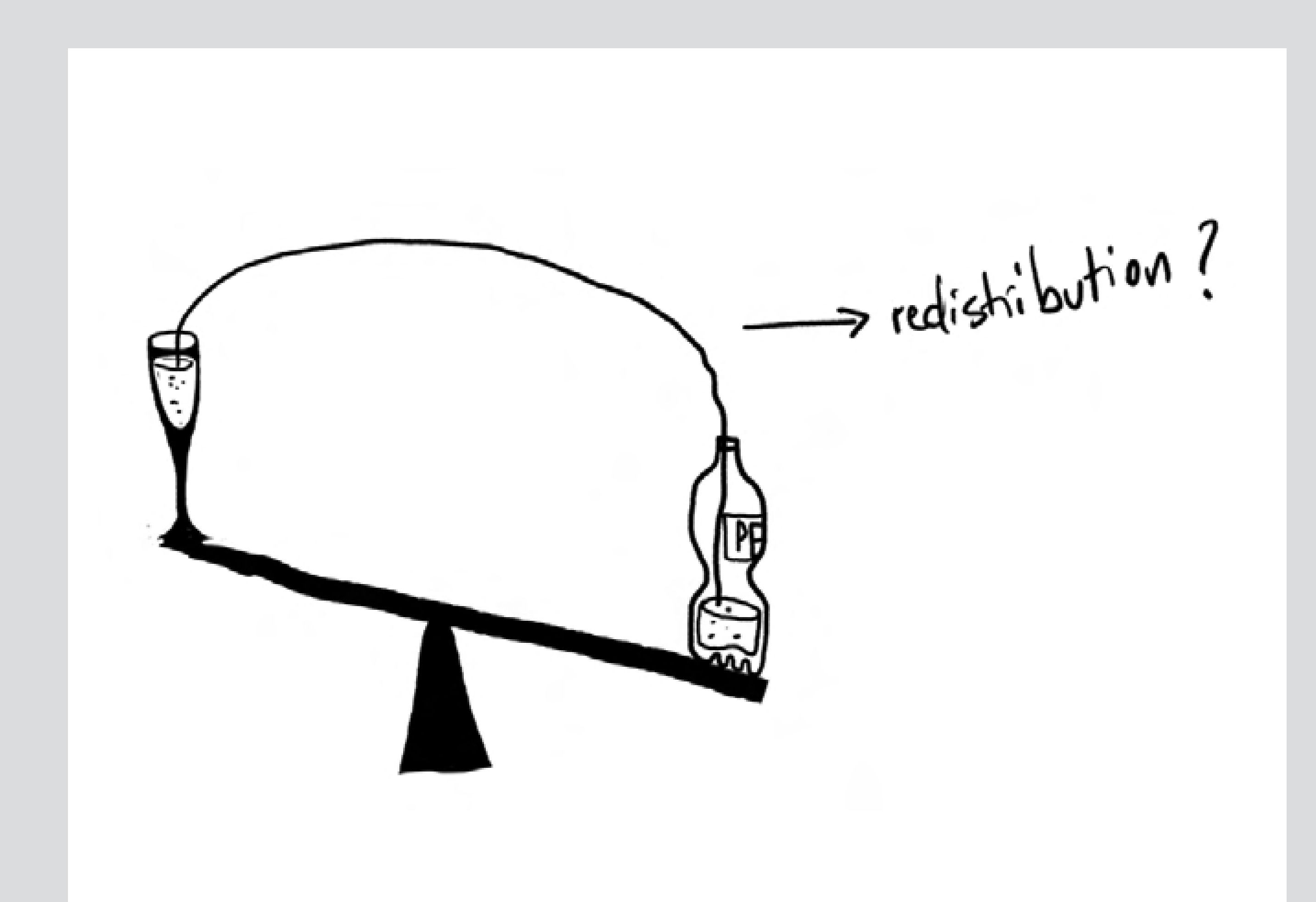




What is a state for?



BAILOUT


redistribution ?
PF

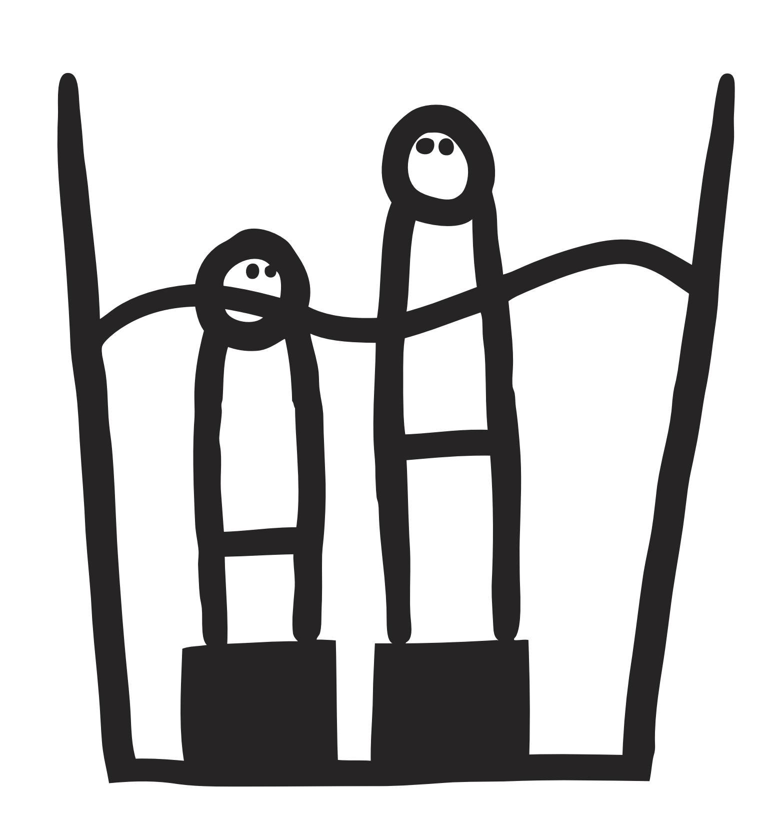
Can
redistribution
make itself
unnecessary?



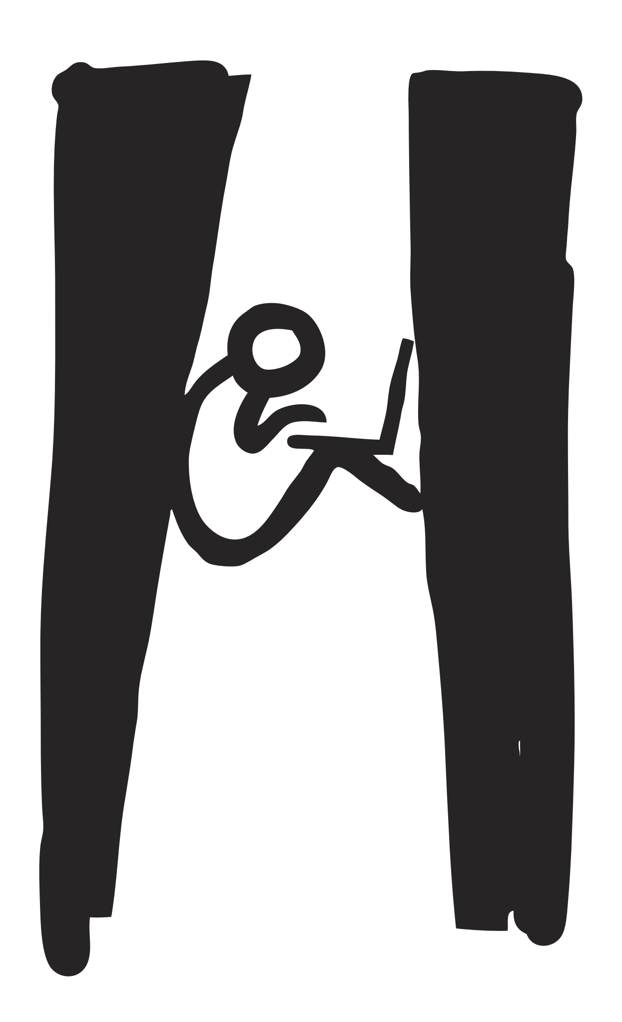
REDISTRIBUTION



What is the difference between justice and equality?



Can
collectivity
counteract
precarity?



PRECARITY

EIN MEDITERRANER BLOCK?

SÜDEUROPA AUF DER SUCHE NACH EINEM AUSWEG

ARMANDO FERNÁNDEZ STEINKO

Spanien gehört neben Portugal, Griechenland, Italien und Irland zu den von der Finanzkrise am stärksten betroffenen Ländern, den sogenannten PIIGS. Ihre politischen, wirtschaftlichen und Sozialsysteme sind einem Strukturwandel unterworfen, dessen Ergebnis noch nicht absehbar ist. Während Irland als Sonderfall gelten kann, besitzen die anderen vier Länder viele Gemeinsamkeiten und haben ähnliche historische Entwicklungen durchlaufen. Nichtsdestotrotz gelten für Italien einige Besonderheiten: Das Land verfügt als Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) über eine größere Verhandlungsmacht als die anderen südeuropäischen Staaten. Seine wirtschaftliche, politische und institutionelle Modernisierung fand über drei Jahrzehnte innerhalb eines regulierten Kapitalismus statt und war über zwei Generationen in politische und Sozialpakte eingebettet. Dieser Sozialpakt beinhaltete ein System politischer Freiheiten und individueller Rechte, ein (minimales) Gleichgewicht der Interessen von Kapital und

Arbeit und die Umleitung von einem Teil der Produktivitätszuwächse in die Ausdehnung des Binnenmarktes und die Erhöhung des Konsumniveaus der Bevölkerung. Der Pakt beruhte des Weiteren auf einer Angleichung der Lebensbedingungen innerhalb Italiens durch öffentliche Infrastrukturinvestitionen (steuerfinanzierte Verkehrswege, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen usw.) sowie auf der Schaffung von Industrien und Dienstleistungssektoren, die in der Lage waren, die durch die schrittweise und regulierte Auflösung der traditionellen Sektoren freigesetzten Arbeitskräfte zu absorbieren. Von dieser Politik hat v.a. die Landbevölkerung profitiert, die im Rahmen der europäischen Agrarpolitik in den Genuss dauerhafter Ressourcentransfers kam, was eine »Anpassung des Lebensniveaus« ermöglichte (vgl. Art. 39.1.b des Vertrags von Rom). Die schrittweise Öffnung gegenüber den Weltmärkten ermöglichte das Entstehen eines dynamischen und innovativen Exportsektors, der sich dank der chronisch unterbewerteten Lira und einer auch von anderen Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft (wie Frankreich und Deutschland) verfolgten Handelspolitik in den Jahrzehnten des ›regulierten Kapitalismus‹ weiter entfalten konnte. Diese Exportkapazität sorgte dafür, dass die Zahlungsbilanz Italiens über viele Jahrzehnte und selbst nach der Krise 2008 ausgeglichen blieb, und das obwohl die öffentlichen Schulden in Italien heute bei 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen (Horn et al. 2012, 4).

Die kapitalistische Modernisierung in Griechenland, Portugal und Spanien (von nun an PGS) nahm andere Bahnen. Die drei Länder durchliefen einen Prozess des nachholenden Fordismus (Koch 2003) und kamen nicht in den Genuss jener Pakte, die den Kapitalismus nach 1945 einhegten. Als sie der EG beitraten (Griechenland 1981, Portugal und Spanien 1986), verloren diese Pakte selbst in den Gründungsstaaten an Bedeutung, und mit den Verträgen von Maastricht beschleunigte sich die Kehrtwende auf dem ganzen Kontinent. Der verspätete Zugang zu einem eingehegten Kapitalismus, d.h. zu einem Zeitpunkt, als die Regulation in der gesamten westlichen Welt aufgekündigt wurde, trieb die für den EG-Beitritt zu zahlenden gesellschaftlichen und ökonomischen Kosten in die Höhe.

ARMANDO FERNÁNDEZ STEINKO lehrt – von links und kritisch – Soziologie an der *Universidad Complutense* in Madrid, Spanien. In seinem Blog *Piensa y Actúa* veröffentlicht er politische Essays und diskutiert Ansätze für kooperative europäische Arbeitsteilung und sozial-ökologische Transformation. Er arbeitet in der *Fundación de Investigaciones Marxistas* mit, der Partnerorganisation von Transform! und der RLS, und ist Mitglied der *Izquierda Unida.*

IN RICHTUNG EINES MEDITERRANEN BLOCKS?

Wegen dieser historischen Entwicklung befinden sich die PGS in der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Konjunktur in einer ähnlichen Situation. Der Verfall ihrer Sozialsysteme könnte im Prinzip dazu führen, dass sich neue, der Austeritätspolitik entgegengesetzte Mehrheiten bilden. Es ist allerdings ausgesprochen unwahrscheinlich, dass sich die drei Länder dieser Politik einzeln mit Erfolg widersetzen können. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, einen gemeinsamen Block

zu bilden. Dieser Block könnte das notwendige politische und wirtschaftliche Gewicht erlangen, um eine Abkehr von der Austeritätspolitik zu erzwingen, die Zahlung der Schulden an das Wirtschaftswachstum zu koppeln und öffentliche Investitionsprogramme zur Schaffung von Beschäftigung im Rahmen einer sozialen und ökologischen Konversion in Gang zu setzen. Für den Fall, dass es nicht zu einem Abkommen mit den großen Exportnationen kommt und die Austeritätspolitik weiter fortgesetzt wird, hätte nur ein Block der Staaten im Süden eine realistische Aussicht, außerhalb der heutigen EU zu bestehen. Genauer gesagt: ein europäisch-mediterraner Block.

1 | Er würde seine Mitgliedsländer aufgrund des Volumens seiner Auslandsschulden in eine viel bessere Verhandlungsposition bringen. Die Drohung eines Zahlungsstopps könnte das europäische und globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds bringen. Dieses Szenario würde hohe Kosten für die PGS implizieren, wäre jedoch für die Gläubiger der zentralen Staaten noch gefährlicher, weshalb diese ein derartiges Risiko vermutlich vermeiden würden.

2 | Die vereinten PGS hätten mehr Kraft, eine internationale Gläubiger-Konferenz zu erzwingen, wie es sie 1953 in London gab. Damals wurden in einem multilateralen Abkommen die Zahlungen der von Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich angehäuften Auslandsschulden an das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der Produktivkräfte in der Bundesrepublik gekoppelt. Dieses Zugeständnis war keinem plötzlichen Ausbruch von Menschlichkeit bei den Westmächten geschuldet, sondern hatte damit zu tun, dass West-Deutschland nach 1945 aufgrund der neuen Militärstrategie gegenüber dem sozialistischen Lager eine zentrale Bedeutung erlangt hatte. Das deutsche Argument lautete, dass es seinen militärischen Verpflichtungen ohne eine Neuverhandlung der Schulden nicht würde nachkommen können und dass eine wirtschaftlich schwache, am Boden liegende Bundesrepublik das Image des Kapitalismus zum Schaden des gesamten westlichen Lagers in Mitleidenschaft ziehen könnte. Das deutsche »Wirtschaftswunder« wäre ohne diese Konferenz unmöglich gewesen, bei der die BRD Auslandsschulden in Höhe von etwa 14,6 Milliarden Mark erlassen bekam. Die PGS werden heute einzeln niemals die nötige Kraft entfalten, um wie die Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg eine derartige Konferenz durchzusetzen. Da sie jedoch für das atlantische Bündnis zentrale geostrategische Positionen innehaben, könnte ihr Zusammenschluss eine ähnliche Wirkung besitzen wie die Existenz der sozialistischen Staaten in den 1950er Jahren.

3 | Deutschland, die neue europäische Hegemonialmacht, ist dazu verdammt, sein Währungssystem weiterhin an die schwächsten Ökonomien des Südens zu binden, um den Euro zugunsten der eigenen Exporte abzuwerten, die Rückzahlung der Kredite zu garantieren und eine aufgrund des Ansteckungseffekts drohende Implosion der Euro-Zone zu verhindern: Deutschland benötigt die PGS. Wenn diese sich zusammenschlössen und eine gemeinsame Strategie entwickelten, könnten sie mit der Schaffung einer eigenen Währung drohen: dem *Eurosur*. Dieser Schritt hätte positive und negative Auswirkungen, die gründlich einzuschätzen wären. Auf jeden Fall wären nachtei-

lige Effekte im Block leichter zu bewältigen als getrennt. Ein solcher Bruch würde in jedem Fall dazu führen, dass die heute von Deutschland verfolgte Exportstrategie wegen der schnellen Aufwertung eines hypothetischen *Euronorte* an ihr Ende käme. Dies würde in Deutschland den gesellschaftlichen Konsens, wie er von Teilen der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialdemokratie und den Grünen mitgetragen wird, zum Zerbrechen bringen. Es ist wahrscheinlich, dass die deutschen Eliten zur Vermeidung eines solchen Szenarios die nötigen Ressourcen, wenn auch keinen Euro mehr, zur Verfügung stellen würden (Kulke 2012).

4 | Nichtsdestotrotz wäre es ein Irrtum zu glauben, dass diese Situation – so sehr der Norden den Süden auch benötigt – den Süden ökonomisch besser stellen würde. Tatsächlich droht der Süden in eine sozial unerträgliche Lage abzurutschen. In der aktuellen Lage ist es zumindest ausgesprochen unwahrscheinlich, dass Deutschland oder andere Exportnationen Ressourcen zur Verfügung stellen würden, damit die PGS eine eigenständige produktive Basis entwickeln könnten, um den politischen und sozialen Konsens ihrer jungen Demokratien nachhaltig zu finanzieren (ebd.). Die einzige Hoffnung bestünde darin, die Kräfteverhältnisse in Europa zu verschieben. Für eine solidarische Politik müssten dann eine neue europäische Arbeitsteilung definiert, geldpolitische Mittel für eine schrittweise Annäherung der Produktivität festgelegt und die heute die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten regulierenden Grundregeln einer Prüfung unterzogen werden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass es dazu kommt, ohne dass die wichtigsten Nutznießer eines solchen



»Learning to live with the crisis« Giannis Angelakis/flickr

Politikwechsels – die PGS – die dafür notwendige Verhandlungsmacht erlangen.

5 | Nur wenn einige Grundpfeiler dessen, was wir als »atlantisches Projekt« (siehe unten) bezeichnen, in Frage gestellt werden, besteht die Möglichkeit eines alternativen Produktionsmodells. In den PGS, nicht aber im Rest der EU-Staaten, verlieren die Parteien des atlantischen Konsenses zurzeit massiv an Unterstützung. Diese Parallelität der Entwicklung im Süden ermöglicht ein gemeinsames politisches Handeln. Die nach den Wahlen im Februar 2013 in Italien geschaffene Situation deutet ebenfalls in diese Richtung.

6 | Abgesehen von der strategischen Bedeutung des Mittelmeerraums können die PGS ihre

privilegierten Beziehungen nach Lateinamerika (Portugal und Spanien) und zur arabischen Welt und Russland (Griechenland) als Faustpfand einsetzen. Auch dies kann aber nur in Absprache untereinander gelingen.

DAS PROBLEM DER ASYMMETRIE

Die Eliten Portugals, Spaniens und Griechenlands waren in den vergangenen 30 Jahren dem atlantischen Projekt verpflichtet. Seit dem Ausbruch der Krise 2008 – und schon zuvor – haben sie immer wieder den Beweis erbracht, dass sie den Interessen einer Minderheit Vorrang einräumen, und damit den Konsens der demokratischen Transition faktisch aufgekündigt. Ihre Politik zielt nicht darauf, die Gesellschaften gegenüber den großen europäischen Exporteuren und den Vermögensbourgeoisien des Planeten zu schützen, sondern die Interessen des Kapitals noch rücksichtsloser als bisher durchzusetzen – und zwar sowohl nach innen (Umwidmung öffentlicher Mittel zur Sanierung von Banken ohne politische Gegenleistung, deflationäre Politik bei Preisen und Löhnen, »interne Abwertung« usw.) als auch nach außen (Erhöhung der Handelsaggressivität, Begünstigung multinationaler Unternehmen, latente Währungskriege usw.). Ihr erklärtes Ziel ist es, diese Politik anderen Staaten, die dadurch noch verwundbarer sind als man selbst, aufzuzwingen. Die deutsche Politik der vergangenen 15 Jahre wird reproduziert: auf Kosten des Nachbarn Arbeitsplätze schaffen und die politische Legitimität der eigenen Regierung stärken. Diese Dynamik bringt die beiden angreifbarsten Ökonomien des Südens (Portugal und Griechenland mit ihren 22 Millionen Einwohnern) in eine besonders komplizierte Lage und erschwert die Aussicht, dass das größere Spanien (mit seinen 47 Millionen Einwohnern) Teil eines Solidarblocks im Süden werden könnte. Spanien ist in vielen Bereichen ein direkter Konkurrent beider Länder und verfügt über ein größeres wirtschaftliches Potenzial als diese, was die Hoffnung weckt, das deutsche Modell auf Kosten kleinerer und schwächerer Länder wie Portugal und Griechenland umsetzen zu können (der Fall Italien ist dem Spaniens in dieser Hinsicht ähnlich). Aber Spanien fehlen einige Voraussetzungen, um den deutschen Weg kopieren zu können:

1 | Es verfügt über wenig Zeit. Die Arbeitslosigkeit könnte in wenigen Monaten über 27 Prozent steigen, und es wird, nicht zuletzt wegen der Korruptionsskandale der konservativen Regierungspartei, über den Ausbruch unkontrollierbarer sozialer Unruhen spekuliert.

2 | Mehrere lateinamerikanische Regierungen verteidigen heute die Interessen ihrer Bevölkerungen und haben den aggressiven Strategien spanischer Multis in Lateinamerika deshalb Grenzen gesetzt. Dies führt zu einer Verringerung der Gewinntransfers durch die auf dem Kontinent tätigen spanischen Multis an ihre Firmenzentralen sowie zu einem Verfall ihrer Börsennotierungen.

3 | Die Erschließung alternativer Märkt in Indien, China oder den Golfstaaten hat zu einer Erholung der spanischen Leistungsbilanz geführt. Diese Erholung ist jedoch weniger einer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit als dem Zusammenbruch der Binnennachfrage geschuldet. So hat die Steigerung der Exporte keine neue Beschäftigung geschaffen, und es ist unwahrscheinlich, dass den spanischen

Unternehmen dies in der Zukunft auf ähnliche Weise gelingen könnte wie den deutschen Firmen: Das aggressiv exportorientierte Modell hat seine Grenzen.

4 | Die Sozial-, Umwelt- und stadtplanerischen Standards sind in Spanien bereits sehr niedrig, sodass deren Absenkung – wie sie von der PP-Regierung vorgeschlagen wird – kaum zu einem neuen, vom Immobiliensektor getragenen Wachstumszyklus führen kann. Beschäftigungseffekte, wie sie sich ab 1997 ergaben, sind daher ebenfalls unwahrscheinlich.

5 | Die Krise verschärft auch das Problem der innerstaatlichen Verfasstheit Spaniens. In mehreren reichen Regionen wie Katalonien wächst die Unterstützung verarmter Mittelschichten für das Selbstbestimmungsrecht. Dass die Regierungen in Anbetracht einer derartigen Situation die soziale Lage zur Durchsetzung eines deutschen Modells weiter verschärfen können, ist eher unwahrscheinlich. Der politische Handlungsspielraum für unpopuläre Maßnahmen ist begrenzt.

Vor diesem Hintergrund gibt es Argumente dafür, dass Spanien als bevölkerungs- und ressourcenreichstes der drei Länder ebenfalls ein strategisches Interesse an einem mediterranen Block haben könnte, um einen Politikwechsel in Brüssel bzw. Berlin zu erzwingen. Wenn dieser Block zustande käme, könnte auch die öffentliche Meinung in Italien zugunsten eines *Eurosur* kippen (Italien ist eine Exportnation, deren Konkurrenzfähigkeit durch eine Abwertung der Währung unmittelbar steigen würde). Die vor allem von Frankreich wahrgenommene Gefahr, dass diese Situation zu einem Alleingang Deutschlands in Europa führen würde, ist hingegen kalkulierbar. Ein deutscher Alleingang, der zu einer Aufkündigung der europäischen Charta und zu einer ausschließlichen Orientierung an den Märkten der Schwellenländer führen würde, ist im Land selbst kaum konsensfähig: Die deutsche Vergangenheit wiegt zu schwer und die Ungewissheiten eines solchen Abenteuers sind zu groß.

Damit dieser Vorschlag nicht bloßer Voluntarismus bleibt, müsste man zeigen, dass die drei Länder im Süden ähnliche Entwicklungen hinter sich haben und mit gemeinsamen Problemen konfrontiert sind, die sich im Block besser oder realistischer bewältigen ließen. Die zentrale Frage lautet in diesem Sinne nicht, ob man aus dem Euro austreten soll oder was mit den Schulden geschieht. Die Angelegenheit ist grundlegender – was den Währungs- und Finanzproblemen allerdings nichts von ihrer Dramatik nimmt. Es wird darum gehen, wie, mit was und mit wem eine Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur geschaffen werden kann, die eine gerechte, demokratische und nachhaltige soziale und politische Ordnung dauerhaft finanzieren könnte. Dafür wird eine gemeinsame Analyse der historischen Entwicklung der konkreten sozialen Realität unserer drei Länder notwendig sein.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf: redconvergenciasocial.org
Aus dem Spanischen von Raul Zelik

LITERATUR

Horn, Gustav, Fabian Linder, Silke Tober und Andrew Watt, 2012: Quo vadis Krise? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Bericht Nr. 75

Koch, Max, 2003: *Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa*, Wiesbaden

Kulke, Roland, 2012: Recent Development Inside the EU and its Implications for European Foreign Trade Policy, in: *Transform!* 11, 67–75

INTERVIEW

DIE MACHT ZURÜCKHOLEN

EINE NEUE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE STRUKTUR IN SPANIEN

MANUEL MONEREO
LINKSPARTEIENBÜNDNIS IZQUIERDA UNIDA

Was ist die *Frente Cívico*?
Mit der *Frente Cívico* wollen wir eine politische Kraft aufbauen, die sich direkt aus den Forderungen der Bevölkerung speist, fähig ist, Alternativen zu formulieren und einen demokratischen Ausweg aus diesem System zu weisen. Sie soll eine politische Organisierung ermöglichen, doch sie wird explizit nicht bei Wahlen antreten. Sie soll attraktiv für breite zivilgesellschaftliche Kreise sein, jenseits der üblichen Lager entlang von Parteiidentitäten. Es soll nicht um Posten, sondern um Positionen gehen, jenseits dessen, was die herrschende politische Klasse in Spanien auf der Agenda hat.

Wie ist die *Frente Cívico* entstanden?
Die Idee der Frente geht zurück auf eine Initiative von Freunden, wie Julio Anguitas, des einstigen Koordinators der *Izquierda Unida* (IU) in den Jahren 1989 bis 1999. Angesichts des politischen Vakuums in dieser geschichtlichen Situation der Krise hielten wir es für notwendig, eine politische Alternative der BürgerInnen zu gründen. Das Kollektiv Prometeo, einst nur ein Klub für politische Debatten in Córdoba, bildete den organisatorischen Kern. Bei der Verbreitung der Idee fungierte es als Bindeglied zwischen den verschiedenen Interessen auf dem Weg zu einem politischen Programm.

Was sind die Inhalte des Programms?
Die *Frente Cívico* hat in der ersten Hauptversammlung einen 10-Punkte-Plan verabschiedet. Ich möchte nur ein paar Punkte nennen: Uns ist wichtig zu betonen, dass dieses Land in einer Krise des Systems steckt, insbesondere des politischen Systems. Daher müssen wir uns neu organisieren und kämpfen. Es ist entscheidend, dass die Menschen ihr Schicksal in die Hand nehmen, sonst gibt es keine Zukunft, insbesondere nicht für die »unten«. Sonst werden nur noch die großen Mächte bestimmen, die seit der Krise immer mehr Macht gewinnen und zunehmend autoritärer agieren. Wir brauchen ein demokratisches Programm. Manche meinen: Ein linkes Programm! Doch vor allem soll es ein Programm der Bürgerinnen und Bürger sein, ein Programm, das der überwältigenden Mehrheit in diesem Land etwas zu sagen hat. Dieser Mehrheit, die nach der letzten sozialistischen Regierung der PSOE und der jetzigen Regierung der PP zwar weiß, wer die Rechten sind, aber nicht mehr, wer die Linken sind, bzw.

welche Rolle die PSOE noch spielen kann. Ein solches Programm muss die sozialen Grundrechte der Menschen garantieren. Auf dieser Basis kann eine Rekonstruktion der Demokratie erfolgen, der politischen wie einer Wirtschaftsdemokratie. Dies schließt die notwendige Vergesellschaftung der Wirtschaft ein. Es kann nicht sein, dass Finanzkapital und Wirtschaftsoligarchien sich unter dem Deckmäntelchen ›Krisenmanagement‹ den Staat aneignen. Ohne Wirtschaftsdemokratie kann es keine politische Demokratie geben. Zur Rekonstruktion der Demokratie entwickeln wir die Perspektive eines verfassungsgebenden Prozesses. Weder hat die reale Verfasstheit von Politik und Ökonomie noch etwas mit der spanischen Verfassung von 1978 zu tun, noch kann auf ihrer Basis eine eben angedeutete Erneuerung erfolgen. Daher braucht es einen verfassungsgebenden Prozess aus der Zivilgesellschaft heraus. Die Idee erhält mittlerweile immer mehr Zuspruch.

Wie realistisch ist das?

In einem europäischen Rahmen ist dies kaum möglich. Die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit und die Struktur des Europäischen Währungssystems (EWS) sind der Hauptmotor für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Niedergang in Spanien und anderen Ländern. Insofern ist auch ein geregelter Austritt aus dem Euro Teil der Diskussionen. Das Europa des Maastrichter Vertrages machte den Neoliberalismus verfassungskonform. Dies war ein schwerer Angriff auf die sozialen Rechte. Außerdem kann eine so heterogene Wirtschaft wie die europäische nicht mit einer einzigen Währung funktionieren. Um den Euro zu verteidigen, führen uns die Troika und die deutsche Regierung in die Katastrophe. Und dennoch wird es ihnen nicht gelingen, den Euro zu halten. Entweder gelingt uns eine geordnete Auflösung des EWS oder es implodiert, mit drastischen Konsequenzen.

MANUEL MONEREO, in der Führung des Linksparteienbündnisses *Izquierda Unida*, weiß um die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisierung jenseits der Parlamente. Deshalb ist er energisch in der übergreifenden Bürgerplattform *Frente Cívico* engagiert. Er arbeitet in der Stiftung für marxistische Studien in Madrid (*Fundación de Investigaciones Marxistas*), der spanischen Partner-Organisation von Transform! und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wie sehen die Organisationsstruktur der *Frente Cívico* und das Verhältnis zu sozialen Bewegungen und lokalen Gruppen aus?

Sie funktioniert nach innen wie eine soziale Bewegung. Offene Versammlungen sind ihr Organisationsprinzip. Darüber hinaus gibt es Koordinationsstellen, die von Personen betreut werden, die durch die Versammlungen gewählt und abgewählt werden können. Die Koordinationsstellen kümmern sich um die Kommunikation in der Zeit zwischen den Versammlungen. Außerdem gibt es kleine Verwaltungseinheiten, die das tägliche Leben der Organisation ermöglichen. Sie sind nach Provinzen organisiert. Auch wenn die Statute sich noch im Entstehen befinden, war die erste Hauptversammlung der *Frente Cívico* der Keim einer neuartigen politischen Gruppierung. Auch nach außen ist sie wie eine soziale Bewegung strukturiert. Wir gehen zu den politischen Treffen, zu denen man uns einlädt, und zu Treffen mit anderen sozialen Bewegungen.

Anguita hat gesagt, man müsse zweigleisig fahren: an der Formulierung von programmatischen Alternativen und von Widerstand arbeiten. Wie sieht das konkret aus?

In Madrid sind z.B. die Personen im Gesundheitsbereich – von den ÄrztInnen über die ausgebildeten PflegerInnen und Krankenschwestern und das Hilfspersonal bis hin zu den PatientInnen – in ihrer überwältigenden Mehrheit gegen die neoliberale Politik der Privatisierung und Kommerzialisierung des Gesundheitswesens, wie sie die rechte Regierung der Stadt betreibt. Widerstand wird organisiert und gleichzeitig werden konkrete alternative Vorschläge eingebracht. Darüber hinaus geht es um die Formulierung und Organisierung einer gesellschaftlichen und politischen Alternative. Eine verfassungsgebende Versammlung könnte der Ort für die Formulierung eines solchen Programms und eines neuen gesellschaftlichen Konsenses werden.

Einige der bekanntesten Forderungen der *Frente Cívico* sind ein Mindestlohn von 1 000 Euro im Monat, eine radikale Steuerreform und die Einrichtung öffentlicher Banken. Sind diese Forderungen mittelfristig gesehen umsetzbar?

Umsetzbar, was heißt das? Eine Mehrheit an Wählerstimmen, die diese Reformen in Spanien unterstützen würde? Die wird es nicht geben. Was wollen die Menschen? Man könnte Umfragen studieren und wüsste, was die Leute wollen. Das setzt man zusammen und hätte tatsächlich das Programm der *Frente Cívico*. Wo also liegt das Problem? Es gibt kein politisches Lager, das genug Vertrauen oder Macht hat, diese Wünsche in die Realität umzusetzen. Die sozialistische PSOE sicher nicht. Sie war es, die mit den systematischen Kürzungen begonnen hat. Die Rechte übertrifft sie beim Sozialabbau noch. Auf der anderen Seite hat die IU, die ähnliche Positionen wie die *Frente Cívico* vertritt, noch nicht genug politischen Einfluss, obwohl sie in den Umfragen gut abschneidet. Die *Frente Cívico* möchte die nötige gesellschaftliche Zustimmung und zwar mit anderen politischen Kräften zusammen organisieren. »Es kann und es muss eine ›politische Hegemonie‹ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen«, schrieb Antonio Gramsci. Diese Hegemonie gilt es zu organisieren.

Die linken Parteien und Gewerkschaften schaffen es nicht, die Bewegung von der Basis aufzufangen und zu potenzieren. Müssen wir neue Strukturen schaffen?

Das ist eine schwierige Frage, und sie wird der Frente in ihrem politischen Leben noch oft gestellt werden. Wir sind der Meinung, dass eine neue Struktur notwendig ist oder die Frente zumindest der Katalysator einer gemeinsamen Sache werden könnte. Menschen, die in die Politik gehen, ohne ein öffentliches Amt bekleiden zu wollen, die nicht versuchen, die Änderungen, die sie erreichen, zu ihrem persönlichen Verdienst zu machen, und die ein glaubwürdiges Programm vertreten, das man unterstützen und für das man kämpfen kann – diese Menschen werden immer fragen, ob ihr Kampf zu etwas nütze ist. In der Frente können die verschiedenen Linien der

Gegenmacht zusammenkommen, die Macht einer vielfältigen, aber organisierten Zivilgesellschaft. Die *Frente Cívico* ist darin nur ein Bächlein von vielen, das diesen Fluss bildet – den Fluss, der uns tragen und die herrschenden Klassen, unfähig, ein integratives Projekt zu realisieren, hinwegspülen wird.

Warum kann die Linke die Funktion nicht erfüllen? Sind die klassischen Strukturen der Linken am Ende?

Das ist offensichtlich. Ich bin aktives Parteimitglied der IU. Wir wissen alle, dass wir ein Problem mit der Schwäche unserer Organisation haben. Unsere Struktur orientiert sich an öffentlichen Ämtern in Städten, Gemeinden, im Abgeordnetenhaus. Die Basis hingegen hat nicht den Einfluss, den sie haben sollte. Viele, die z.B. bei der PAH (Plattform gegen Zwangsräumungen, siehe dazu Ruíz, *LuXemburg* 1/2013, 122ff) aktiv sind, sind Mitglieder von IU oder der Kommunistischen Partei. Wir spüren alle, dass unsere Organisationsform nicht ausreicht, um uns zu Massenorganisationen werden zu lassen. Aus gesellschaftlicher Sicht ist die *Frente Cívico* deswegen eine unabhängige (bewegungsförmige) Komplementärstruktur der (parteiförmigen) Linken. Nicht dass wir uns als *Frente Cívico* verkleiden, das nicht. Aber es gibt viele, die in beiden Organisationen aktiv sind. Die IU braucht eine starke *Frente Cívico*, wenn sie vorankommen will. Und umgekehrt: Wenn die Frente stärker wird, braucht sie eine wählbare Partei im Parlament. Ideal wäre, wenn alles zu einer gemeinsamen Plattform wird, die ein neues politisches System in Spanien hervorbringen kann. Eine Republik. Eine *Res Publica* und ein Ende der korrupten Monarchie.



»Learning to live with the crisis« Giannis Angelakis/ flickr

Nähern wir uns deiner Meinung nach dem Ende des Zweiparteien-Systems in Spanien?

Nein. Da bin ich wenig optimistisch. Der Neoliberalismus endet erst, wenn es eine Macht gibt, die ihn beseitigt. Das gilt auch für das Zweiparteien-System. Die IU gewinnt in Umfragen deutlich hinzu. Doch es ist gut möglich, dass viele temporäre Nichtwähler von PP und PSOE wieder zu den alten Parteien zurückkehren werden. Das Zweiparteien-System in Spanien ist angeschlagen, aber noch nicht tot. Deshalb müssen wir eine Alternative zu ihm aufbauen. Ein gutes Beispiel ist die Taktik von Syriza: Indem sich die Linke in dieser Partei vereinigt hat, ist sie zur zweitstärksten Partei geworden und hat die alte

sozialistische PASOK weit hinter sich gelassen. Aber das erreicht man nicht durch Wahlen, sondern durch gesellschaftliche, politische und organisatorische Arbeit zuvor, durch organische Verbindungen zu breiten sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftliche Verankerung.

Sollte die IU also Politik machen, »als ob wir morgen regieren würden«, wie Anguita einst sagte?

Nein, das galt in den 1980er Jahren. Heute hat eine Regierung, die linke Politik machen möchte, vor allem ein Problem: Wie verhält sie sich zur EU? Dieser Frage kann man nicht ausweichen. Spanien hat Auslandsschulden in Höhe von 2,3 Billionen Euro. Dieses Jahr werden allein 40 Milliarden Euro des spanischen Staatshaushaltes darauf verwendet, die Zinsen zu bedienen. In dieser Lage Politik machen zu wollen, als sei man an der Macht, wäre absurd, selbst in der Regierung. Die erste Reaktion auf die jetzige Situation muss Protest und Rebellion sein. Viele Banken sind bekanntermaßen zu groß, um in einer Krise fallen gelassen zu werden, aber eben auch zu groß, um gerettet zu werden. Das trifft auch auf Spanien zu. Dies ist gleichzeitig die Verhandlungsmacht, die wir besitzen. Keynes hat wohl einmal gesagt: Wenn du mir eine Million schuldest, hast du ein Problem. Wenn du mir zehn Millionen schuldest, habe ich das Problem. Das Problem Spaniens sind seine Schulden. Aber wenn Spanien nicht zahlt, geht der Euro unter. Diese Verhandlungsmacht müssen wir nutzen, gemeinsam mit den demokratischen Kräften, vor allem in den anderen betroffenen Ländern. Wir verkraften keinen weiteren Abbau der demokratischen Kultur und sozialen Rechte.

Wie müssen wir uns einen verfassungsgebenden Prozess vorstellen?

Es geht darum, eine große gesellschaftliche Mehrheit anzusprechen, denn die spanische Verfassung ist nicht reformierbar. Für Verfassungsänderungen benötigt man eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die Auflösung des Parlaments, Neuwahlen, einen Volksentscheid … Das ist ein mühseliger Prozess. So mühselig, dass er innerhalb des gegebenen Systems nicht zu bewältigen ist. Deswegen benötigen wir eine Mehrheit, die bereits ein gesellschaftliches Programm hat, wenn es verfassungsgebende Wahlen gibt. Die Formulierung des Programms ist bereits selbst Teil des konstituierenden Prozesses. Darüber hinaus geht es um die legitime Verteidigung gegen postdemokratische Zustände: Die Verfassung von 1978 ist von den Wirtschaftsmächten und der politischen Klasse der beiden großen Parteien aufgekündigt worden. Wie kommen wir da heraus? Indem sich die Bevölkerung als Souverän die Macht zurücknimmt, die Verfassung ändert und die Demokratie rekonstruiert.

Hat die *Frente Cívico* den verfassungsgebenden Prozess bereits in Angriff genommen?

Ja. Doch die *Frente Cívico* besteht größtenteils aus einer neuen, jungen, sehr demokratischen Generation. Und die Demokratie braucht Zeit, demokratische Entscheidungen sind harte Arbeit.

Die Fragen stellte Lara Hernández.
Aus dem Spanischen von Konstanze Schmitt

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Interview: »Es gibt keine Alternative zur Organisierung« mit Chema Ruíz von der Plattform der Hypothekenbetroffenen



Sevilla, Ana Rey/flickr

DEN BETRIEB ÜBERNOMMEN, UND JETZT?

DIE GRIECHISCHE KOOPERATIVE VIO.ME

ANNA DOHM UND

JOHN MALAMATINAS

Die Krise in Griechenland hat Ansätze einer direktdemokratischen Verwaltung des Gemeinsamen entstehen lassen. Sie alle widersetzen sich der staatlichen Krisenpolitik im Namen von Troika und Treuhand und suchen nach alternativen Formen der Produktion und Reproduktion. Die Beteiligten warten nicht, dass der Staat ihnen hilft – er kann ohnehin kaum mehr eine Perspektive bieten. Stattdessen besetzen sie Fabriken oder Krankenhäuser, um sie selbst weiterzuführen. Dabei stellen sich eine Reihe ungelöster strategischer Fragen: Wie kann die kollektive Verwaltung konkret aussehen? Wie lassen sich bereits vorhandene Erfahrungen verallgemeinern? Welche übergreifenden Strukturen und Netzwerke müssen entstehen? Aber auch praktische Probleme gilt es zu lösen: von der Beschaffung der nötigen Materialien, über finanzielle Ressourcen bis zu alternativen Formen der Distribution. Die tastenden Suchprozesse sind häufig aus der Not geboren und entlang pragmatischer

Entscheidungen entstanden. Sie bearbeiten zumeist direkte Folgen der Austeritätspolitik. Für Fragen transnationaler Organisierung gegen autoritäre Krisenregulation können die hier geführten Diskussionen um direkte Demokratie ein Anknüpfungspunkt sein, um in der europäischen Bewegungsdebatte voran zu kommen. Mit dem Kampf von *Viomichaniki Metalleftiki – VIO.ME* verbindet sich konkreter Handlungsbedarf für eine Linke auch jenseits griechischer Grenzen.

Bei VIO.ME haben die ArbeiterInnen den Betrieb übernommen. 1982 als eine von drei Tochterfirmen des Unternehmens Philkeram gegründet, stellte VIO.ME Baumaterialien her und lieferte sie ins gesamte Land sowie ins benachbarte Ausland. Eines Tages machte sich die komplette Chefetage über Nacht aus dem Staub, da die Pleite des Unternehmens unabwendbar schien. Im Mai 2011 meldeten die Besitzer – die Familie Filippou – Konkurs an. Trotz und wegen des entstandenen Machtvakuums beschlossen die ArbeiterInnen fast einstimmig, die Fabrik zu behalten und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Gespräche mit dem Ministerium für Arbeit über eine Legalisierung des Betriebs scheiterten; auch eine Infokarawane von VIO.ME-Beschäftigten, die öffentlichen Druck aufbauen sollte, änderte dies nicht. Dennoch eröffnete die Belegschaft im Februar 2013 mit einem Konzert und einer Solidaritätsdemonstration die besetzte Fabrik. Eine städtische Versammlung zur Unterstützung von VIO.ME wurde bald zum entscheidenden Raum künftiger Strategiebestimmung und Verwaltung. Die Produktion von VIO.ME war damit zur öffentlichen Angelegenheit geworden. Es ging nicht mehr nur um den Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern auch um die Frage, was gebraucht wird und was sich mit den vorhandenen Maschinen produzieren lässt. Von Baumaterialien wurde auf die Produktion von Reinigungsmitteln umgestellt.

POLITISCHE WIDERSPRÜCHE

Das Projekt stieß nicht nur auf Gegenliebe, besonders bei den traditionellen Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien. Die Kommunistische Partei (KKE) beispielsweise verweigerte die Unterstützung, weil das eigenmächtige Handeln der VIO.ME-ArbeiterInnen jenseits ihrer parteipolitischen Strategie lag. Statt einer Wiederinbetriebnahme von VIO.ME sollten sich die ArbeiterInnen den »regulären« Protesten und Streiks anschließen. Nach Auffassung von Funktionären der KP-nahen Massengewerkschaft PAME hätten die ArbeiterInnen ihren Kampf ordnungsgemäß bis zum Ende führen, dann in die Arbeitslosigkeit treten und schließlich Teil der Erwerbslosenbewegung werden sollen. Auch die großen Gewerkschaftsverbände haben bislang wenig Interesse an VIO.ME gezeigt. Gespräche und Veranstaltungen im Arbeiterzentrum Thessaloniki und die Beteiligung an

ANNA DOHM lebt in Berlin. Sie arbeitet zum Thema Reproduktionskrise und zivilgesellschaftliche Kämpfe in Europa.

JOHN MALAMATINAS ist in antikapitalistischen Gruppen und Netzwerken aktiv. Er lebt in Köln und Thessaloniki – sein Interesse gilt v.a. den sozialen Kämpfen und der Krise in Griechenland.

allen von der Dachgewerkschaft des privaten Sektors GSEE organisierten Generalstreiks änderten daran nichts. Lediglich die, vor allem in der Krisenzeit entstandenen, unabhängigen Basisgewerkschaften unterstützen die ArbeiterInnen. Unter den Parteien stand nur die Linkspartei SYRIZA von Anfang an hinter dem Projekt: Die Unterstützung reichte von einem spektakulären Solidaritätsbesuch des Oppositionschefs Alexis Tsipras bis hin zur direkten Hilfe bei der Distribution der Produkte durch die SYRIZA-Basis.

PRAKTISCHE HÜRDEN

Da bei VIO.ME nun wieder produziert wird, stellt sich die nächste Frage: Wie kann die Distribution der Produkte organisiert werden? Eine Fabrik steht in dieser Hinsicht vor anderen Problemen als beispielsweise eine vorwiegend für die Region produzierende Landwirtschaftskooperative. Will ein Projekt wie VIO.ME längerfristig überleben, braucht es überregionale Kanäle, um seine Produkte zu vertreiben. Soll dies nicht dem Markt überlassen werden, muss also erprobt werden, wie die Produkte einer solidarischen (Re-)Produktionsökonomie unter direktdemokratischen Bedingungen vertrieben werden können. In Griechenland finden sich die Reinigungsmittel von VIO.ME also nicht in Supermärkten. Sie werden über Netzwerke ohne ZwischenhändlerInnen vertrieben. Die Polizei versucht dies teilweise zu verhindern. Sie werden außerdem in sozialen Zentren und bei öffentlichen Gelegenheiten wie Festivals verkauft. Zwischen ProduzentInnen, VerteilerInnen und KonsumentInnen soll Vertrauen hergestellt werden, das die entfremdenden Verkehrsformen überwindet. Den VIO.ME-ArbeiterInnen geht es dabei nicht um Effizienz, sondern um die Entwicklung einer anderen Form von Arbeit. Das Produkt wirkt auch als Ideenträger, der wandert und dies hoffentlich bald über die griechischen Grenzen hinaus: Direktdemokratische Prozesse wie Vollversammlungen, Selbstbestimmung und Selbstkontrolle im Bereich sozialer Reproduktion bilden die Grundlage einer potenziellen Gegenbewegung gegen die Austeritätspolitik und Krisenverarbeitung von oben.

NEUE FORMEN DES GEMEINSAMEN

Hinter einem VIO.ME-Produkt steckt daher mehr als eine biologische, nach Zitrone riechende Reinigungsflüssigkeit. Es ist der stoffliche Ausdruck alltäglicher Praxis eines nicht warenförmigen Ausbaus des öffentlich Gemeinsamen. Kapitalistische Verkehrsformen wie Lohn, Wert, private Besitzverhältnisse werden durch die direktdemokratische, öffentliche Verwaltung in Frage gestellt. Inwieweit der Ausbau einer solchen Ökonomie, die den üblichen (Re-)Produktionsverhälnissen entgegen steht, sich tatsächlich gegen Märkte und Privatisierungen durchzusetzen vermag, bleibt abzuwarten. Die aktuelle Phase, in der die ArbeiterInnen und ihre UnterstützerInnen alles daran setzen, die Produkte in Griechenland und im Ausland bekannt zu machen, ist für den Erfolg des Projekts von enormer Bedeutung.

Als wären die Fragen nach Möglichkeiten der Produktion und Distribution nicht schon kompliziert genug, ist das Projekt auch von Seiten des Staates bedroht. Ständig lauert die Gefahr einer Räumung der Fabrik. Der Fall liegt seit dem angemeldeten Konkurs

der Firma beim Insolvenzverwalter. Dieser ist für den Verkauf der Firma Philkeram und der Fabrik zuständig, um die alten Schulden abzubezahlen. Hierfür muss VIO.ME vorübergehend als eigenständige Firma per Gerichtsbeschluss ausgegründet und vom Mutterkonzern abgespalten werden. Diese temporäre Firmenverwaltung soll dann lediglich den Ausverkauf und damit den Rausschmiss der ArbeiterInnen und ihrer UnterstützerInnen organisieren. Ein konkreter Termin steht noch nicht fest, der politische Druck ist jedoch hoch. Vor dem Sommer meldete sich die Energiefirma DEI bei den ArbeiterInnen mit der Forderung, jahrelange Schulden zu begleichen, und mit der Androhung, den Strom abzustellen. Den Gefahren begegnet man pragmatisch: Der Energiefirma wird der Zugang zum Gelände verwehrt. Die Beteiligten bereiten sich politisch auf eine mögliche Räumung vor. Angesichts des breiten Solidaritätspotenzials werden sich die Behörden dies – nach Einschätzung der ArbeiterInnen – aber zweimal überlegen. Die Solidaritätsversammlungen in Thessaloniki haben viele Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen geknüpft, etwa den EinwohnerInnen in Chalkidiki, die sich gegen die Goldminen organisieren, oder dem besetzten Radiosender ET3.

TRANSNATIONALE VERSCHRÄNKUNGEN

VIO.ME wirft Fragen auf, die auch für die Linke außerhalb Griechenlands von Interesse sind. So stellt sich beispielsweise die Frage, wie sich Linke in der BRD zu VIO.ME ins Verhältnis setzen – verschiedene Schritte transnationaler Solidarität sind denkbar: Das Produkt sollte an verschiedenen Orten bekannt gemacht werden. Beispielsweise dort, wo sich Kiezinitiativen und Versammlungen gegen profitorientierte, privatwirtschaftliche Verwaltung von Wohnen, Gesundheitsversorgung, Energieversorgung, Bildung, Erziehung und Kultur organisieren. Sollte eine Räumung der Fabrik anstehen, bedarf es öffentlichen Protests vor den griechischen Botschaften oder Konsulaten. Aber auch eine Vernetzung wie die von 39 sozialen Zentren in Italien kann hilfreich sein. Für die komplizierte Frage der Distribution im Ausland sieht die VIO.ME-Versammlung ein dreistufiges Modell vor: Die Organisation europaweiter *politischer* Unterstützung stellt die erste Stufe dar. Darauf aufbauend soll direkte Hilfe für die Produktion und als dritte Stufe ein Netzwerk zur Distribution entwickelt werden.

Den verschiedenen Spektren kapitalismuskritischer und antikapitalistischer Bewegungen käme die Aufgabe zu, theoretische Diskussionen um alternative Vergesellschaftung mit der Praxis zu verknüpfen und die Möglichkeiten der Distribution von VIO.ME-Produkten auszuloten. Bewegungsintellektuelle, Gruppen und Organisierungen könnten hierbei die Funktion übernehmen, die griechischen Erfahrungen direktdemokratischer Vergesellschaftungsversuche für ihre lokalen Kontexte produktiv zu machen. Lokale Kiezversammlungen gegen steigende Mieten, die zahlreichen gastronomischen Kollektive, die lokalen Blockupy-Bündnisse oder die ersten Versuche einer öffentlichen Wiederaneignung von Energieversorgung wie in Berlin könnten Räume sein, in denen diese Diskussionen geführt werden.

DREI THESEN ZUR ORGANISIERUNGSFRAGE

RODRIGO NUNES

2011 war ein außergewöhnliches Jahr, das irgendwann in einem Atemzug mit 1968 und 1848 genannt werden könnte. Das hängt allerdings davon ab, ob die kommenden Jahre sein Versprechen erfüllen werden und es im Rückblick als den Beginn von etwas Neuem erscheinen lassen. Um diesem spezifischen Versprechen auf den Grund zu gehen, sollte man sich bei der Analyse der Ereignisse so wenig wie möglich von den vielen falschen Mediendarstellungen leiten lassen, und auch nicht von den manchmal irreführenden Reflexionen der Protestierenden selbst. Anders ausgedrückt: Es geht darum, was die Menschen wirklich getan haben und tun, und nicht darum, was sie oder andere darüber denken.

Nach Negris Diktum zu Lenin – »Organisation ist Spontaneität, die sich selbst reflektiert« – ist Spontaneität nie einfach formlos, sondern es kommt in ihr immer schon irgendeine Art von Organisation zum Ausdruck (Negri 2004, 42). Seit Langem leidet die Organisationsdebatte darunter, dass so getan wird, als müsse man sich zwischen absoluter Formlosigkeit (›spontaner‹ Bewegung) und einer strikten Form (der Partei) entscheiden. Was auf den ersten Blick als konturlos erscheint, birgt jedoch immer schon seine eigene Form in sich, auch wenn diese offen und veränderbar ist.

1. THESE: MASSENBEWEGUNG OHNE MASSENORGANISATION IST MÖGLICH

Wichtig ist zunächst anzuerkennen, wie weit verbreitet inzwischen die Ablehnung von Massenorganisationen ist. Parteien und Gewerkschaften werden als »Teil des Problems« betrachtet und wurden 2011 daher auch nicht als Teil der Bewegungen willkommen geheißen (mit einigen Ausnahmen in Ägypten und Tunesien, wo es zu einer lokalen Zusammenarbeit mit Gewerkschaften kam). Hinzu kommt,

dass ihre Qualität als Massenorganisationen immer mehr in Zweifel gezogen wird. Angesichts einer großen, heterogenen, dynamischen und lebendigen Bewegung erschien ihre Mobilisierungsfähigkeit in den letzten Jahren relativ beschränkt. Sie wirken zu altbacken, zu verknöchert und achten zu sehr auf ihre Repräsentationsrolle, um wirklich ins Gewicht zu fallen. Als sich die Massen gegen das politische System und den Mangel an realen Partizipationsmöglichkeiten erhoben, richteten sie sich auch gegen Gewerkschaften und Parteien, die sie weithin als Vertreter dieses Systems ansehen.

Damit ist aber noch nichts über das Durchhaltevermögen dieser 2011 aufgekommenen Bewegungen ausgesagt und auch nichts darüber, ob der Verzicht, Massenorganisationen zu gründen, deren Dynamik bremsen wird, oder ob die Entscheidung für den Aufbau solcher Organisationen die Bewegung nur gespalten hätte. Offen bleibt auch, ob Massenorganisationen *an sich* inzwischen überholt sind. Aber der Grad der Ablehnung innerhalb der Bewegung sagt sehr wohl etwas über den Zustand der existierenden Massenorganisationen aus. Und die Erfahrungen von 2011 geben zudem einen Eindruck von den Möglichkeiten, die sich ergeben, wenn eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen auf den Zugang zu technischen Instrumenten trifft, die massenhafte multipolare Kommunikation erlauben. Folglich liegt darin auch die frohe Botschaft: Massenorganisationen stecken zwar überall auf der Welt in einer Krise, aber es ist gut zu wissen, dass es auch ohne sie möglich ist, politische Wirkungskraft zu entfalten.

RODRIGO NUNES arbeitet als Philosoph an der *Pontifícia Universidade Católido Rio Grande do Sul* im brasilianischen Porto Alegre, wo er die Forschungsgruppe *Materialismos* – Materialismen – koordiniert. Er ist Mitglied des Herausgeberkollektivs der Onlinezeitschrift *Turbulence*.

Dies bringt uns zur gegenwärtigen politischen Repräsentationskrise und darauf, dass diese wohl noch ein wenig andauern wird. Manche sprachen recht schnell von einem »Scheitern« der Bewegungen in Tunesien, Ägypten und Spanien, weil sie letztendlich Kräfte an die Macht gebracht hätten, die nicht viel besser seien als die vorherigen. Hierin steckt eine wahrlich bizarre Logik: Ein zentraler Ausgangspunkt dieser Bewegungen war der Vorwurf, dass alle wesentlichen Entscheidungen außerhalb der Reichweite der repräsentativen Demokratie getroffen werden und dass alle Wahloptionen verschiedene Schattierungen des Gleichen sind. Ihnen nun vorzuwerfen, dass sie etwas falsch gemacht hätten, weil die jetzt Regierenden sich von den davor Regierenden kaum unterscheiden, ist absurd. Vielmehr untermauert diese Tatsache nur die Richtigkeit ihrer grundsätzlichen Kritik am System. Um den Bewegungen gerecht zu werden, muss man anerkennen, dass sie von Anfang ein viel längeres Spiel spielten und nicht nur die nächste Wahl im Auge hatten.

In Bezug auf das politische System üben diese Bewegungen – und das ist vielleicht alles, wozu sie derzeit in der Lage sind – »destituierende Macht« (also das Gegenteil *konstituierender* Macht, vgl. dazu Colectivo Situaciones 2009) aus. Sie üben zweifelsohne auch konstituierende Macht aus, deren Zukunft und Richtung aber gerade unmöglich vorauszusehen ist. Aber im Moment ist ihr einziges erreichbares Ziel wahrscheinlich, das System zu reinigen. Auch das schafft man nicht einfach über Nacht.

2. THESE: ORGANISIERUNG IST NICHT VERSCHWUNDEN, SIEHT HEUTE ABER ANDERS AUS

In den Feuilletons, darauf wurde oft hingewiesen, wurden die offensichtlichen Ähnlichkeiten zwischen 2011 und dem globalisierungskritischen Moment[1] meist übersehen. Aber zum einen steht dieser Moment für den ersten Versuch, einmal genauer durchzudeklinieren, wie die neuen Kommunikationstechnologien, allen voran das Internet, Organisationspraxis transformiert haben und weiter verändern. Zum anderen manifestierte sich hier zum ersten Mal dieselbe *Tabula-rasa*-Zeitenwende-Mentalität, die wir auch heute erleben: Demnach hätten die neuen technologischen Möglichkeiten die Art und Weise, wie wir uns organisieren, für immer verändert. Entscheidend seien nun die vernetzten Individuen, die Ära von hierarchischen Organisationsformen sei endgültig vorbei. Doch im Rückblick können wir heute erkennen, dass es sich eher um die Vorwegnahme einer Entwicklung handelt, die uns erst noch bevorsteht. Die »neuen technologischen Möglichkeiten« von vor zehn Jahren – Mailinglisten, Handys ohne Fotofunktion und Indymedia – sind Kinkerlitzchen im Vergleich zu dem, was uns heute an Mitteln zur Produktion und Distribution von Informationen in Aussicht gestellt wird. Im Gegenzug heißt das: Der »totale Bruch«, der heute gern betont wird, begleitet uns also schon in der einen oder anderen Form seit zehn Jahren.

Das Problem ist, dass unterschiedliche Dinge in der Diskussion immer wieder durcheinander geraten. So werden politische Praxen, die mit älteren Organisationsformen assoziiert werden, wie der Kampf in den Fabriken oder bestimmte Ansätze des Community-Organizing, in einen Topf geworfen mit der organisatorischen Form an sich. Häufig verstellt diese Debatte am Ende den Blick darauf, wie die sozialen Medien tatsächlich von den Bewegungen für politische Zwecke genutzt werden.

Eine einflussreiche Perspektive besagt, dass soziale Medien großartige Instrumente sind, wenn es darum geht, Informationen zu verbreiten und Aktivitäten anzustoßen, die nur wenig Einsatz erfordern (*share*, *like*, *retweet*, *donate*). Es gelänge damit aber nicht, verlässliche Beziehungen, verbindliches Engagement oder das herzustellen, was es halt braucht, um eine Aktion oder eine Kampagne tatsächlich

erfolgreich auf den Weg zu bringen. »Der Facebook-Aktivismus kann Menschen nicht dazu motivieren, wirklich Zeit und Ressourcen für eine Sache zu opfern, sondern er kriegt sie nur dazu, die Dinge zu tun, die Menschen eben tun, wenn sie nicht ausreichend motiviert sind, größere Opfer zu bringen.« (Gladwell 2010)

Ich würde, obwohl ich dieser Schlussfolgerung nicht widersprechen will, behaupten, dass hier der politische Nutzen der sozialen Medien unterschätzt wird. Unter besonderen Umständen kann aus der schieren Quantität von Verbindungen, die durch soziale Medien ermöglicht werden, eine neue Qualität stärkerer Beziehungen entstehen; ein Nebeneffekt, der durch bestimmte Bedingungen begünstigt wird und als eine generelle Absenkung der Beteiligungsschwelle von Individuen beschrieben werden kann.

Die Erzählung von isolierten Individuen, die an einem zufällig auf Facebook vorgegebenen Termin in Massen zusammenströmen, erscheint bei genauerem Hinsehen als wenig mehr als ein Mythos. Selbst beim Beispiel Tunesien, das der Erzählung von der »spontanen Erhebung« am nächsten kommt, spielten gerade zu Beginn starke persönliche Bande die ausschlaggebende Rolle. Nach dem schockierenden Akt der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi war es zunächst ein kleiner Kreis von Freunden und Angehörigen, die versuchten sicherzustellen, dass die Information von seinem Tod und den darauf folgenden Protesten über die Stadt Sidi Bouzid hinaus Verbreitung fand. Dann wurde die Geschichte von Al Jazeera aufgegriffen und es gab Unterstützung von der örtlichen Gewerkschaft sowie von Studierendengruppen. Schon länger in der Opposition Aktive und Kritiker der Regierung aus den Medien begannen, den Fall aufzugreifen und ihn öffentlich zu skandalisieren.

Sprich: Die Entwicklung verlief nicht von schwachen zu starken Verbindungen, von isolierten Individuen hin zu einem starken kollektiven Engagement, vom Internet aus auf die Straßen. Vielmehr war die Bewegungsdynamik eine andere: von starken Verbindungen (wenn auch in kleiner Zahl) hin zu vielen schwachen Verbindungen (als immer mehr Leute erfuhren, was passiert war), dann spielten starke Beziehungsnetzwerke (AktivistInnengruppen und einzelne Personen, die sich im größeren Stil engagierten) eine wichtige Rolle, genauso wie ein großer Randbereich von eher schwach vernetzten Menschen, die zu starken Beziehungen wurden, als die Ereignisse ihre volle Kraft entfalteten. Und es braucht nicht allzu viel an Phantasie, um sich vorzustellen, dass die Kommunikation zwischen den Menschen nicht nur über soziale und andere Medien stattfand, sondern auch in Versammlungen sowie neuen oder bereits bestehenden Organisationen ganz unterschiedlicher Art.

Es ist bekannt, dass die Versuche von verschiedenen politischen Gruppierungen in Ägypten, eine breite Opposition gegen das Mubarak-Regime aufzubauen,

über lange Zeit vereitelt und unterdrückt wurden. Erst die Ereignisse in Tunesien, die virusartige Verbreitung von Informationen sowie das Vorhandensein von Online-Instrumenten zur Mobilisierung der Massen bescherte ihnen die Gelegenheit, auf die sie so lange gewartet hatten. Stimmt schon, irgendjemand postete einen Aufruf in Facebook und erklärte den 25. Januar zum »Tag des Zorns«. Derjenige war jedoch kein x-beliebiger »besorgter Bürger«, sondern der Administrator der Facebook-Seite »Wir sind alle Khaled Said« mit über 400 000 *followers*, die zu diesem Zeitpunkt schon über ein halbes Jahr existierte. Dieser Administrator, der inzwischen berühmte Wael Ghonim, schreibt die Idee zu diesem Aufruf seinem Kollegen Abdel Rahman Mansour zu. Die endgültige Entscheidung sei jedoch nach einem Treffen mit Ahmed Maher, dem Kopf der Jugendbewegung *6. April*, über einen Monat zuvor gefallen. Damals habe man sich darauf geeinigt, dass die Facebook-Seite die Speerspitze der Mobilisierung sein sollte, während die AktivistInnengruppe sich um die logistischen Vorbereitungen kümmern würde (Ghonim 2012: 225).[2] Die Idee zu einem Massenprotest an diesem Tag und an den folgenden Tagen sollte sich als überaus erfolg- und folgenreich erweisen. Die Voraussetzung hierfür war jedoch, dass hinter dieser Idee eine Reihe von bereits existierenden und zum damaligen Zeitpunkt schnell wachsenden Organisationen und sympathisierenden Gruppen standen, die diese ausgearbeitet hatten und ihr zur praktischen Umsetzung verhalfen.

Die Vernetzungsaktivitäten, die den Arabischen Frühling (oder die 15M-Bewegung oder Occupy) ermöglicht haben, fanden also nicht einfach zwischen Individuen in sozialen Medien statt. In jedem Fall basierten die Mobilisierungen auf wesentlich komplexeren Strukturen mit vielen Epizentren, bestehend aus bereits etablierten Knotenpunkten – entweder Gruppen mit starken Beziehungen oder Organisationen mit einer großen Anhängerschaft und Glaubwürdigkeit, die als Kommunikationszentren dienten – und einer großen Zahl von Verbindungen mit abnehmender Intensität, die sich in einer Art Wellenbewegung gegenseitig verstärkten. Die Tatsache, dass es Massenbewegungen ohne Massenorganisationen geben kann, ist demnach der Fähigkeit der sozialen Medien geschuldet, die Wirkung von relativ isolierten Initiativen exponentiell zu erhöhen. Aber es handelt sich hierbei nicht um ein Wunderding. Man kann nicht aus dem Nichts eine Massenbewegung hervorzaubern. Es bedarf einer qualitativen Grundlage, einer Reihe von Knotenpunkten, Clustern und Gruppen mit starken Verbindungen, die dazu in der Lage sind und damit beginnen, *chatter* in Aktionen und Handlungen zu übersetzen. Daher ist die Rede von »Spontaneität« nur dann angebracht, wenn wir anerkennen, dass die neuen Kommunikations- und Informationswege und Formen der Entscheidungsfindung angeleitet werden von bereits bestehenden Netzwerken,

Organisationen und engmaschigeren Bezugsgruppen, die zweifelsohne in diesen aktuellen Prozessen selbst transformiert wurden und werden.

3. THESE: DIE PRIMÄRE ORGANISATIONSFORM DES JAHRES 2011 WAR NICHT DIE ASAMBLEA

Protest-Camps waren 2011 ganz offensichtlich die bevorzugte organisatorische Form sozialer Bewegungen (vgl. *LuXemburg* 4/2011, 4/2012). Von den außergewöhnlichen Ereignissen auf dem Tahrir-Platz in Kairo sprang der Funken zunächst über nach Wisconsin, Israel und Spanien, und nach Occupy Wall Street und dem globalen Aktionstag am 15. Oktober bald auf die ganze Welt. Die Platzbesetzungen und Zeltstädte erwiesen sich als das machtvollste Symbol (*meme* i.O.), weil sie die aufwühlendsten Bilder produzierten und in Ägypten zu einem mitreißenden Sieg führten.

Trotzdem ist es wichtig zu verstehen, worin genau die Verbindung zwischen Form und Ziel der Bewegung bestand, die die Besetzung des Tahrir-Platzes weltweit zu einem so starken Symbol hat werden lassen. Tahrir ist nämlich nicht einfach nur ein Symbol, sondern steht vielmehr für eine Taktik: Man hatte beschlossen, die Bewegung an einem Ort zu konzentrieren und sie mit einer sehr konkreten, wenn auch negativen Forderung auszustatten: nämlich der nach dem Rücktritt von Mubarak. Das allein hätte aber noch nicht ausgereicht, um einen Sieg davonzutragen. Zudem war entscheidend, dass das Regime realisierte, dass es auch die Kontrolle über andere Teile des Landes verloren hatte. In dem Moment, in dem das Protest-Camp auf dem Tahrir-Platz zu einem bloßen Symbol wurde, ging diese Verbindung verloren.

Das gilt auch für Spanien, New York und weitere Orte. Damit ist nicht gesagt, dass die nachfolgenden Iterationen des Camp-Symbols nicht taktisch ausgerichtet waren. Ihre Taktik sah allerdings anders aus. Da es keine klare und verbindende Forderung wie in Ägypten oder Wisconsin gab, versuchte man mit den Asambleas zumindest einen politischen Raum zu schaffen, nicht um den gemeinsamen Willen durchzusetzen, sondern um die Herausbildung eines kollektiven Willens überhaupt erst zu ermöglichen. Auch die Stärke der Protest-Camps in Spanien oder Israel bestand darin, dass sie einen Raum für die kollektive Artikulation eines wachsenden Dissenses zur Verfügung stellten. Sie waren Momente, in denen bereits existierende virtuelle und nicht-virtuelle soziale Netzwerke aufeinander stießen, neu zusammengewürfelt wurden und so eine größere Konsistenz erhielten. Darüber hinaus boten sie einen Raum, der im Prinzip offen für alle war, unabhängig von den vorangegangenen politischen Erfahrungen oder der jeweiligen Eingebundenheit in die sozialen Netzwerke, die die Platzbesetzungen angestoßen hatten. Was die späteren Protest-Camps machten, ist, die Bedingungen der Möglichkeiten von Politik auszuloten.

Vor dem Hintergrund einer weitreichenden Entmachtung der Zivilgesellschaft und einer schweren Krise, die die bereits hochgradig atomisierten Gesellschaften empfindlich trifft, funktionierten sie als ein Raum, wo das Gewebe von Beziehungen, das man gemeinhin »das Politische« nennt, zumindest für diejenigen, die dort anwesend waren, teilweise (wieder-)hergestellt werden konnte. Die große Überforderung bestand nun darin, dass von diesen Bewegungen sowohl von außen als auch aus dem eigenen Kreis heraus erwartet wurde, gleichzeitig konzertierte politische Aktionen durchzuführen und klare Positionen einzunehmen.

Es wurde viel Aufhebens um die regelmäßigen Vollversammlungen gemacht, was nicht überraschend ist, da diese allein optisch von Anfang an recht beeindruckend waren, aber auch weil sie der allgemeinen Erfahrung eines Demokratiedefizits etwas entgegenzusetzen schienen. Ein typischer Kommentar von Teilnehmenden war, dass alle froh waren, sich endlich einmal frei vor anderen äußern zu können. Wenn es stimmt, dass die virtuellen Netzwerke das ursprüngliche Medium für eine wirkungsvolle Verbreitung von Informationen und die Ansteckung mit neuen Ideen waren, so sollte der Prozess der »Neuzusammensetzung und -mischung«, der auf den Plätzen und in den Protest-Camps stattfand, nicht unterschätzt werden.

Doch die *Asamblea* als politische Praxis sollte auch nicht überbewertet werden. Will man verstehen, was genau den Prozess von 2011 getragen und am Leben gehalten hat, so wird deutlich, dass das zentrale Organisationsprinzip der damaligen Bewegungen nicht die Versammlung war, sondern das, was ich »dezentralisierte Führung« nenne. Was diese von anderen Formen unterscheidet, ist, dass sie keinen zuvor etablierten »Führungs- oder Avantgardestatus« voraussetzt. Vielmehr scheint »Namenlosigkeit« heutzutage eher ein Vor- als ein Nachteil für eine Initiative zu sein.

Zugleich reicht es nicht aus, einfach mal »nur eine Idee in die Welt zu setzen«. Soll sie bei anderen auf Resonanz stoßen und Zugkraft ausüben, bedarf es einer größeren Anstrengung. Der Erfolg einer Idee hängt in der Regel daher davon ab, dass es eine Gruppe von Menschen gibt, die diese aufgreift und mit eigenem praktischen Beispiel vorangeht. Das zeigt die wohl wichtigste Entwicklung, die auf die Protest-Camps in den Innenstädten folgte: die Kämpfe gegen Zwangsräumungen und kollektive Gebäudebesetzungen mit der Absicht, Wohnraum für die Opfer von Zwangsvollstreckungen bereitzustellen. Erneut findet hier eine Art Vermittlung zwischen starken und schwachen Verbindungen statt, wobei auch in diesem Prozess neue starke Beziehungen geknüpft werden. Aber selbst in Zeiten, in denen die Partizipationsschwelle vergleichsweise niedrig liegt, sind wahrscheinlich diejenigen Initiativen am erfolgreichsten, die zu Beginn relativ wenige Anforderungen an die Beteiligten stellen und vielleicht erst im Laufe der Zeit anspruchsvoller (in Bezug auf das Engagement) und militanter werden.

Aber es wäre naiv, davon auszugehen, dass die Kapazitäten und die Bereitschaft zur Führung, auch wenn diese »dezentralisiert« ist, gleichmäßig verteilt sind. Soziale Mediennetzwerke wie Occupy oder 15M bestehen aus einer großen Zahl von wenig verbundenen Knoten(punkten) und einer kleinen Zahl von Zentren mit stärker verbundenen und weiter entfernten Knoten. Insofern widerspricht all das verfügbare Wissen über die Struktur dieser Art von Netzwerken jedem simplen Nivellierungskonzept, das Horizontalität mit absoluter Gleichheit gleichsetzt. Das macht die Bewegungen aber trotzdem noch nicht »undemokratisch«. Erstens ist festzuhalten, dass die Mehrheit der wichtigsten Twitter-Accounts in diesen virtuellen Netzen vor einem Jahr noch gar nicht existiert hat. Zweitens: Während zentrale Knotenpunkte mit vielen Verbindungen ganz offensichtlich einen großen Vorteil haben – sie können sich einfacher Gehör verschaffen –, bedarf es von ihrer Seite aus doch einer ständigen Legitimierung ihrer Rolle in den sozialen Netzwerken.

Wir könnten daher, auch wenn dies kontraintuitiv klingen mag, von einer »Avantgarde« in diesen Bewegungen sprechen, wenn wir sie als eine *immanente* Avantgarde begreifen, ausgestattet mit einer immanenten Führungsmacht. Ihre Befähigung dazu muss jedes Mal aufs Neue unter Beweis gestellt werden und ihr Führungsstatus ist ständig im Wandel begriffen und bedroht. Es handelt sich nur um eine Avantgarde, solange sie ›funktioniert‹ – wenn sie aufhört, zu funktionieren, ist sie erledigt. Es ist eine Ursache, die nur in Wirkungen existiert. Nun könnte man behaupten, dass in der Vergangenheit genau dies der einzige Sinn von Avantgarden war. Damit würde man aber so tun, als wäre der Avantgardestatus, der lange Zeit eine fixe Idee von verschiedenen marxistischen Strömungen war und von diesen reklamiert wurde, nicht objektiv durch die Geschichte belastet sei, und dies unabhängig von der Effektivität der »Führung«, die temporär oder lokal eingrenzbar, aber auch weit über ihren ursprünglichen Kontext hinaus wirksam sein kann.

Aus dem Englischen von Britta Grell

LITERATUR

Colectivo Situaciones, 2009: Disquiet in the Impasse, in: *Turbulence* 5/2009, http://turbulence.org.uk/turbulence-5/disquiet-in-the-impasse/

Ghonim, Malcolm, 2010: Small Change: Why the Revolution Will Not Be Tweeted, in: *New Yorker*, 4.10.2010

Gladwell, Wael, 2012: *Revolution 2.0. A Memoir*, London

Negri, Antonio, 2004: *Trentratre lezioni su Lenin*, Rom

1 Zu dem Grund, weshalb ich hier von *Moment* und nicht von *Bewegung* schreibe, vgl. meinen Beitrag The Global Moment: Seattle, Ten Years On, in: *Radical Philosophy* 159 (2010).

2 Die Bewegung 6. *April* hatte in der Vergangenheit schon mehrmals zu Protesten an diesem Tag, dem »Tag der Polizei«, aufgerufen.

INTERVIEW

LEBEN ALS POLITIK

ÜBER DAS POLITISCHE IN DEN ALLTAGSPRAXEN DER SUBALTERNEN IN ÄGYPTEN

ASEF BAYAT
UNIVERSITÄT ILLINOIS, USA

Die Revolutionen im Jahr 2011 haben den Blick auf die Gesellschaften des Nahen Ostens nachhaltig verändert. Über Jahre hinweg wurde die Region in vielen akademischen und politischen Diskussionen über die Stabilität autoritärer Herrscher definiert. Für die vermeintliche ›Duldsamkeit‹ oder ›Passivität‹ der Bevölkerungen wurden häufig religiöse oder kulturelle Gründe angeführt. Die tunesische Revolution, die in kurzer Zeit auf zahlreiche andere arabische Länder übergriff und mehrere Herrschaftssysteme hinwegfegte, andere in den Grundfesten erschütterte, wirft neue Fragen auf: Sind diese Revolutionen tatsächlich so überraschend ausgebrochen? Oder hat der hegemoniale Blick auf den Nahen Osten verhindert, die verschiedenartigen Kämpfe und Formen von Widerstand wahrzunehmen, die auch in den autoritären Regimes präsent waren?

Bis 2011 haben viele Beobachter konstatiert, die Armen im Nahen Osten würden ihr Schicksal passiv erdulden. In ihrem Buch »Life as Politics« zeichnen Sie ein ganz anderes Bild.

Die Armen und Marginalisierten sind nicht passiv, und sie waren das auch vor dem Beginn der Revolutionen 2011 nicht. Sie suchen im Gegenteil auf vielfältige und sehr kreative Weise nach Möglichkeiten, ihr Leben zu verbessern. Das Problem der Forschung ist, dass sie nach Bewegungen Ausschau hält, wie es sie in westlichen Ländern gibt: soziale Bewegungen, die eine klare politische Agenda haben, als Kollektiv agieren, Anführer oder Sprecher haben und offen politischen Druck auf die Machthaber ausüben. Oder nach Stadtteilgruppen und Suppenküchen, die sich als politische Akteure verstehen, wie es sie etwa in vielen Städten Lateinamerikas gibt.

Aber Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen gibt es.

Ja, die gibt es und sie spielen in vielen Ländern eine wichtige Rolle, sie werden häufig unterschätzt. Ich habe selbst viel zur Arbeiterbewegung geforscht. Mein erstes Buch hatte den Titel »Workers and Revolution in Iran« – es ist 1987 erschienen. Aber mit der Zeit merkte ich, dass die formell beschäftigten Industriearbeiter nur ein Teil der Wirklichkeit waren. In Ägypten, im Iran, ist der Anteil derer, die im informellen Sektor arbeiten, enorm. Daraus entstand für mich die Frage: Was ist eigentlich deren Politik? So habe ich angefangen, mich mit den »Informellen« zu beschäftigen, Men-

schen, die in informellen Siedlungen leben, unter informellen Bedingungen arbeiten. Da hatte ich auch einen persönlichen Bezug dazu. Ich bin in sehr einfachen Verhältnissen aufgewachsen, erst in einem Dorf, dann in einem Armenviertel von Teheran. Der Alltag dort, die Beziehungen der Menschen untereinander sind mir bis heute sehr präsent.

Welche Strategien wenden die Armen an, um zu überleben?

Sie versuchen nicht nur zu ›überleben‹. Sie wollen ihre Situation aktiv verbessern und nutzen dazu die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten. Sie ziehen in die Städte, besetzen Land, bauen darauf, auch ohne offizielle Genehmigung. Sie zapfen Stromleitungen oder Wasserleitungen an. Straßenhändler nutzen die Innenstädte, um dort vor den Läden ihre Waren zu verkaufen. Arme Familien versuchen durch geschickte Heirat Zugang zu besseren Kreisen zu bekommen. Frauen gehen studieren und arbeiten, sie ziehen vor Gericht und legen die Gesetze sehr kreativ in ihrem Sinne aus.

Aber das sind alles Einzelhandlungen.

Genau. Deshalb spreche ich von den ›non-movements‹, den Nicht-Bewegungen. Die Akteure handeln nicht als Gruppe, sondern individuell. Aber jede einzelne Handlung erweitert den Spielraum und erleichtert es den anderen, dasselbe zu tun. Etwa wenn Frauen vor Gericht durchsetzen, dass sie das Sorgerecht für ihre Kinder bekommen – die Nächste in derselben Situation wird sich auf dieses Urteil berufen können. Damit verändern sie den Handlungsspielraum und verschieben die Grenzen, die ihnen gesetzt sind. Sie nehmen sich den Raum einfach. Ohne großes Aufsehen, ohne laute Parolen. Ich habe das »quiet encroachment« genannt: stilles Vordringen.

ASEF BAYAT war viele Jahre Dozent an der Amerikanischen Universität in Kairo, jetzt lehrt er Soziologie in Illinois, USA. Lange vor der Arabellion interessierte es ihn, wie die Marginalisierten in den Ländern der arabischen Welt darum ringen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. In seinem 2013 bei Assoziation A auf Deutsch erschienenen Buch *Leben als Politik* analysiert er die Strategien des »stillen Vordringens«. Oft liegen sie unterhalb der politischen Oberfläche. Es sind individuelle Praxen, die in ihrer Gesamtheit dennoch politische Wirkung entfalten.

Warum handeln die Akteure nicht offen? Sie könnten ja auch politische Forderungen stellen: Eine funktionierende Wasserversorgung verlangen, zum Beispiel. Die Straßenhändler könnten sich organisieren und für ihre Rechte kämpfen.

Es scheint, dass unter den Bedingungen in arabischen Staaten das stille Vordringen für die weniger Privilegierten attraktiver ist. Die Armen sind, eben weil sie arm sind und weil sie über wenig Sicherheiten verfügen, sehr verletzlich. Offenes politisches Agieren ist für sie vielleicht zu riskant. Vor allem aber verspricht das stille Vordringen unmittelbare und sichtbare Erfolge. Würde eine politische Bewegung Erfolge bringen? Das ist nicht sicher. Und selbst wenn, ist nicht klar, ob der Einzelne davon profitieren würde.

Das stille Vordringen bildet sich also vor allem in autoritären Staaten heraus, wo politisches Agieren wegen der Repression zu gefährlich ist?



Kairo, Nora Shalaby/flickr

Die Repression ist weniger entscheidend. Stilles Vordringen setzt voraus, dass ein gewisser Spielraum vorhanden ist. Dieser kann legaler Natur sein: beispielsweise Gesetze, die nicht eindeutig definiert sind und die unterschiedlich interpretiert werden können. Er kann aber auch praktischer Natur sein: Das stille Vordringen wäre nicht möglich in einem totalitären Regime, wo der Staat jedes kleinste Schlupfloch kontrolliert. Es wäre auch schwierig in einem demokratischen Staat, wo das Gesetz sehr exakt und strikt angewandt wird. Die Staaten im Nahen Osten waren immer sehr autoritär, gleichzeitig war ihre Kontrolle etwa über die armen Stadtteile begrenzt.

Marginalität bedeutet also ein Mehr an Freiheit?
Es kann Fluch und Chance zugleich sein. Der Norm zu entsprechen, Teil des Mainstream zu sein, gibt Sicherheit, Macht, Akzeptanz. Aber es kann auch furchtbar einengend sein. Die Ränder der Gesellschaft sind Räume von Ausschluss, Armut, Besitzlosigkeit. Aber sie sind weniger stark kontrolliert. Das bietet auch Potenzial für die Entwicklung alternativer Verhaltensweisen. Dieser Raum kann kreativ genutzt werden, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in sozialer Hinsicht. In Ägypten sind etwa viele Künstler und Alternative in das Dorf Fayoum gezogen, gerade weil es als abgelegen gilt. Sie sind dort, ›am Rand‹ freier in ihren Ausdrucksformen, weiter weg von staatlicher und sozialer Kontrolle.

Macht es nicht einen Unterschied, ob jemand sich freiwillig für einen alternativen Lebensentwurf entscheidet, oder gezwungen ist, in Armut zu leben?
Natürlich. Aber viele der informell Lebenden sind sich der Widersprüche durchaus bewusst. Sie wissen: Ein fester Job bietet mehr Sicherheit, und es wäre gut, ihn zu haben. Allerdings muss ich dann jeden Tag von 9 bis 5 im Büro sein, ich muss mich auf eine bestimmte Art und Weise anziehen, verhalten. Selbst von Straßenhändlern habe ich immer wieder, trotz aller Armut, das Argument gehört: »Aber so bin ich freier und flexibler!«

Sind sich die Akteure der politischen Implikationen ihres Tuns bewusst? Ist es ein politischer Akt, wenn sie etwa Gesetze ignorieren, oder pure Notwendigkeit?



Marrakesch
Paula/flickr

Viele haben ein sehr klares Bewusstsein für das, was sie tun. Die Straßenhändler, die in Kairo die Corniche besetzen, die Uferpromenade, und dort verbotenerweise ihre Waren verkaufen und wieder und wieder von der Polizei geräumt werden, die sagen ganz klar: Gebt uns ein Gesetz, wo wir verkaufen können und genug verdienen, um zu überleben! Gebt uns ein Gesetz, das uns Gewerkschaften erlaubt! Dann zahlen wir Steuern! Was sollen wir sonst tun? Wir haben ein Recht zu leben! Das stille Vordringen ist eine Praxis, und diese Praxis verändert die Menschen. Was die Menschen wollen, ist ein Leben in Würde. Sie wollen nicht bloß überleben. Bloßes Leben, das ist entwürdigend. Aber die Bedeutung davon, was ein würdevolles Leben ist, verändert sich. Eine Frau mag in ihrem Dorf vielleicht jeden Tag weit gelaufen sein, um Wasser von der Quelle zu holen. Aber wenn sie in der Stadt wohnt, sieht sie es als ihr Recht an, fließend Wasser und Strom zu haben. Sie sieht es als ihr Recht an, dass ihre Kinder zur Schule gehen können, auch wenn sie vielleicht selbst nicht lesen und schreiben gelernt hat.

War dieses veränderte Selbstverständnis der Marginalisierten ein Grund für die Revolutionen 2011?

Ich würde nicht sagen, dass sich die Revolutionen daraus entwickelt haben. Die Revolution in Ägypten wurde angestoßen von jungen AktivistInnen, von Teilen der neuen arabischen

Öffentlichkeit, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. Diese jungen Leute hatten nicht vor, eine Revolution zu beginnen. Aber Revolutionen lassen sich nie planen, sie sind immer unvorhersehbar, passieren einfach. In einer gewissen Weise waren die ›normalen‹ Leute, die Armen, aber offenbar bereit. Als diese sich dem Protest angeschlossen haben, wurde es eine Revolution. Das hat alles verändert.

Was ist geschehen, dass die Nicht-Bewegungen dann auf einmal doch politisch wurden und zu den Protesten dazustießen? Gelegenheit dafür hätte es ja auch schon die Jahre zuvor gegeben.
Das würde ich auch gern wissen: Was hat dieses Mal den Unterschied gemacht? Ich frage mich bis heute, warum es im Iran 2009 nicht funktioniert hat: Millionen von Menschen gehen in Teheran auf die Straße – und die Armen, die BewohnerInnen der informellen Viertel, die ArbeiterInnen schließen sich nicht an. 2011 hat es funktioniert. In Ägypten sind die ArbeiterInnen in den Streik getreten, in Tunesien haben Gewerkschaften das Rückgrat der Revolution gebildet. Die Armen, die Marginalisierten, waren mit auf den Straßen. Ich glaube, dass eine bestimmte Gruppe von Armen eine wichtige Rolle gespielt hat: die neuen Armen oder die ›gebildeten‹ Armen.

Der gewachsene Wohlstand und die bessere Bildung war also ein Grund für die Aufstände?
Eher umgekehrt: Die meisten der arabischen Staaten, die auf ein sozialistisches Modell setzten, bauten den Wohlfahrtsstaat stark aus. Es bildete sich eine Mittelschicht, sehr viel mehr Menschen hatten Zugang zu Bildung als zuvor, auch aus armen Familien. Ab 1990 verschärfte sich auch dort der Neoliberalismus. Die wirtschaftliche Realität prallte zusammen mit den Hoffnungen vieler junger Menschen auf Aufstieg mit ihrem Wissen, ihren Kenntnissen, die sie nicht einsetzen konnten. Es gab also eine große Gruppe sehr gebildeter, aber armer junger Menschen. Sie waren wütend, frustriert und das ist ein Nährboden für Revolten. Vor allem aber fungierten sie als Bindeglied. Diese jungen Menschen waren mit ihren Freunden und Mitstreitern, auch solchen aus der Oberschicht, über soziale Medien vernetzt. Sie bekamen die Informationen darüber, was geschah. Aber sie redeten auch mit ihren Familien, ihren Eltern, Onkeln, Tanten und Cousins. Sie genossen Vertrauen in den Armenvierteln, anders als den Aktivisten aus der Oberschicht glaubte man ihnen, weil man sie kannte. So konnte sich der Aufstand ausbreiten.

Sie waren also für die Revolution entscheidend – aber haben die Marginalisierten etwas von ihr gewonnen? Hat sich ihre Situation durch die Umbrüche verändert?
Das lässt sich noch nicht sagen. Sie werden jetzt verhandeln, nicht mit dem Staat, sondern mit sich selbst. Sich überlegen, was sie eigentlich fordern wollen und können. Das erste Ziel der Marginalisierten ist Sicherheit: Die Menschen in den informellen Siedlungen wollen Nutzungsrechte für zehn Jahre oder mehr, damit sie eine Perspektive haben. Sie werden darüber diskutieren, welche Freiheiten sie dafür bereit sind aufzugeben. Jeder für sich, aber auch als Gruppe. Die Revolution hat die Menschen politisiert, sie hat eine Welle der Organisierung ausgelöst. Überall organisieren sich die Menschen und treten für ihre

Interessen ein: Arbeiter, Frauen, Jugendliche, Studenten… Das ist die größte Errungenschaft der Revolution. Wenn sich sonst nichts verändert hätte – das wäre es wert gewesen.

Die Interessen derer, die sich organisieren, sind sehr heterogen, ebenso wie Ihre Beispiele für das stille Vordringen. Haben der Bewohner einer informellen Siedlung und die Frau aus der Oberschicht etwas gemeinsam?

Sie sind alle auf die eine oder andere Art marginalisiert. Es kann sein, dass eine Frau ökonomisch sehr gut gestellt ist, aber sozial unterdrückt. Das kann sich natürlich stark unterscheiden und die Interessen können sehr verschiedene sein. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo, während der 18 Tage Revolution, waren all diese Unterschiede weggewischt. Aber diese1 8 Tage auf dem Tahrir-Platz waren in gewissem Sinn nicht real, das sind eben jene außergewöhnlichen, ganz besonderen Momente, wie es sie nur während einer solchen Revolution gibt. Sie sind ungeheuer wichtig, um eine Revolutionsbewegung zu bilden und zusammenzuhalten. Dieses utopische Moment ist nötig: Der unglaubliche Zusammenhalt zwischen Christen, Muslimen, Atheisten, das Fehlen jeglicher sexueller Übergriffe, der Respekt. Aber man kann eine Revolution nicht nach diesem Ausnahmemoment beurteilen. Die Frage ist: Was kommt danach? Was passiert, wenn der Alltag zurückkommt. Mich hat es nicht überrascht, dass danach erstmal Zusammenstöße stattfanden. Der Prozess einer »langen Revolution« wie Raymond Williams es genannt hat, hat erst angefangen, und er wird noch lange andauern. Mit der kurzen Revolution wird zunächst nur der Staat verändert. Die wirkliche Revolution findet erst statt, wenn die sozialen Beziehungen sich verändern, und das braucht Zeit. Im Fall von Ägypten ist auch der erste Schritt noch nicht getan.

Dort hat Anfang Juli 2013 das Militär Präsident Mursi abgesetzt und selbst wieder offen die Macht übernommen.

Ja, die Art und Weise, wie sich die Ereignisse in Ägypten gewendet haben, hat viele Revolutionäre verwirrt. Die Konterrevolutionäre, die Vertreter des alten Regimes, sind auf einmal wieder auf der Bühne und warten darauf, nach der Intervention der Armee gegen Mursi wieder die politische Kontrolle zu übernehmen. Aber was geschehen ist, kam nicht von ungefähr: Das alte Regime war nie verschwunden, die Konterrevolution hat nur auf eine Chance gewartet, um zurückzuschlagen. Mursis Regierung ist auf miserabelste Weise daran gescheitert, die Forderungen der Revolution aufzunehmen und umzusetzen. Das hat Revolutionäre und Konterrevolutionäre quasi auf eine Seite gebracht – gegen die Regierung Mursi. So sind am 30. Juni die Anhänger der Revolution und die Anhänger Mubaraks gemeinsam auf die Straße gegangen, um Mursis Rücktritt zu fordern. Die Armee hat die Ereignisse seit längerem beobachtet und nutzte den Aufstand gegen die regierenden Muslimbrüder, um Mursis Regierung abzusetzen. Damit hat sie praktisch den Weg für die Wiedereinsetzung des alten Regimes geöffnet. Und diejenigen, die die Ägyptische Revolution des 25. Januar begonnen haben, haben jetzt ein neues Ziel, gegen das sie kämpfen müssen: die Herrschaft des Militärs.

Interview und Übersetzung Juliane Schumacher

KÄMPFE AN DER KRISENFRONT

OCCUPY-USA NACH DEN RÄUMUNGEN

ROBERT OGMAN

Drei Jahre nach dem drohenden Zusammenbruch der Finanzmärkte bot die Occupy-Bewegung in den USA eine Chance, die Linke neu zu formieren und dem wieder erstarkenden Neoliberalismus etwas entgegen zu setzen. Die gewaltsame Vertreibung der AktivistInnen von den innerstädtischen Plätzen setzte dem Prozess der Herausbildung einer konstituierenden Macht, eines historischen Blocks der »99 Prozent«, jedoch kaum zwei Monate später ein jähes Ende.

Durch die Zerstörung der »räumlichen Zentren ihres alternativen Hegemonieapparats« sah sich die Bewegung plötzlich auch ihrer »(gegen-)hegemonialen Praxen und Funktionen« (Rehmann 2012) beraubt. Occupy hatte den Ort verloren; den Ort für eine Annäherung und Integration unterschiedlicher sozialer Kräfte und Individuen aus der organisierten Linken, dem Gewerkschaftsspektrum und aus Gruppen, die sich für soziale und Bürgerrechte einsetzen. Es gab keinen Raum mehr für alternative Formen

des gemeinschaftlichen Zusammenlebens, für politische Bildungsarbeit, für die Erprobung neuer demokratischer Abstimmungs- und kollektiver Entscheidungsprozessen, sowie für den Aufbau solidarischer Beziehungen. Für diese »Mosaik-Linke« (Hans-Jürgen Urban), die gerade dabei war, sich aus in den USA stark fragmentierten linken Strömungen herauszuschälen, bedeutete die staatliche Repression einen tiefen Bruch. Dennoch verschwand Occupy nicht einfach von der Bildfläche, sondern organisierte sich – ähnlich wie in anderen Ländern – neu. Die Bewegung wandte sich überwiegend lokalen Auseinandersetzungen und Konflikten an den Frontlinien der gegenwärtigen Krise zu.

Verschiedene Initiativen sind seitdem entstanden: Das Netzwerk »Occupy Our Homes« bekämpft Zwangsräumungen, einige Kampagnen unterstützen Arbeitskämpfe gegen eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse, andere setzen sich für Schuldenerlasse zugunsten von Studierenden oder Hauseigentümern ein. »Occupy Sandy« schließlich organisierte eine Graswurzelbewegung zur Unterstützung der zahlreichen Opfer von Hurrikan Sandy. Angesichts des löchrigen Netzes sozialer Sicherung und weil die zentralstaatlichen Behörden komplett versagten, war sie weitgehend auf sich allein gestellt.

Gemeinsam ist diesen nach der Räumung entstandenen Initiativen, dass sie in ein vielerorts kaum mehr funktionierendes System der sozialen Reproduktion intervenieren, die Bewältigung des Alltags ist für viele prekär. Auf der politischen Ebene stellen sich neue Herausforderungen für eine Bewegung, die schon vorher in einem komplexen Spannungsfeld widerstreitender Ansprüche agieren musste: hin- und hergerissen zwischen horizontaler und vertikaler Organisierung, zwischen Bruch mit dem System und politischen Reformen, zwischen Autonomie und Bündnisorientierung, zwischen der Konzentration auf zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen und der Einflussnahme auf staatliche Politik. Wie können zwei Perspektiven gleichzeitig bearbeitet werden? Zum einen gilt es, die zerstörten Bedingungen sozialer Reproduktion wieder herzustellen und zu stärken. Zum anderen muss eine schlagkräftige politische Opposition aufgebaut werden, die im Stande ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu transformieren, die für diese Zerstörung verantwortlich sind. In einer solchen »doppelten Transformation« (Klein, Candeias) liegt eine enorme Herausforderung.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen habe ich die Praxen der vier genannten Occupy-Kampagnen näher angeschaut.[1]

ROBERT OGMAN hat an der *New School* in New York Sozialwissenschaften studiert und war in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv. 2011 führte er – nach der Räumung der Camps – mehrere Interviews mit AktivistInnen von Occupy Wall Street. Heute lebt er in Berlin und forscht unter anderem zu sozialen Bewegungen in Deutschland und den USA. In seinem Dissertationsprojekt untersucht er anhand der so genannten *social impact bonds* und *impact investing* die Entwicklung des heutigen Krisenmanagements.

OCCUPY HOMES

Die andauernden Zwangsräumungen gehörten schon während der Platzbesetzungen und Protestcamps zu einem wichtigen Interventionsfeld von Occupy. Dies weitete sich nach den Räumungen aus: Im Dezember 2011 fand ein landesweiter Aktionstag unter dem Motto »Occupy Our Homes« statt, an dem sich Gruppen in zahlreichen Städten beteiligten. Mit direkten Aktionen und Mitteln des zivilen Ungehorsams sollten Zwangsvollstreckungen und Räumungen verhindert werden. Demonstrationen gingen zu Bank- und Kreditinstituten, die für die Hypothekenkrise maßgeblich verantwortlich sind. Leer stehende Häuser wurden öffentlichkeitswirksam besetzt. So konnten Gruppen von Obdachlosen sich Wohnraum aneignen, gleichzeitig wurde die Dysfunktionalität des privaten Wohnungsmarktes anprangert. Im Zuge dieses Kampfes gegen rechtswidrige Zwangsvollstreckungen entstand nicht nur eine Diskussion über das soziale Recht auf menschenwürdiges Wohnen, sondern auch die konkrete Forderung nach einem unverzüglichen Räumungsmoratorium. Bemerkenswert ist, dass in der Bewegung fast kakophonisch die ganze Bandbreite denkbarer Positionen vertreten ist: von pragmatischen Nahzielen bis hin zu solchen, die auf eine grundlegende Transformation der Gesellschaft zielen.

Diese Aktionen gegen Zwangsräumungen haben in den USA zwar nie das Niveau der entsprechenden Bewegung in Spanien erreicht, in den Stadtteilen und Communities, die von der Wohnungskrise besonders betroffen sind, ist die Bewegung jedoch breit verankert. Auch wenn es sich bisher um einen Abwehrkampf handelt, zeigt er doch, dass die Menschen nicht mehr länger bereit sind, die destruktiven Tendenzen und Konsequenzen des Kapitalismus nur passiv zu erdulden. Hier trifft die Krise der sozialen Reproduktion mit der Krise der politischen Repräsentation zusammen. Diejenigen, die Angst haben müssen, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren und auf der Straße zu landen, können sich weder an die etablierten politischen Institutionen wenden, noch können sie sich darauf verlassen, dass ihnen die üblichen Interessenvertretungen und Unterstützungsnetzwerke zur Hilfe eilen. Sie sind selbst schon viel zu geschwächt. In dieser Konstellation waren es von Räumung bedrohte Eigenheimbesitzer, die von sich aus an Occupy herangetreten sind und die Bewegung gebeten haben, sie in ihrem Kampf gegen Zwangsräumungen durch die Polizei zu unterstützen. Vielerorts sind Occupy-Gruppen dieser Aufforderung gefolgt. In einigen Fällen haben sie – zumindest im symbolischen Sinne – sogar eine Art Führungsrolle in diesem Abwehrkampf gegen das neoliberale Krisenmanagement übernommen.

Mit »Occupy Our Homes« ist es tatsächlich gelungen, Dutzende von Haushalten vor der Enteignung zu bewahren. Allerdings tut sich die Bewegung schwer, die konkreten Auseinandersetzungen auf die nächst höhere politische Ebene zu heben. Eine Ausnahme bildet hier »Occupy Minneapolis«. Im Dezember 2012 erklärten sie zusammen mit anderen Initiativen Teile der Stadt zu einer »räumungsfreien Zone« und verknüpften dies mit zahlreichen Forderungen an die Politik: eine Ausweitung der Option auf Refinanzierung von Hypotheken, die Einführung eines allge-

meinen Räumungsmoratoriums, das Recht auf angemessenen Wohnraum und weitere sozialpolitische Forderungen. Der Gruppe ist es damit gelungen, den Kampf um einzelne Häuser und um das Schicksal einzelner Familien in einen größeren Rahmen zu stellen. Es ist gelungen, die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen und politischen Forderungen sinnvoll mit Interventionen auf der lokalstaatlichen Ebene zu verknüpfen, ohne die Autonomie der Bewegung zu gefährden.

Ziel ist es, eine politische Mehrheit für ein Moratorium zu gewinnen. Dabei nutzt die Bewegung bestehende Widersprüche innerhalb des Staatsapparates. So setzt sie beispielsweise den Bürgermeister, der Zwangsräumungen befürwortet, damit unter Druck, dass sie sich mit dem Stadtrat verbündet, der mehrheitlich gegen Zwangsvollstreckungen ist. Eine weitere Strategie, um eine Art »De-facto-Moratorium« gegen Räumungen vor Ort durchzusetzen, besteht darin, zumindest einen Teil der lokalen staatlichen Stellen ins Boot zu holen. Verwaltungen und Polizei wurden beispielsweise aufgefordert, keine Beihilfe bei umstrittenen Fällen von Zwangsvollstreckungen zu leisten.

»Occupy Our Homes« ist es gelungen, die allgemeine politische Stimmung hinsichtlich einer Lösung der Wohnungskrise zu verschieben. Selbst die US-Notenbank *Federal Reserve* fordert inzwischen eine Reduzierung der Lasten von überschuldeten Eigenheimbesitzern. Dies stößt in Washington jedoch bislang auf taube Ohren, sodass nun andere staatliche Akteure die Initiative ergriffen haben. Dieser Kampf wird zurzeit in der Arbeiterstadt Richmond in Kalifornien von deren Bürgermeister angeführt (vgl. Dreier in diesem Heft). Mit Unterstützung einer starken progressiven Allianz im Stadtrat übt er Druck auf die Kreditinstitute aus, Restschulden aus Hypotheken zu reduzieren oder ganz zu erlassen. Zum Teil werden diese Schulden – unter Anwendung von »Enteignungsgesetzen zugunsten öffentlicher Zwecke« – von der Stadt selbst übernommen. Neu ausgehandelt, können sie dann zu niedrigeren Raten zurückgezahlt werden. Eine Handvoll anderer kommunaler Regierungen überlegt, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Damit ließen sich die finanziellen Kosten der Krise ein Stück weit von den 99 Prozent hin zu den bisherigen Gewinnern der Krise, den Bank- und Kreditinstituten, verschieben.

Occupy ist es hier ein bis zu einem gewissen Grad gelungen, einen Mobilisierungsansatz gegen die neoliberalen Verwerfungen zu finden, in dem sich zivilgesellschaftliche Strategien, direkte Aktionen und die Unterstützung von Graswurzelinitiativen einerseits, und auf den Staat bezogene Interventionen andererseits nicht länger widersprechen, sondern sich ergänzen. Es kann sich außerdem auf die Fahnen schreiben, einige PolitikerInnen und staatliche Akteure in den USA dazu ermutigt zu haben, Instrumente des Staatsapparats gezielt für die Interessen der 99 Prozent einzusetzen.

OCCUPY DEBT

Von Anfang an war die hohe Verschuldung von Studierenden und KonsumentInnen ein wichtiges Thema in der US-amerikanischen Occupy-Bewegung. Trotz ihrer beeindruckenden Fähigkeit, Dissens zu mobilisieren und

öffentliche Debatten zu initiieren, ist es der Bewegung jedoch bislang nicht gelungen, ihr Potenzial in politische Erfolge zu überführen. Anders als in den Auseinandersetzungen um Zwangsräumung und Hypotheken war es hier bisher nicht möglich, einen konstruktiven Umgang mit den unterschiedlichen Politik-Ansätzen zu finden. Die Spannung zwischen denen, die den Staat in die Verantwortung nehmen wollen, und denen, die vor allem auf die Zivilgesellschaft und den Aufbau von verschiedenen Formen der gegenseitigen Hilfe und Solidarität setzen, wurden nicht kreativ und konstruktiv bearbeitet. Als Konsequenz haben sich drei klar voneinander abgegrenzte Initiativen zum Schuldenthema herausgebildet, die jeweils in eine andere Richtung weisen.

Die erste ist die »Occupy Student Debt Campaign« (OSDC). Sie zielte darauf, eine eigenständige Schuldnerbewegung aufzubauen, und propagierte massenhaft den Schuldendienst zu verweigern. Auf dieser Grundlage sollte ein allgemeiner Schuldenerlass und ein kostenloses öffentliches Bildungswesen durchgesetzt werden. Im Gegensatz dazu versuchte der staatsinterventionistische Flügel der Bewegung, Allianzen mit fortschrittlichen Abgeordneten zu schmieden und Gesetzesinitiativen für staatliche Entschuldungsprogramme zu unterstützen. Eine dritte Initiative wiederum, organisiert von »Strike Debt!«, stellt die konkrete materielle Solidarität in den Mittelpunkt: Über *crowdfunding* sollten Menschen von ihren privaten Schulden und den Knebelverträgen der Kreditgeber befreit werden.

Der OSDC ging es in erster Linie um die Aufhebung tief verwurzelter sozialer Fragmentierungen. Aus dieser Perspektive gehören das höhere Bildungswesen, das Studierende in die Verschuldung treibt, und die Macht der Kreditindustrie zu den wichtigsten Angriffszielen. Millionen, so die Vorstellung, sollten sich deshalb zu einem kollektiven Schuldenstreik zusammenfinden. Obwohl der Widerstand gegen das Schuldenregime auf eine wachsende Quelle von Gegenmacht innerhalb des finanzialisierten Kapitalismus verweist, ist die Kampagne an ihrem Voluntarismus gescheitert. Sie konzentrierte sich ausschließlich darauf, unter den verschuldeten StudentInnen die Bereitschaft zu stärken, sich aus der »Schuldknechtschaft« zu befreien. Die nötige Gruppensolidarität sollte aus der Ablehnung individueller Schuldgefühle entstehen. Die Sachzwänge, die Schuldner in der Regel dazu bringen, sich dem Schuldendienst zu beugen, wurden völlig unterschätzt; allem voran das Risiko, wegen Zahlungsverzugs in den finanziellen Ruin getrieben zu werden. Es wundert nicht, dass die Kampagne zusammenbrach, als sich nur 2 000 Studierende fanden, die öffentlich »gelobten«, ihre Schulden nicht zurückzuzahlen. Eine massenhafte Ablehnung des Schuldendienstes kam auch deshalb nicht zustande, weil sich die OrganisatorInnen der Kampagne zwar viele Gedanken über kollektive Formen der Verweigerung, aber zu wenige über kollektive Schutzmaßnahmen gemacht hatten – wie das in der Regel Gewerkschaften und Organisationen tun, die zum Arbeits- oder Mietstreik aufrufen. Die verschuldeten StudentInnen wurden letztlich einer weiteren Gefährdung ausgesetzt, statt ihre Widerstandskraft zu stärken. Der Individualisierung konnte auf ideologischer Ebene nichts entgegengesetzt



Not An Alternative/flickr

werden, weil die Kampagne es versäumte, die Individualisierung auf materieller Ebene anzugehen. Aus juristischer Sicht nämlich muss am Ende jede/r Einzelne für ihre/seine Verträge und Schulden einstehen.

Der Schuldenstreik stieß aus diesem Grund auch bei anderen Teilen der Bewegung wie der Initiative »Occupy Colleges« (OC) und »Occupy Student Debt« (OSD) auf Ablehnung. Sie kritisierten, dass die Kampagne der OSDC den verschuldeten Studierenden keinerlei Schutz bieten könne vor den negativen Konsequenzen einer Insolvenz. Während die OSDC versuchte, die Spannung zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Ansätzen dahingehend aufzulösen, dass sie den zivilgesellschaftlichen ›Widerstand‹ heroisierte und ausblendete, dass Hegemonie immer auch auf Zwang beruht, kehren OC und OSD dieses Verhältnis einfach um: Sie befürworteten Schuldenerlasse als eine alternative Strategie zur wirtschaftlichen Erholung des Landes. Diese war fast vollkommen losgelöst von jedweder außerparlamentarischen Bewegung und setzte alle Hoffnungen einseitig auf den Staat. Am Ende konnte die Obama-Regierung die Petition für einen Schuldenerlass, die beide Gruppen an das Weiße Haus gerichtet hatten, in ihre mehr oder minder kosmetischen Reformen des Kreditsystems für Studierende integrieren. Die finanzielle Last für Hochverschuldete wurde dabei jedoch nur geringfügig reduziert. Obwohl substantielle Reformen einer Veränderung der Kräfteverhältnisse sowohl innerhalb als auch außerhalb des Staates bedürfen, richteten sich die beiden Gruppen explizit gegen jedwede Form von entschlossenen kollektiven Aktionen vonseiten der Studierenden, die als Teil einer breiteren Bewegung zu solchen Verschiebungen hätten beitragen können.

Die dritte Kampagne nennt sich »Rolling Jubilee«, organisiert von »Strike Debt!«. Sie versucht unterschiedliche Arten von SchuldnerInnen zusammenzubringen: verschuldete StudentInnen mit Menschen, die wegen der extrem hohen Gesundheitskosten in den USA verschuldet sind oder unter einer hohen Hypothekenlast bzw. exorbitanten Zinsforderungen aus Kleinkrediten leiden. Damit kehrt sie zu einem ursprünglichen Ziel der Occupy-Bewegung zurück: zur Idee eines Zusammenschlusses unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – eben der »99 Prozent« – zu einem sozialen Block. »Rolling Jubilee« setzt auf gegenseitige Hilfe: Durch *crowdfunding* soll Geld aufgetrieben werden, mit dem Konsumentenschulden aufgekauft und dann getilgt werden können. Ihren Ansatz, die Krise durch freiwillige zivilgesellschaftliche Assoziationen zu lösen, bezeichnen die OrganisatorInnen als »Bailout of the people by the people«. Dass sie den Staat dabei weitgehend außer Acht lassen, hat ihnen den Vorwurf eingebracht, der neoliberalen Ideologie aufzusitzen, denn auch diese propagiert, dass sich der Staat aus der Verantwortung für die soziale Absicherung der Bevölkerung zurückziehen solle. Ausreichende soziale Versorgung und materielle Umverteilung erfordern jedoch mehr, als dass einige freiwillig einen Teil ihres Einkommens zur Verfügung stellen. Vielmehr bedarf es eines kollektiven Drucks und rechtlicher Regelungen, um sich auch nur einen kleinen Teil des konzentrierten Reichtums des »einen Prozents«

gesellschaftlich (wieder-)anzueignen, sei es durch eine fortschrittliche Steuerreform und Lohnerhöhungen oder grundlegender durch eine Demokratisierung der Wirtschaft.

All die genannten Initiativen haben die Schuldnerbewegung in gewisser Weise vorangebracht, bleiben jedoch in ihrer eigenen Logik gefangen. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Engagement sozialer Bewegungen, politischen Interventionen und Nachbarschaftshilfe wurde nicht konstruktiv bearbeitet, sondern in drei separate Kampagnen überführt. Die Bewegung für einen Schuldenstreik hat es nicht geschafft, die Massen von verschuldeten Menschen in den USA zu einer einflussreichen Kraft zu machen und konnte kaum eines ihrer sozialen und politischen Ziele erreichen. Die Ansätze, die auf den Staat fokussierten, wurden von diesem weitgehend vereinnahmt. Wenn überhaupt, konnten sie nur recht bescheidene Reformen in Gang setzen. Ansätze wiederum, die auf eine direkte materielle Unterstützung bzw. Entlastung der Betroffenen zielten, sitzen gewissermaßen in einer Falle: Mit ihrem Projekt der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung von Hilfsbereitschaft spielen sie den Befürwortern eines neoliberalen Rückbaus des Wohlfahrtsstaates in die Hände. Die Chance, diese drei verschiedenen Fäden der Bewegung wieder zusammenzuführen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, statt weiter auf Konfrontation und Arbeitsteilung zu setzen, scheint indes vertan. Doch angesichts der anhaltenden Verschuldungskrise, von der immer mehr Studierende betroffen sind, werden wir sicherlich bald eine neue Phase der Mobilisierung erleben.

FAZIT

Zwei Jahre nachdem Occupy die politische Bühne betreten hat, ist klar, dass es nicht in der Lage ist, die »99 Prozent« zu einem historischen Block zu vereinen, der die Hegemoniekrise des Neoliberalismus überwinden könnte. Dennoch hat die Bewegung viel geleistet, um diese Möglichkeit immerhin für die Zukunft offen zu halten. Es ist ihr gelungen, den massenhaften Dissens in der Gesellschaft in politische Mobilisierungen zu lenken und diverse soziale Kräfte zumindest temporär zusammenzubringen. Außerdem ist durch Occupy eine Klassenperspektive in die politischen Debatten zurückgekehrt und wieder populär geworden, andere Kämpfe haben dadurch einen qualitativen Sprung gemacht. Die Bewegung steht zwar nicht mehr an der Spitze der Formierung von Gegenmacht gegen den Neoliberalismus, sondern interveniert eher in unterschiedliche aufkommende Kämpfe, aber sie besteht dennoch fort. Ob sie irgendwann wieder prominenter auf den Schauplatz der Geschichte zurückkehren wird, und es doch noch gelingt, die verschiedenen sozialen Kräfte zu einem pluralen linken Block zusammenzubringen, bleibt abzuwarten.

Aus dem Amerikanischen von Britta Grell

LITERATUR

Rehmann, Jan, 2012: Occupy Wall Street und die Hegemoniefrage – eine gramscianische Analyse, in: *Das Argument* 300, 897–909

1 Hier werden zwei der vier genannten politischen Felder näher diskutiert. Detaillierte Analysen zu »Occupy Labor« und »Occupy Sandy« finden sich auf **LUXEMBURG-ONLINE**: www.zeitschrift-luxemburg.de

VON DER ÜBERSCHULDUNG ZUR ENTSCHULDUNG

KOMMUNALE STRATEGIEN FÜR EINE ANDERE KRISENREGULIERUNG

PETER DREIER

In Richmond (Kalifornien) sind die Eigenheimpreise von ihrem Höchststand um 58 Prozent abgestürzt. Die Stadt geht nun einen neuen Weg, um Eigenheimbesitzern bei der Refinanzierung zu helfen und das Abrutschen in die Zwangsvollstreckung zu verhindern.
Im Jahr 2005 zahlten Rodney Conway und seine Frau Vicki 340 000 US-Dollar für ihr knapp 90 Quadratmeter großes Haus in Richmond, einer Arbeiterstadt in der San Francisco Bay Area. Heute ist das Haus noch etwa 140 000 Dollar wert. Aber das Paar ist weiterhin mit 320 000 Dollar verschuldet und zahlt für diese Summe monatliche Zins- und Tilgungsraten an die Bank of America. »Im Grunde mieten wir dieses Haus für 2 000 Dollar im Monat«, sagt der 52-jährige Conway, der 1983 vom Dienst auf einem US-Navy-Schiff im Libanon-Einsatz als Invalide zurückkehrte.

Mit ihrem Bürojob und seiner Erwerbsunfähigkeitsrente kommen die Conways gerade so über die Runden. »Wir machen keine Ausflüge und gehen auch nicht essen. Vor

kurzem waren wir zum ersten Mal in diesem Jahr im Kino«, sagt Conway, der 26 Jahre als Postbote gearbeitet hatte, bevor er 2009 entlassen wurde. »Ich würde meiner Frau gern ein nettes Geburtstagsgeschenk machen, aber das kann ich mir nicht leisten.«

In fast allen Landesteilen steht ganzen Stadtvierteln – manchmal ganzen Städten – das Wasser bis zum Hals. Sie sind nicht Opfer von Naturkatastrophen, sondern kämpfen wie die Conways mit Verschuldung: Sie sind Opfer der rücksichtslosen Kreditvergabepraxis der Wall Street.

Seit 2006, als die spekulative Immobilienblase platzte, sind die Eigenheimpreise in den Keller gerauscht. Hausbesitzer haben Vermögen von mehr als sechs Billionen Dollar verloren. Viele müssen nun Hypothekendarlehen zurückzahlen, die den Wert ihrer Häuser weit übersteigen. Obwohl die Immobilienpreise in einigen Landesteilen wieder steigen, sind mehr als elf Millionen amerikanische Familien – ein Fünftel aller Hausbesitzer mit Hypotheken – immer noch unverschuldet überschuldet. Wenn nichts unternommen wird, werden viele von ihnen irgendwann zu den mehr als fünf Millionen Hausbesitzern gehören, die ihr Heim durch die Zwangsvollstreckung bereits verloren haben.

Die schlimmsten »Überschuldungsbrennpunkte« des Landes sind die Gegenden, die die Banken für ihre rücksichtslose Kreditvergabe im Fokus hatten – dies sind überdurchschnittlich viele Viertel mit schwarzer und Latino-Bevölkerung. Dort drängten sie die Kreditnehmer oftmals in riskante Hochzinsdarlehen, selbst wenn für die Leute konventionelle Hypotheken infrage gekommen wären. Viele haben nun infolge der Wirtschaftskrise ihre Jobs verloren oder mit Einkommenskürzungen zu kämpfen und haben Schwierigkeiten, ihre Rechnungen zu bezahlen.

Dallas, Las Vegas, Miami, Houston, San Bernardino, Tampa, Jacksonville, Phoenix, Atlanta, Orlando, Stockton, Reno, Modesto und Detroit, um nur einige Beispiele zu nennen, gehören zu den brisantesten Brennpunkten – eine Reihe von mittleren und Großstädten an der Westküste und im Westen, in den Südstaaten und im ehemaligen Industriegürtel der großen Seen im Norden der Vereinigten Staaten. Aber es gibt noch viele andere Kommunen mit einem großen Bestand an überschuldeten Hypotheken. Und dort erholen sich die Eigenheimpreise derzeit auch nicht.

PETER DREIER ist Professor für Politik am Lehrstuhl für Stadt- und Umweltpolitik des Occidental College in Los Angeles (Kalifornien). Zuletzt veröffentlichte er 2012 das Buch *The 100 Greatest Americans of the 20th Century. A Social Justice Hall of Fame* (»Die 100 größten Amerikaner des 20. Jahrhunderts. Ein Pantheon der sozialen Gerechtigkeit«).

KOMMUNEN IM TEUFELSKREIS

Das Problem ist ansteckend: In den Kommunen mit vielen überschuldeten Hausbesitzern fällt auch der Wert anderer Häuser. Laut einer Studie des *Center for Responsible Lending* haben allein die Zwangsvollstreckungen in umliegenden Vierteln zu einem Verfall von Eigentumswerten in Höhe von zwei Billionen Dollar

geführt. Der daraufhin einsetzende Einbruch der Grundsteuereinnahmen hat viele Städte nahezu in den Bankrott geführt, es folgten Entlassungen und Einschnitte bei zentralen öffentlichen Dienstleistungen.

Viele Wirtschaftswissenschaftler, darunter der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz (vgl. *LuXemburg* 2/2013, 22ff) und der Finanzanalyst Mark Zandi, stimmen darin überein, dass ein »teilweiser Forderungsverzicht« die beste Lösung wäre. Das würde heißen, die Banken senken die Hypothekensumme des Kreditnehmers. Dies wäre aber kein Akt der Barmherzigkeit, sondern ein Weg, den ökonomischen Absturz aufzuhalten und umzukehren. Würden die überschuldeten Hypotheken an den Marktwert der Häuser angeglichen werden, würde das sowohl den Hauseigentümern als auch den Kommunen helfen und, laut einem Bericht der *Home Defenders League*, jährlich rund 102 Milliarden Dollar in die Wirtschaft pumpen. Die Banken würden damit nämlich nicht mehr Verluste einfahren als mit Zwangsvollstreckungen, deren Erlös den Marktwert regelmäßig nicht übersteigt, die Hypothek aber vollständig tilgt.

Die Hauseigentümer, die bei den Banken wegen einer Anpassung ihrer Hypotheken vorsprechen, haben aber oft mit eiskalter Ablehnung oder mit einem bürokratischen Dickicht zu kämpfen. Bisher waren die Obama-Administration und der Kongress nicht willens, unnachgiebige Banken auf eine Darlehensangleichung zu verpflichten.

KOMMUNALES BÜNDNIS

Angesichts dieses Teufelskreises nehmen immer mehr Städte – unterstützt von Bürgerinitiativen und Gewerkschaften – die Angelegenheit selbst in die Hand. Dank einer juristischen Expertise, die ursprünglich von Robert Hockett, Jura-Professor an der Cornell University, verfasst wurde, haben Kommunalpolitiker erkannt, dass sie hier ihr Recht auf »Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit« ausüben können, um überschuldete Hypotheken zum aktuellen Marktwert aufzukaufen und sie wieder an die Eigentümer zu verkaufen: zu einem reduzierten Preis und mit verringerten Monatsraten. Für gewöhnlich wird das Enteignungsrecht wahrgenommen, um Grundstücke für Gehwege, Infrastrukturmaßnahmen, Schulneubauten und ähnliche Projekte zu erwerben.

Richmond ist die erste Stadt, die nun diese Strategie verfolgt. Der Stadtrat – unterstützt von der Bürgerinitiative *Alliance of Californians for Community Empowerment* (ACCE), die seit Jahren schon Hauseigentümer gegen rücksichtlose Banken organisiert (vgl. Ogman in diesem Heft) – stimmte unlängst mit sechs Stimmen und ohne Gegenstimme dafür, Kaufgebote für überschuldete Immobilien abzugeben. Sollten die Gläubiger ablehnen, wird die Stadt sie enteignen und entschädigen. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe freundlicher Investoren, den *Mortgage Resolution Partners* (MRP), wird sie die Darlehen dann über die *Federal Housing Administration* (FHA) refinanzieren.

In Richmond leben 103 000 Menschen, die Stadt ist geprägt von einer großen Chevron-Ölraffinerie. Allein im vergangenen Jahr haben hier Hausbesitzer Vermögensverluste von mehr als 264 Millionen Dollar erlitten. Tausende Hausbesitzer haben ihre

Häuser durch die Zwangsvollstreckung verloren, andere – wie die Conways – klammern sich noch an ihre Grundstücke. Rund 12 000 Familien – die Hälfte aller Hausbesitzer, die Hypotheken aufgenommen haben – sind überschuldet. Die Stadtverwaltung büßte Millionen Dollar an Grundsteuereinnahmen ein, sie kürzte das Budget für die Instandhaltung von Straßen und entließ zahlreiche Kommunalbeschäftigte (darunter auch Bibliotheksangestellte). Gleichzeitig musste sie öffentliche Gelder aufwenden, um verlassene Gebäude, Drogenkriminalität und andere Probleme in den Griff zu bekommen, die mit der Zwangsvollstreckungsepidemie einhergehen.

Würden die Banken die überschuldeten Hypotheken in Richmond an den Marktwert angleichen, würden die Hausbesitzer durchschnittlich mehr als 1 000 Dollar im Monat an Zinszahlungen und Tilgungsraten sparen. Diese Ersparnisse könnten für lokale Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden, was eine Finanzspritze für die Wirtschaft von rund 170 Millionen Dollar wäre. Außerdem würden mindestens 2 500 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Situation ist besonders für jene Hausbesitzer bizarr, deren Hypotheken von den Banken an private Investmentfonds verkauft wurden – ein Schachzug, dem die Branche den schönen Namen »privat gesichertes Wertpapier« (*private label security*, PLS) gab. Die Treuhänder dieser Hypotheken – die den dutzenden oder hunderten fernab angesiedelten Fondsinvestoren verpflichtet sind – behaupten, sie hätten keine Vollmacht, die Hypotheken zu ändern. Richmond hat als erstes diese PLS-Darlehen im Fokus. MRP, der Kapitalbeschaffungspartner von Richmond, hat einer Reihe von Prinzipien zugestimmt, die von der Kommune aufgestellt wurden und sicherstellen sollen, dass die Investoren verzweifelte Städte und Hauseigentümer nicht übervorteilen. MRP wird pro Hypothek lediglich eine Pauschalgebühr erheben und versicherte unter anderem, dass das Projekt den Steuerzahler nicht einen Cent kosten werde. Hauseigentümer können aus dem Programm aussteigen, wann immer sie wollen.

FINANZLOBBY NICHT ERFREUT

Seitdem im vergangenen Jahr mehrere Städte diese Strategie diskutiert haben, schlagen die Branchenlobbyisten zurück. In einer konzertierten Aktion, die Briefe, Anrufe und Meetings umfasste, haben einige der mächtigsten Lobbygruppen des Landes – darunter die *National Association of Realtors* (Immobilienmakler), die *American Bankers Association* (Banken), die *National Association of Home Builders* (Bauwirtschaft und -finanzierer), das *American Securitization Forum* (Finanzdienstleistungen) und die *Securities Industry and Financial Markets Association* (SIFMA, Finanzdienstleistungen) – versucht, Kommunalpolitiker von der Enteignungsstrategie abzubringen.

So reisten beispielsweise die SIFMA-Vertreter Kim Chamberlain und Tim Cameron im April 2013 von New York nach Richmond, um Bürgermeisterin Gayle McLaughlin und ihre Ratskollegen zum Rückzug zu bewegen. »Wir lassen uns von diesen Wall-Street-Leuten nicht einschüchtern«, sagte MacLaughlin, eine ehemalige Lehrerin, die seit 2006 das Bürgermeisteramt bekleidet. »Es ist eine

Schande, dass sie sich dem widersetzen. Sie sind es, die diese Krise in erster Linie verursacht haben. Und sie haben keine Lösung. Die Stadt hat jedes Recht, diesen Schritt zu tun.«

Die Lobbyisten drohten, die Kommunalregierungen in kostspielige juristische Auseinandersetzungen zu verwickeln, sollten sie zur Enteignung greifen, um Problemhypotheken zu übernehmen. Aber MRP hat zugesichert, die Kosten jedes potenziellen Rechtsstreits zu übernehmen. So räumen die meisten Kommunalpolitiker nun ein, dass es sich dabei im Wesentlichen um eine leere Drohung handelt.

Die Lobbyisten warnten die Lokalpolitiker auch, dass die Banken den Darlehenspreis steigern oder sogar die Kreditvergabe völlig einstellen würden, sollten die Städte ihren Plan durchziehen. Diese Warnungen werden von ihnen so formuliert, als seien es Vorhersagen. Tatsächlich ist es jedoch die Drohung mit einem koordinierten, branchenweiten Kreditboykott. Dabei handelt es sich um eine Form von *redlining* – jener diskriminierenden Praxis, Dienstleistungen in bestimmten Gebieten gar nicht oder nur überteuert anzubieten –, die gegen die Bundesgesetze zur fairen Kreditvergabe und zum freien Wettbewerb verstößt. Ein vom *Wall Street Journal* veröffentlichtes Editorial (12.6.2013) gab die Linie der Branche wieder: Die Enteignungsstrategie sei sowohl ungesetzlich als auch unklug.

Um den Kommunalregierungen zuvorzukommen, schickten im Juni 2013 drei republikanische Kongressabgeordnete aus Kalifornien im Namen der Branche einen Brief an US-Bauminister Shaun Donovan, in dem sie verlangten, sein Ministerium solle es der Behörde FHA untersagen, Darlehen auf enteignete Hypotheken zu finanzieren. Glaubt man der NGO-Datenbank *Opensecrets.org*, dann stand die Finanz-, Immobilien- und Versicherungsbranche im vergangenen Jahr an oberster Stelle auf der Spendenliste der drei beteiligten Politiker: Gary Miller (erhielt 366 000 Dollar), John Campbell (484 000 Dollar) und Ed Royce (1 Million Dollar). »Wir sind in Sorge, dass die vorgeschlagenen Enteignungen die Rückkehr des Privatkapitals in das System der Immobilienfinanzierung bremsen und unsere fragile Erholung auf dem Wohnungsmarkt gefährden würden«, schrieben sie an Donovan. Klingt das nicht vertraut? Das gesamte letzte Jahrhundert hindurch haben Lobbygruppen der Wirtschaft beständig davor gewarnt, dass Regierungsmaßnahmen zum Schutz von Konsumenten, Kommunen und Beschäftigten – seien es gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsgurte, der Mindestlohn, Vorschriften zur Sicherheit am Arbeitsplatz etc. – »Arbeitsplätze vernichten« und die Wirtschaft zerstören würden. Ihre schauerlichen Warnungen waren allesamt falsch, aber sie wiederholen sie so oft, dass sie irgendwann überzeugend klingen.

DAVID SCHLÄGT GOLIATH

Wie ihre Vorgänger, so schlagen auch die Lobbygruppen der Banken, der Finanzdienstleister und der Immobilienbranche falschen Alarm. Sie können ärgerliche Gerichtsprozesse anstrengen. Sie können Lobbyisten anheuern und die Gelegenheitsexperten eines konservativen Think Tanks für Ökonomie dazu bringen, mit ihrer Propaganda hausieren zu gehen. Tatsächlich haben aber die Kommu-



Brian Yap/flickr

nen das verbriefte Recht der Enteignung, um in den Gemeinden den Wohlstand wiederherzustellen, den sich rücksichtslose Banken in den letzten Jahren angeeignet haben. Dennoch ist die Einschüchterungstaktik mancherorts aufgegangen.

Die gewählten Vertreter von San Bernardino – wo die Hälfte aller Hauseigentümer überschuldet ist – traten dieses Jahr den Rückzug an, nachdem Branchenlobbyisten über diese problembeladene Kommune, die eine Stunde von Los Angeles entfernt liegt, hergefallen waren. Aber in Richmond, Seattle, Newark und anderen Städten – in denen Bürgerinitiativen und Gewerkschaften verärgerte Hauseigentümer und deren Nachbarn mobilisiert haben – sind die Lokalpolitiker entschlossen, weiterzumachen. Und sie sind sich im Klaren, dass sie das Recht und die Wirtschaftswissenschaften auf ihrer Seite haben.

»Die Wall Street hat Angst und setzt ihr ganzes politisches Gewicht ein, um uns aufzuhalten«, sagt Amy Schur, Kampagnenleiterin von ACCE. Die Organisation arbeitet in verschiedenen Städten mit Hauseigentümern und Lokalpolitikern zu dieser Strategie. »Aber«, fügt Schur hinzu, »wir wissen: David schlägt Goliath.«

»Wir hoffen«, sagt MacLaughlin, die Bürgermeisterin von Richmond, »dass unsere Stadt ein Beispiel bietet für andere Städte, und dass daraus eine landesweite Bewegung wird.«

Der Artikel erschien am 12. Juli 2013 in The Nation, *www.thenation.com.*
Aus dem Amerikanischen von Andreas Förster

GIOVANNA DEL SARTO RIACE – BEYOND HOMELAND

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr: Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Die EU rüstet Frontex auf und macht Europa zur Festung. Abschottungs- statt Asylpolitik und damit Tod statt Hilfe, so lautet die traurige Bilanz für viele, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa machen. Dass es auch anders geht, zeigt der italienische Küstenort Riace: Dort landen am 1. Juli 1998 218 KurdInnen mit einem Boot – und werden willkommen geheißen. »Da sind Leute



ohne Häuser an einem Ort gelandet, wo es jede Menge Häuser ohne Leute gibt. Wir haben das als Zeichen gesehen und ihnen die leer stehenden Häuser angeboten«, erinnert sich der Bürgermeister Domenico Lucano. Da die Region kaum Jobs bietet, waren immer mehr Menschen abgewandert. Heute leben und arbeiten mehr als 500 Flüchtlinge in dem Dorf. Sogar die Schule konnte wieder aufmachen. Riace zeigt, wie Europa auch sein könnte. Mit der Fotoreportage »Riace – Beyond Homeland« von Giovanna Del Sarto dokumentieren wir ein Beispiel für eine andere Asylpolitik.



»Wir haben getan, was zu tun ist. Was wir hier gemacht haben, ist normal. Dass es so außergewöhnlich erscheint, liegt daran, dass die Welt nicht mehr normal ist. Es hat dem Dorf irrsinnig viel Gutes gebracht.«

Domenico Lucano, Bürgermeister von Riace




lotto



»Von der Mafia in Athen haben wir gefälschte Pässe gekauft. Dann sind wir nach Disneyland gefahren – ich habe drei Filme verschossen und sie an meine Familie im Irak geschickt … Um ihnen zu zeigen, dass es mir gut geht. Ich wollte sie glauben lassen, das es mir gut geht.«

Hamdi-Faiz, 22 Jahre



DIE TANTEN VON GEZI

CORINNA ELEONORE TROGISCH

Der sogenannte Gezi-Widerstand, der sich seit Ende Mai 2013 vom Zentrum Istanbul aus über die ganze Türkei verbreitete, hat eine Welle von Publikationen ausgelöst, die oft das gänzlich Neue an dieser Bewegung betonen. Endlich habe eine zuvor weitgehend ›unpolitische‹ Jugend die Initiative ergriffen und ihre Unzufriedenheit auf die Straße getragen. Die folgende ›Baustellenbesichtigung‹ versucht dagegen, sowohl dem Alten als auch dem Neuen in den aktuellen Auseinandersetzungen in der Türkei nachzuspüren und einige der geschlechterpolitischen Facetten des Gezi-Widerstands und seiner gesellschaftlichen Wirkungen auszuloten.

BAUSTELLEN DER AKP-MACHT

Die Ereignisse der letzten Monate zeigen, dass der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) nun etwas zum Verhängnis wird, was sie vormals stark gemacht hat: ihr Bauwahn. Nicht nur die vielbesprochenen Megaprojekte, sondern die un-

unterbrochene Bautätigkeit im ganzen Land symbolisieren das Machertum der AKP und trieben lange Zeit den türkischen Wirtschaftsboom an – nur dass inzwischen verwaiste und halb fertiggestellte Gebäudezeilen mitunter auch dessen Instabilität vor Augen führen. Überall in den Städten und auch auf dem Land haben die von der Regierung beauftragten Firmen – oftmals gegen den Widerstand der Bevölkerung – Areale zur profitablen Nutzung erschlossen, zum Teil auch getrieben von dem Drang der AKP, sich alles Geschichtliche zugunsten eigener Deutungen gefügig zu machen. Das sukzessive zur Superbehörde aufgeblasene Ministerium für Umwelt und Städtebau ist der ideale Vollstrecker dieser Politik. Seit dem Dachverband der Architekten- und Ingenieurskammern (TMMOB), einem der wichtigsten Kritiker der Regierungspläne für den Gezi-Park, im Sommer 2013 per Gesetz jedwedes Mitspracherecht bei zukünftigen Bauprojekten abgesprochen wurde, hat das Ministerium die alleinige Oberhoheit in Sachen Stadtplanung.

Um ein Haar wäre es bei der Premiumbaustelle auf dem Taksim-Platz, einem für das nationale Selbstbild der Türkei zentralen Ort, auf die Errichtung eines weiteren schnöden Konsumtempels und einer Megamoschee hinausgelaufen. Stattdessen heißt es jetzt »Baustelle Demokratie«. Lange Zeit prangte im Gezi-Park die Zeile eines berühmten Gedichtes von Nazım Hikmet, dessen Übersetzung lautet: »Einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald wollen wir leben.« Und nicht zufällig sind ›ein paar Bäume‹ zum Symbol der Sehnsüchte der Menschen nach anderen Formen des Städtischen, der Kommunikation und Kollektivität jenseits des Marktes geworden (vgl. Tuğal und Hammond/Angeli in *LuXemburg-Online,* Juli 2013). Es brach sich eine Gegenöffentlichkeit Bahn, die rhizomatisch wirkte und gesellschaftliche Gruppen miteinander ins Gespräch brachte, die einander sehr fremd waren und zuvor bar jeder Empathie nur Schreckensbilder voneinander gezeichnet hatten. Alles Mögliche, von Drohungen bis hin zur Pressezensur, wurde von staatlicher Seite gegen diese Gegenöffentlichkeit aufgeboten. Aber sie überlebte dank der Neuen Medien und nicht zuletzt dank der guten alten Mund-zu-Mund-Propaganda.

CORINNA ELEONORE TROGISCH ist stets auf der Suche nach feministischen Eingriffsmöglichkeiten. Theorie und Geschichtsbewusstsein helfen ihr dabei, das Rad nicht immer von neuem zu erfinden und sich so in konkrete Organisierungen einzubringen. Ihre Arbeit zur *Theorie und Politik der sozialistischen Feministinnen in der Türkei seit 1980* hat sie gerade abgeschlossen.

BAUSTELLE SOZIAL- UND FAMILIENPOLITIK

Eine so vielgestaltige und umfassende Dynamik wie der Gezi-Widerstand entsteht nicht von heute auf morgen. Er hat eine komplexe Vorgeschichte. Dazu gehört, dass die ehemaligen Privilegien der säkularen Eliten unter dem Druck der Privatisierung und dem Ausbau der AKP-Macht in den letzten Jahren zu bröckeln begannen. Die von dieser Verschiebung vorangetriebene gesellschaftliche Polarisierung zwischen religiösem und säkularem Nationalismus hatte schon länger Unbehagen und Kritik ausgelöst. Diese kritischen Stimmen

und Bewegungen waren noch zu schwach, um zu einem grundlegenden Umschwung zu führen, dennoch war an vielen einzelnen Orten auch vor den Ereignissen rund um den Gezi-Park schon eine spektrenübergreifende Verständigung geprobt worden.

Die autoritäre und stigmatisierende Politik der AKP, die so viele kritische Köpfe ins Gefängnis gebracht und Duckmäusertum sowie Heuchelei gefördert hat, ist an ihre Grenzen gestoßen. Gestützt hat sie sich in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf eine spezifische Sozial- und Familienpolitik. Für diejenigen, die zuvor von Leistungen ausgeschlossen waren, brachte sie durchaus einen Fortschritt (vgl. Steckner 2012). Angelehnt an die Soziologin Aksu Bora lassen sich die sozial- und familien politischen Initiativen der letzten Jahre aber auch als Eingeständnis begreifen, dass die so heftig beworbene und als verbindliches Ideal ausgegebene konservative Familie kein Selbstläufer ist, sondern erheblicher Unterstützung bedarf – sei es in materieller oder ideologischer Form. Tendenzen wie steigende Scheidungsraten oder die Entwicklung der Türkei hin zu einem Einwanderungsland haben zu einer unübersehbaren Ausdifferenzierung von Lebensstilen in den großen Städten beigetragen. Aber auch dass sich AtheistInnen als ›Familien‹ zu Wort melden und Kritik an der Bildungspolitik formulieren oder dass Eltern von Lesben und Schwulen sich eine Lobby schaffen, zeigt, dass erhebliche Bewegung ins Zusammenleben und -arbeiten gekommen ist – trotz der konservativen Normen. Dank Gezi haben endlich völlig unterschiedliche Lebensmodelle an Sichtbarkeit gewonnen. So finden etwa Transen, nach jahrelanger brutaler Verfolgung und Morden, die mühsam an eine breitere Öffentlichkeit gebracht werden mussten, endlich mehr Unterstützung in der türkischen Gesellschaft.

Es schien in den letzten Jahren des Öfteren so, als hätten die AKP-Kader mit ihren geschlechterpolitischen Vorstößen die Schmerzgrenzen der Gesellschaft oder eher die ihrer artikulationsfähigsten Teile austesten wollen. Jahrelang stieg die Zahl der Gewaltverbrechen gegenüber Frauen in der Türkei an. Feministische Forscherinnen brachten dies ähnlich wie in etlichen arabischen Ländern mit einer Krise der Männlichkeit in Zusammenhang (vgl. Kandiyoti 2001). Damit ist unter anderem gemeint, dass ›männliche‹ Formen der Vermittlung von Arbeit und Leben zunehmend dysfunktional werden gegenüber den gesellschaftlichen Anforderungen. Hinzu kommt, dass viele Frauen in der Türkei auch nicht mehr so gefügig auf Gewalt oder deren Androhung reagieren und der ›Geschlechterkampf‹ insgesamt offener ausgetragen wird. Ein fulminantes Eingeständnis des häuslichen Unfriedens kam im Wahlkampf 2011 von der Oppositionspartei CHP (*Republikanische Volkspartei*): Sie wollte familiäre Hilfen nicht länger den Ehemännern, sondern gezielt den Frauen zukommen lassen, damit diese ihrer Bestimmung entsprechend Verwendung fänden.

BAUSTELLE GENERATIONEN UND GESCHLECHTER

Die enorme Popularität von Sırrı Süreyya Önder, einem Abgeordneten der prokurdischen BDP (*Partei für Frieden und Demokratie*), dem sogar Chancen auf das Bürgermeisteramt in Istanbul nachgesagt werden, verdankt sich zu einem guten Teil seinem Spiel mit Männ-

lichkeit. Auf der einen Seite vertritt er einen modernisierten linken Humanismus, der für Feminismus und Schwulen- und Lesbenrechte ebenso offen ist wie für religiöse Opposition, und steht damit in der Nationalversammlung den bellenden Soldatentypen à la Tayyip Erdoğan prägnant gegenüber. Auf der anderen Seite ist er dafür bekannt, auf Provokationen harsch zu reagieren und des Öfteren auszurasten – eine Eigenschaft, die Männern so gern nachgesehen und als Qualifikationsmerkmal ihrer Persönlichkeit honoriert wird. Das macht sein Profil widersprüchlich, aber eben auch lesbar für breite Teile der Gesellschaft.

In der landesweiten Gezi-Bewegung, das ist sicher, gibt es viele junge Frauen und Männer, denen Typen wie Önder gefallen. Es wurde längst nicht genug darüber geschrieben, dass in Gezi-Land und bei Önder gelacht werden darf. Fragen des Humors, wie über wen oder was man lachen darf oder was für wen lustig ist, haben eine tiefe Bedeutung für Demokratieentwürfe. Wo es mit der geschlechtlichen Subjektivierung hingeht, ist in der Türkei schon lange nicht mehr so klar – unabhängig davon, was die Regierungspartei propagiert. Der Typus, den Tayyıp selbst verkörpert – der des bevormundenden, bisweilen frauenhasserischen und religiös legitimierten Patriarchen –, ist eine Variante von Männlichkeit, die nicht ausgedient hat, aber auch nicht mehr die frühere Geltung beanspruchen kann. Für viele jüngere Männer taugt sie zur Orientierung eigentlich nicht mehr. Entsprechend liegt Erdogan kommunikativ auch immer häufiger daneben.
Dennoch soll die Rede von den Baustellen keineswegs suggerieren, alles und jedes sei im Umbruch und alles möglich. Wo das rot-weiße Flatterband verläuft, ist umkämpft. Trotz Gezi ist vieles auf der formalpolitischen Ebene beim Alten geblieben: Weiterhin existiert das antidemokratische Wahlgesetz mit seiner Zehn-Prozent-Sperrklausel, es gibt keinen wirklichen Durchbruch im ›Friedensprozess‹ mit den Kurden, der Mangel an glaubwürdigem politischen Personal ist weiterhin frappant und die politischen Spektren sind immer noch in einer Dynamik der gegenseitigen Geiselnahme gefangen. Ob Önder wirklich eine Chance hat, Bürgermeister von Istanbul zu werden, oder ob etwa die aus einem prokurdischen Bündnis von Linken und Aleviten hervorgegangene *Demokratiepartei der Völker* (HDP) mit findigen Bündnissen mehr bewirken kann, als die Opposition zu spalten – all das ist gegenwärtig nicht abzusehen.

Doch nun zu den TrägerInnen der Gezi-Proteste. Über die apolitisch geglaubte Jugend, die in den vergangenen Monaten massenhaft demonstriert hat und in Auseinandersetzungen mit der Polizei involviert war, ist bereits viel geschrieben worden. Sie verbindet größtenteils, dass sie zur Erholung von diesen Aktivitäten bei einer Frauengeneration im besten bis gehobenen Alter einkehrt, die ihnen Essen kocht, die Gasrückstände aus der Kleidung wäscht und zusieht, dass neben dem Protest der Alltag bestritten wird. Dass diese Frauen in den Parks und auf den Straßen nicht die Masse stellten, macht sie mitnichten weniger relevant. Vielmehr war ja eine der Selbsterkenntnisse des Gezi-Widerstands, dass er im hohen Maß auch von den älteren Generationen getragen wurde. »Opa ist im Gezi-Park« war vielfach gesprüht

auf diversen Mauern und Wänden zu lesen. Und im Internet kursierten Witze über die Kontrollanrufe der Mütter, auf die ihre Kinder in der Regel antworteten: »Alles okay, Mama, wir sind sowieso in der hinteren Reihe.« Bezeichnend ist hier, dass ›Opa‹ selbst auf den Platz zieht, während ›Mama‹ nur anrufen kann, also die alte Chose. Das Satiremagazin *Penguen* schrieb den ›Mamas‹ indes die Antwort auf den Leib: »Was macht ihr denn da hinten? Kommt gefälligst zu uns in die erste Reihe!« Und auch dies ist Teil der Realität: So haben sich viele Frauen ab 50, versehen mit der Legitimität und der Wut von Müttern, die ihre Kinder schützen wollen, tatsächlich den Räumpanzern entgegengestellt.

Um eine der Wirkungsebenen des Gezi-Widerstands zu erfassen, ist es nützlich, sich in Erinnerung zu rufen, welche massenhaften und prägenden Mobilisierungen von Frauen es in der Geschichte der Republik gegeben hat, denn hier wird ein Unterschied zu heute sichtbar. Zu Beginn der Republik und noch etliche Dekaden danach wurde eine vornehmlich auf städtische und bürgerliche Teile der Gesellschaft ausgedehnte Bildungsoffensive wirksam. Weibliche Leitbilder vereinten Familien- und Berufstätigkeit und vermittelten damit vielen Frauen ein großes Selbstbewusstsein – auch wenn das Konzept teils widersprüchlich war und nur bedingt einem Ideal von Geschlechtergleichheit entsprach. Die Identität der heute im Alltagssprachgebrauch als »Tanten der Republik« (*cumhuriyet teyzeleri*) bezeichneten Frauen verweist auf diese Zeit. Sie sind Atatürk und seinen Reformen immer noch zutiefst dankbar und beseelt von der Idee, das damals Errungene vor Rückschritten bewahren zu müssen.
Ab den 1960er Jahren waren Millionen von Frauen im Rahmen sozialistischer Politik aktiv und radikalisierten das Gleichheitskonzept in ihrem Sinne. Die gesellschaftlichen Realitäten sahen damals indes noch völlig anders aus. Am deutlichsten steht dafür der gewaltige Kontrast in der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen. Später in den 1990er Jahren stach die Schlüsselrolle von Frauen beim Aufstieg der *Islamistischen Wohlfahrtspartei* (Refah Partisi/RP) hervor. Unermüdlich kämpfte diesmal ein von den republikanischen Reformen unerreichtes und von den säkularen Eliten stigmatisiertes kulturelles Segment von Frauen in Millionenstärke um Sichtbarkeit, errang Rechtsbewusstsein und schuf eine alternative nationale Ikone: die Kopftuchkämpferin. Gleichzeitig führte der Aufstieg der islamistischen Bewegung auch aufseiten des säkular-nationalistischen Lagers zu einem frauenpolitischen Aufbruch und Gründungsboom: Neue Stiftungen und Vereine schossen wie Pilze aus dem Boden, um dem aus ihrer Sicht konservativen *backlash* etwas entgegenzusetzen. Eine wichtige Station dieses widersprüchlichen Prozesses waren die als »Frauendemonstrationen« titulierten massenhaften Protestveranstaltungen von nationalistisch und säkulär orientierten Kreisen anlässlich der Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten im Jahr 2007. Zu dieser Zeit war eine gesellschaftliche Größe namens *ulusalcılar* ins Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten: eine Strömung, die von borniertem Nationalismus (*ulus* = Nation) geprägt ist und auf Atatürk nichts kommen lässt. Gleichzeitig geht den *ulusalcılar* jede Empathie mit der





»Riace – Beyond Homeland«, © Giovanna Del Sarto

kurdischen Minderheit ab. Hier haben die »Tanten der Republik« in gewisser Weise ihre neue Heimat gefunden, nachdem ›das Land‹ so recht keine mehr ist.

›Frauen‹ als eigenständige Stimmen gab es in der Türkei – so sehr Feministinnen sich das auch immer gewünscht haben mögen – in größerem Umfang eigentlich nie. Sie wurden immer einer bestimmten Partei oder dem Lager X oder Y zugerechnet. Erst im Kontext der Gezi-Bewegung gewannen Überzeugungen wie etwa die, dass Hassausbrüche und Übergriffe gegen bedeckte Frauen entschieden zu verurteilen sind, mehr Raum. Erstmals standen Frauen nun in großer Zahl auf der Straße oder stützten mit ihrer Arbeit politische Proteste, ohne sich gleich von vornherein zweifelsfrei einem politischen Lager zuordnen zu lassen – auch wenn der weit überwiegende Teil der Beteiligten sich wahrscheinlich als säkular bezeichnen würde. Das ist gesellschafts- und frauenpolitisch etwas Neues, wenn überhaupt nur vergleichbar mit den starken Protesten gegen die geplante Änderung des Abtreibungsgesetzes. Frauen, die – eher unfreiwillig – den Gezi-Widerstand symbolisieren, heißen etwa Ceyda Sungur. Das ist die Frau im roten Kleid, die als kritische Stadtplanerin und Angehörige des wissenschaftlichen Mittelbaus die Gezi-AktivistInnen ideal repräsentiert. 43 Prozent von ihnen haben Universitätsabschlüsse und sind, worauf zu Recht hingewiesen worden ist, abhängig beschäftigt (Karaağaç/Yılmaz 2013). Hinter Gezi steht auch die globale Erfahrung der Abwertung von Bildungsabschlüssen. In der Türkei ist dies gleichzeitig die Erfahrung enttäuschter Erwartungen des säkular-kemalistischen Klientels, das verlorenen Pfründen hinterhertrauert.

BAUSTELLE ›AUTORITÄRER FEMINISMUS‹

Als der AKP noch in weiten Kreisen eine demokratisierende Wirkung zugesprochen wurde, im Jahr 2007, schwärmten viele BeobachterInnen, die Zeiten des ›autoritären Feminismus‹ seien vorbei.[1] Gemeint sind damit atatürkistische bis ultranationalistische frauenpolitische Kräfte und Einrichtungen. Es gab und gibt jedoch bisher keinen gesellschaftlichen Wandel, der so radikal wäre, dass diese Teile der Frauenbewegung ihre Bedeutung gänzlich eingebüßt hätten. Auch die feministische Bewegung, so sehr sie sich auch kritisch abgrenzt, hat Verbindungen in dieses Segment. Für ihre eigene Handlungsfähigkeit ist das auch sinnvoll. Was die gesellschaftlichen Ziele betrifft, gibt es viele Überschneidungen: zuvorderst die Befürwortung von individueller Entscheidungsmacht für Frauen. Gleichzeitig gibt es umso mehr Widersprüche hinsichtlich der Frage, welche Wege gesellschaftlichen Wandels einzuschlagen sind, um dieses Ziel zu erreichen. Mitglieder und Zielgruppen von Organisationen wie zum Beispiel dem 1989 gegründeten frauenpolitisch sehr aktiven Verein zur Unterstützung zeitgemäßen Lebens oder der älteren Föderation der Frauenvereine der Türkei (gegr. 1957) leiden unter dem Verlust ihrer vormaligen Privilegien und tragen jene Geschichtsdeutung weiter, nach der einzig die AKP für Reaktion steht und deren Regierungszeit für den Ausverkauf nationaler Souveränität und den Abbau kultureller Errungenschaften. Aufgrund ihrer starken Verankerung im Bildungssystem und im karitativen Sektor, ihrer guten Verbindungen zu manchen Frauenforschungsstellen sowie als Teil der Frauenbewegung sind solche Institu-

tionen bis heute wichtig. Sie bleiben wirksame Sozialisationsinstanzen im Leben vieler junger Frauen und spielen selbst für junge Männer eine Rolle. Dies hängt damit zusammen, dass es in der Türkei wenig explizite und schon gar keine von Parteien unabhängige Jugendarbeit gibt und es daher an Räumlichkeiten mangelt, an denen junge Menschen jenseits von Starbucks-Cafés oder anderen kommerziellen Orten zusammenkommen können.

Angesichts des Gezi-Widerstands, den sie unmöglich einfach nur als Stärkung ihres eigenen Lagers deuten können, haben sich diese Frauenorganisationen mit vorsichtigen Erklärungen positioniert. Sie, die in einer eindeutig autoritären Tradition stehen, sind nun mit einer Bewegung konfrontiert, die auf Hierarchie und Autorität basierende gesellschaftliche Konfliktstrategien grundsätzlich infrage stellt. Teil ihrer Zielgruppe sind auch Frauen wie jene Mutter, die im Netz wochenlang für Aufregung sorgte. Auf einem Bild war zu sehen, wie sie für ihre Tochter, eine Gezi-Aktivistin, eine Lösung zum Schutz vor dem Tränengas der Polizei mischte. Sie soll sehr erfreut gewesen sein, dass sie damit so viele andere Menschen, insbesondere Eltern, erreichte und ermutigte. Wenig später verschwand das Bild aus dem Netz – umsichtige AktivistInnen mögen es vorsichtshalber entfernt haben, um einer rechtlichen Verfolgung der Betreffenden vorzubeugen.

Es gab einen Prozess der Verständigung und Vertrauensbildung unter den AktivistInnen von Gezi, der sie nach Ansicht der Soziologin Zeynep Gambetti (2013) gegenüber Propaganda weitgehend immunisiert hat. Wenn die rhizomatische Wirkung der von Gezi ausgehenden Gegenöffentlichkeit anhalten sollte, wenn für die »vertrauensvollen Körper« (Gambetti) der Demonstrierenden weiterhin viele Türen offenstehen, dann ist dies vor allem den vielen Frauen mittleren und gehobenen Alters zu verdanken, die den Geist der Bewegung weitergetragen und ihr Selbstverständnis in den Monaten während und nach den Kämpfen um den Gezi-Park grundlegend verändert haben. Vielleicht wird es eines Tages neue weibliche Ikonen geben, die für das »Wunder von Gezi«, für die Auflösung von zuvor als unerbittlich geltenden Identitäten, stehen: die *Gezi teyzeleri*, die »Tanten von Gezi«. Und so wie sich vom inländischen Krieg gezeichnete Soldaten- und kurdische Friedensmütter nach jahrzehntelangen Annäherungsversuchen endlich zum Austausch trafen und ein Zeichen für Versöhnung setzten, werden vielleicht auch Gezi- und Polizistenmütter eines Tages zusammenkommen und sich gemeinsam zu Wort melden.

LITERATUR

Gambetti, Zeynep, 2013: Occupy Gezi As Politics of the Body, http://www.jadaliyya.com/pages/index/12806/occupy-gezi-as-politics-of-the-body

Kandiyoti, Deniz, 2001: A tangled web: the politics of gender in Turkey, http://www.opendemocracy.net/5050/deniz-kandiyoti/tangled-web-politics-of-gender-in-turkey

Karaağaç, Barış und Gaye Yılmaz, 2013: Organized Labour in the Gezi Process. Reflections on a Popular Uprising and Weakened Organized Labour, http://www.socialistproject.ca/bullet/846.php

Steckner, Anne, 2012: Neoliberal-Islamische Synthese in der Türkei: Der Herrschaftsmodus der AKP, in: *Prokla* 167, 327-347

1 Vgl. für eine solche Sicht und eine gleichwohl differenzierte Auseinandersetzung mit der Thematik den Bericht der European Stability Initiative, 2007: Geschlecht und Macht in der Türkei. Feminismus, Islam und die Stärkung der türkischen Demokratie, unter: http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_92.pdf

FRAGILE BALANCEAKTE

DAS BEISPIEL AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

OLAF BERNAU

Anfang der 1990er Jahre ist hierzulande die einst handlungsmächtige Internationalismus- bzw. Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung buchstäblich kollabiert. Verantwortlich war zum einen der Epochenbruch von 1989 samt seiner rassistischen Fernwirkungen im wiedervereinigten Deutschland, zum anderen die neoliberale Globalisierungsoffensive, die seinerzeit begonnen hatte, rund um den Globus gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse spürbar zu verschieben. Hinzu kam, dass sich die Internationalismusbewegung zunehmend innerlinker Kritik ausgesetzt sah. Wichtige Schlagworte lauteten ›simplifizierende Gut-Böse-Weltbilder‹, ›Fetischisierung des bewaffneten Kampfes‹, ›Solidaritäts-Hopping‹ oder ›fehlender Bezug auf soziale Auseinandersetzungen im Norden‹. Die Benennung dieser und weiterer Irrtümer war zweifelsohne berechtigt, ja notwendig. Und dennoch mutierte die Kritik oft zum Zerrbild – mit der Konsequenz, dass die facettenreiche Geschichte internationalistischer Solidarität auf einige ihrer

schlimmsten Auswüchse zusammenschnurrte: beispielsweise auf die Flugzeugentführung von Entebbe im Jahr 1976, bei der unter Beteiligung der RZ-Gründungsmitglieder Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann ausschließlich jüdische Passagiere als Geiseln genommen wurden. Präziser: In der stark antideutsch bzw. antinational geprägten Debatte wurde geflissentlich ausgeblendet, dass die Internationalismusbewegung ihre Praxis bereits in den 1980er Jahren selber auf den Prüfstand gestellt und zahlreiche Häutungs- und Transformationsprozesse durchlaufen hatte (vgl. Balsen/Rössel 1986). Ganz zu schweigen davon, dass bereits 1994 mit Beginn des Aufstands der Zapatistas in Mexiko ein neuer Zyklus transnationaler Solidarität entstanden war.

Doch warum die Darstellung der alltäglichen Arbeit eines transnationalen Netzwerks wie Afrique-Europe-Interact mit einer derartigen Rückblende beginnen? Die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen mag sich zwar aus strukturellen und politischen Gründen erledigt haben, die Frage, wie eine gleichberechtigte Kooperation zwischen südlichen und nördlichen Basisbewegungen aussehen kann – jenseits romantisierender Projektionen, paternalistischer Dominanzen oder unverbindlicher Kurzzeitkontakte –, stellt sich allerdings unverändert. Insofern bildet auch der weitgehende Zusammenbruch internationalistischer Strukturen eine schwere Hypothek, gerade im Falle Afrikas, das unter internationalistischen Vorzeichen immer schon im Schatten Lateinamerikas gestanden hat. Denn die ohnehin beschränkten kollektiven Wissens- und Erfahrungsschätze sind dadurch weitgehend verloren gegangen.

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, 2009 entstandenes Netzwerk, an dem von afrikanischer Seite insbesondere BasisaktivistInnen in Mali beteiligt sind, vereinzelt auch in Burkina Faso, Togo, Marokko und der Demokratischen Republik Kongo. In Europa liegt der personelle Schwerpunkt in Deutschland, Österreich und den Niederlanden, wobei ungefähr ein Drittel der Beteiligten ursprünglich aus afrikanischen Ländern stammt. AEI hat von Anfang an eine Doppelstrategie verfolgt: Einerseits Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen – insbesondere auf ihrem Weg nach Europa. Andererseits Fokussierung auf die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit auf jene Kämpfe, die sich gegen die Zerstörung von Existenzgrundlagen wenden – ob in der Stadt oder auf dem Land. Entsprechend breit aufgefächert – und meist am Rande der zeitlichen und mentalen Überforderung – ist die von AEI bearbeitete Themenpalette, auch wenn sich in letzter Zeit mehrere Schwerpunkte herauskristallisiert haben: Erstens Landgrabbing, zweitens die politische und soziale Krise in Mali, drittens das EU-Grenzregime im Mittelmeer (dies insbesondere in Kooperation mit tunesischen Basisinitiativen), viertens Beteiligung an

OLAF BERNAUs Aktivismus ist … eben ein Balanceakt: zwischen politischen Spektren – Halbtagsarbeit in einer gewerkschaftlichen Antidiskriminierungstelle und Daueraktivität bei *NoLager* Bremen – ebenso wie zwischen Kontinenten mit *Afrique-Europe-Interact*.

lokalen Flüchtlingskämpfen in Europa und fünftens – gleichsam als Dauerthema – die finanzielle Unterstützung der afrikanischen Seite von AEI durch Umverteilung aus Europa im kleinen Stil. Und doch, so dynamisch das ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Netzwerk anmuten mag: AEI stellt eine äußerst fragile Angelegenheit dar, die mit vielfältigen, überwiegend sachlich begründeten Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

STICHWORT SELBSTORGANISIERUNG

Wenn es um die Zusammenarbeit mit afrikanischen Basisinitiativen geht, ist die Rede von der »Partnerschaft« nicht weit: Ob durch afrikanische Gruppen, die europäischen AktivistInnen nahezu pausenlos Partnerschaften antragen wollen, oder durch freundliche Erkundigungen hierzulande, wer denn unsere »Partner in Afrika« seien. Derlei (An-)Fragen sind jedoch keineswegs unschuldig, sie atmen vielmehr den paternalistischen Geist der von NGOs und Hilfswerken mehrheitlich verkörperten Hilfsindustrie. Demgegenüber setzt AEI erklärtermaßen auf die Stärkung politischer Selbstorganisierungsprozesse in Mali und anderswo – inklusive finanzieller Unterstützung von Demos, Konferenzen und anderen Aktivitäten. Wie ungewöhnlich dies ist, zeigt nicht zuletzt die regelmäßig gestellte Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, das Geld in Brunnen oder ähnliche Infrastrukturprojekte zu stecken. Solche Zweifel ereilen mitunter auch AEI selbst, und zwar immer dann, wenn eine Aktion Schiffbruch erlitten hat wie zum Beispiel ein Friedensmarathon vergangenes Jahr in Mali. Hintergrund dürfte sein, dass politischer Aktivismus mit Afrika kaum in Verbindung gebracht wird. Und das natürlich auch deshalb, weil soziale Bewegungen seit der Unabhängigkeit immer wieder gezielt sabotiert wurden – teils durch Errichtung westlich gestützter Diktaturen, teils als willkommener Kollateralschaden neoliberaler Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank, die seit Mitte der 1980er Jahre in Afrika eine Schneise sozialer, ökonomischer und politischer Verwüstung geschlagen haben. Um so mehr gilt es im Blick zu behalten, wie fragil politischer Aktivismus in einem Land wie Mali auch heute noch ist. Gerade unter ökonomisch hochgradig prekären Bedingungen steht dieser dauerhaft unter Vorbehalt: Leute werden krank, ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung zu haben, oder die Mühen des alltäglichen Überlebenskampfes nehmen sämtliche ihrer Ressourcen in Beschlag. Hinzu kommen kommunikative Barrieren im transnationalen Austausch. Nur die wenigsten AktivistInnen in Mali können lesen und schreiben, und allenfalls ein Drittel der Bevölkerung spricht halbwegs fließend französisch – wobei ausdrücklich darauf hingewiesen sei, dass europäische AktivistInnen ohne afrikanischen Hintergrund sich so gut wie nie in einer afrikanischen Sprache verständigen können. Kurzum: Transnationale Kooperation wäre ohne regelmäßigen Face-to-face-Kontakt, d.h. ohne intensive Beziehungsarbeit, schlicht nicht möglich.

STICHWORT DRINGLICHKEIT

Ähnlich wie bei selbstorganisierten Flüchtlings- oder Arbeitskämpfen in Europa ist in der transnationalen Organisierung mit afrikanischen Basisinitiativen der Druck im

politischen Kessel hoch. Bei den von afrikanischer Seite beteiligten AktivistInnen handelt es sich überwiegend um Leute, die als Bauern und Bäuerinnen, als MigrantInnen oder als BewohnerInnen von Bürgerkriegsgesellschaften akuten Handlungsbedarf haben. Nicht nur müssen kurzfristig und unter beträchtlichem Zeitdruck komplizierte Kommunikations-, Entscheidungs- und Geldüberweisungsprozesse transnational bewältigt werden. Beide Seiten müssen außerdem einen Umgang mit dem gravierenden Ressourcengefälle zwischen südlichen und nördlichen AktivistInnen finden: In welchem Ausmaß bin ich bereit (um es aus europäischer Perspektive zu formulieren), eigene materielle, zeitliche und psychosoziale Sicherheiten und Privilegien aufzugeben und mich in unübersichtliche Konfliktdynamiken hinein zu begeben, und wo mache ich das allein deshalb nicht, weil ich sonst selber in Nöte käme (wenn auch auf anderem Niveau) und folglich kein verbindliches Gegenüber mehr darstellen würde? Wie auch immer die Antwort ausfällt, unstrittig ist, dass transnationale Arbeit ohne die Bereitschaft zum Powersharing, das heißt zur empathisch-solidarischen Bezugnahme auf die Interessen anderer, nicht möglich wäre – wobei es sich von selbst verstehen dürfte, dass dies nicht damit einhergehen sollte, Dankbarkeit oder gar erweiterte Mitspracherechte zu erwarten.[1]

STICHWORT WIDERSPRÜCHE

Transnationale Organisierung ist auf der politischen, der sozialen und der persönlichen Ebene eine hochgradig widersprüchliche Angelegenheit, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Beteiligten in unterschiedlichen gesell-



Ines Saraiva/ flickr

schaftlichen Kontexten bewegen. Bei einer Infotour durch Tunesien sind AktivistInnen von AEI beispielsweise mit ihrer politischen Forderung nach Bewegungsfreiheit auf zum Teil erhebliches Missfallen bei der lokalen Bevölkerung gestoßen. Hintergrund war, dass irreguläre Migration per Boot derzeit in Tunesien ein reichlich sensibles Thema ist, nicht zuletzt angesichts der zahlreichen Toten im Mittelmeer. Oder Mali: Dort entzündete sich eine transnationale Debatte daran, dass viele der malischen AEI-AktivistInnen unter Bezugnahme auf das Recht auf Selbstverteidigung eine angemessene Ausstattung der mit 12 000 Soldaten vergleichsweise kleinen malischen Armee forderten, inklusive Ausbildungsunter-

stützung durch die Bundeswehr. In sozialer Hinsicht machen sich Widersprüche oft an Fragen der Organisierung fest. Etwa daran, dass viele (west-)afrikanische Gruppen einen in aller Regel männlichen Vorsitzenden haben, also ein Modell praktizieren, das erst einmal im vermeintlichen Widerspruch zu dem von der europäischen AEI-Sektion bevorzugten basisdemokratischen Organisierungsmodus steht. Gleichwohl ist die Präsidentenfrage ein passendes Beispiel dafür, inwiefern transnationale Kooperation die Bereitschaft voraussetzt, eigene Selbstverständlichkeiten auch hinterfragen zu lassen, samt Offenheit für neue Entdeckungen. Beispielsweise ist es so, dass ein Präsident in Mali – jedenfalls im linken bzw. zivilgesellschaftlichen Milieu – nur so lange wirklich stark ist, wie er den Willen seiner Gruppe angemessen repräsentiert. Ein basisdemokratischer Meinungsbildungsprozess innerhalb der Gruppe ist also Teil des Spiels.

Schließlich die persönliche Dimension: Transnationale Netzwerkarbeit wäre angesichts der zum Teil nervenaufreibenden Handlungsabläufe ohne wechselseitige Sympathie kaum möglich. Und doch wäre es abwegig, ausgerechnet in der transnationalen Organisierung das Alter Ego suchen zu wollen. Vielmehr besteht eine der zentralen Herausforderungen darin, Widersprüche zunächst einmal stehen lassen oder auch aushalten zu können, selbst dann, wenn sie an den Grundfesten des eigenen politischen Selbstverständnisses rütteln. Erwähnt sei etwa, dass in Mali rund 90 Prozent der Mädchen beschnitten werden – eine Praxis, die zwar unakzeptabel ist, die aber in erster Linie durch lokale Akteure verändert werden muss, einfach deshalb, weil europäische Positionierungen aus historischen Gründen oft als westliche, mithin neokoloniale Einmischung aufgefasst werden.

STICHWORT GELD

Widerstand kostet Geld – das ist in Afrika nicht anders als hierzulande. Zum Beispiel müssen Fahrtkosten der beteiligten AktivistInnen kollektiv getragen werden, da viele nicht das nötige Geld haben, um sich in einer Millionenmetropole wie Bamako von A nach B zu bewegen. Zudem schlagen ungewöhnliche Kosten zu Buche: So erfolgt in Mali die Berichterstattung in Radios, im Fernsehen oder in Zeitungen häufig gegen Bezahlung, quasi als Eigenbeteiligung an der Aufrechterhaltung des journalistischen Betriebs. Da die allermeisten AktivistInnen ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen und nur die wenigsten über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, spielt Geld bei AEI unweigerlich eine zentrale Rolle: Unter dem Motto »Umverteilung praktisch angehen!« unterstützt die europäische Sektion nicht nur politische Aktivitäten in Afrika, sondern teilweise auch ökonomische Projekte einzelner Mitgliedsgruppen von AEI, etwa jüngst die Einrichtung eines Gemüsegartens in Sokodé durch die *Assoziation der Abgeschobenen Togos*. Hinzu kommt finanzielle Unterstützung für einzelne AktivistInnen, dies jedoch nur im persönlichen Rahmen. Wir haben uns als transnationales Netzwerk zu diesem Vorgehen entschieden, weil die Bedeutung des Geldes schlicht nicht wegzudiskutieren ist. Denn selbst wenn Geld nicht Teil der transnationa-

len Agenda von AEI wäre, würde das nichts an der Tatsache ändern, dass die allermeisten Dinge des täglichen Bedarfs Geld kosten. Bis hin zur Konsequenz, dass einzelne Leute ggf. einfach wegbleiben würden oder bestimmte Aktivitäten gar nicht erst zustande kämen. Unstrittig ist aber auch, dass Geld die Menschen buchstäblich in Wallung bringen kann. Von seiner Verfügbarkeit hängt beispielsweise ab, ob die an Malaria erkrankte Tochter behandelt werden kann oder nicht – um nur ein für Mali besonders typisches Beispiel zu nennen. Vor diesem Hintergrund kommt es innerhalb der malischen Sektion von AEI regelmäßig zu mehr oder weniger eskalativen Auseinandersetzungen über den Umgang mit kollektiven Geldern. Solche von Misstrauen geprägten Dynamiken machen die AktivistInnen auch deshalb mürbe, weil ihr Alltag ohnehin vom ständigen Nachdenken über Haushaltslöcher bestimmt ist. Als europäische AktivistInnen bleibt uns insofern nichts anderes übrig, als uns den damit verknüpften Dilemmata zu stellen: Einerseits bemühen wir uns darum, qua Spendensammlungen Geld zu organisieren. Andererseits versuchen wir, von uns aus möglichst transparent, fair und umsichtig vorzugehen, wozu auch gehört, dass wir zwar transnational über finanzielle Bedarfe diskutieren, dass die Verwaltung des Geldes jedoch autonom seitens der afrikanischen AktivistInnen erfolgt.

STICHWORT KONTINUITÄT

Eskapismus und Solidaritäts-Hopping waren wichtige Vorwürfe gegenüber dem klassischen Internationalismus, auch demjenigen der 1980er Jahre. AEI hat sich als Netzwerk daher für einen völlig anderen Weg entschieden: Zum einen gehören Aktivitäten nicht nur in Afrika, sondern auch hierzulande zum elementaren Selbstverständnis unserer Arbeit, exemplarisch erwähnt seien mehrere Aktionen gegen die Beteiligung der Deutschen Bank an Landgrabbing und Lebensmittelspekulation. Zum anderen stellen Kontinuität, Langsamkeit und Geduld zentrale Eckpfeiler in der internen AEI-Debatte dar. Und doch ist es ein handfestes politisches Dilemma, dass im Zuge des Kollapses der Internationalismusbewegung die oftmals apokalyptisch anmutenden Existenzbedinungen im globalen Süden selbst von großen Teilen der undogmatischen Linken in Europa schon lange nicht mehr als Skandal, geschweige denn als Handlungsaufforderung begriffen werden – weder intellektuell noch emotional. Genau das müsste sich aber ändern, damit aus AEI und anderen transnationalen Organisierungsansätzen schrittweise so etwas wie ein umfassend geläuterter Internationalismus 3.0 hervorgehen könnte.

LITERATUR:

Bernau, Olaf 2012: In der Autoritäts- und Identitätsfalle – Stichworte zur Debatte um Critical Whiteness anlässlich des diesjährigen No Border Camps in Köln, in: *Phase 2*, 44

Balsen, Werner und Karl Rössel 1986: *Hoch die Internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*, Köln

1 Das »Wie« transnationaler bzw. transidentitärer Organisierung, gerade bei ungleichen Handlungsvoraussetzungen, ist in jüngerer Zeit auch in der Debatte um Critical Whiteness zur Sprache gekommen (vgl. Bernau 2012).

ZUM WEITERLESEN:
WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

BEYOND AID

ÜBER DEN KAMPF UM EIN GLOBALES RECHT AUF GESUNDHEIT

THOMAS GEBAUER

Die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen. Es sind auch solche Einsichten, die Einsprüche gegen eine voranschreitende Prekarisierung der Lebensverhältnisse haben anwachsen lassen. Weltweit begehren Menschen dagegen auf. Ob in den sozialen Massenprotesten in Brasilien, den Auseinandersetzungen in Istanbul, den Kämpfen gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wie in Bolivien, Südafrika und in der arabischen Welt – so verschieden die Anlässe und so unterschiedlich die Protestformen sind, es schwingt in ihnen doch immer die Idee eines Lebens mit, in dem ›Freiheit‹ und ›Gemeinwesen‹ nicht zu Euphemismen für Rendite und Repression verkommen sind.

Fraglos haben die neuen Medien einen großen Anteil daran, dass lokale Kämpfe sich quasi in Echtzeit wechselseitig informieren – egal an welchem Ort der Erde sie stattfinden. Dennoch ist das Verständnis von Gemeinsamkeit längst nicht so entfaltet, wie

es nötig wäre, um daraus eine wirkungsvolle Gegenmacht werden zu lassen. Der Leitsatz aus der Umweltbewegung: »Global denken, lokal handeln«, hat in den Kämpfen um soziale Rechte und Demokratie bislang zu wenig strategische Relevanz gefunden. Im Gegensatz zur ökonomischen Globalisierung, in deren Folge die Unterwerfung von Mensch und Natur unter das Diktat von Verwertung und politischer Kontrolle bis in den letzten Winkel der Erde ausgeweitet wurde, befindet sich das gegen-hegemoniale Projekt einer unabhängigen transnationalen Öffentlichkeit, die wirksam für Emanzipation und demokratische Selbstbestimmung eintreten könnte, noch im Prozess des Werdens. Es sind konkrete soziale Auseinandersetzungen und Aneignungsprozesse, in denen sich eine solche transnationale Öffentlichkeit heute konstituiert: als Vernetzung lokaler Widerstandspunkte, die erste gemeinsame Initiativen ergreifen, Gegeninformation austauschen, Analysen anstrengen, über gemeinsame Strategien nachdenken und dabei überhaupt erst anfangen, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln (vgl. Interview »Europa von unten« in diesem Heft).

Menschenrechte, Solidarität, Governance, Regulierung, Gemeingüter, Partizipation, Hilfe – für keinen dieser Begriffe gibt es unter den AktivistInnen für eine andere Welt *a priori* ein gemeinsames Verständnis. Je nach Erfahrungshintergrund gelten sie den einen als Grundlagen von Emanzipation und sozialer Gerechtigkeit, den anderen als perfide Formen der Absicherung bestehender Macht und Privilegien. Zu Recht steht der vom globalen Norden geübte Menschenrechtsdiskurs im Süden im Verdacht, der Legitimation sicherheitspolitischer Interventionen zu dienen. Governance-Modelle, die Partizipation versprechen, entpuppen sich bei näherer Betrachtung keineswegs nur als Chance radikal-demokratischer Beteiligung, sondern als Verschleierung tatsächlicher Machtasymmetrien. Und Hilfe kann ebenso zur Abmilderung und damit Stabilisierung bestehenden Unrechts beitragen wie zu dessen Beseitigung. Die mitunter leidenschaftlichen Debatten, die Linke hierzulande über solche Fragen führen, lassen erahnen, wie schwierig die Verständigung fällt, wenn Menschen aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten zusammenkommen (vgl. Bernau in diesem Heft). Und doch erfordert die Herausbildung transnationaler Öffentlichkeit genau diese Verständigung.

THOMAS GEBAUER ist Geschäftsführer der Hilfsorganisation *medico international* – doch organisiert er längst nicht nur konkrete Hilfen, sondern setzt sich für Gesundheit als globales Menschenrecht ein. An der Planung des Kongresses »Beyond Aid«, der u.a. von *medico* und der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet wird und im Februar 2014 in Frankfurt am Main stattfindet, ist er maßgeblich beteiligt.

DAS PEOPLE'S HEALTH MOVEMENT

Zu einer der transnationalen Vernetzungen, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten gebildet haben, zählt das *People's Health Movement* (PHM). Es wurde 2000 in Bangladesch von Akteuren aus den globalen Süden gegründet und vereint heute Hunderte von kritischen Gesundheitsinitiativen aus aller Welt. Dreimal

hat sich das PHM bislang zu *People's Health Assemblies* getroffen, um lokale Erfahrungen auszutauschen, Bestätigung oder Kritik zu finden und sich auf gemeinsame Strategien und Kampagnen zu verständigen – eine Art unabhängige Weltgesundheitsversammlungen von unten. Über 1000 AktivistInnen trafen sich zuletzt 2012 in Kapstadt, um die Folgen der Krise für die Gesundheit zu analysieren, die negativen Auswirkungen eines Entwicklungsmodells anzuprangern, das auf Rohstoffausbeutung setzt, und über Fragen eines allgemeinen Zugangs zu angemessenen Gesundheitsdiensten zu diskutieren. Dabei wurde immer wieder deutlich gemacht, dass das Recht auf Gesundheit nicht top down gewährt werden wird, sondern von unten erkämpft werden muss.

Grundlage der Arbeit des PHM ist eine Charta, die bereits nach dem ersten Treffen in Bangladesch ausgearbeitet wurde. Deren Ziele sind die Verteidigung von Gesundheit als Gemeingut, die Zurückweisung aller weiteren Privatisierungstendenzen sowie die weltweite Durchsetzung sozialer Rechte. Auch in Kapstadt wurden diese Ziele bestätigt, und gleichzeitig war unübersehbar, wie sehr etwa das Verständnis von Gemeingütern variiert. Verbanden die VertreterInnen aus dem globalen Norden mit der Idee von Gesundheit als Gemeingut in erster Linie funktionierende Serviceleistungen, eben *Güter*, die *Gemeinwesen* ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen müssen, akzentuierten VertreterInnen aus Lateinamerika beispielsweise die Idee der *commons* als einen politischen Prozess, innerhalb dessen Gemeinwesen den Umgang mit den für die Lebensgestaltung notwendigen Ressourcen klären.

BOTTOM UP-STRATEGIEN: GONOSHASTHAYA KENDRA

Auch wenn solche Debatten über Gemeingüter gerade erst in Gang kommen, herrschte doch Übereinstimmung, dass emanzipatorische Politik und die menschenwürdige Gestaltung der sozialen Verhältnisse keine ›Staatsaffäre‹ sein kann, sondern eine Frage praktischer Selbstorganisation und sozialer Aneignung. Wie weitreichend solche Aneignungsprozesse im Gesundheitsbereich sein können, zeigt *Gonoshasthaya Kendra* (GK), eine Organisation aus Bangladesch, die zu den Gründern des PHM gehört. Anfang der 1970er Jahre im Zuge des Unabhängigkeitskrieges von Bangladesch entstanden, macht Gonoshasthaya Kendra – zu Deutsch Volksgesundheitszentrum – seinem Namen alle Ehre.

Gemeinsam mit bald 2 Millionen Menschen realisiert GK heute in Hunderten von Dörfern Gesundheitsprogramme, unterhält Schulen für Basisgesundheitshelfer, betreibt mehrere Hospitäler, eine eigene Universität, Kindergärten und Berufsbildungsprogramme für Frauen. Finanziert werden die Sozialprogramme zu großen Teilen aus den Überschüssen eigener Unternehmen, darunter zwei pharmazeutische Betriebe, die essenzielle Arzneimittel wie Antibiotika für den lokalen Markt produzieren. Zu keiner Zeit haben sich die Leute von GK vom neoliberalen Diktum, der Markt regele alles, irre machen lassen, sondern konsequent daran festgehalten, Gesundheit im Kontext gesellschaftlicher Verantwortung zu begreifen. Die Prinzipien, die dabei zum Tragen kommen, reichen weit über den Gesundheitsbereich hinaus. Sie sind grundlegend für alle sozialen Aneignungsprozesse, in denen

Menschen sich zu ihren Rechten verhelfen. Es sind die Prinzipien gegenseitiger Anerkennung und Inklusion, Autonomie und Solidarität.

In der Praxis von GK sind diese Grundsätze keine Worthülse geblieben. Angetrieben von der Überzeugung, dass Gesundheit nur von unten und nicht im Rahmen einer von außen übergestülpten Hilfe entsteht, hat GK auf eine Entmystifizierung von medizinischem Handeln im Alltag gesetzt. Die Entfaltung eigenen Wissens und schließlich der Aufbau eigener solidarischer Ökonomien sind die Grundlage einer Autonomie, die darum weiß, etwas nicht nur selbst tun zu müssen, sondern es auch selbst tun zu können. Dies gilt auch für die solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgungsmodelle, die GK fördert. Beispielsweise im Nordwesten Bangladeschs, wo mit und für ca. 50 Dörfer ein noch rudimentäres Versicherungssystem entstanden ist, in dem diejenigen, die ein wenig mehr haben, auch für die Gesundheitsbedürfnisse der Ärmeren und gänzlich Mittellosen aufkommen. Auch wenn mit solchen Selbsthilfeprojekten, die an die Erfahrungen europäischer Arbeitervereine im 19. Jahrhundert erinnern, nur punktuelle Verbesserungen zu erreichen sind, weisen sie doch in die richtige Richtung. Sie institutionalisieren das Prinzip der Solidarität und sorgen über Umverteilungsprozesse für die Bildung sozialen Eigentums.

BEYOND AID – PARADIGMENWECHSEL IN DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

Noch braucht GK die Unterstützung aus dem Ausland, beispielsweise von *medico international*. Doch wird deutlich, dass der Zugang zu Gesundheit weniger eine Frage von Wohltätigkeit ist als von politischen Kämpfen, die Sozialpolitik im Kontext von Rechtsansprüchen und der Schaffung solidarischer Ökonomien begreifen. In der Arbeit des PHM-Netzes zeigt sich exemplarisch die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels für die internationale Zusammenarbeit. Statt über Hilfen den Status quo zu sichern, gilt es die gesellschaftlichen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit anzugehen.

Ohne eine starke Öffentlichkeit und ohne soziale Auseinandersetzungen kann dies jedoch nicht gelingen, und angesichts der globalen Verflechtungen sind weltweite Anstrengungen erforderlich. Auch die Erfolge von GK werden sich nur halten lassen, wenn sie ins Globale ausgeweitet werden. Gleiches gilt für die noch existenten Formen einer solidarischen Gesundheitsversorgung im Norden.

Nicht ohne Grund haben Gesundheitsinitiativen begonnen, sich transnational zu vernetzen. Während hierzulande der Widerstand gegen Privatisierungen wächst, drängen AktivistInnen im Süden auf die Schaffung von Gesundheitseinrichtungen, die einen Zugang jenseits von privater Kaufkraft und Eigentumsrechten ermöglichen. So unterschiedlich die Lebensumstände sind, so verfolgen Initiativen wie GK doch die gleichen Ziele wie kritische Ärzteorganisationen, Sozialverbände und Gewerkschaften hierzulande. Weder in Deutschland noch anderswo wird das Recht auf Gesundheit und soziale Sicherung von oben gewährt. Es muss von unten erkämpft und verteidigt werden. Die Welt braucht nicht mehr wohltätige Hilfe, sondern demokratisch verfasste und öffentlich kontrollierte Institutionen, die für Ausgleich und ein solidarisches Miteinander sorgen – über alle Grenzen hinweg.

GEWERKSCHAFTEN GLOBALISIEREN?

ANDREW HEROD

Wo man hinkommt, wird über Globalisierung gesprochen. Im gewerkschaftlichen Feld ergibt sich daraus fast zwangsläufig die Schlussfolgerung: »ArbeiterInnen müssen sich global organisieren!«, »Gewerkschaften müssen sich internationalisieren!« Ich will nicht behaupten, dies seien nicht zentrale Elemente einer lebendigen Gewerkschaftspolitik, um der entfesselten Macht des globalen Kapitals etwas entgegenzusetzen.[1] Ich denke aber doch, dass unsere Antworten etwas komplexer sein müssten als ein simples ›Wir müssen uns globalisieren‹. Kompliziert wird die Lage unter anderem durch die Frage der Geographie.

Auf den ersten Blick mag es seltsam erscheinen, dass ausgerechnet in einer Situation, in der die Welt (angeblich) flach und grenzenlos wird, Globalisierung zur »Delokalisierung« des menschlichen Lebens führt und wir Zeugen eines sogenannten death of distance – des Verschwindens von Entfernungen – werden, dass sich ausgerechnet da Gewerkschaftsstrategien mit Geographie befassen sollen und sich GeographInnen für Arbeitsfragen interessieren. Die Geographie wird üblicherweise als ein Feld wahrgenommen, in dem es in erster Linie um Kartographie und Kartierung geht, darum, wo Orte liegen, um die physische Beschaffenheit von Landschaften, die Verortung von Flüssen, Gebirgszügen, Wüsten und so weiter. Globalisierung wiederum gilt als die Vollstreckerin von Marx' berühmter »Vernichtung des Raums durch die Zeit« (MEW 42, 430). In den 1990er Jahren haben jedoch einige selbsternannte »Labour Geographers« angefangen, Interesse an Fragen der Arbeit zu entwickeln, und an den arbeitenden Menschen. Der Grundgedanke dieser Forschungsrichtung ist, dass Beschäftigte an spezifische Orte gebunden sind, und diese ihre jeweiligen Möglichkeiten politischer und ökonomischer Praxen beeinflussen.[2] Geographie nehme angesichts einer globalisierten Weltwirtschaft an Be-

deutung zu, statt – wie oft behauptet – tendenziell unwichtig zu werden. Wenn Unternehmen praktisch überall investieren können und es kaum Orte gibt, die mehr als 24 Stunden voneinander entfernt liegen, dann entscheidet sich die Frage, wohin Firmen letztlich ihre Werke verlegen, oft an minimalen Unterschieden. Schließlich, so eine weitere These der Arbeitsgeographie, können ArbeiterInnen durch ihre politischen und ökonomischen Praxen konkreten Einfluss auf die Geographie des Kapitalismus nehmen, und zwar im lokalen wie im globalen Maßstab.

In ihrer Analyse der politischen und ökonomischen Verhaltensweisen von ArbeiterInnen und ihren Organisationen, haben Arbeit geographen einen der berühmten Marxschen Aphorismen adaptiert: »Die Menschen machen ihre eigene Geographie, aber nicht unter selbstgewählten Umständen.« Es geht darum, das Funktionieren des Kapitalismus durch eine historisch-*geographische* Linse zu verstehen, die die Beschäftigten ins Zentrum rückt. Aus einer Marxschen Theorietradition kommend, greifen diese Arbeiten auch feministische, post-strukturalistische und andere post-marxistische Ansätze auf.

ANDREW HEROD ist Professor für Geographie an der University of Georgia, USA. Er zählt zu den Begründern der Labour Geography und erforscht gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten in globalisierten ökonomischen Landschaften.

Von der Geographie der Arbeit können wir lernen, warum Raum und Ort wichtig sind, um zu verstehen, warum ArbeiterInnen tun, was sie tun, wenn sie Strategien zur Verbesserung ihres Lebens entwickeln. Raum und Ort bilden nicht einfach nur den Hintergrund ökonomischer und politischer Kämpfe oder die Bühne, auf der diese stattfinden. Sie sind vielmehr deren zentraler Bestandteil. Die Geographie des Kapitalismus hat beispielsweise konkrete Auswirkungen auf das Leben von ArbeiterInnen. Die Art und Weise, wie Kapitalisten sich diese ökonomische Landschaft des Kapitalismus wünschen – nämlich als Landschaft der Rentabilität statt der Nicht-Rentabilität –, wird tendenziell nicht den Vorstellungen der ArbeiterInnen entsprechen, da diese Rentabilität möglicherweise auf Arbeitslosigkeit beruht. Aber auch unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten können voneinander abweichende Vorstellungen davon haben, wie die ökonomische Geographie des Kapitalismus gestaltet sein sollte: ArbeiterInnen einer Community sind möglicherweise daran interessiert, dass bei ihnen investiert wird und dadurch (so hoffen sie) Arbeitsplätze geschaffen werden; diese Investitionen wiederum können zu Lasten von Beschäftigten in anderen Communities gehen, deren Werk wegen der räumlichen Neuverteilung des Firmenkapitals vielleicht geschlossen wird. Unterschiedliche soziale Akteure – verschiedene Segmente des Kapitals sowie unterschiedliche Gruppen von ArbeiterInnen – können also konfligierende Interessen hinsichtlich der Frage vertreten, wie die Geographie des Kapitalismus strukturiert sein soll. Und dies wiederum beein-

flusst die Verhaltensweisen der jeweiligen Akteure. Wird Arbeit beispielsweise in abgelegene Gebiete verlagert, kann dies den Aufbau starker gewerkschaftlicher Organisationen behindern, weil es schwierig ist, die notwendigen Kontakte über große räumliche Distanz hinweg herzustellen. Die *United States Steel Corporation* schien über ein solches angewandtes geographisches Wissen zu verfügen, als sie vor über einem Jahrhundert die Stadt Gary im Bundesstaat Indiana gründete und sich so dem gewerkschaftlich gut organisierten Chicago entzog.

Eine geographische Perspektive ist außerdem deshalb wichtig, weil Kämpfe an einem Ort dramatische Konsequenzen haben können für Beschäftigte, die hunderte oder tausende von Kilometern weit entfernt sind. Angesichts globaler Produktionsnetzwerke kann es beispielsweise sein, dass diejenigen, die in Reynosa in Mexiko Automobilkomponenten fertigen, in organisatorischer Hinsicht enger mit US-amerikanischen FließbandarbeiterInnen verbunden sind als mit anderen Beschäftigten in Mexiko. Ein Streik in Reynosa hätte also größere Auswirkungen auf Fabriken in den USA als auf die nahegelegenen Fabriken anderer Fertigungsstätten in Mexiko. Es ist wichtig zu untersuchen, wie Produktionsketten räumlich organisiert sind, um die Konsequenzen von Handlungen nachvollziehen zu können, die eventuell in nächster Nähe überhaupt nicht spürbar sind, dafür aber hunderte oder tausende von Kilometern weit entfernt. Geht es in der Arbeitersolidarität in einem grundlegenden Sinne darum, auch über räumliche Distanzen hinweg zusammenzukommen, hat dies fundamentale Bedeutung für das Nachdenken über Gewerkschaftsstrategien.

Richard Trumka, der Vorsitzende der *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO), argumentiert, dass Gewerkschaften, wenn sie »in der Lage sein wollen, Firmen wie Shell, Exxon, DuPont oder anderen Unternehmen, die ohne Rücksicht auf nationale Grenzen operieren, erfolgreich entgegenzutreten, Solidarität auf globaler Ebene neu definieren müssen« (*Labor Notes* 11/1991, 4). Es gibt viele ähnliche Aussagen. Zwei Fälle möchte ich hier diskutieren, um die angeblich so offensichtliche Lösung all der genannten Probleme in Frage zu stellen – nämlich sich im selben geographischen Maßstab zu organisieren wie das Kapital (also transnational). In Zweifel ziehen möchte ich auch die Annahme, dass eine transnationale Form der Organisierung immer irgendwie progressiv sei. Beide Beispiele zeigen, wie wichtig es für die Entwicklung von Gewerkschaftsstrategien ist, geographisch sensibel vorzugehen.

Ist also transnationale Organisierung eine notwendige Voraussetzung für Erfolg? Die kurze Antwort auf diese Frage lautet nein. Sicherlich ist es oft nötig, Solidarität zwischen ArbeiterInnen über nationale Grenzen hinweg aufzubauen, um transnational organisierten Unternehmen erfolgreich etwas entgegenzusetzen. Insgesamt ist die Idee des Internationalismus für Linke ansprechend. Und tatsäch-

lich waren es in den 1990er Jahren die transnationalen Verbindungen zwischen Beschäftigten, die den Ausschlag gaben für den Erfolg einer USWA-Kampagne gegen das Multi-Milliarden-Dollar-Konglomerat von Marc Rich (vgl. Herod 1995). Der Konflikt begann, als einer von Richs Subunternehmern 1 700 Gewerkschaftsmitglieder aus einer Aluminiumschmelzanlage in der kleinen Stadt Ravenswood in den Appalachen-Bergen in West Virginia aussperrte. An ihrer Stelle wurden sogenannte Ersatzarbeiter eingesetzt, *scabs*, was wörtlich etwa so viel heißt wie Grind oder Schuppe und ein geläufiger Ausdruck für Streikbrecher ist. Die ausgesperrten GewerkschafterInnen und ihre VertreterInnen reagierten darauf zunächst mit Aktionen innerhalb der USA: Sie organisierten einen landesweiten Boykott des von den *scabs* produzierten Metalls. Es wurde von Bier- und Softdrink-Produzenten zur Dosenherstellung verwendet. Letztlich waren es aber die internationalen Aktivitäten der USWA, die ausschlaggebend waren dafür, dass die ausgeschlossenen ArbeiterInnen an ihre Arbeitsplätze zurückkehren und bessere Arbeitsbedingungen und Rentenzahlungen erwirken konnten. Innerhalb von 18 Monaten hatte die USWA Aktionen in 28 verschiedenen Ländern (u.a. Niederlande, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Venezuela, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei und der Schweiz) und auf fünf Kontinenten organisiert. Wäre der Streik noch weiter gegangen, wären Aktionen in Australien, Russland, Israel, Hong Kong und Finnland hinzugekommen. Der Kampagne gelang es, auch die räumlichen Verbindungen aufzuzeigen zwischen unterschiedlichen Teilen von Richs Holdinggesellschaften und anderen Beteiligten, die es ihm erlaubten, international zu agieren: Bauxitminen in Jamaika und Venezuela; Angestellte in niederländischen Banken, die seine Geschäfte finanzierten; Gewerkschaften in Osteuropa, wo Rich Metallschmelzereien erwerben wollte; Beschäftigte in Bukarest, wo er vorhatte, das berühmte Athenee Palace Hotel zu kaufen; und Schweizer ParlamentarierInnen, da Rich in der Schweiz lebte.

Trotz des Erfolges dieser und vieler ähnlicher Kampagnen ist es jedoch in bestimmten Fällen nicht nur nicht notwendig, eine transnationale Kampagne zu entwickeln, sondern kann sogar kontraproduktiv sein, weil möglicherweise Ressourcen gebunden werden, die anderswo gebraucht werden. Hier können die Auseinandersetzungen zwischen den *United Auto Workers* (UAW) und *General Motors* (GM) von 1998 als Beispiel gelten: GM musste damals 27 seiner 29 nordamerikanischen Fahrzeugmontageanlagen schließen und die Produktion in 117 Komponentenanlagen in Kanada, den USA, Mexiko und selbst Singapur entweder ganz stilllegen oder erheblich reduzieren. Die Unterbrechungen waren so gravierend, dass GM einen Produktionsverlust von ca. 500 000 Fahrzeugen hinnehmen musste und der Marktanteil von 31,9 Prozent im August 1997 auf 21,6 Prozent im August 1998 sank. Der Streit kostete GM im zweiten und dritten Quartal 1998 ungefähr 2,3 Milliarden

US-Dollar nach Steuern (vgl. Herod 2000, 521ff). Interessant an dieser Auseinandersetzung jedoch ist, dass die beeindruckende geographische Ausweitung dieses Streiks keinesfalls Resultat gezielter Bemühungen von UAW war. Vielmehr waren hier die Aktionen von nur knapp 9 200 Beschäftigten in zwei Produktionsanlagen für Komponenten in Flint, Michigan, ausschlaggebend. Wegen lokaler Konflikte um Arbeitsregulierung waren sie in Streik getreten. Was ihnen dennoch diese Reichweite gab, war die Tatsache, dass GM – wie viele andere Firmen – zunehmend nach dem Just-in-Time-Prinzip operierte. Dadurch, dass die Komponenten erst dann am Fließband ankommen, wenn sie benötigt werden, statt wochenlang in Warenhäusern zwischenzulagern, sollten Kosten gespart werden. Gleichzeitig macht dies die Firmen hinsichtlich Unterbrechungen der Produktionskette leicht verwundbar. Dies wussten die UAW-Mitglieder in Flint zu nutzen: Innerhalb einer Woche waren mehr als 50 000 Beschäftigte in 71 Montage- und Komponentenwerken gezwungen, ihre Arbeit niederzulegen. Am Ende der darauffolgenden Woche waren es 121 Montage- und Komponentenwerke, die aufgrund von Arbeitsmangel ganz oder teilweise geschlossen wurden. 105 514 ArbeiterInnen befanden sich im Ausstand.

Die Geographie dieser Kettenreaktion von zwei relativ kleinen Streiks in Flint führt uns zwei Punkte vor Augen. Zum einen, dass ein Streik an spezifischen Schlüsselpunkten im Produktionsnetz z.B. dann globale Konsequenzen haben kann, wenn ein Unternehmen Just-in-Time-Methoden zum Inventarmanagement anwendet. Diese Einsicht wirft auch für Gewerkschaften neue strategische Fragen auf. Zum anderen wird deutlich, welche Betriebe sich in Bezug auf den organisatorischen Raum am nächsten sind – eine Nähe, die mit ihrer Nähe im physischen Raum kaum etwas zu tun haben mag. So waren zum Beispiel einige Werke in Mexiko und Kanada insofern ›näher‹ an denen in Flint, als sie viel schneller vom Streik betroffen waren als Werke in der gleichen Region. Wie sollten wir also über die räumlichen Beziehungen zwischen den Orten nachdenken? Und was bedeutet dies für Strategien zum Aufbau von Solidarität?

Ist transnationale Organisierung immer fortschrittlich? Auch hier ist die Antwort nein. Entgegen einer häufigen Vermutung zeigt eine Analyse transnationaler Organisierung aus geographischer Perspektive, dass dies nicht immer der Fall ist. Ausschlaggebend ist, ob ArbeiterInnen sich über den Raum hinweg zusammenschließen, um Klasseninteressen voranzutreiben oder ob sie ihre jeweiligen ›geographischen Interessen‹, also ihre Interessen gemäß einer örtlich gebundenen Perspektive verfolgen. Die US-amerikanische Geographin Rebecca Johns (1998) unterscheidet hier zwei Arten internationaler Solidarität. Den ersten Typus nennt sie »angepasste Solidarität« und meint damit, dass Solidaritätskampagnen hauptsächlich deshalb organisiert werden, um die Interessen der eigenen *Community* zu verteidigen. Über die



Wandgemälde auf dem Gebäude der United Electrical Workers, Chicago,
Terence Faircloth, atelier_tee/flickr

Auswirkungen, die solchen Aktionen für Beschäftigte anderswo haben können, wird wenig nachgedacht. ArbeiterInnen im globalen Norden können sich zum Beispiel für bessere Arbeitsbedingungen ihrer KollegInnen im globalen Süden einsetzen – weniger aus echtem Interesse für deren Leben, sondern weil dadurch eine Verlagerung der Firmengeschäfte in den globalen Süden unwahrscheinlicher wird. Johns zufolge kann es sogar sein, dass US-amerikanische oder europäische ArbeiterInnen dadurch, dass sie helfen, Löhne und Arbeitsbedingungen im globalen Süden zu verbessern, letztlich Investitionen verhindern, die die lokalen Ökonomien in Gang bringen könnten. In solchen Kampagnen gehe es also vor allem darum, den eigenen Platz in der sich entfaltenden Geographie des globalen Kapitalismus zu verteidigen.

Im Gegensatz dazu nennt Johns die zweite Art der Solidarität »transformatorische Solidarität«. Während die angepasste Solidarität eher privilegierte ArbeiterInnen dieser Welt zu schützen trachtet, bemüht sich die transformatorische Solidarität um die Infragestellung der dem Kapitalismus zu Grunde liegenden Klassenverhältnisse, unabhängig davon, welche Gegenden davon profitieren: »Klasseninteressen dominieren hier gegenüber Interessen, die räumlich begründet und verortet sind, [solche Bemühungen] ziehen nicht eine Gruppe von ArbeiterInnen einer anderen vor« (Jones 1998, 256). Ihre Unterscheidung dient weniger der Klassifikation als der Heuristik. Im Hinblick auf transnationale Organisierung von Gewerkschaften soll sie helfen, zentrale Fragen an die jeweiligen Prozesse zu stellen: Was gibt den Anstoß für die Aktivitäten, worin liegen die tatsächlichen Konsequenzen für alle Beteiligten, und worin liegt das transformatorische Potenzial solcher Kooperation? Sicherlich ist es schwierig, dies immer genau zu bestimmen. Würden AktivistInnen denn zugeben, dass sie nur in ihrem eigenen Interesse handeln, oder würden sie versuchen, ihr Eigeninteresse hinter der Behauptung eines ›selbstlosen Internationalismus‹ zu verbergen? Beide Arten der Solidarität können dazu führen, dass die Geographie des globalen Kapitalismus auf radikal unterschiedliche Weise gestaltet wird. »Angepasste Solidarität« zielt darauf, die schon privilegierten Räume der Weltwirtschaft zu verteidigen. Sicherlich kann auch »transformatorische Solidarität« zu diesem Ergebnis führen, aber es ist nicht ihr unmittelbares Ziel. Je nach den Besonderheiten einer Situation kann es sogar dazu kommen, dass ArbeiterInnen ihre direkten ökonomischen und lokalen Eigeninteressen – wie z.B. die Sicherung von Investitionen für ihre Communities – für breitere Klasseninteressen aufgeben.

Globalisierung ist ein ökonomischer, politischer, kultureller und sozialer Prozess. Aber es ist auch ein geographischer: Die Verbindungen zwischen Orten – und zwischen den Menschen an diesen Orten – verschieben sich durch die Aktivitäten von Kapital und Arbeit. Deshalb brauchen ArbeiterInnen als politische Akteure – und auch wir als BeobachterInnen und AktivistInnen – ein geographisches Be-

wusstsein. Wir müssen verstehen, wie Globalisierungsprozesse die Verbindungen zwischen Orten transformieren und wie die Handlungen von Beschäftigten solche Transformationen bedingen können: Wie beeinflussen ArbeiterInnen die Art und Weise, in der sich die neue Geographie der Weltwirtschaft entfaltet? Wir müssen uns darüber bewusst sein, wie Orte räumlich miteinander verbunden sind, wenn wir erfolgreich sein wollen im Kampf für eine gerechtere Welt. Wir müssen über die räumlichen Beziehungen zwischen Orten nachdenken – auf jeden Fall über die physische Distanz, aber auch darüber, wie Orte im organisatorischen Raum miteinander verknüpft sind. Der Schlüssel zur Entwicklung von transnationalen Strategien liegt also darin zu wissen, wie ArbeiterInnen und die jeweiligen Unternehmen in ein weites Netz ökonomischer und politischer Beziehungen eingebunden sind und worin die geographischen Zielsetzungen derjenigen bestehen, die sich an solchen Aktivitäten beteiligen. Eine transnationale Strategie – wie die der Ravenswood-ArbeiterInnen – mag daher manchmal tatsächlich richtig sein. Unter anderen Umständen – wie bei Firmen, die Just-in-Time-Systeme nutzen – ist es nicht das Richtige, weil viel Zeit und Geld für die Entwicklung einer unnötigen Kampagne verloren gehen. Ebenso ist es wichtig, dass ArbeiterInnen und ihre Institutionen die geographisch ungleichen Effekte ihrer Handlungen verstehen – unterschiedliche Orte werden auf unterschiedliche Art betroffen, manchmal positiv, manchmal negativ. Zu untersuchen, wie verschiedene Teile der Welt miteinander verbunden sind, ist daher ein zentraler Ausgangspunkt für die Entwicklung einer effektiven und progressiven Gewerkschaftsstrategie in einer immer stärker vernetzten globalen Ökonomie.

Aus dem Englischen von Anna Mussener

LITERATUR

Bergene, Ann Cecilie, Silvy B. Endresen und Hege Merete Knutsen (Hg.), 2010: *Missing Links in Labour Geography*, Farnham

Castree, Noel et al., 2004: *Spaces of Work: Global Capitalism and Geographies of Labour*, London

Herod, Andrew, 1995: The practice of international labor solidarity and the geography of the global economy, in: *Economic Geography* 71.4, 341–363

Ders., 2000: Implications of Just-in-Time production for union strategy: Lessons from the 1998 General Motors-United Auto Workers dispute. *Annals of the Association of American Geographers* 90.3, 521–547

Ders., 2001: *Labor Geographies: Workers and the Landscapes of Capitalism,* York

Johns, Rebecca A., 1998: Bridging the gap between class and space: U.S. worker solidarity with Guatemala, in: *Economic Geography* 74.3, 252–271

Marx, Karl, 1974: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie,* MEW 42, Dietz Verlag, Berlin/Ost

1 Zwei Beispiele hierzu: die Gründung der SeefahrerInnen-Gewerkschaft Nautilus International durch eine Fusion von britischen, niederländischen und schweizerischen Gewerkschaften und 2008 die Vereinbarung von United Steelworkers of America und der britischen UNITE, eine neue globale Einheit zu formen, nämlich Workers Uniting.

2 Dazu ausführlicher: Herod (2001), Castree et al. (2004) und Bergene et al. (2010).

AUF PARTNERSUCHE IN CHINA

ÜBER DIE KOMPLIZIERTE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN CHINESISCHEN UND DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN

BODO ZEUNER

In China lebt die zahlenstärkste und potenziell auch mächtigste Arbeiterklasse der Welt – Arbeiterklasse im traditionellen Sinn, verstanden als Klasse der Lohnabhängigen. Für 2012 meldet die offizielle Statistik in China 812 Millionen Erwerbspersonen. Etwa ein Viertel sind vom Land stammende *migrant workers*[1], die unter eingeschränkten Bedingungen in den Industriestädten leben und arbeiten. 200 Millionen arbeiten als StadtbewohnerInnen in privaten und staatlichen Unternehmen. Die neue Führung unter Xi Jinping plant für die nächsten zehn Jahre die Umsiedlung von weiteren 200 Millionen Menschen in die Städte. Das dürfte den Umfang der Lohnabhängigenklasse noch einmal dramatisch vergrößern.

Diese Klasse ist mittlerweile interessenbewusst und partiell kampffähig. Die Zahl der registrierten Streikaktionen (*labour unrests*) steigt stetig an: 1993 waren es 11 000, 2005 schon 87 000 und 2008 um die 127 000 (Egger et al. 2013, 11). Der Honda-Streik in Nanhai (Provinz Guangdong) hatte 2010 eine neue

Qualität: Es ging nicht nur um Protest gegen Rechtsverstöße des Arbeitgebers, sondern um mehr Beteiligung der ProduzentInnen an den Früchten ihrer Arbeit. Angesichts des globalen Kapitalismus, dem China sich seit den 1980er Jahren geöffnet hat, liegt es also nahe, auch nach den Möglichkeiten und Grenzen globaler Solidarität der abhängig Arbeitenden zu fragen. Dies weniger als hehres Postulat, sondern im Sinne gemeinsamer Interessen von Arbeitenden über nationale Grenzen hinweg.

Allerdings ist Solidarität eine jener einfachen Sachen, die schwer zu machen sind. Denn zum Wesen des Kapitalismus gehören nicht nur die Durchsetzung von Privateigentum, Markt und Profit als Strukturen und Motoren des Wirtschaftens, sondern ebenso die Steigerung der Konkurrenz unter den Arbeitenden und damit die Verhinderung gegenseitiger Solidarität. Gelingende grenzübergreifende Solidarität ist im globalen Kapitalismus eher die Ausnahme, sie hängt nicht nur vom guten Willen der Beteiligten ab. Das ändert nichts daran, dass sie notwendig ist. Im wörtlichen Sinne: erforderlich, um Not zu wenden. Bei Gewerkschaften in Deutschland reicht diese Einsicht von der Führung bis zur Basis oft nur für abstrakte Bekenntnisse und Festreden. Selten dient sie als Leitlinie für alltägliches Handeln oder gar für Zukunftsstrategien. Unzufrieden mit diesem Internationalismusdefizit reiste im Mai/Juni 2013 eine vom *Forum Arbeitswelten e.V.* organisierte Gruppe gewerkschaftsnaher Menschen, ehemalige Betriebsräte und WissenschaftlerInnen, nach China – auf der Suche nach Ansätzen für internationale Solidarität.

Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft gilt in China zunehmend als vorbildlich, zuweilen als geradezu leuchtendes Beispiel für die unter Parteichef Hu Jintao propagierte »harmonische Gesellschaft« – durchaus auch von Leuten, die den aktuellen chinesischen Kapitalismus kritisieren. Dem wollten wir eine realistischere Sicht der Zustände in unserem Land entgegensetzen und unser Erfahrungswissen über deutsche und europäische Verhältnisse in chinesische Debatten einbringen.

In Peking, Wuhan, Suzhou, Guangzhou (Kanton) und Hongkong trafen wir uns mit NGOs und AktivistInnen aus *worker centers*[2], die insbesondere ArbeitsmigrantInnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen, mit

BODO ZEUNER ist Politikwissenschaftler und war bis 2006 Professor am Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin. Gewerkschaften sind ihm Forschungsgegenstand und Aktionsfeld zugleich. Mit einer von Forum Arbeitswelten e.V. organisierten Gruppe war er 2013 in China auf der Suche nach Ansätzen für internationale Solidarität.

VertreterInnen der Staatsgewerkschaft *All China Federation of Trade Unions* (ACFTU), in Hongkong auch mit der Gewerkschaft der Hafenarbeiter sowie mit Studierenden und SozialwissenschaftlerInnen. Themen dieser Gespräche waren: Klassenformation, Interessenvertretung, Gewerkschaftsentwicklung, Parteipolitik und eben auch Internationale Solidarität.

ZUM BEGRIFF DER SOLIDARITÄT

Solidarität gehört zu den traditionsreichsten wertgeladenen Begriffen seit der Französischen Revolution und zum geradezu heiligen Vokabular der Arbeiterbewegung. Im

bürgerlich-rechtlichen Sinne hat der Begriff die Konnotation einer Gemeinschaftshaftung (»alle für einen, einer für alle«), und in der Alltagssprache wird er oft gleichbedeutend mit Unterstützung von Schwächeren oder Bedrohten, mit Mildtätigkeit und Caritas gebraucht.

Sinnvoll scheint mir, unter Solidarität ein Verhalten innerhalb einer durch gemeinsame Interessen und Werte zusammengehaltenen Gruppe zu verstehen, das auf der Erwartung der Gegenseitigkeit beruht, auf der Erfahrung, dass gemeinsames Handeln notwendig ist und erfolgreich sein kann, auf der Anerkennung der Gruppenmitglieder als prinzipiell gleichwertig sowie auf Freiwilligkeit und Eigentätigkeit (vgl. Zeuner 2004, 325f). Caritas ist einseitige Hilfe – insofern unterscheidet sie sich von Solidarität. Dies gilt auch für Liebe und Freundschaft: Wir müssen die anderen, von denen wir Solidarität erwarten oder mit denen wir Solidarität üben, nicht mögen, wir müssen sie nicht einmal persönlich kennen, solange zwischen uns und ihnen eine Gemeinsamkeit von Werten und Interessen besteht.

Da Solidarität ihren Ausgang immer bei einer bestimmten Gruppe nimmt, ist sie zunächst ›exklusiv‹. Soweit diese Gruppe Gleichheit nur nach innen anerkennt, nach außen aber Ungleichheit vertritt, wie es Rassisten tun, oder auch Nationalisten und Elite-Ideologen; soweit also gruppeninterne Solidarität nur dem Ziel dient, eigene Positionen, insbesondere Herrschaft und Privilegien, gegen andere Gruppen zu verteidigen, ist Solidarität keine Errungenschaft, sondern ein Problem. Exklusive Solidarität der Herrschenden, der Mafiosi, der Kapitalbesitzer, sich abschließender Eliten verdient Kritik, verdient,



dass sie durch eine Solidarität der Beherrschten und der Ausgebeuteten einen Widerpart erfährt. Auch diese Solidarität von unten ist anfangs exklusiv – muss es aber nicht bleiben.

Aus der exklusiven Solidarität der sich wehrenden KollegInnengruppe kann eine Tendenz zur Verbündung mit weiteren Gruppen, die in ähnlicher Lage sind und denselben Gegner haben, entstehen. Gewerkschaftliche Solidarität beginnt exklusiv, enthält jedoch einen Impuls zu inklusiver, weitere Lohnabhängige einschließender Solidarität. Der Impuls ist aber nicht zwingend. Auch Gewerkschaften können ihre Solidarität strikt entlang nationaler Grenzen oder Standorte organisieren. Die Exklusivität gegenüber der Kapitalseite wird dann meist aufgegeben. Wer glaubt, dass, was der deutschen Wirtschaft nutzt, auch den deutschen ArbeiterInnen nutzt, muss logischerweise Niedrigstlöhne in China, Vietnam oder Bangladesh nützlich finden. Es gibt einen nationalen Wettbewerbs-



Guangzhou
Aaron Webb/flickr

korporatismus, der eine Ausweitung der Arbeitersolidarität behindert, in der Hoffnung, dass das Kapital weiterhin national handeln solle. Das Kapital ist aber global geworden. Für die dadurch weltweit in Konkurrenz gesetzte Arbeiterklasse bedeutet dies eine immense Herausforderung.

Internationale Solidarität der abhängig Arbeitenden ist nicht nur notwendig, sondern auch der Tendenz nach möglich, als schrittweise Ausweitung der exklusiven KollegInnengruppe zur weltweiten Klasse. Dazu bedarf es langfristiger Orientierungen und des Aufbaus von Vertrauen über nationale und kulturelle Grenzen hinaus. Da das globale Kapital ein Interesse und viele Instrumente hat, Solidarität zu verhindern, muss also nicht nur solidarisch gekämpft werden, sondern auch um die Möglichkeiten für Solidarität. Um in diesen Kämpfen Enttäuschungen, Resignation und Vertrauensschäden zu vermeiden, kommt es darauf an, die Bedingungen für solidarisches Handeln im Einzelfall genau zu analysieren und sich auf realistische und zugleich utopische Schritte zu verständigen.

Was könnte das also für die Solidarität zwischen deutschen und chinesischen Lohnarbeitenden heißen? Und wer könnte in China ein Partner dafür sein?

DIE GEWERKSCHAFTEN DES ALL CHINA FEDERATION OF TRADE UNIONS

Der erste Blick fällt natürlich auf die Gewerkschaften, deren Rolle in China jedoch widersprüchlich ist: Der ACFTU ist Bestandteil des Staats- und Parteiapparats. Seit Einführung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter Deng Xiaoping funktioniert er als gelber, arbeitgebergesteuerter Verband. Er war und ist verlängerter Arm, Transmissionsriemen und Massenorganisation der Partei, um die Werktätigen zu Produktivitätssteigerungen anzuhalten. In der »sozialistischen Marktwirtschaft« gibt es der staatlichen Ideologie zufolge keine antago-

nistischen Interessengegensätze und folglich auch keinen Bedarf an unabhängigen Gewerkschaften. Vielmehr arbeiten sie beim Aufbau dieser Marktwirtschaft dadurch mit, dass sie die neuen privaten Investoren ebenso unterstützen wie vorher die staatlichen Betriebsleiter.

Konkret bedeutet das, dass sich die Gewerkschaften jahrelang weigerten, die Rechte der aus den ländlichen Gebieten eingewanderten ArbeiterInnen, die zu Millionen in die Städte an der Küste strömten und dort nach frühkapitalistischer Manier ausgebeutet und massenhaft gesundheitlich geschädigt wurden, überhaupt als ihre Sache anzusehen. Bestenfalls kümmerten sie sich um Übergangslösungen für die Belegschaften privatisierter Staatsbetriebe. Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass der Weltgewerkschaftsbund ITUC sich weigerte, die chinesischen Gewerkschaften, die keine Streiks organisieren dürfen, als Vollmitglieder aufzunehmen.

Inzwischen zeichnen sich jedoch erste Veränderungen ab. Auf vier Ebenen werden Schritte erwogen und ausprobiert, die möglicherweise zur Entwicklung selbständig handlungsfähiger Organisationen der Arbeiter führen könnten und damit zu gewerkschaftlichen Ansatzpunkten für internationale Solidarität:

Auf betrieblicher Ebene: Nach dem erfolgreichen Honda-Streik 2010, in dem die Betriebsgewerkschaft die Streikenden direkt bekämpft hatte, wurde vor allem in der Provinz Guangdong mit einer Reform der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation begonnen. Die betriebliche Vertretung sollte demokratisch von den Beschäftigten gewählt werden. Seither haben in den Großbetrieben der Provinz vielerorts Gewerkschaftswahlen stattgefunden – meist wurden sie von Arbeitgeberseite und/oder von der Gewerkschaftsbürokratie gesteuert. Schätzungen zufolge sind aber zehn bis 15 Prozent der Wahlen wirklich demokratisch verlaufen. Die ArbeiterInnen konnten hier Personen ihres Vertrauens ins Amt bringen.

Auf lokaler Ebene: Vereinzelt gibt es außerdem betriebsübergreifende, selbstorganisierte lokale Gewerkschaften, die als ACFTU-Gliederungen anerkannt wurden. Dies ist beispielsweise im von *migrant workers* bewohnten Picun am Rande von Peking und in zwei Dörfern der Provinz Hubei der Fall. Inwieweit solche lokalen Gewerkschaften Modellcharakter haben könnten, ist schwer einzuschätzen.

Auf der Ebene von Kollektivverhandlungen: Es gibt Experimente mit echten Tarifverhandlungen, auch wenn diese noch an strukturelle Grenzen stoßen. Nicht nur sinkt die Konzessionsbereitschaft der Arbeitgeber, auch fehlt es den Gewerkschaften an Informationen und soliden Daten, um ihre Forderungen zu begründen. Außerdem sind Kollektivverhandlungen bisher auf die Betriebsebene beschränkt. Flächen- oder Branchentarifverträge nach westeuropäischem Muster werden zwar auch nach offiziellen ACFTU-Bekundungen im Prinzip angestrebt, allerdings fehlen dafür die Strukturen (etwa: Branchengewerkschaften und tariffähige Arbeitgeberverbände) und auf gewerkschaftlicher Seite auch die Organisationsmacht. Die größte Schwierigkeit besteht jedoch darin, dass die chinesischen Gewerkschaften keine Streiks organisieren dürfen, folglich bei den Verhandlungen damit auch nicht drohen können. In Guangdong haben aktive Gewerkschafter im Parlament der Provinz die Wiedereinführung des 1982

aus der Verfassung gestrichenen Streikrechts gefordert, fanden damit aber weder beim Allchinesischen Volkskongress noch bei der Zentrale des ACFTU Unterstützung. Immerhin kommt es vor, dass sie vor ›spontanen Streiks‹ der Arbeitenden warnen. Gleichwohl bleibt ohne Streikfreiheit jede Koalitionsfreiheit zahnlos. Ob die von Guangdong ausgehenden Reformansätze unter der neuen Partei- und Staatsführung fortgeführt oder gestoppt werden, ist noch nicht absehbar.

Im Verhältnis zur Partei: Kapitalismustaugliche Gewerkschaften müssten auch ihr Verhältnis zur Partei verändern. Bisher werden Leitungspositionen in der außerbetrieblichen ACFTU-Organisation von der Partei besetzt. Spätestens seit die KP Chinas jedoch auch Privatunternehmer in ihre Reihen aufnimmt, hat sie in der real existierenden Arbeiterklasse an Legitimation verloren. Die Partei legitimiert ihre Herrschaft mit wirtschaftlichen Erfolgen und dem Versprechen, die Massen am wachsenden Wohlstand stärker zu beteiligen. Das wird nicht möglich sein, ohne den Arbeitenden Wege eigener Interessenvertretung zu öffnen.

DIE LABOUR NGOS

Bei Verstößen des Arbeitgebers gegen gesetzliche Rechte – etwa bei der Berechnung und Auszahlung von Löhnen, bei der Anordnung und Bezahlung von Überstunden, bei ungerechter Bestrafung bis hin zur Entlassung – stehen die parteigesteuerten Gewerkschaften fast immer auf der Seite der Betriebsleitung. Meist bleibt den Beschäftigten nichts übrig, als solche Übergriffe einfach hinzunehmen. In den Ballungszentren sind zunehmend *Labour* NGO*s* entstanden, die Hilfe und Beratung bei Beschwerden gegenüber der Arbeitsaufsicht, der Schlichtungsstelle und schließlich dem Gericht anbieten. Sie unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer sozialen Verankerung, politischen Ausrichtung und der Schwerpunkte inhaltlicher Arbeit. Einige werden von internationalen Geldgebern gestützt und sehen ihre Arbeit vor allem als Entwicklungshilfe an. Andere sind in *worker centers* direkt in den Wohnquartieren der *migrant workers* an den Stadträndern z.B. von Peking, Wuhan, Suzhou und Guangzhou angesiedelt. Sie leisten ebenfalls individuelle Beratung und Ermutigung, organisieren aber zugleich das Gemeinschaftsleben und die Kulturarbeit in den Wohnquartieren, fördern Aktivitäten der Selbsthilfe, betreiben Schulen und Bildungsstätten und mischen sich auch mit politischen Forderungen in die öffentliche Diskussion ein.

Die NGOs haben meist wenige, niedrig bezahlte Angestellte und viele ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Sie werden von Staat und Partei misstrauisch beäugt. Mit den ACFTU-Gewerkschaften gibt es selten und allenfalls punktuell Zusammenarbeit. Wenn NGOs lokalen Machthabern zu unbequem werden, laufen sie Gefahr, zerschlagen zu werden, wobei die Kündigung von Mietverträgen für ihre Räume bzw. der Entzug der Registrierung als NGO ein häufiges Mittel ist. Es gibt Ansätze zur landesweiten Vernetzung einiger dieser NGOs, aber je mehr dies geschieht, umso mehr wächst die Gefahr, dass die Staatsmacht repressiv reagiert.

DIE STREIKBEREITE BASIS

Eine nennenswerte Veränderung im chinesischen System der Arbeitsbeziehungen ist

die punktuelle Existenz einer streikbereiten Basis. Einen systematischen Zusammenhang zwischen ihr und den NGOs gibt es jedoch nicht. Untersuchungen zeigen, dass *labour unrest* bisher immer, auch beim Honda-Streik, ›spontan‹ im Betrieb entstanden ist, durch Wut und Zorn über Unterdrückung und Ungerechtigkeit, durch Vertrauensaufbau in KollegInnengruppen, durch kleine Erfolgserlebnisse bei ersten Gegenwehrversuchen, durch charismatische Führungspersonen und durch das Bewusstsein, dass für gemeinsame Rechte gekämpft werden muss. Es fehlt bislang jedoch jede organisatorische Verfestigung und jede überbetriebliche Verbindung der Streiks, weshalb sie als Ansatzpunkte internationaler Solidarität eher ein ideelles Gegenüber darstellen.

ARBEITERSOLIDARITÄT KONKRET?

Was genau könnte vor diesem Hintergrund Solidarität zwischen Lohnabhängigen in China und in Deutschland heißen? Was können ChinesInnen und Deutsche gemeinsam tun, um ihre Lebensrechte gegen die Zumutungen des globalen Kapitals zu verteidigen?

Seit vielen Jahren gibt es globalisierungskritische und Menschenrechts-Organisationen, die daran arbeiten, grobe Verstöße von Firmen aus dem globalen Norden gegen Mindestrechte der Arbeitenden in China aufzudecken und zu skandalisieren. Zu nennen ist hier etwa Südwind (vgl. Wick 2007; 2010) oder die *Clean Clothes Campaign* (CCC) mit Beteiligung der deutschen Gewerkschaften IG Metall und ver.di. Dies gilt es in Kooperation mit chinesischen *AktivistInnen*, WissenschaftlerInnen und vielleicht auch Basisgewerkschaften auszuweiten. Das Solidaritätsmotiv ist hier stark wertgebunden, das gemeinsame Interesse sehr universal und menschenrechtlich gefasst, etwa »gute Arbeit weltweit«. Appelliert wird aber auch an das Interesse der deutschen Beschäftigten, nicht für eine Firma arbeiten zu wollen, die wegen unmenschlicher Arbeitsbedingungen in die Schlagzeilen gerät.

Aber das reicht nicht aus. Für Verbesserungen in der Gegenwart und für eine bessere Zukunft ist mehr Basisinternationalismus der deutschen und europäischen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit NGOs und mit Teilen des ACFTU notwendig. Globale Konzerne bringen ArbeiterInnen und IngenieurInnen aus beiden Ländern regelmäßig miteinander in Verbindung – hier sollte es zu den Standardaufgaben der GewerkschafterInnen und Betriebsräte gehören, die aus China entsandten KollegInnen zu empfangen, ihnen die Eingewöhnung zu erleichtern und sie über das deutsche System der Interessenvertretung durch Betriebsräte und Gewerkschaften, wenn möglich nicht nur über seine Stärken, sondern auch über seine Schwächen, praxisnah zu informieren.

Gewerkschaftliche Betriebsratsmitglieder müssen ihrem Management bei den Aktivitäten der Firma oder ihrer Zulieferer in China (und überall sonst) auf die Finger sehen. Mit betrieblichen Vertretungsstrukturen in China wäre dabei die Zusammenarbeit zu suchen und nach Möglichkeit Organe wie Weltbetriebsräte oder mindestens globale Informationsnetzwerke aufzubauen.

Angesichts der Tatsache, dass sich China von der Werkbank der Welt zum Hochtechnologieland entwickelt, nimmt die Drohung der Unternehmen mit Produktionsverlagerungen

und damit die Konkurrenz um dieselben Arbeitsplätze zwischen deutschen und chinesischen ArbeiterInnen zu. Bei der Minderung der Konkurrenz um Arbeitsplätze überwiegt als Solidaritätsmotiv das ökonomische Interesse. Dieses drängt jedoch regelmäßig auch in Richtung auf exklusive Solidarität der Belegschaft, die in Deutschland ihre Arbeitsplätze verteidigt, gegen die chinesische Seite, die sich von neuen Arbeitsplätzen einen Wohlstandszuwachs erhofft. Hier inklusive, transnationale Solidarität aufzubauen, erfordert ein hohes Maß an interessenpolitischer Weitsicht und wertgebundener Überzeugung – und manchmal reicht beides nicht aus, etwa wenn das Lohngefälle zu groß ist. Dann werfen z.B. Gewerkschaften aus dem globalen Süden den Arbeitplatzverteidigern aus der sogenannten Ersten Welt Protektionismus vor, wenn diese Verlagerungen mit dem Argument, im Zielland herrschten unmenschliche Arbeitsbedingungen, zu verhindern suchen.

Für deutsche und europäische Gewerkschaften, die über kurzsichtigen nationalen Korporatismus hinauskommen wollen, besteht die Aufgabe, einerseits ihre eigene Basis internationalistisch aufzuklären und andererseits darauf zu drängen, dass in China vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Gewerkschaftsstrukturen entstehen.

Solange beides noch unzureichend geschieht, bleibt für *Labour NGOs* die Aufgabe, auch Gewerkschaftsersatz zu sein: In China durch die Stärkung und Verteidigung von *worker centers*, im globalen Norden durch Aufklärungskampagnen und das Werben für universalistische Perspektiven und global geltende Menschenrechte.

Aber auch wenn der Gewerkschaftsinternationalismus sich positiv weiterentwickelt, bliebe für die NGOs viel zu tun: Gewerkschaften müssen immer auch bündelnd agieren und brauchen dazu weltweite Organisationsapparate. Diese entwickeln systematisch Eigeninteressen, Verfestigungen, Blindheiten. NGOs können und müssen demgegenüber internationale Basiskontakte fördern, Kampagnen für kritischen Konsum organisieren, die Interessen von Frauen (deren Unterdrückung, nicht nur durch das Kapital, gerade auch in China besondere Formen annimmt) immer wieder zur Sprache bringen, ebenso wie die Interessen der von den Gewerkschaften oft ausgegrenzten Menschen mit prekärer und informeller Arbeit.

LITERATUR

Egger, Georg et al., 2013: *Arbeitskämpfe in China. Berichte von der Werkbank der Welt*, Wien

Franke, Peter, 2013: Forum Arbeitswelten – ein Konzept zu internationaler Basis-Zusammenarbeit, in: Egger et al., 243–257

Wick, Ingeborg, 2007: *All die Textilschnäppchen – nur recht und billig. Arbeitsbedingungen bei Aldi-Zulieferern in China und Indonesien*, Südwind, Siegburg

Dies., 2010: *Schutz der Arbeit in Partnerschaftsabkommen mit China? Fallbeispiele Adidas, Metro Aldi*, Südwind, Siegburg

Zeuner, Bodo, 2004: Widerspruch, Widerstand, Solidarität und Entgrenzung – neue und alte Probleme der deutschen Gewerkschaften, in: Beerhorst, Joachim et al., *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt, 318–353

1 Die übliche deutsche Bezeichnung dieser Gruppe ist »Wanderarbeiter«. Da der Begriff die Assoziation einer freiwilligen ›Wanderschaft‹ weckt, um die es hier nicht geht, wird im Folgenden der englische Begriff beibehalten.
2 Auch dieser Begriff wurde im Englischen belassen, da es bislang keine adäquate Übersetzung gibt; gemeint sind nichtkommerzielle, Community-basierte Einrichtungen zur Unterstützung und Selbstorganisierung von ArbeiterInnen jenseits klassischer Gewerkschaften (Anm.d.Red.).

»WE EXPECT BETTER«

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ALS STRATEGIE GEWERKSCHAFTLICHER ERNEUERUNG: DIE T-MOBILE KAMPAGNE

SARAH BORMANN

»Du hast versucht, die Zielvorgaben zu erreichen, aber wenn Du das in einem Monat nicht geschafft hast, dann war das der erste Schritt zu Deiner Kündigung. Ich musste eine Auszeit nehmen, die Angst war so groß, ich stand morgens auf und musste mich übergeben, weil ich einfach nicht mehr funktioniert habe.«

Ehemaliger Call-Center-Arbeiter

2001 expandierte das ehemalige Staatsunternehmen Deutsche Telekom AG (DTAG) auf den US-amerikanischen Markt. 2013 verfügen in dem Tochterunternehmen T-Mobile US von schätzungsweise 30000 Beschäftigten lediglich 16 Techniker einer kleinen Betriebseinheit in Connecticut über eine gewerkschaftliche Vertretung und einen Kollektivvertrag. Die größte und zugleich verletzlichste Beschäftigtengruppe sind die überwiegend weiblichen Call-Center-Arbeiterinnen. Im Gegensatz zu ihren Kolleginnen in Deutschland verfügen sie kaum über institutionelle Machtressourcen und auch ihre strukturelle Macht ist

geschwächt infolge der Wirtschaftskrise sowie der Verlagerung von Call-Center-Jobs nach Mittelamerika und auf die Philippinen. Ihre Organisierung ist äußerst schwierig, weil die Fluktuationsrate in den Call-Centern extrem hoch ist. Willkürliches Managementhandeln hat ein Klima der Angst etabliert: Angst, den Job zu verlieren, die Zielvorgaben nicht einzuhalten, krank zu werden, von der Gewerkschaft ein Flugblatt anzunehmen.

Die Gewerkschaft *Communications Workers of America* (CWA) sah sich aufgrund der schwierigen Bedingungen allein nicht in der Lage, *T-Mobile US* gewerkschaftlich zu organisieren. Dies änderte sich, als CWA die Beziehung zur deutschen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ausbauen konnte und sich hieraus eine stabile Kooperation entwickelte. Die Organisierungsversuche in den USA werden begleitet von einer internationalen Druckkampagne mit Schwerpunkt auf Deutschland – dem Hauptsitz der DTAG.

Die noch laufende Kampagne ist ein Beispiel dafür, wie Gewerkschaften internationale Solidarität als eine Erneuerungsstrategie nutzen – ein Thema, das in der deutschsprachigen Debatte um gewerkschaftliche Revitalisierung bislang wenig Beachtung findet. Die Forderung nach internationaler Solidarität und nach einer Transnationalisierung von Gewerkschaften bleibt häufig appellativ. Grenzüberschreitende Aktivitäten sind vor dem Hintergrund, dass Gewerkschaften national konstituiert und ihre Machtressourcen national verhaftet sind, äußerst voraussetzungsreich. Erschwerend kommen unterschiedliche Systeme der Arbeitsbeziehungen, divergierende Interessenlagen und Prozesse der Grenzziehungen hinzu – ganz abgesehen von so praktischen Hürden wie sprachlichen Barrieren.

DIE T-MOBILE-KAMPAGNE VON CWA UND VER.DI

In den USA verfolgt CWA einen mitgliederorientierten Ansatz, bei dem die Ortsverbände (*Locals*) eine zentrale Rolle spielen. Diese führen Hausbesuche durch, informieren vor den Call-Centern und bauen Aktivengruppen (*Worker Committees*) auf. Obgleich der Organisierungserfolg bisher verhalten ist, investiert CWA ihre personellen und materiellen Ressourcen nicht in einen Ausbau der Organizing-Aktivitäten. Stattdessen verfolgt sie eine Boomerang-Strategie (Keck/Sikkink 1998) und mobilisiert externen Druck im Rahmen der internationalen Kampagne *We expect better*.

In der Druckkampagne arbeitet CWA eng mit ver.di zusammen. Wöchentliche Telefonate, persönliche Treffen sowie die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten prägen den Kampag-

SARAH BORMANN ist Politikwissenschaftlerin, Gewerkschaftsforscherin und Redaktionsmitglied der *LuXemburg*. Sie war viele Jahre bei WEED Projektleiterin im Arbeitsbereich Corporate Accountability und hat dort u.a. Kampagnen zu Arbeitsbedingungen in der IT-Industrie betreut. Derzeit schreibt sie an ihrer – von der Hans-Böckler-Stiftung finanziell unterstützten – Dissertation zum Thema grenzüberschreitende Gewerkschaftskooperationen im Rahmen von Kampagnen. Sie fragt darin nach dem Verhältnis von Interessenlage, Solidarität, Gewerkschaftsidentität und strategischen Kapazitäten.

nenalltag. Zusätzliche Unterstützung erfahren sie dabei von der globalen Branchengewerkschaft UNI *Global Union*, dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) sowie den nationalen Dachverbänden AFL-CIO und DGB. Gemeinsames Ziel ist es, das deutsche Management zur Einmischung zu bewegen. Dieses soll das gewerkschaftsfeindliche Gebaren in den USA unterbinden, T-Mobile US zu einem neutralen Verhalten gegenüber der Gewerkschaft verpflichten, ihr Zugang zu den Betrieben gewähren und sie anerkennen, sobald die Mehrheit der Beschäftigten im Betrieb eine Beitrittserklärung unterzeichnet hat. Drei Handlungsansätze werden verfolgt, um Einfluss auf das Management in Deutschland zu gewinnen:

Der erste Ansatz zielt darauf, die institutionelle Macht von ver.di zu mobilisieren. Im Rahmen der bestehenden deutschen Mitbestimmungsstrukturen wie z.B. Aufsichtsratssitzungen greift ver.di den Konflikt in den USA auf. Außerdem nutzt ver.di unterschiedliche Kanäle, um dem Management – auch von Seiten des IGB und UNI – immer wieder Gesprächsangebote zu unterbreiten. Noch 2011 gingen die beteiligten Gewerkschaften von einem relativ schnellen Erfolg der Kampagne aus. Bislang konnten sie jedoch der Unternehmensleitung keinerlei Zugeständnisse abringen. Zwar verfügt ver.di aufgrund seiner relativ starken institutionellen Macht in Deutschland im Vergleich mit CWA oder UNI über eine privilegierte Position in der Gewerkschaftshierarchie[1], faktisch bieten die national verhafteten institutionellen Machtressourcen auf der internationalen Ebene aber lediglich eine Möglichkeitsstruktur. Um die Unternehmensleitung zu bestimmten Handlungen zwingen zu können, bedarf es weiterer strategischer Druckmomente. Aus diesem Grund verfolgen die beiden Gewerkschaften einen zweiten Handlungsansatz, nämlich den Aufbau von öffentlichem und politischem Druck auf den Konzern: Seit 2009 handelt es sich dabei in den USA um eine den Organisierungsprozess begleitende koordinierte Druckkampagne, die verstärkt seit Anfang 2012 auf internationaler Ebene und insbesondere in Deutschland an Bedeutung gewinnt. Es fanden Unterschriften-Sammlungen statt, die Gewerkschaften publizierten öffentliche Briefe prominenter PolitikerInnen und organisierten Protestaktionen bei Veranstaltungen, an denen die Telekom beteiligt ist, so etwa auf der Internationalen Funkausstellung 2012 und der Langen Nacht der Startups 2013. Diese Aktivitäten zielen auf eine potenzielle Einmischung der deutschen Bundesregierung als größtem Anteilseigner des Konzerns sowie die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und damit letztendlich auch der KundInnen der DTAG. Neben der Mobilisierung von externem Druck trägt ver.di seit 2012 den Konflikt außerdem verstärkt in die Betriebe hinein. Betriebsräte und die Beschäftigten waren zwar von Beginn an über die Auseinandersetzung in den USA informiert worden, im Rahmen dieses dritten Handlungsansatzes werden sie nun auch aktiv in die Kampagne eingebunden. Ver.di und CWA haben zu diesem Zweck betriebliche Partnerschaften aufgebaut, die die Grundlage für ein solidarisches Handeln auf betrieblicher Ebene bilden. Im August 2013 nahmen beispielsweise mehrere tausend Beschäftigte an 20 Standorten der DTAG an einem Aktionstag teil und forderten die Wiedereinstellung eines von T-Mobile US entlassenen Gewerkschafters.

Auch wenn es undenkbar scheint, dass ver.di und die Betriebsräte zu einem Boykott aufrufen oder gar Arbeitskampfmaßnahmen ergreifen, nutzen sie nicht nur die institutionalisierten Wege der Mitbestimmung, sondern zeigen sich im Vergleich mit anderen grenzüberschreitenden Kampagnen relativ konfliktbereit – sowohl auf betrieblicher Ebene als auch im öffentlichen Raum.

BEDINGUNGEN GRENZÜBERSCHREITENDER UNTERSTÜTZUNG

Das vergleichsweise starke Engagement von ver.di und den Telekom-Betriebsräten im Rahmen der Kampagne ist keineswegs selbstverständlich. Nicht nur agieren ver.di und CWA in sehr unterschiedlichen Systemen der Arbeitsbeziehungen, auch eine gemeinsame Interessenlage der beiden Gewerkschaften ist kaum ersichtlich. Das Framing der Kampagne zielt vielmehr auf die Skandalisierung der zweierlei Standards der DTAG und stellt dem gewerkschaftsfeindlichen Verhalten des Mobilfunkanbieters in den USA eine funktionierende Sozialpartnerschaft in Deutschland gegenüber. Wie ist dennoch der relativ hohe Einsatz von ver.di und den Betriebsräten der DTAG zu erklären? Verschiedene Momente spielen hier eine Rolle:

BERUFSETHOS UND ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG

Die unterschiedlichen Systeme der Arbeitsbeziehungen werden häufig als Hürde grenzüberschreitender Kooperationen genannt – darin jedoch m.E. oft überbewertet, wie die T-Mobile-Kampagne zeigt. Die Verlagerung in der Kampagnenstrategie von Dialogorientierung hin zu stärkerer Konfliktorientierung zeigt, dass Gewerkschaften den scheinbar vorgegebenen Pfad auch verlassen können und durchaus in der Lage sind, Handlungsspielräume zu erkennen und eine strategische Wahl zu treffen. Die Bereitschaft, neue Wege zu beschreiten, besteht auch auf Seiten der deutschen Betriebsräte. Sie zeigen sich sichtlich empört über das Verhalten des Konzerns in den USA. Ihre Motivation, die Kampagne im Rahmen der betrieblichen Partnerschaften zu unterstützen, hängt eng mit ihrem eigenen Berufsethos zusammen, das im diametralen Gegensatz zur zunehmenden Kapitalmarktorientierung des Konzerns steht. Sie identifizieren sich in hohem Maße mit ihrem Job und fühlen sich entsprechend für das Verhalten des Konzerns in gewisser Weise mit verantwortlich. Gleichzeitig wächst eine kritische Distanz zum Management und zu dessen Politik, so dass sie – wie durch die Kampagne deutlich wird – den Konflikt mit dem Management bis zu einem gewissen Grad nicht scheuen.

QUALITÄT DER PARTNERSCHAFT

Inwiefern ver.di und die Betriebsräte der DTAG sich bereit zeigen, im Rahmen der Kampagne auch konfliktorientierte Taktiken zu verfolgen und ihre Ressourcen zu mobilisieren, hängt des Weiteren davon ab, wie sie in die Kampagne eingebunden sind und wie unterschiedliche Positionen im Rahmen der Governancestruktur der Kampagne verhandelt werden. Im Vergleich mit anderen Kampagnen, die auf Ad-hoc-Kooperationen setzen, weist die CWA-Führung eine solche Form der »Telefonanrufsolidarität« (Greven/Schwetz 2011) deutlich zurück und setzt stattdessen auf die intensive partnerschaft-

liche Einbindung von ver.di. Diese Partnerschaft hat eine lange Geschichte, erste Kontakte gehen bereits auf die Zeit der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in den 1990er Jahren zurück, als den Befürwortern einer Kommerzialisierung der Deutschen Bundespost die Zerschlagung des US-amerikanischen *Bell-Systems* als Vorbild galt (vgl. Lüthje 1989). Mit dem Eintritt der DTAG auf den US-amerikanischen Markt intensivierte sich die Kooperation und als ver.di Mitte 2000 Verhandlungen zu einem *Global Framework Agreement* (GFA) mit dem Management aufnahm, bezog sie die US-Gewerkschaft in die Gespräche mit ein.

Ver.di machte die Lösung des Konflikts in den USA zum Gegenstand der Verhandlungen und riskierte damit, was dann tatsächlich eintrat: nämlich dass die Unternehmensleitung die Verhandlungen abbrach. Wie ver.di verfolgt auch CWA keine Alleingänge, so obliegt die Kampagnenführung beiden Gewerkschaften und wird im Rahmen eines Leitungskomitees aller beteiligten Gewerkschaften koordiniert. CWA pflegt diese Partnerschaft, wozu nicht nur ein hoher Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen gehört, sondern auch, dass sie die bestehende Gewerkschaftshierarchie aufgrund des unterschiedlichen Zugangs zu Machtressourcen nicht in Frage stellt. Im Gegensatz zu anderen Kampagnen behält ver.di die volle Kontrolle über die Kampagnenaktivitäten in Deutschland und hat folglich keinen Autonomieverlust zu befürchten.

Diese besondere Partnerschaft hat allerdings nicht nur positive Seiten: Beispielsweise hat sich CWA in ein deutliches Abhängigkeitsverhältnis hineinbegeben, indem sie von Beginn an einen starken Fokus auf das deutsche Management sowie den Einfluss von ver.di gelegt hat. Sie ist einseitig auf die Unterstützung von ver.di angewiesen. Dieses Ungleichgewicht beeinträchtigt die Konfliktfähigkeit der CWA-Führung in der Kampagne, was teilweise negative Auswirkungen auf die praktische Umsetzung einer eskalierenden Kampagnendramaturgie hat. Abstimmungsprozesse sind aufwendig und die mobilisierten Ressourcen können nicht immer effizient im Sinne eines strategischen Feldzugs gegen den Gegner verwendet werden.

GEMEINSAME BETROFFENHEIT

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der sich auf das Commitment von Gewerkschaften in grenzüberschreitenden Kooperationen auswirkt, ist die Frage, ob eine gemeinsame Betroffenheit in der Gegnerschaft zum Konzern besteht. Der Idealfall ist freilich ein gemeinsames Thema, bei dem alle Beteiligten von einem grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch sowie gemeinsamen Aktivitäten profitieren, ohne in Konkurrenz zueinander zu stehen. Dies kann der Fall sein, wenn Beschäftigte an unterschiedlichen Standorten von einem regionalen oder gar weltweiten Restrukturierungsprogramm betroffen sind, das nicht unmittelbar mit dem Abbau von Standortkapazitäten einhergeht.
Im Fall der T-Mobile-Kampagne besteht keine gemeinsame Betroffenheit. Einerseits vereinfacht dies die Kooperation, andererseits fehlt ein gemeinsames Anliegen und ein übergeordnetes Kampagnenziel. Die Telekom-Kampagne belegt allerdings, dass Interessenidentität keine zwingende Bedingung für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist. Entscheidend ist vielmehr, dass die Interessenlagen nicht

oben: an untrained eye/flickr
unten: NoHo-Damon/flickr



in Konkurrenz zueinander stehen und die Kampagne für beide Seiten funktional ist.

Das primäre Kampagnenziel ist klar die Organisierung der Beschäftigten bei T-Mobile US und nicht die Stärkung von Organisationsmacht im transnationalen Dienstleistungsnetzwerk DTAG. Entsprechend appelliert CWA an eine inklusive, grenzüberschreitende Solidarität, ver.di verteidigt aber gleichzeitig die eigenen Call-Center-Jobs gegen das *Offshoring* nach Mittelamerika und auf die Philippinen. Ver.di wiederum hat mit der Internationalisierung des Konzerns infolge der Privatisierung und Liberalisierung der Fernmeldemonopole

auf die Gestaltung eines zunehmend bedeutenden Geschäftsbereichs Einfluss verloren. Hinsichtlich ihres Engagements im Europäischen Betriebsrat sowie des Versuchs, ein GFA zu verhandeln, verfolgt ver.di im Rahmen der Kampagne zwei Ziele: Zum einen geht es ihr darum, Arbeitsstandards weltweit anzugleichen, zum anderen verfolgt sie das Organisationsinteresse, die eigene Position in der Gewerkschaftshierarchie zu zementieren und sich gegenüber dem Management als Gesprächspartner für internationale Angelegenheiten zu etablieren. Da CWA diese Gewerkschaftshierarchie nicht in Frage stellt, funktioniert das Arrangement, die Interessen sind nicht identisch, stehen sich jedoch auch nicht entgegen.

VERHÄLTNIS INTERNATIONALE UND LOKALE EBENE

Das Verhältnis von Organisierungs- und Druckkampagne – also die Strategien auf lokaler im Verhältnis zur internationalen Ebene – lässt sich auch in seiner räumlichen Dimension problematisieren. Das beschriebene Abhängigkeitsverhältnis wirkt sich nämlich nicht nur auf die Konfliktfähigkeit von CWA aus, sondern wird zum Teil dadurch verstärkt, dass es eine Tendenz gibt, die lokale Organisierungskampagne der Logik der internationalen Druckkampagne unterzuordnen. Dies kann anhand von zwei Problemfeldern veranschaulicht werden: Erstens, die betriebliche Herrschaft in den Call-Centern von T-Mobile US basiert auf Angst. Diese Angst zu überwinden und gewerkschaftliche Organisierung als konkrete Handlungsperspektive anzubieten, ist eine der größten Herausforderungen, mit denen sich CWA-Organizer konfrontiert sehen. Der Logik der internationalen Druckkampagne folgend treten die gewerkschaftlich aktiven Beschäftigten oft relativ frühzeitig öffentlich auf und verlieren damit den Schutz der Anonymität. Auch die Möglichkeit, im persönlichen Gespräch Kontakte zu KollegInnen aufzubauen und die Organisierung voranzutreiben, wird dadurch erschwert, denn oftmals reagiert die Unternehmensleitung auf *Outings* damit, dass sie die AktivistInnen diskreditiert und isoliert. Was also für die lokale Organisierungskampagne dysfunktional ist, entspricht der Logik der internationalen Druckkampagne, die darauf basiert, konkrete Erzählungen und Gesichter zu präsentieren. Zweitens, der mitgliederorientierte Organizing-Ansatz von CWA basiert auf der aktiven Einbindung der *Locals* und ihrer ehrenamtlichen Mitglieder. Auf die Strategie der Druckkampagne, die auf das deutsche Management fokussiert, haben sie allerdings weder Einfluss noch können sie diese Strategie bewerten. Dies erschwert es, ihre Unterstützung zu mobilisieren. An den Beispielen wird deutlich, dass es – trotz insgesamt guten Zusammenspiels – eine gewisse Entkopplung der lokalen Ebene von der nationalen und internationalen Ebene gibt. Es entstehen Spannungsverhältnisse, die sich vor allem nachteilig auf die lokale Organisierungskampagne auswirken und damit die einseitige Abhängigkeit der US-Gewerkschaft von ver.di noch verstärken. Internationale Kampagnen sind folglich nicht nur höchst voraussetzungsreich, weil sie trotz bestehender Hürden grenzüberschreitende Unterstützung mobilisieren, sondern auch weil die schwierige Balance zwischen den unterschiedlichen räumlichen Ebenen und ihren Handlungslogiken austariert werden muss.

GRENZÜBERSCHREITENDE ARBEITERSOLIDARITÄT

In der Literatur wird der Begriff Solidarität oftmals synonym für jegliche Formen grenzüberschreitenden Handelns sowie grenzüberschreitender Gewerkschaftskooperationen verwendet. Das hier diskutierte Beispiel zeigt allerdings, dass gelungene Kooperationen nicht auf Solidarität basieren müssen. Sie können auch das Ergebnis unterschiedlicher Interessenlagen sein, solange dies für beide Seiten funktional ist. Solidarität, die auf einer gemeinsamen Klassenlage sowie auf Gemeinschaftsempfinden basiert, ist hingegen sowohl von einem unmittelbaren Eigeninteresse als auch einem rein altruistisch motivierten Handeln abzugrenzen. In der Gewerkschaftsbewegung im globalen Norden hat sich allerdings über die letzten Dekaden ein verschrobener Begriff grenzüberschreitender Solidarität etabliert. Während Solidarität auf nationaler Ebene sehr wohl als kollektives Handeln verstanden wird, um Konkurrenz zwischen abhängig Beschäftigten zu reduzieren, wird grenzüberschreitende Solidarität keineswegs als ein *Upscaling* dessen definiert. Sie ist nicht einfach eine inklusivere Form, sondern wird als eine Art der Entwicklungshilfe verstanden, deren Grundlage die eigene Position der Stärke ist. Letztendlich ist dies aber genau ihre Schwäche, denn welche Gewerkschaft kann sich heute noch diese Art grenzüberschreitender Solidarität leisten? Infolge schwindender Mitgliederzahlen haben die deutschen Gewerkschaften entsprechend ihre internationalen Abteilungen stark gekürzt oder gar abgeschafft, ohne internationale Gewerkschaftsarbeit in den Fachbereichen oder auf betrieblicher Ebene zu stärken. Für eine Neubestimmung des Begriffs der Solidarität ist vor diesem Hintergrund eine starke Wertorientierung fraglich. Muss Solidarität dann nicht zwangsläufig appellativ bleiben? Besteht nicht vielmehr eine zentrale Herausforderung darin auszuloten, wie grenzüberschreitende Solidarität für eine gewerkschaftliche Erneuerung im Bezug auf die Organisierung neuer Bereiche genutzt werden kann? Das Beispiel T-Mobile ist interessant, weil in der Kampagne zunächst die Herstellung von Solidarität auf betrieblicher Ebene vernachlässigt wurde. Erst als sich zunehmend zeigte, dass die institutionellen Machtressourcen nur bedingt greifen, begann die Gewerkschaftsführung betriebliche Partnerschaften aufzubauen und begannen die Beschäftigten sich über Gemeinsamkeiten und gemeinsame Bedrohungsszenarien zu verständigen. Daraus entsteht Solidarität auf betrieblicher Ebene zwischen den Beschäftigten.

LITERATUR

Greven, Thomas und Wilfried Schwetz, 2011: Neue Instrumente für Gewerkschaften. Die transnationalen strategischen Kampagnen der United Steelworkers of America gegen die Continental AG, in: Gerlach, Frank et al. (Hg.): *Solidarität über Grenzen. Gewerkschaften vor neuer Standortkonkurrenz,* Berlin

Keck, Margaret E. und Kathryn Sikkink, 1998: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics,* Ithaca/NY

Lüthje, Boy, 1989: Neuordnung der Telekommunikation in den USA – Auswirkungen auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften, in: *WSI-Mitteilungen 2*, 71–79

1 Zwischen Gewerkschaften innerhalb eines transnationalen Unternehmens bzw. Unternehmensnetzwerks besteht oftmals ein hierarchisches Verhältnis, das Ausdruck unterschiedlicher Macht und Einflussmöglichkeiten ist. Dies ist davon beeinflusst, wie etabliert die beteiligten Gewerkschaften sind, über welche Möglichkeiten sie aufgrund nationaler Arbeitsbeziehungen verfügen, sowie von der ökonomischen Stellung im Unternehmen bzw. Unternehmensnetzwerk – sprich ob sie Lohnabhängige am Stammsitz oder zum Beispiel in einem entfernten Zulieferunternehmen vertreten.


ENGAÑA, ESTAFA
ENGAÑA, ESTAFA
ENGAÑA, ESTAFA


STOP
DESAHUCIOS
STOP

ORIANA ELIÇABE GESICHTER DER KRISE

Am 12. Juli 2012 organisieren AktivistInnen der Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH) in Barcelona eine symbolische Besetzung der örtlichen Barclays-Bank und bringen an der Fassade riesige Portraitbilder an. Es sind Bilder der Familie Luis, deren Zwangsräumung für die nächsten Tage angekündigt ist, weil sie ihren Hypothekenkredit nicht mehr bedienen kann. Ihre Wohnung geht damit in den Besitz der Bank. Die Familie Luis ist selbst an der Aktion beteiligt, ihre Bilder geben den Hunderttausenden von Zwangsgeräumten in Spanien stellvertretend ein Gesicht. Die PAH ist 2009 im Zuge der Immobilienkrise als Selbstorganisierung von Hypothekenbetroffenen entstanden (vgl. Ruíz in *LuXemburg* 1/2013, 122ff). Sie berät in Fragen der Schuldentilgungen und gewährt Betroffenen Unterstützung bei der Wiederbesetzung enteigneter Wohnungen. Heute ist sie über lokale und regionale Zusammenschlüsse in ganz Spanien vertreten, mischt auch in der Bewegung 15M mit und bildet in Spanien eine Art Rückgrat der Organisierung gegen die hegemoniale Krisenpolitik und für einen neuen gesellschaftlichen Block.





VERHANDELTE SOLIDARITÄT

ZUM ZUSAMMENHANG VON BETRIEBLICHEM CO-MANAGEMENT, KONFLIKTORIENTIERUNG UND INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSARBEIT

NINA KNIRSCH

Seit dem Entstehen der Arbeiterbewegung war der Versuch, ihre internationale Organisationsmacht zu stärken, nicht nur ein Versuch, Konkurrenz zu mindern. Es ging auch um weltumspannende gesellschaftliche Veränderung des Systems – vor allem marxistische Strömungen knüpften diese Hoffnung an die Organisation internationaler Arbeitersolidarität. Die Praxis gewerkschaftlicher Funktionsträger war so von Beginn an ein Politikum, und dieser transformative gesellschaftliche Auftrag wird von vielen linken (Gewerkschafts)-AktivistInnen bis heute als Maßstab an die betriebliche Praxis angelegt. Der politische Gehalt des Arbeiterinternationalismus – »Proletarier aller Länder vereinigt euch!« – führte früh zu Kritik an einer gewerkschaftlichen Praxis, die sich nicht nur nationalistisch, sondern vor allem an vermeintlich ökonomistischen Zielen ausrichtete. Laut Friedrich Engels waren es die exklusiven *Craft Unions* der englischen Maschinenschlosser, Zimmerleute, Schreiner und Bauarbeiter, die zum Ende des 19. Jahrhunderts eine »verbürgerlichte« Schicht

der »Aristokratie in der Arbeiterklasse« (Engels 1892) hervorbrachten. Zu dieser zählte er die organisierten Teile der Arbeiterklasse, die in der Lage waren, Konkurrenz zu unterbinden sowie höhere Löhne und sichere Beschäftigungsverhältnisse zu erzwingen. Nach Engels bildeten sie die Grundlage eines wachsenden Konservatismus in der britischen Arbeiterbewegung. Lenin übernahm den Begriff für seine Polemik gegen reformistische Tendenzen, deren Ursache er vor allem im Opportunismus der Arbeiterfunktionäre sah. Heute beziehen sich viele KritikerInnen auf diese Diskussion, wenn sie die Korrumpiertheit von GewerkschaftsfunktionärInnen und deren ›Verrat‹ an der Basis kritisieren. Die Machtakkumulation in der Gewerkschaftsbürokratie führe dazu, dass institutionelle FunktionsträgerInnen die betrieblichen und gewerkschaftlichen BasisaktivistInnen von realen Entscheidungsprozessen fernhielten, folglich jede Form der Selbstorganisation unterdrückten. Auch dies ist Teil der ›Verrats-These‹.

ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND KONKURRENZ

Die dichotome Vorstellung von den ›guten‹ BasisaktivistInnen und den ›bösen‹ GewerkschaftsbürokratInnen (oder auch selbstherrlichen BetriebsrätInnen) entspricht nicht den gegebenen politisch-ökonomischen Handlungsspielräumen und der widersprüchlichen Funktion von Gewerkschaften unter kapitalistischen Verhältnissen. In Arbeitskonflikten stehen die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und die Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund. Dabei sind die erreichten Verhandlungsergebnisse nie uneingeschränkte Erfolgsgeschichten; sie sind genauso widersprüchlich wie die Funktion der Gewerkschaften selbst: Sie sind Vermittlungsinstanz zwischen Arbeit und Kapital, bewegen sich zwischen Ordnungsfunktion und Gegenmacht sowie Solidarität und Konkurrenz. Den ausgehandelten Kompromiss müssen sie unter Umständen gegen Teilinteressen der eigenen Mitglieder durchsetzen. Dies kann jedoch nicht als Verrat gefasst oder mit moralischer Verdorbenheit einzelner Akteure begründet werden – selbst wenn der Inhalt des Kompromisses umstritten ist.

Arbeitermacht wird nach der Vorstellung von getrennter Arbeiteraristokratie und Basis häufig mit basisdemokratischer Organisierung und lang anhaltend hoher Konfliktfähigkeit der Lohnabhängigen gleichgesetzt. Arbeitersolidarität werde entsprechend nur dort lebendig, wo sich die jeweiligen Belegschaften kämpferisch organisierten, beispielsweise in Form koordinierter Aktionen, der Unterstützung einer Belegschaft durch Solidaritätsstreiks, Arbeitsniederlegungen oder gegenseitigen Streikposten. Das Co-Management von BetriebsrätInnen gilt in klassenpolitischen Diskussionen oft als ausgeprägte Form der

NINA KNIRSCH ist Politikwissenschaftlerin und hat sich viel mit Betriebskämpfen beschäftigt, etwa beim spektakulären Strike Bike in Nordhausen oder dem wilden Streik bei Opel im Jahr 2004. Seit 2006 engagiert sie sich im Arbeitskreis Internationalismus (AKI) der IG Metall Berlin. Ihre Promotionsschrift zu gewerkschaftlicher Kooperation und Standortkonkurrenz am Beispiel Europäischer Betriebsräte in der Automobilindustrie erscheint 2014 im Westfälischen Dampfboot.



alle Bilder in diesem Text: »Gesichter der Krise«, Oriana Eliçabe/flickr

Stellvertreterpolitik, bei der die Belegschaft als ›Stimmvieh‹ zu ausgewählten Anlässen mobilisiert werde, sie steht im Verdacht des ›Arbeiterverrats‹. Konflikte würden inszeniert, statt die Interessen der Belegschaft aufzugreifen. Dass es nicht zu länderübergreifenden Solidaritätsstreiks kommt, wird auf eine Politik der Stellvertretung zurückgeführt, die mit ihrer standortbornierten Politik die Betriebsgemeinschaft nicht richtig vertrete.

Diese Kritik greift sensible und häufig diskutierte Kritikpunkte an der Stellvertreterpolitik auf: das Verhältnis von Gewerkschafts- und Betriebsratsapparat zur Basis. Die Vorstellung, internationale Solidarität stelle sich nur über gemeinsam koordinierte militante Aktionen her, ist jedoch ein Kurzschluss. Die institutionelle Arbeitermacht, die zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen beiträgt, wird vorschnell diskreditiert. Weil die Unternehmensstandorte zugenommen haben, die Produktion ausgelagert und die Wertschöpfungsketten internationalisiert wurden, hat die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen in den westlichen Industriestaaten zugenommen. ›Standortpoker‹ ist ein Instrument in den permanenten Umstrukturierungen der Unternehmen. Wie die Methoden zur Rationalisierung und Kostensenkung kann er sich gegen jede Belegschaft richten. Wie steht es nun mit dem Alltagsgeschäft von Betriebsräten, die diesem Standortpoker des Unternehmensvorstands kollektive Gegenmacht entgegensetzen wollen? Ist hohe Konfliktorientierung und standortübergreifende Arbeiterunruhe ein Ausdruck von (besonderer) Arbeitersolidarität? Und ist



sie ein Ausdruck von Stärke der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb? Ist betriebliches Co-Management von Betriebsräten, ihre sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen mit der Geschäftsführung ›hinter dem Rücken‹ der Belegschaft wirklich das größte Hindernis standort- und länderübergreifender Solidarität?

HANDLUNGSSPIELRÄUME EUROPÄISCHER BETRIEBSRÄTE

Meine Thesen: In der Praxis Europäischer Betriebsräte finden sich Beispiele, wie auf der Ebene der Stellvertreter solidarische länderübergreifende Kooperation verhandelt wird. Betriebliches Co-Management schließt gewerkschaftliche Solidarität nicht aus, sondern kann (in prosperierenden Unternehmen) zu einer langfristigen Kooperation und gegenseitigen Unterstützung von Belegschaften an verschiedenen Standorten in einem Konzern führen. Co-Management ist nicht automatisch ein harmonistischer, unternehmensfreundlicher Betriebspakt zwischen Betriebsräten und Management. Die Praxis des »transnationalen Co-Managements« (Hürtgen 2008) beruht auch auf Konfliktfähigkeit und der realen Möglichkeit, Konflikte offen auszutragen. Die vorhandenen Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital werden in den Aufsichtsräten nicht außer Kraft gesetzt; die unternehmerische Verfügungsgewalt und die internen Spielregeln begrenzen eine transparente Informationspolitik und machen eine umfassende Einbindung der Belegschaften in die Verhandlungen vielfach unmöglich. Co-Management ist kein einseitiger Erfolg für



die deutschen Belegschaften und ihre VertreterInnen im Aufsichtsrat – die nichtdeutschen Betriebsräte im Europäischen Betriebsrat (EBR) haben ein vitales Interesse an den Vorzügen, die ihnen der Einfluss deutscher Betriebsräte über den Aufsichtsrat bringt.

Welche Handlungsspielräume gibt es also für Betriebsräte in transnationalen Unternehmen? Die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Solidarität im EBR sind durch die ökonomischen Rahmenbedingungen stark begrenzt – Betriebsräte handeln nicht autonom. Dies gilt umso mehr für Aufsichtsratsdelegierte, die als Co-Manager eben keine unternehmerische Verfügungsgewalt haben. Die massive Standortkonkurrenz kann von Seiten der Beschäftigten nicht aufgehoben, aber mit gewerkschaftlicher Kraft entschärft werden. Diese verhandelte Solidarität ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten mitunter ein wenig ruhmreiches Geschäft, das defensiv und ausschließend sein kann.

DAS BEISPIEL VW

Der Volkswagen-Konzern eignet sich hier als Beispiel, weil die Mitbestimmungspraxis eine große Nähe zwischen Arbeit und Kapital zulässt. Im Jahr 2006 wird der Betriebsrat des VW-Standorts Wolfsburg von der Konzernleitung unter Druck gesetzt, in Ergänzung zum bestehenden Tarifvertrag einer Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen. Der Betriebsrat macht seine Zustimmung von einer Beschäftigungsgarantie für die eigene Kernbelegschaft abhängig, die durch eine Erhöhung der Produktionskapazitäten erreicht werden soll. Dafür nimmt er in Kauf, dass ein anderer Konzernstandort die Produktion verliert, in diesem Fall der Standort in Belgien. Dessen Zukunft ist plötzlich ungewiss und die Belegschaft sieht von einem Tag auf den anderen ihre Arbeitsplätze in Gefahr. Die Brüsseler Belegschaft besetzt das Werk. Die Wut richtet sich nicht nur gegen den Konzern, sondern auch gegen die deutschen Betriebsräte und die IG Metall. Was nutzt der seit den 1970er Jahren bestehende Austausch zwischen den Betriebsräten der Konzernstandorte? Was nutzt der EBR mit über 15 Jahren Bestand, wenn – wie in diesem

Fall – der Betriebsrat am Konzernstandort nur den eigenen Vorteil zu suchen scheint?

Dem Konflikt war einiges vorausgegangen: 2004 wechselte nach der Bestechungsaffäre die Betriebsratsspitze, und mit einem Radikalsanierer als neuem Markenvorstand änderte sich das bisher harmonische Verhandlungsklima zwischen Betriebsratsspitze und Management: Der Markenvorstand drohte mit radikaler Kostensenkung und erpresserisch mit Auslagerung und Standortschließung. Dies richtete sich gegen europäische und mehrere deutsche VW-Standorte, die insgesamt 20 000 Arbeitsplätze abzubauen hatten. Ziel des Wolfsburger Betriebsrats war Beschäftigungssicherung – und zwar entsprechend seines Mandats zuerst für die Stammbelegschaft. Im Aufsichtsrat wurde außerdem vereinbart, dass eine Produktionsverlagerung nicht zum Nachteil eines anderen Konzernstandorts vollzogen werden dürfe (vgl. zu ähnlichen Diskussionen bei GM/Opel Sablowski in *LuXemburg* 1/2013, 40ff).

Hier zeigen sich die Grenzen standortübergreifender Interessenvertretung:

Bürgerliches Recht schützt die unternehmerische Verfügungsgewalt. Die genannte Vereinbarung ist von Betriebsrats- und Gewerkschaftsseite nicht einklagbar. Würde der EBR gegen die Geschäftsleitung vor Gericht ziehen, weil er über geplante Produktionsänderungen nicht informiert wurde, wäre die Geschäftsentscheidung als solche nicht tangiert.

Die Erwartungen an die BetriebsrätInnen und GewerkschaftssekretärInnen im Aufsichtsrat sind besonders hoch, weil sie direkten Zugang zur Konzernleitung haben und frühzeitig vertrauliche Informationen



erhalten können. Im Fall des Brüsseler VW-Werks warnte die deutsche Betriebsratsspitze ihre belgischen KollegInnen nicht vor der Produktionsverlagerung. Mangelnde Transparenz in der Informationspolitik ist aber nicht einfach dem standortbornierten Herzen deutscher Co-Manager geschuldet, sondern sie ist ein wesentliches Element deutscher Mitbestimmungskultur. BetriebsrätInnen machen sich angreifbar, wenn sie für Verhandlungen auf Aufsichtsratsebene geltende Spielregeln

verletzen. Sie sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, selbst wenn das Betriebsverfassungsgesetz hier Interpretationsspielraum lässt. Der Einfluss von Betriebsräten auf Unternehmensentscheidungen ist sehr begrenzt.

Stellvertreterpolitik kommt nicht ohne Zustimmung der Basis aus. Die Proteste in Belgien sowie das Engagement deutscher GewerkschafterInnen erhöhten den Druck und drängten auf korporatistische Lösungen. Der AK Intersoli des IG Metall-Ortsvorstands in Wolfsburg organisierte einen kurzfristigen Besuch bei den Brüsseler KollegInnen; zurück an deutschen Standorten machte er Brüssel zum Thema auf den Betriebsversammlungen. Doch alles in allem überließ die Mehrheit der VW-Beschäftigten die Verhandlungsführung ihren gewählten Interessenvertretern. So wurde die von der Konzernleitung geduldete Besetzung des Brüsseler Werks zwar von zwei- bis dreihundert Leuten einen Monat lang aufrechterhalten, der Großteil der 5 000 Beschäftigten blieb jedoch fern und suchte nach individuellen Lösungen.

Nach zwei Wochen gab die Konzernleitung an, das Werk in Brüssel unter der Tochtergesellschaft Audi weiter betreiben zu wollen, um den Preis von 3 400 Kündigungen und der Rücknahme der dort geltenden 35-Stunden-Woche. Im EBR wurde die Brüsseler Belegschaft mit einer Erklärung an den Konzernvorstand unterstützt; er wurde aufgefordert, die Restrukturierungspläne für alle europäischen Standorte offenzulegen. Zusätzlich wurde im EBR um einen neuen Lastenausgleich verhandelt. Die Zuteilung einer neuen Fertigungslinie für Brüssel musste im konzerninternen Standortwettbewerb zu einem Kapazitätsverlust anderer europäischer VW-Standorte führen. Am wenigsten schmerzhaft schien es, die Standorte heranzuziehen, die eine hohe Leiharbeiterquote hatten, um deren Kernbelegschaften zu schützen. Am stärksten traf es das VW-Werk in Bratislava (Slowakei). Da der Leiharbeiteranteil hoch war und die Modelle mit denen des Brüsseler Werks kompatibel, bot es sich für Kürzungen an. Für die slowakischen LeiharbeiterInnen war das ein herber Schlag. Es gab zu dem eingeschlagenen Kurs jedoch kaum eine handlungsmächtige Alternative. Allein die Stammbelegschaft ist vertraglich, d.h. rechtsverbindlich geschützt. Leiharbeiter fallen nicht nur aus dem gesetzlichen Kündigungsschutz heraus, sie kommen für betriebsbedingte Kündigungen auch deshalb als erste in Frage, weil weder ein Sozialplan verhandelt noch Abfindungen gezahlt werden müssen (vgl. Holst et al. 2009, 23). Dies macht den Einsatz von Leiharbeit für Unternehmen so attraktiv. Betriebsräte haben kaum eine andere Wahl, als die LeiharbeiterInnen über die Klinge springen zu lassen. Gleichzeitig nutzen sie an den einzelnen VW-Standorten ihre über die IG Metall unterstützten Handlungsspielräume, um den Status von LeiharbeiterInnen insgesamt zu verbessern bzw. sie in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu heben.

FAZIT

Gewerkschaftliche Stellvertreterpolitik steht im Gegensatz zu einem auf basisdemokratischen Vorstellungen beruhenden gewerkschaftspolitischen Ansatz; es geht um Fragen der demokratischen Legitimierung und Transparenz von Informations- und Entscheidungsprozessen,

die die Belegschaften betreffen. Dabei wirkt nicht nur das betriebliche Herrschaftsverhältnis ›von oben‹, in dem das Kapital zur besseren Kontrolle ein System der Stellvertreter verlangt. Auch für die Beschäftigten ist es häufig schwierig, sich parallel zur Schichtarbeit an basisdemokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen (vgl. Arps 2011, 226).

Die solidarische Unterstützung im EBR, des AK Intersoli und die Proteste am belgischen Standort waren für die Rettung des Brüsseler Betriebes wesentlich. Obwohl die Betriebsrettung stark auf den korporatistischen Verhandlungen am deutschen wie am belgischen Standort beruhte, blieb der mobilisierte Protest und Konflikt nicht folgenlos. Auch eine korporatistisch-kooperative Unternehmenskultur beruht auf Konflikt und der Aushandlung von Interessengegensätzen. Auch gewerkschaftlich verhandelte Solidarität in einem ›mitbestimmten‹ EBR verläuft nicht ohne Widersprüche. Offensive Formen des Arbeitskampfes können Druckmittel sein, sie bieten oft überhaupt erst die Gelegenheit, dass die Beschäftigten verschiedener Betriebe sich kennenlernen und austauschen. Das bedeutet aber nicht, dass es mehr Arbeitersolidarität gibt. Auch eine Betriebsbesetzung ist für sich genommen noch keine Aussage über die Kampfstärke und -bereitschaft der Belegschaft. Wenn die institutionelle Arbeitermacht stark ist und sich Beschäftigungssicherung für die Mehrzahl der Mitglieder noch auszahlt, bleiben Ermahnungen, doch solidarischer zu sein, appelativ.

Es ist unbestritten, dass gewerkschaftliche Solidarität mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung eine vorwiegend defensive Praxis ist. Aber das ambivalente Ergebnis ist dabei weniger den involvierten BetriebsrätInnen selbst anzulasten; Standort- und Beschäftigungssicherung und die Abwehr aggressiver Konzessionsforderungen von Unternehmensvorständen, unterfüttert mit radikalen Sanierungskonzepten, lassen keine allzu großen Spielräume für eine wirklich gerechte Umverteilung. Bisher war es auch nicht die Basis selbst, die ihre Delegierten zu solch einer Betriebspolitik angetrieben hätte. Die wirtschaftliche Rezession und die Wahrnehmung einer »permanenten Krise« (Detje et al. 2013), mit der die Beschäftigten bereits lange vor der großen Finanzkrise von Geschäftsleitungen und Personalvorständen in Atem gehalten wurden, führten zwar zu gesteigertem Unmut unter den Belegschaften. Sind sie aber konkret vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht, steht der Erhalt der eigenen Arbeitsplätze im Vordergrund. In Zeiten der strukturellen Krise müssen Unternehmen im globalen Wettbewerb profitabel und rentabel sein – das sehen auch die Beschäftigten und ihre Vertreter. Sie können jedoch Einfluss darauf nehmen, wie die Strategien zur Kostensenkung umgesetzt werden. Internationale gewerkschaftliche Solidarität in der Krise hat bisweilen dieses – sehr begrenzte – betriebspolitische Gestaltungspotenzial.

LITERATUR

Arps, Jan Ole, 2011: *Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren*, Berlin/Hamburg

Detje, Richard et al., 2013: *Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat*, Hamburg

Engels, Friedrich, 1892: Vorwort zur Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels: Ausgewählte Schriften Band II, Berlin [1970]

Holst, Hajo et al., 2009: *Funktionswandel von Leiharbeit. Neue Nutzungsstrategien und ihre arbeits- und mitbestimmungspolitischen Folgen*, Frankfurt/M

Hürtgen, Stefanie 2008: *Transnationales Co-Management. Betriebliche Politik in der globalen Konkurrenz*, Münster

DIE DAIMLER-KOORDINATION

GEWERKSCHAFTLICHER INTERNATIONALISMUS VON UNTEN

HEINER KÖHNEN

Die Geschichte internationaler Gewerkschaftssolidarität ist leider keine Erfolgsgeschichte. Aktionen der Solidarität beschränken sich bis heute meist auf Aufrufe bei Demonstrationen oder, wenn überhaupt, auf ›Hilfe in Notfällen‹ (Entlassungen, Betriebsschließungen oder Arbeitsrechtverletzungen). Internationale Zusammenarbeit ist in solchen Fällen keine Beziehung unter Gleichen, sondern von ›Starken‹ zu ›Schwachen‹, von ›Helfenden‹ zu ›Objekten der Hilfe‹. Dabei hat sich in den letzten Jahren durchaus einiges getan. DGB und Großgewerkschaften unterstützen inzwischen internationale Netzwerke von Beschäftigten auf Konzern- wie auf Branchenebene. Es gibt Besuchsreisen und gemeinsame Austausche, an denen nicht nur höhere Funktionäre, sondern auch BetriebsrätInnen und Vertrauensleute teilnehmen. Allerdings ist auch hier ein regelmäßiger Dialog eher die Ausnahme. Solidarität als wirkliche Kooperation und ›lebendige Arbeitsbeziehung unter Gleichen‹, um existierende Machtverhältnisse gemeinsam

zu beeinflussen, ist selten, obwohl sie dringend gebraucht wird. Selbst Initiativen, deren AktivistInnen sich dieser Problematik bewusst sind, stoßen immer wieder an Grenzen bei dem Versuch, authentische Formen der Solidarität zu verwirklichen (vgl. Bernau in diesem Heft). Die Daimler-Koordination, ein Netzwerk von Beschäftigten des Daimler-Konzerns weltweit, ist ein solches Beispiel für AktivistInnen, die sich diesen Herausforderungen stellen.

Seit Anfang der 1980er Jahre treffen sich regelmäßig kritische Vertrauensleute der IG Metall, VertreterInnen von Betriebsgruppen und Betriebsräten sowie interessierte KollegInnen aus dem Daimler-Konzern in Deutschland. An einigen Standorten geben die Gruppen zudem Betriebszeitungen und Flugblätter heraus. Im Netzwerk werden Informationen ausgetauscht, Management-Strategien kritisch beleuchtet und eigene Positionen erarbeitet. In der Selbstdarstellung heißt es: »Wir verstehen uns als undogmatisch, antikapitalistisch, an der Basis orientiert und von dem Interesse getragen, über den eigenen Tellerrand hinaus auch internationale Zusammenhänge begreifen zu wollen und entgegen engstirnigem ›Standortdenken‹ Solidarität in der BRD und darüber hinaus zu fördern.«[1]

HILFE ODER SOLIDARITÄT?

Die Daimler-Koordination bemüht sich so um einen Internationalismus der Beschäftigten mit dem Ziel einer Zusammenarbeit betrieblicher GewerkschaftsaktivistInnen in Europa, Afrika, Nord- und Südamerika. Auf Konzernebene wurden im Rahmen von Besuchs- und Austauschprogrammen sowie Seminaren mit internationaler Beteiligung persönliche Kontakte zu aktiven KollegInnen im Ausland geknüpft. So bestehen Kontakte nach Spanien, in die Türkei, nach Frankreich sowie nach Brasilien, Südafrika und in die USA. Mehrfach fanden weltweit grenzüberschreitende Solidaritätsaktionen und Konferenzen statt. Insbesondere zwischen Beschäftigten aus Deutschland und Brasilien existiert seit fast dreißig Jahren ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch.

Die internationale Arbeit der Mercedes-Kollegen begann schon sehr früh. Mit Unterstützung des Mannheimer *Ökumenischen Arbeitskreises Internationale Solidarität* waren Gewerkschafter der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung CUT (*Central Unica dos Trabalhadores*) von VW, Mercedes und GM bereits 1984 zu einem Austauschprogramm nach Deutschland gereist. 1985 folgte ein Gegenbesuch deutscher BasisaktivistInnen nach Brasilien, womit schließlich die langjährige Zusammenarbeit begründet wurde. Die CUT war damals in Deutschland noch nicht als führende Gewerkschaftsbewegung Brasiliens anerkannt. Ähnlich wie in Südafrika war sie

HEINER KÖHNEN ist Sozialwissenschaftler und langjähriger Mitarbeiter bei *TIE Global* – einem internationalen Netzwerk von GewerkschaftsaktivistInnen. Unermüdlich reist er um den Globus, im Bestreben, Strategien zur Selbstorganisation zu entwickeln und dem allseitigen Standortdenken eine internationale Solidarität unter Gleichen entgegenzusetzen. Im Rahmen seiner Tätigkeit betreut er nicht nur die Daimler-Koordination und *Vida Viva* (vgl. Lira in diesem Heft), sondern ist verantwortlich für zahlreiche weitere Gewerkschaftsprojekte in Lateinamerika, Asien und Afrika.

sehr politisch, spielte eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Militärdiktatur und wurde von der offiziellen Gewerkschaftsbewegung deshalb argwöhnisch beäugt.

Das Solidaritätsverständnis dieser ersten Jahre war noch recht einseitig, so z.B. Tom Adler, früheres Mitglied der Plakatgruppe[2] und Betriebsrat, auf einer internationalen Daimler-Konferenz 2006: »Die Fragestellung hieß gewissermaßen: ›Was können wir in Deutschland oder den USA für Euch in Brasilien, in Südafrika tun?‹ Für uns waren die Diskussionen und Begegnungen mit den KollegInnen aus dem Süden einfach unglaublich belebende, anregende, Mut machende Erfahrungen, die unseren eigenen politischen Alltag beeinflusst haben. Für die internationalistischen Aktivisten im reichen Norden, so könnte man spöttisch sagen, hieß die Formel ›Tausche Unterstützung der armen Brüder und Schwestern im Süden gegen Bestätigung, dass Gewerkschaften als kämpferische Massenbewegungen möglich sind!« (Adler 2007, 10).

Dabei hatte diese Unterstützungsarbeit wichtige Erfolge zu verzeichnen: In einer Zeit, in der an Internet noch nicht zu denken war und jedes Telefonat sehr teuer, gelang den AktivistInnen ein Informationsaustausch. Für die brasilianischen Gewerkschafter war dabei ungeheuer wichtig zu verstehen, was im Mutterland gemacht wurde. Bis in die 1990er Jahre waren (Massen-)Entlassungen bei Daimler als Reaktion des Unternehmens auf jeden Streik in Brasilien noch an der Tagesordnung, ständige Verstöße gegen Arbeitssicherheitsbestimmungen die Regel, und jeder noch so kleine Fortschritt für die Arbeiterrechte musste erbittert erkämpft werden. Durch die damalige kontinuierliche Maulwurfsarbeit der AktivistInnen in Deutschland wurden Verstöße immer wieder öffentlich und konnten durch den Druck auf die Konzernzentrale tatsächlich abgestellt werden.

Während ihres Besuchs 1984 in Mannheim trafen die brasilianischen Gewerkschafter den damaligen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, der daraufhin die Forderung unterstützte, bei Daimler in Brasilien eine Fabrikkommission einzurichten. Durch eigene Aktion und Streik, aber eben auch durch die Unterstützung aus Deutschland gelang es den brasilianischen Kollegen tatsächlich, dies durchzusetzen. Die Fabrikkommission ist bis heute Modell und Vorbild für eine innerbetriebliche Organisierung in Brasilien.

1987 wurde Daimler gezwungen, die Entlassung von 2 500 streikenden Beschäftigten in East London, Südafrika, zurückzunehmen. Das war »einer der ersten Fälle, wo die Interventionen von ›links unten‹ die große IG Metall bewegten, öffentlich massiven Druck auf den Mercedes-Vorstand zu machen. Bezeichnenderweise waren es im Mercedes-Werk Untertürkheim die aus der IG Metall ausgeschlossenen Kollegen der linken Plakatgruppe, die dann die Südafrika-Solidaritätsflugblätter der IG Metall vor den Toren verteilten.« (ebd.)

GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG ZUR DURCHSETZUNG GEMEINSAMER INTERESSEN

Die internationale Basisarbeit insbesondere von KollegInnen aus Mannheim wurde gegen Ende der 1980er Jahre zunehmend von der gesamten Daimler-Koordination getragen. Auch das Verständnis dieser Arbeit veränderte sich: Zum einen unterstützte das Gewerkschaftsnetzwerk *Transnationals Information Exchange* (TIE)[3] die

Daimler-Koordination. So wurde die Kontinuität internationaler Zusammenarbeit und der Informationsfluss erleichtert. Zum anderen veränderte sich in den 1990er Jahren die politische und ökonomische Situation in Deutschland dramatisch. Internationale Arbeit wurde in einen völlig anderen Zusammenhang gestellt.

Bei Daimler und anderen Automobilunternehmen hießen die Schlüsselwörter der Veränderung Outsourcing, Personalabbau und Standortsicherung sowie neue Produktionskonzepte der Schlanken Produktion. Bei Daimler sollte an allen Standorten die Fertigungstiefe um ein Viertel gesenkt werden. Es wurden sogenannte Kerngeschäfte definiert. Die Bereiche der Produktion und Dienstleistungen, die nicht die vorgegebenen Kapitalrenditen erzielten, wurden zur Ausgliederung freigegeben. Belegschaft und Betriebsräte machten schließlich erste Erfahrungen mit tatsächlichem Personalabbau. Ca. 25 Prozent der Arbeitsplätze waren bald abgebaut. Innerbetrieblich kam zudem eine neue Produktionsorganisation um Teamarbeit, Kontinuierliche Verbesserungsprozesse (KVP) und veränderte Abläufe zum Zuge, welche die bisherigen Arbeitsbeziehungen, Kontroll- und Widerstandsformen völlig verändern sollte.

Seitdem gibt es immer wieder heftige Auseinandersetzungen um eine angemessene Antwort auf die veränderte Unternehmenspolitik. Während betriebliche Basisgruppen gegen diese Veränderungen opponierten und eine offensive gewerkschaftliche Diskussion gegen die Standortlogik forderten, setzten die meisten Betriebsratsgremien darauf, bei Entscheidungen und Veränderungen ›mitzugestalten‹. Den Betriebsräten wurde dabei ›das Recht zugestanden‹, eigene Kostensenkungsvorschläge zu machen, um die unternehmerischen Vorgaben zu erreichen. War diese Politik ›Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen‹ für die einen, griffen die anderen sie als Standortlogik, Betriebsegoismus, Konzessionspolitik und Erpressung an (vgl. Knirsch in diesem Heft). Während die einen die Veränderungen (Teamarbeit etc.) als Chancen für eine Humanisierung der Arbeitswelt begrüßten, begriffen die anderen sie als Maßnahmen zur Arbeitsverdichtung, Rationalisierung und Arbeitshetze.

Das Netzwerk der Daimler-Koordination vertrat in diesen Auseinandersetzungen nachdrücklich eine Position gegen Konzessions- und Standortpolitik, da diese – so die Einschätzung – nur den Erpressungsdruck auf die Belegschaften erhöhte. Weitere Diskussionen dreh(t)en sich um (flexible) Lohnsysteme, um Einführung von standardisierter Gruppenarbeit und des Mercedes-Produktionssystems (MPS) sowie um prekäre Beschäftigung. Das Netzwerk führten dazu u.a. gemeinsame Aktionen während der Hauptversammlungen des Konzerns in Berlin durch und veröffentlicht bis heute eine gemeinsame »Zeitung von und für Kollegen und Kolleginnen bei Daimler«, die *Daimler Workers News*.

Dieser veränderte Kontext änderte auch die internationale Arbeit der Koordination. Ziel wurde nunmehr ein Austausch unter Gleichen, der darauf abzielte, voneinander zu lernen und effektivere Praxis- und Widerstandsformen weiter zu entwickeln. Mit Unterstützung von TIE konnten immer wieder Austausche zwischen brasilianischen, türkischen, deutschen und auch nordamerikanischen KollegInnen ermöglicht werden:

- In den 1990er Jahren reisten VertreterInnen der Daimler-Koordination mehrfach in die USA und Kanada, um aus Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen Konzepte der Schlanken Produktion in den japanischen Transplants (den Modellgebern der Schlanken Produktion in Europa) zu lernen.
- Es wurden gemeinsame Seminare organisiert, um zu Themen wie Gruppenarbeit oder KVP eine Debatte zu führen, wie gleiche Standards und Arbeiterrechte weltweit durchgesetzt werden können. Eckpunkte für eine internationale kollektive Regelung zur Gruppenarbeit wurden entwickelt und vorgeschlagen.
- Als im Frühjahr 1998 die Mega-Hochzeit von Daimler-Benz und Chrysler bekannt gegeben wurde, bemühte sich die Koordination, die Kontakte in die USA und Kanada zu vertiefen. Im November 1998 nahmen GewerkschafterInnen aus Chrysler-Betrieben in Detroit und Mitglieder der Fabrikkommission von Mercedes-Benz in Sao Bernardo an einem Seminar der Koordination teil.
- Seit dem Jahr 2000 nahmen VertreterInnen des holländischen Nedcar-Werkes am Austausch teil, welches 2004 von Mitsubishi an Daimler überging.

Ähnliche Austausche finden weiter statt. Die Diskussionen widmen sich jeweils sehr konkreten Problemen: Angeregt von Strategien und Erfahrungen der brasilianischen GewerkschafterInnen wurden beispielsweise Strategien zur Einflussnahme auf die Personalbemessung auf andere Standorte übertragen und weiter entwickelt. Auch Gesundheitsschutz ist ein wichtiges Thema. Hier wurden Instrumente wie ein Gesundheitsmapping diskutiert, eingesetzt und deren Umsetzung innerhalb des Netzwerks verbreitet. Ein Betriebsrat aus Untertürkheim berichtet: »Bei den Verhandlungen über die Lösungsvorschläge sind viele Vorschläge zunächst vom Unternehmen abgelehnt worden. Das Mapping bewirkt jedoch eine solche Dynamik, dass die Kollegen daraufhin einfach immer weitere Lösungsvorschläge vorbrachten, bis sie schließlich akzeptiert wurden. Der Druck von unten wurde immer größer.« (Köhnen 2007, 25)

Schließlich wurde die Methode eines arbeiterorientierten Benchmarks entwickelt und in einem internationalen Projekt umgesetzt. Es ging darum, Arbeitsplätze aus Sicht von Beschäftigten (international) miteinander zu vergleichen, um Ideen für Veränderungen zugunsten der Beschäftigten zu entwickeln. 2007 und 2008 fanden nationale und internationale Treffen mit deutschen und brasilianischen Beschäftigten statt, durch die u.a. Arbeitsbedingungen der Schweißarbeitsplätze im brasilianischen Werk Sao Bernardo verbessert werden konnten.

Seit 2012 ist die Daimler-Koordination außerdem Teil eines Projekts mit indischen Gewerkschaften, in dem es in Austauschseminaren und durch Bildungsarbeit darum gehen wird, Erfahrungen mit Auswirkungen von und Gegenwehr gegen neue Produktionskonzepte zu vermitteln. VertreterInnen der Koordination erarbeiten dabei Texte und Bildungsmaterial zu Rationalisierung, Gruppenarbeit, KVP und Outsourcing. Zusammen mit anderen AktivistInnen der Autoindustrie führen sie Interviews und produzieren Kurzfilme für die Bildungsarbeit.

INTERNATIONALISMUS ALS AUSTAUSCH UNTER GLEICHEN

Sicherlich sind Schritte zum gemeinsamen Handeln bisher immer nur punktuell gelungen. Stärker noch als Erfahrungen internationalistischer Arbeit im Rahmen offizieller Gewerkschaftsstrukturen ist die internationalistische Arbeit eines solchen Netzwerks den Schwankungen und Kräften von Einzelpersonen unterworfen. Um die Kontinuität einer solchen Arbeit muss immer gerungen werden.

Anders als noch in den 1980er Jahren existiert heute auch innerhalb der Gewerkschaften eine internationale Netzwerkarbeit, die Beschäftigte und Betriebsgruppen darin unterstützt, gegenseitig Informationen auszutauschen. Dazu kommt, dass Internet und E-Mails den reinen Informations- und Kommunikationsaustausch wesentlich erleichtern. Die Notwendigkeit, an Information zu gelangen, wird es immer geben, insbesondere dann, wenn Regionen neu hinzukommen oder abgekoppelt werden. Die Zentralität des Informationsaustauschs über internationale Werke durch die Daimler-Koordination in den 1980er Jahren muss heute jedoch sicherlich relativiert werden.

Allerdings verdeutlichen die Erfahrungen der Daimler-Koordination, dass Internationalismus von unten möglich ist. Das Netzwerk zeigt sich als lernfähig. Der eigene Begriff von internationaler Arbeit wurde verändert. Allen Widrigkeiten zum Trotz geht es heute darum, internationale Solidarität als Austausch und Weiterentwicklung konkreter Praxis- und Widerstandsformen zu entwickeln; darum, gegenseitige Erfahrungen dazu zu nutzen, eigene Strategien zu überdenken, weiter- oder sogar neu zu entwickeln, um sie effektiver zu gestalten. Dies ist ein Prozess unter Gleichen. In dieser Hinsicht ist die Arbeit der Daimler-Koordination weiterhin etwas Besonderes. Sie hat konkrete Projekt- und Handlungsformen entwickelt. Bemühungen um eine kontinuierliche Arbeitsbeziehung zwischen Gleichen bleibt weiterhin in der internationalen Gewerkschaftsarbeit eher die Ausnahme. Eine so verstandene Solidarität ist jedoch dringend notwendig, um existierende Machtverhältnisse gemeinsam zu beeinflussen.

LITERATUR

Adler, Tom, 2007: Solidarität ist ›gegenseitige Unterstützung im Kampf um gemeinsame Interessen‹, in: Daimler-Chrysler-Koordination (Hg.), *Solidarität statt Konkurrenz. Eine Dokumentation der internationalen Konferenz von Beschäftigten des Daimler-Chrysler Konzerns vom 9.–12. April 2006 in Berlin*, Mannheim

Köhnen, Heiner, 2007: Internationale Solidarität als Entwicklung neuer Widerstandsstrategien, in: *Solidarität statt Konkurrenz* (s.o.)

1 Vgl. http://labournet.de/branchen/auto/dc/dckoord.html.

2 Die Plakatgruppe war in den 1970er Jahren in der Metallindustrie eine der ersten innerbetrieblichen Oppositionsgruppen. Linke Betriebsräte hatten damals bei Daimler-Untertürkheim eine eigene Liste aufgestellt, nachdem sie aus der IG Metall ausgeschlossen worden waren. 1978 gewann die Liste im Werk trotz massivem Widerstand der Mehrheitsfraktion über 40 Prozent der Stimmen und bundesweite Aufmerksamkeit.

3 TIE Global ist ein internationales Netzwerk von GewerkschaftsaktivistInnen. 1978 gegründet, entwickelte sich das Netzwerk im Süden zumeist durch junge, kämpferische Gewerkschaftsbewegungen, während es in Deutschland vor allem durch basisnahe Betriebsgruppen der Metall- und Chemieindustrie getragen wurde. Sie begriffen sich als Teil einer sozialen Bewegung zur Emanzipation im globalen Zusammenhang, bauten auf Betriebs- und Sektorenebene *eigenständig* Kooperationen auf und kamen immer wieder in Konflikt mit ihren Betriebsrats- und Gewerkschaftsführungen. TIE unterstützt bis heute die Entwicklung von Strategien zur Selbstorganisation, zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in globalem Zusammenhang und begreift sich als ein Laboratorium für die gewerkschaftliche Organisierung (vgl. www.tie-germany.org).

INTERVIEW

ARBEIT, GESUNDHEIT, LEBEN

ÜBER SOLIDARITÄT UND TRANSNATIONALES LERNEN

MARA LIRA
GEWERSCHAFTERIN VILA VELHA, BRASILIEN

Mara, Du bist Koordinatorin des Gesundheitsnetzwerks *Vida Viva* in Brasilien. Wer ist daran beteiligt und warum wurde es gegründet?
Vida Viva ist eines der Programme von *Transnationals Information Exchange* (TIE) *Global* – ein internationales Netzwerk von GewerkschaftsaktivistInnen, das die Zusammenarbeit zwischen Beschäftigten und ihren Organisationen in verschiedenen Regionen der Welt fördern will. *Vida Viva* hat in Brasilien als ein finanziell gefördertes »Projekt« angefangen, wurde dann aber nach einigen Jahren bewusst als Netzwerk organisiert. Darin sind circa 50 Gewerkschaften aus ganz verschiedenen Sektoren aktiv. Es hat sich in den letzten Jahren auch weltweit verbreitet, Gewerkschaften und Betriebsgruppen in Deutschland, der Türkei, Mosambik, Südafrika, Nigeria und kürzlich auch Kolumbien haben sich angeschlossen.

Mit *Vida Viva* wollten wir rund um das Thema »Gesundheit am Arbeitsplatz« eine effektivere Praxis entwickeln. Im Laufe der letzten 30 Jahre hatte es in Brasilien in fast allen Bereichen Umstrukturierungsmaßnahmen in Produktion und Dienstleistungen gegeben, verbunden mit massiven Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Die Unfall- und Erkrankungsrate von Beschäftigten stieg in deren Folge dramatisch an. Gewerkschaften reagierten darauf vor allem, indem sie die juristische und medizinische Unterstützung für Beschäftigte ausbauten. Das war wichtig, aber es gab kaum präventive Arbeit, kaum Einflussnahme auf die Arbeitsbedingungen selbst. Dies spiegelte sich auch in Tarifauseinandersetzungen – oft galt: Monetarisierung von Gesundheit statt Prävention und bessere Arbeitsbedingungen.

2001 haben wir begonnen, gewerkschaftliche Arbeit dieser Art kritisch zu hinterfragen. Es sollte um eine Praxis gehen, die den Arbeitsplatz tatsächlich verändert. Wir waren am Anfang ein kleiner Kreis von vielleicht 20 AktivistInnen aus 16 unterschiedlichen Gewerkschaften. Das Netzwerk entwickelte sich daraus Schritt für Schritt. In den ersten Jahren ging es um die grundlegenden Fragen, die sich stellen, wenn wir gewerkschaftliche Arbeit in Richtung Aktivierung der Beschäftigten verändern wollen. Dazu haben wir Bildungs- und Organisierungsinstrumente entwickelt. Das TIE-Netzwerk ermöglichte es uns, auf Erfahrungen von Gewerkschaften in

Nordamerika und Europa zurückzugreifen. Mit diesen, in einem kollektiven Prozess entwickelten Instrumenten werden heute lokale gewerkschaftliche MultiplikatorInnen geschult, die die jeweiligen Aktivitäten in ihren Betrieben umsetzen. In allen Modulen geht es um den Zusammenhang »Arbeit – Gesundheit – Leben«. Sie zielen darauf ab, die Beschäftigten zu mobilisieren. Über die Auseinandersetzung mit ihren Arbeitsbedingungen sollen sie gewerkschaftliche Forderungen und Aktionen selbst bestimmen.

MARA LIRA arbeitet in der zum Nestlé-Konzern gehörenden Schokoladenfabrik Garoto in Vila Velha, Brasilien. Seit fast 20 Jahren ist sie freigestellte Gewerkschaftsvertreterin der Nahrungsmittelgewerkschaft *Sindi Alimentacao* und seit 2008 internationale Sekretärin des Gewerkschaftsdachverbands CONTAC/CUT. Mit anderen gründete sie das Gesundheitsnetzwerk *VidaViva*, dessen Koordinatorin sie derzeit ist.

Was sind die wesentlichen Themen eures Netzwerks?

Zentral sind die Umstrukturierungsmaßnahmen in Produktion und Dienstleistungen, die neuen Managementstrategien zur Produktivitätssteigerung sowie die Einbindungs- und Kooptierungsstrategien, mit denen Unternehmen Konkurrenz zwischen den Beschäftigten schüren. Die Prekarisierung der Beschäftigten ist ein weiteres wichtiges Thema – sie macht Solidarität und die Beziehung zwischen den Beschäftigten kaputt. Aber auch der Konsumismus spielt eine Rolle und seine Auswirkungen auf Gesundheit am Arbeitsplatz. Die gesellschaftlichen Konsumnormen halten die Beschäftigten an, über ihre Grenzen hinauszugehen, ihre Gesundheit zu schädigen und ihr soziales und familiäres Leben zu gefährden. Schließlich geht es natürlich darum, Widerstands- und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Allerdings ist es nicht leicht, Organisierung und Mobilisierung am Arbeitsplatz zu fördern. Auch wenn die Gewerkschaften immer betonen, dass sie genau das möchten, handeln viele doch nicht danach. Mit der Beteiligung von Mitgliedern und Beschäftigten muss man allerdings wirklich ernst machen, sonst werden unsere Instrumente auf bloße »Bildungsinstrumente« reduziert. Das hauptsächliche Ziel einer Gewerkschaft, die sich an *VidaViva* beteiligt, muss es sein, ihre Mitglieder und die Beschäftigten zu mehr Handlungsfähigkeit zu ermächtigen.

Warum ist internationale Solidarität für euer Netzwerk von Bedeutung?

Was bei uns in Brasilien in der Arbeitswelt geschieht, geschieht auch in vielen anderen Ländern. Es geht um eine Reorganisation des Kapitals, das seine Strategien optimiert und diese weltweit umsetzt. Multinationale Unternehmen entwickeln Programme, die die Subjektivität der Beschäftigten ansprechen, um ihre Herzen und Köpfe zu gewinnen und diese in den Dienst der Produktion zu stellen. Es ist deshalb unverzichtbar, Widerstand und das Lernen von Anderen zu internationalisieren. Marx war nie aktueller als heute.

Wir haben deswegen das Netzwerk zunächst auf verschiedene Branchen in Brasilien und danach auf andere Länder ausgeweitet. Dazu haben wir AktivistInnen aus anderen

Ländern (Deutschland, Mosambik, Türkei, Südafrika, Kolumbien) unsere Vorgehensweisen vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Je nach Kontext wurden sie übernommen, angepasst oder völlig eigenständig entwickelt. Solidarität heißt, von der Praxis und den Instrumenten der andern zu lernen, um sie effektiver zu gestalten. So haben wir so etwas wie ein alternatives Benchmarking für gute Praxis geschaffen.

Kannst Du ein konkretes Beispiel für internationale Solidarität geben?

Für *VidaViva* und auch TIE ist Solidarität ein gegenseitiges Prinzip. Wir wollen das gängige Verständnis aufbrechen, Solidarität sei eine eindirektionale Nord-Süd-Beziehung, in der die einen von den anderen unterstützt werden. In vielen Projekten bemühen wir uns um eine Süd-Süd- oder auch Süd-Nord-Beziehung.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist unser »Forum gewerkschaftliche Aktion«. Regional und international vergleichen wir konkrete Verhandlungserfahrungen, Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen oder auch Lösungsansätze. Jede Gruppe oder Gewerkschaft kann über unser Netzwerk ihre Probleme schildern und nach entsprechenden Lösungsansätzen suchen – dabei wird außerdem gemeinsam Klassenzugehörigkeit erfahrbar.

Was sind die größten Hürden für internationale Solidarität?

Ein erstes Hindernis liegt bei uns selbst. Wir versuchen unterschiedliche Akteure innerhalb der Gewerkschaften zu beteiligen, insbesondere die KollegInnen an der Basis. Das braucht Zeit. Nicht alle AktivistInnen und InteressenvertreterInnen sind wirklich offen dafür, von anderen zu lernen und eine neue, aktivierende Praxis zu entwickeln. Sprache ist eine weitere Herausforderung. Oft gibt es keine Ressourcen, um etwas zu übersetzen oder eine internationale Debatte wirklich führen zu können. Hier geht es dann unter Umständen tatsächlich um Unterstützung »von außen«. Dem Kapital gelingt es immer wieder, uns als Klasse zu spalten. Besonders in Krisen, wenn es oft um das nackte Überleben geht, ist es schwierig, solidarische Beziehungen aufzubauen. In solchen Momenten verstärken sich Vorurteile und soziale Spaltungen, die im Extrem bis zu Xenophobie reichen können.

Worin liegen die Unterschiede in euren verschiedenen internationalen Kooperationen?

Es gibt große Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeiten der Organisierung und der jeweiligen Gewerkschaftsstrukturen. Während in Deutschland gewachsene betriebliche Interessenvertretungen mit Betriebsräten und weitgehenden Rechten existieren, gibt es in den Ländern des Südens kaum vergleichbares. Nur ungefähr 3 Prozent der brasilianischen Gewerkschaften haben eine innerbetriebliche Interessenvertretung (Fabrikkommission). Das ist in all den Ländern des Südens, in denen wir arbeiten, ähnlich, es braucht mehr Kreativität und Verhandlungsgeschick, um am Arbeitsplatz aktiv zu werden. Gemeinsame Erfahrungen erleichtern einen Süd-Süd-Austausch von Strategien. Es gibt jedoch auch große Unterschiede zwischen den Ländern des globalen Südens. So sind in den Betrieben Kolumbiens ein Großteil oder sogar die Mehr-

heit der Beschäftigten outgesourct. Das ist in Brasilien noch nicht der Fall. Die *Vida Viva*-Instrumente werden hier sehr unterschiedlich angewendet. In Kolumbien werden sie als Strategie zur Organisierung und Gründung neuer Gewerkschaften genutzt. In Mosambik dagegen gibt es bereits Fabrikkomitees; diese agieren jedoch – wenn überhaupt – sehr hierarchisch. Hier geht es darum, die Beschäftigten stärker zu beteiligen.

Wer sind eure Partner im Norden und Süden?

In Deutschland arbeiten wir in der Regel direkt mit Betriebsräten oder Betriebsratsgruppen im Metall- und Chemiesektor oder auch dem Einzelhandel. In Mosambik lief der Kontakt zunächst über die Dachverbände. In Brasilien arbeiten wir direkt mit den einzelnen Betriebsgewerkschaften. In Kolumbien bilden 14 Gewerkschaften gemeinsam eine Plattform zur Umsetzung. Wir achten darauf, flexibel agieren zu können. Entscheidend ist, dass AktivistInnen und Gruppen wirklich autonom je nach ihren Bedürfnissen kollektive Prozesse entwickeln können.

Wenn Du an Prozesse internationaler Kooperation heute und vor zehn Jahren denkst – gab es Fehler, die Ihr überwunden habt?

Sicherlich haben wir Fehler gemacht und daraus gelernt. Ein gutes Beispiel hierfür ist ein Programm, das wir vor 20 Jahren in Brasilien entwickelt hatten: Mit dem sogenannten Kakao-Projekt wollten wir die Organisierung von Beschäftigten entlang der Wertschöpfungskette unterstützen. Das Ziel war klar, aber unsere Strategien erwiesen sich



»Gesichter der Krise«, Oriana Eliçabe/flickr

als ungenügend. Wir haben uns damals vor allem auf den Informationsaustausch zwischen Personen und Betriebsgruppen konzentriert, dabei sind aber keine nachhaltigen Mechanismen entstanden. Diese Erfahrung half uns aber beim Aufbau von *Vida Viva*, wo wir darüber hinaus Bildungs- und Organisierungsinstrumente entwickelt haben, die die direkte gewerkschaftliche Aktion der Beschäftigten anregen. Wir unterstützen Aktivitäten, in denen Beschäftigte ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen und sich als Subjekte artikulieren. Auch wenn dieser Prozess durch uns angestoßen wird, hoffen wir, dass er von den Beschäftigten politisch angeeignet wird und in die alltägliche politische Arbeit eingeht.

WIDERSPRÜCHLICHE KONSTELLATIONEN

TRANSNATIONALE BÜNDNISARBEIT AM BEISPIEL DER ASIA FLOOR WAGE CAMPAIGN

ANANNYA BHATTACHARJEE

Die miserablen Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie entlang der globalen Produktionskette sind nicht erst seit gestern ein schmerzliches Thema. AktivistInnen, die sich für Rechte von ArbeiterInnen und VerbraucherInnen einsetzen, organisieren seit Jahren internationale Kampagnen für mehr Unternehmensverantwortung. Sie machen Verletzungen von Arbeitnehmerrechten öffentlich, versuchen, Arbeitgeber und multinationale Konzerne für gerechte Arbeitsstandards in die Pflicht zu nehmen, und organisieren verbraucherorientierte Kampagnen gegen ausbeuterische *sweatshops*. Es ist ihnen gelungen, Firmen, NGOs, Gewerkschaften, Regierungen und internationale Institutionen in Multi-Stakeholder-Initiativen für Unternehmensverantwortung zusammenzubringen. Auch gibt es ausführliche Berichte zur Situation in der Branche: zu Arbeitsbedingungen, zu globalen Produktionsketten, zum Konsumverhalten etc. Kurz, der Aktivismus in diesem Bereich hat eine lange und aufopferungsvolle Geschichte.

Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Instrumente entwickelt, um Firmen der Bekleidungsindustrie zur Verantwortung zu ziehen: Verhaltenskodizes, interessengruppenübergreifende Kontrollmechanismen wie die *Ethical Trading Initiative* (Initiative für ethischen Handel), oder auch die Norm SA8000 zur Zertifizierung und Überprüfung von Unternehmen, die sich selbst verpflichten, faire Arbeitsbedingungen zu bieten.[1] Diese Instrumente führten zu Fabrikkontrollen und Audits und spielten eine wichtige Rolle bei der Entwicklung kraftvoller Öffentlichkeitsarbeit.

Diese verbraucherzentrierten Aktivitäten wurden meist von Organisationen aus dem globalen Norden getragen. Sie haben sich auch dafür eingesetzt, Organisationen aus dem Süden in Bündnissen zusammenzubringen, um ausbeuterische Arbeitsbedingungen zu bekämpfen. Man kann, glaube ich, sagen, dass viele der Organisationen des globalen Südens, die im Rahmen solcher Kampagnen über nationale Grenzen hinweg zusammenkamen, einander sonst wohl nie getroffen hätten; dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die im globalen Süden begrenzten Ressourcen für Reisen und Treffen fallen natürlich besonders ins Gewicht. Damit sind Fragen zum Zustandekommen von Nord-Süd- und Süd-Süd-Allianzen aufgeworfen: Wer ergreift hier die Initiative? Wer kontrolliert den Prozess? Wer bestimmt die Tagesordnung? Solche Fragen sind nicht neu, aber sie verweisen auf aktuelle Veränderungen.

ZWEI ARTEN GLOBALER LIEFERKETTEN

Zwei verschiedene Arten globaler Lieferketten gilt es heutzutage im Blick zu haben: einerseits die globale Lieferkette von Waren, die Produktion wie Konsumtion einschließt, und andererseits die globale Lieferkette von Arbeitskräften, die mehrheitlich vom Süden in den Norden wandern. Die Produktion erfolgt also großteils im globalen Süden, wo auch die Arbeitskräfte für die Personallieferkette herkommen. Der Konsum wiederum findet im globalen Norden statt, wohin auch die ArbeiterInnen über die globale Personallieferkette wandern. Zugespitzt könnte man sagen: Der globale Süden steht für Produktion und Auswanderung, der globale Norden für Konsum und Einwanderung. Der politische Aktivismus rund um die globalen Produktionsketten bleibt jedoch von dem im Bereich Migration und globale Lieferketten von Arbeitskräften klar getrennt. Welche Auswirkungen hat das?

ANANNYA BHATTACHARJEE ist Präsidentin der nordindischen Gewerkschaft *Garment and Allied Workers Union* und koordiniert die *Asia Floor Wage Alliance*. Sie hat in den USA gelebt, war dort in social-justice orientierten Community-Organisationen und in der Organisierung von Hausangestellten und EinzelhändlerInnen tätig. An der Columbia University war sie Fellow – sie beschäftigt sich mit Migration in urbane Zentren und wirft einen feministischen Blick auf die heutige Arbeiterklasse.

SELEKTIVER ANTIKAPITALISMUS?

Die VerbraucheraktivistInnen im Norden wenden sich an die dortigen Verbraucher und prangern die Ausbeutung durch multinationale Unternehmen in der Warenproduktion im globalen Süden an. Sie haben aber kaum Kontakt zu migrantischen Arbeitskräften aus dem

globalen Süden, die in ihre Länder kommen: ArbeiterInnen, die auf der Suche nach einem Auskommen in den globalen Norden ziehen, weil sie durch dessen wirtschaftlichen Raubbau enteignet wurden.

Denkt man das weiter, könnte man sagen, dass die AktivistInnen des globalen Nordens dem Kapital recht selektiv entgegentreten. Sie setzen ihm dort etwas entgegen, wo sich die Arbeiterklasse des globalen Südens in sicherer Distanz befindet – es sieht aber völlig anders aus, wenn sich die Arbeiterklasse des globalen Südens plötzlich im eigenen Hinterhof konstitutiert. VerbraucheraktivistInnen im globalen Norden scheinen kaum mit Gruppen zusammenzuarbeiten, die sich für (Arbeits-) Rechte von MigrantInnen in ihren Regionen einsetzen. Diese Trennung bringt eine Verbraucherbewegung hervor, die keinen Bezug zu den örtlichen Kämpfen der Leute hat, die sie in der Ferne unterstützen. In Zeiten massiver Migration behindern solche Entscheidungen kraftvolle globale Bündnisse.

Unter Bedingungen ungleicher regionaler und nationaler Entwicklung, eines ungleichen und fragmentierten Arbeitsmarktes sowie der Fähigkeit multinationaler Konzerne, von diesen Faktoren zu profitieren, werfen diese Themen Fragen auf nach der Ebenbürtigkeit der Bewegungen des Nordens und des Südens. Während der globale Süden den Zugriff des nördlichen Kapitals niemals ignorieren kann, ebenso wenig wie er die sozialen Bewegungen des Nordens ignorieren kann, kann der globale Norden seine Einmischung in Angelegenheiten des globalen Südens bewusst beschränken und steuern. Angesichts der Tatsache, dass solche Einmischungen natürlich dauernd stattfinden, erscheinen gerade diese *bewussten* Beschränkungen aus der Perspektive des globalen Südens als Ausdruck eines verinnerlichten Rassismus oder des Privilegs, sich eben entscheiden zu können. Der Aktivismus in der globalen Warenlieferkette kann deshalb nicht von dem in der globalen Personallieferkette getrennt bleiben (vgl. Bernau in diesem Heft).

DAS SYSTEM DER KONTRAKTARBEIT

In der heutigen Welt ist die Migration wirtschaftlich, sozial und kulturell unterdrückter Menschen ein Phänomen von zunehmender Bedeutung. 75 Prozent der Wanderungsbewegungen weltweit finden innerhalb von oder aus Asien heraus statt. Migrantische ArbeiterInnen stellen eine Masse besonders verwundbarer Arbeitskräfte dar. Dies ist der Boden, auf dem Kontraktarbeit wächst und gedeiht. Tendenziell kennen diese ArbeiterInnen ihre Rechte weniger gut, sie sind arm und verwundbar, was größere Ausbeutung ermöglicht. Kontraktarbeit, die ArbeiterInnen ohne die Möglichkeit der Kündigung für eine bestimmte Zeit an ihre Arbeitgeber bindet (der Übergang zur Zwangsarbeit ist also fließend), wächst in allen Industrie- und Dienstleistungsbranchen exponentiell an. Sie ist einer der wichtigsten Gründe für die zunehmende Schwächung der Organisations- und Gewerkschaftsfreiheit. Der Rückgriff auf Kontraktarbeit erlaubt es den Arbeitgebern, zwischen sogenannten Kernbelegschaften und sogenannten Randbelegschaften hin- und herzuwechseln und die Beschäftigung in Spitzen- und in Flautephasen zu vergrößern bzw. zu verkleinern. Die Arbeitgeber nutzen

die Kontraktarbeit als Mittel, um kodifizierte Arbeitsrechte zu umgehen.

Sowohl Arbeiter- als auch Arbeitgeberorganisationen sind in vielen Ländern der Welt ernsthaft geschwächt worden: durch die zunehmende Zersplitterung der Branche entlang von Spaltungslinien wie regulärer Beschäftigung/Kontraktarbeit, unterschiedlicher Herkunft, formeller/informeller Beschäftigung etc. Kollektivverhandlungen werden fast überall untergraben und Tarifverträge gelten, sofern sie überhaupt bestehen, nur für einen kleinen und schrumpfenden Teil der Erwerbsbevölkerung.

Im Zuge der schwindenden Verbindlichkeit von Tarifverträgen und eines geringeren



oben: Textilfabrik, ilopictures/flickr
unten: Textilfabrik, ishanz/flickr

Organisierungsgrades haben auch ArbeiterInnen in einer Reihe von Industrieländern beträchtliche Lohnkürzungen hinnehmen müssen. Ob die ArbeiterInnen nun innerhalb nationaler Grenzen oder darüber hinweg migrieren, sie laufen Gefahr, im Kontraktsystem zu landen. Obwohl Gewerkschaften in einigen Ländern begonnen haben, sich dem Problem der Kontraktarbeit zu stellen, gibt es kaum Versuche, den Arbeitskräftefluss im Kontraktsystem in globaler Perspektive in den Blick zu nehmen.

Solidarität mit Communities in anderen Ländern ist zweifelsohne ausgesprochen wichtig. Sie kann aber niemals der zentrale Anker einer Bewegung sein. Solidarität mit unterdrückten »Dritte Welt«-Ländern setzt notleidende Menschen voraus, die anderswo leben. Und auch wenn solidarische Kämpfe das Potenzial haben, Beachtliches zu leisten, letztendlich bedeutet doch der Umstand, dass man Abstand hat von der Situation in diesen Ländern, dass man von Diskussionen um Organisationsstrategie und einer Analyse der Machtverhältnisse materiell losgelöst bleibt. Antikapitalistische und antiimperiale Kämpfe müssen aber genau anders herum aufgebaut werden.

Die Herausforderung besteht in der Frage, wie lokale Organisationsbemühungen praktisch in einem globalen Rahmen zu verankern sind. Kämpfe vor Ort müssen also mit anderen Kämpfen verknüpft werden. Es bedarf gemeinsamer Analysen. Nur so kann eine wirklich globale Bewegung der ArbeiterInnenklasse entstehen (vgl. Herod in diesem Heft).

Migrantische Organisierungsbestrebungen sind in Europa relativ neu und uneinheitlich. Von den USA ließe sich hier aber einiges lernen. Einwanderer waren und sind das Rückgrat der US-Wirtschaft. Die meisten kommen aus den südlichen Nachbarstaaten der USA – aus Mexiko und den Ländern Mittelamerikas, zunehmend aber auch aus Argentinien, Brasilien, Uruguay und Peru, aber auch aus dem Nahen Osten, aus China, Vietnam und Afrika. Welche Entwicklungen nähren heute Hoffnung und Zuversicht in den USA? Ein herausragendes Phänomen ist das Wachstum neuer Organisationen migrantischer ArbeiterInnen. Sie treten dem US-Kapital im eigenen Land und international entgegen; sie stellen Fragen der globalen Ungleichheit; sie gewinnen die Anerkennung der traditionellen Arbeiterorganisationen und der weißen Kampagnenorganisationen; und sie verändern die Machtverhältnisse innerhalb der sozialen Bewegungen. Eine Gemeinsamkeit dieser neuen Bestrebungen ist ihre unmissverständlich solidarische Haltung mit migrantischen ArbeiterInnen, mit *people of colour* und ihr unbedingter Internationalismus.

SÜD-SÜD-SOLIDARITÄT: DIE ASIA FLOOR WAGE ALLIANCE

Der globale Süden seinerseits wird ernsthafter an Süd-Süd-Organisierung arbeiten müssen. Die Initiativen des Nordens, welche die Aktiven des Südens zusammenbrachten, hatten den unglücklichen Nebeneffekt, dass unter den Süd-Partnern ein Wettbewerb um die begrenzten Ressourcen und um die eigene Sichtbarkeit entstanden ist. Die *Asia Floor Wage Alliance* (Allianz für einen Mindestlohn in Asien) weist mögliche neue Wege. Sie entstand als ein auf Asien zentriertes Bündnis und entwickelte sich zu einer weltweiten

Allianz mit Partnern aus dem globalen Süden und Norden. Die Anstrengungen richteten sich auf den Aufbau einer globalen Bewegung für einen Mindestlohn in der Bekleidungsindustrie. Nachdem jahrelang Erfahrungen in der Bekleidungsindustrie gesammelt worden waren, kamen Gewerkschaften und NGOs zusammen, um eine verhandlungsfähige Forderung aufzustellen: die nach einem existenzsichernden Mindestlohn für alle asiatischen TextilarbeiterInnen. Durch ihr kollektives Zustandekommen war sie den Strukturen der Branche als Ganzer angemessen und zielführend. Dies ist nur ein Beispiel für die Notwendigkeit, ähnliche Initiativen aufzubauen.

Internationale Solidarität zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden wird durch die Ungleichheiten, die dem globalen kapitalistischen System innewohnen, erschwert. Wie können wir dennoch gemeinsam Bedeutung und Gewicht erlangen? Dies erfordert Geduld, Dialog und gegenseitigen Respekt, um eine nicht-imperiale Strategie zu entwickeln, die für beide Seiten wertvoll ist.

Wie lassen sich demokratische Lernprozesse umsetzen? Eine gehaltvolle internationale Beziehung erfordert es, über einen gewissen Zeitraum hinweg enge Arbeitsbeziehungen zu unterhalten, die zum Austausch der wichtigsten Erkenntnisse und *best practices* beitragen (vgl. Köhnen in diesem Heft). Zwar mag eine Organisation des globalen Nordens mit ihrem Zugriff auf Ressourcen und Technologie der Auffassung sein, dass der globale Süden von ihr lernen müsse, statt sich selbst an einem demokratischen Lernprozess zu beteiligen. Dies aber wäre der Aufbau einer herablassenden, einseitigen Beziehung. Der Lernprozess würde nicht zu Ergebnissen führen, die Kämpfen in beiden Ländern nützen würden.

Wie überwinden wir die Schwächung, wie entsteht Stärke? Eine Organisation, deren Einfluss im Heimatland abnimmt, mag versucht sein, sich nach außen zu orientieren, um Kraft zu gewinnen. Stärke kann aber nicht importiert werden. Wenn eine Organisation daheim keine Stärke erlangen kann, ist es sehr unwahrscheinlich, dass sie im Ausland zum Aufbau einer starken Organisierung beitragen kann. Internationale Solidarität zwischen dem globalen Norden und Süden muss von der Annahme ausgehen, dass beide ihre Stärken daheim finden müssen, und dass sich nur in einem solchen Prozess eine kraftvolle Beziehung aufbauen lässt.

Wie übernehmen wir das Beste aus beiden Welten? Eine Lernbeziehung verlangt von beiden Seiten, Erkenntnisse und Beispiele zu ergründen und Vorurteile strategisch außer Kraft zu setzen. Sowohl der globale Süden als auch der globale Norden bilden – in verschiedenen Perspektiven und zu verschiedenen Zeiten – sowohl das Zentrum als auch die Peripherie. Globale Strategien müssen deshalb mit im Wandel begriffenen Konstellationen umgehen und dürfen sich nicht dazu hinreißen lassen, Zentrum oder Peripherie rigide festzuschreiben.

Aus dem Amerikanischen von Andreas Förster

1 Das SA8000 Zertifikat wurde von der NGO *Social Accountability International* entworfen. Es basiert auf Konventionen der *International Labour Organisation* (ILO), der Menschenrechtserklärung und der UN Konvention für Kinderrechte.

INTERVIEW

GEWERKSCHAFT ALS SOZIALE BEWEGUNG

BRENNENDE FABRIKEN UND KLASSENKAMPF IN PAKISTAN

ZEHRA KHAN
WOMEN HOME BASED WORKERS FEDERATION

Im September 2012 gab es einen großen Brand in einer Fabrik in Karachi, bei dem fast 300 Beschäftigte ums Leben kamen. Hat sich die Situation seitdem verändert?

Was die Gesetze angeht, so hat sich nicht viel verändert. Allerdings haben alle Gewerkschaftsverbände und Tausende von Betriebsgewerkschaften erstmals zusammengearbeitet und eine gemeinsame Plattform gegründet – das *Workers Rights Movement*. Durch das pakistanische Gewerkschaftsrecht entsteht eine Situation, in der eine Vielzahl von Gewerkschaftsdachverbänden um die einzelnen Betriebsgewerkschaften konkurrieren. Es ist daher ein großer Schritt, diese Konkurrenz zu beenden und gemeinsam zu handeln – ein direktes Ergebnis der Proteste und Demonstrationen. Am 11. September brannte die Fabrik, am 12. waren wir mit allen ArbeiterInnen auf der Straße, um für Gesundheitsschutz und Sicherheit in den Fabriken einzutreten. Zwei Wochen später haben wir das *Workers Rights Movement* gegründet.

Die ArbeiterInnen machen sich jetzt Gedanken darüber, dass es für ihre Arbeit in den Fabriken Regelungen und Gesetze geben sollte. So fordern wir zum Beispiel das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung in allen Fabriken, denn im Privatsektor haben wir bisher keine starken Gewerkschaften. Lediglich drei Prozent der ArbeiterInnen in Pakistan sind gewerkschaftlich organisiert. Vor diesem Hintergrund ist es ein großer Schritt, dass die ArbeiterInnen jetzt ihre Arbeitsbedingungen in Frage stellen und erwägen, einer Gewerkschaft beizutreten.

Du selbst bist beim Verband für HeimarbeiterInnen. Was macht ihr?

Der *Verband der Heimarbeiterinnen* ist der erste dieser Art in Pakistan, wir sind eine Gewerkschaft. Rechtlich werden HeimarbeiterInnen nicht als Arbeiterinnen anerkannt. Wir kämpfen also auch für diese Anerkennung, die Voraussetzung ist, um Gesundheitsversorgung und Renten zu fordern. Seitdem wir auf nationaler Ebene eine Gewerkschaft gegründet und im Dezember 2009 unsere Registrierung erhalten haben, ist das unser wichtigstes Ziel.

Wir arbeiten auf drei Ebenen. Die erste ist die Bewusstseinsebene. Wir gehen an die Basis und versuchen alle HeimarbeiterInnen in einer Plattform zu sammeln. Wir haben Gruppen in verschiedenen Gegenden und diskutieren dort

Themen wie Globalisierung, Arbeitsverhältnisse und Geschlechterfragen. Wir diskutieren diese Fragen also mit Menschen, die von zu Hause aus arbeiten, besonders mit den Frauen.

Die zweite Ebene ist die der gewerkschaftlichen Organisierung: Wir haben mit drei Gewerkschaften auf der regionalen Ebene angefangen, haben dann erfolgreich den nächsten Schritt getan und uns auf nationaler Ebene registrieren lassen.

Die dritte Ebene unserer Arbeit befasst sich mit der Gesetzgebung. Gerade bevor ich hierher nach Deutschland gekommen bin, haben wir einen Gesetzentwurf fertig gestellt, der den rechtlichen Status für HeimarbeiterInnen absichert und die damit einhergehenden ArbeitnehmerInnenrechte fordert. Dieser Entwurf wurde dem Arbeitsminister vorgelegt und liegt jetzt beim Ministerpräsidenten von Sindh.[1] Nun müssen wir sehen, was passiert.

Sind alle Heimarbeiterinnen Frauen?

Die überwiegende Mehrheit in diesem Bereich sind Frauen. Im informellen Sektor stellen Arbeitgeber mehr Frauen ein, weil sie billiger sind. Wahrscheinlich auch, weil sie sich weniger gewerkschaftlich organisieren und die Rechte von ihrem Arbeit- oder Auftraggeber einfordern werden. Darum konzentrieren wir uns auf die Heimarbeiterinnen.

Was sind die dringendsten Probleme und Auseinandersetzungen für die Linke in Karachi? Wofür kämpfen die Menschen?

Um die Probleme der Linken in Pakistan zu verstehen, muss man bedenken, dass es in unserem Land nicht nur um Armut und kapitalistische Ausbeutung geht. Unsere Situation

ZEHRA KAHN ist Generalsekretärin der *Home Based Women Workers Federation*, der Vereinigung der weiblichen Heimarbeiterinnen in Pakistan. Sie arbeitete außerdem als Bildungs- und Forschungssekretärin für die *National Trade Union Federation*. Im Rahmen gewerkschaftlicher Forschungsprojekte beschäftigte sie sich nicht zuletzt mit Arbeitsbedingungen im Fußball.

ist außerdem bestimmt durch Terrorismus, durch faschistische oder semi-faschistische Organisationen mit Verbindungen zum politischen System, durch die imperialistische Politik der USA und der NATO, durch Drohnenangriffe und kriegsähnliche Konflikte in einigen an Afghanistan angrenzenden Gebieten. Das schafft eine komplexe, manchmal unbeständige, unsichere Situation. Darüber hinaus haben viele Menschen keinen sicheren Zugang zu Elektrizität oder Wasser. Das ist im Alltag ein Problem, aber auch für die Industrie- und HeimarbeiterInnen, die dadurch ihre Produktionsvorgaben nicht halten können und Aufträge verlieren. Die Inflation ist sehr hoch, die Lebenshaltungskosten steigen, aber die Löhne steigen meist nicht mit. Es gibt immer mehr Familien mit niedrigen Einkommen und die Mittelklasse schrumpft.

Menschen, die sich in Karachi für sozialen Wandel einsetzen, müssen sehr vorsichtig vorgehen und damit leben, dass sie vielleicht umgebracht werden, für das was sie tun. In diesem Kontext ist nicht einfach, eine soziale Bewegung zu organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung spielt in dieser Situation eine zentrale Rolle. Die Kämpfe um das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung sind an sich schon eine soziale Bewegung.

Es gab 2013 eine weitere Katastrophe in einer Fabrik in Bangladesch, aus der ein Abkommen mit westlichen Unternehmen resultierte. Ist dies ein Fortschritt, solange es eine Insellösung für Bangladesch bleibt? Gibt es eine transnationale Struktur für gewerkschaftliche Arbeit?
Nicht wirklich. Aber angesichts ähnlicher Probleme in vielen südasiatischen Ländern – Erwerbslosigkeit, fehlende Kranken- und Sozialversicherung sowie Arbeitnehmerrechte, kein effektiver Mindestlohn usw. – fangen die Menschen an, darüber nachzudenken. Die Gewerkschaften diskutieren jetzt zumindest, auf südasiatischer Ebene zusammenzukommen. Wir haben zwar Verbindungen zu Gewerkschaften in Bangladesch, aber die sind noch nicht sehr eng. Trotzdem: Wenn in Pakistan ein Feuer ausbricht, gehen die ArbeiterInnen in Bangladesch auf die Straße und andersherum. Als die Fabrik in Bangladesch einstürzte, haben wir sofort eine Solidaritätsdemonstration in Karachi organisiert. Wir machen also Fortschritte, aber wir beginnen auf einem niedrigen Niveau.

Wie siehst du die Solidarität zwischen dem globalen Norden und Süden? Eine weit verbreitete Haltung im Norden ist ein ethischer oder moralischer Ansatz nach dem Motto, die ›richtigen‹ Dinge zu kaufen und zu konsumieren, könne die Probleme lösen.
Wir können zusammen viel verändern. Allerdings müssen wir die europäischen Kämpfe mit den Kämpfen, die wir in Pakistan oder Bangladesch führen, verbinden. Boykotte können unter Umständen ein Mittel sein, aber wir dürfen sie lediglich als Teil einer Strategie und eines breiteren Kampfes um die Transformation der globalen Herrschaftsverhältnisse sehen. Ein Boykott allein löst nichts oder fast nichts. Wenn die Leute hier plötzlich aufhören, die in Pakistan und Bangladesch produzierte Kleidung zu kaufen, sind wir morgen arbeitslos. Das ist also keine Lösung. Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf für politische und soziale Veränderung.

Wenn du auf die letzten fünf Jahre zurück schaust, welches Projekt war am wichtigsten auf dem Weg zu einem gemeinsamen Kampf?
Wir haben gute Beziehungen zur *Clean Clothes Campaign* aufgebaut, zu *medico international* und zum *European Center for Constitutional and Human Rights*, die es uns ermöglichen, Druck auf unsere lokale Regierung auszuüben. Nach dem Fabrikbrand konnten wir so zum Beispiel Kompensationszahlungen von der Regierung erzwingen. Gäbe es in Karachi aber keine Bewegung von der Basis, hätte auch niemand Kompensationszahlungen geleistet. Beides ist wichtig: Druck auf der lokalen Ebene ebenso wie transnationale Kooperation. Dadurch haben wir außerdem Kompensationen von dem Billigtextilhändler KIK erkämpft, der Waren aus der ›Unglücksfabrik‹ bezog. Dieser Erfolg scheint zu bestätigen, dass Kooperationen zwischen lokaler und transnationaler Ebene wirksam sind. Zum ersten Mal in der pakistanischen Geschichte kommt zudem ein Fabrikbesitzer ins Gefängnis. Auch das ist ein riesiger Schritt.

Die Fragen stellte Moritz Warnke.
Aus dem Englischen von Anna Mussener

---

1 Region in Pakistan, Anm.d.R.



RIGHT2WATER

EUROPÄISCHES BÜRGERBEGEHREN GEGEN WASSERPRIVATISIERUNG

PABLO SANCHEZ

Am 21. Juni 2013 erklärte der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, dass er der Kommission vorschlagen wird, Wasser und sanitäre Grundversorgung vom Anwendungsbereich der von ihm verantworteten Konzessionsrichtlinie auszunehmen – also von deren Privatisierung abzusehen. Explizit würdigte er damit die 1,9 Millionen EuropäerInnen, die die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« unterzeichnet haben. Die vorangegangene Kampagne war auch ein erster Praxis-Test für das von der EU neu geschaffene Instrument einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Die erste erfolgreich abgeschlossene EBI endete am 10. September 2013 mit 1 857 605 Unterschriften und liefert wichtige Erfahrungen zu diesem transnationalen Instrument europäischer Bürgerbeteiligung.

DIE PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER GÜTER

Die Geschichte der Privatisierung öffentlicher Güter (*commons*) wie etwa des Wassers

ist natürlich keineswegs eine europäische Geschichte, sondern sie ist Teil einer weltweiten neoliberalen Offensive. Eine direkte Auswirkung der Globalisierung ist die ›Finanzialisierung‹ aller Wirtschaftsbereiche; einschließlich der natürlichen Monopole, die – angeblich um die Verbraucherpreise zu senken – liberalisiert und auf den Markt geworfen werden. Es ist inzwischen ein globaler Trend, die Verwaltung unserer wichtigsten Ressourcen dem Diktat privater Interessen zu unterwerfen. Es ist jedoch gleichermaßen zum Trend geworden, dass diejenigen, die von den Auswirkungen der Trinkwasserprivatisierung betroffenen sind, sich dagegen auflehnen. Wasserprivatisierungen haben soziale Bewegungen entstehen und Regierungen stürzen lassen.

EUROPÄISCHE WASSERBEWEGUNG

Beim Europäischen *Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst* (EGÖD) begriffen wir schnell, dass es sich bei Wasserprivatisierung um ein Thema handelt, bei dem Beschäftigte (insbesondere des öffentlichen Dienstes) zwar eine wichtige Rolle spielen können, aber keine so zentrale wie bei Kämpfen um Löhne oder Arbeitsbedingungen. Es war also wichtig, ein breites Bündnis verschiedener Akteure aufzubauen, das eine Kampagne zu diesem Thema sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene voranbringen würde. Zunächst suchten wir nach einer Art ›Leuchtturmprojekt‹ und fanden das erfolgreiche Wasserreferendum der italienischen Bewegung.

Im Jahr 2011 hatten die ItalienerInnen dafür mehr als 1,4 Millionen Unterschriften gesammelt. Es ging damals darum, ein Gesetz zu kippen, das – ähnlich wie die Barnier-Richtlinie – kommunale öffentliche Dienste, insbesondere die Wasserversorgung und die Müllabfuhr, liberalisiert und privatisiert hätte. Die Zahl der Unterschriften überstieg das notwendige Quorum um ein Vielfaches. Das Ergebnis war vor allem deshalb wichtig, weil die politische Linke in den vorangegangenen Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitten hatte und es im Parlament keine wirkliche Opposition gegen die Politik der damaligen Regierung Berlusconi gab. Ein Volksbegehren hatte das Referendum auf den Weg gebracht, das von den Medien lange quasi totgeschwiegen wurde. Auch die sozialdemokratisch-sozialliberale *Partito Democratico* unterstützte das Anliegen erst wenige Tage vor dem Abstimmungstermin (als klar war, dass sich ein überwältigender Sieg abzeichnete). Das Ergebnis schlug in der italienischen Politik ein wie eine Bombe. Am 12. und 13. Juni 2011 gelang – nach Jahren zahlreicher Niederlagen gegen die Neoliberalen – endlich wieder ein Sieg: 27 Millionen ItalienerInnen sagten Nein zur Wasserprivatisierung. Landauf, landab waren seit 2007 hunderte von Komitees gegründet worden, die ein solches Ergebnis möglich gemacht hatten.

PABLO SANCHEZ arbeitet als Kampagnen- und Kommunikationsbeauftragter beim *Europäischen Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst* (EGÖD). Er war einer der Koordinatoren der europäischen Bürgerinitiative »Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht«.

Dies war ein Modell, das eine Inspiration für andere Länder sein konnte. Darüber hinaus hatten wir den Volksentscheid in Berlin im Februar 2011 vor Augen, der den Senat gezwungen hatte, die Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe offenzulegen. Und insgesamt sahen wir in verschiedenen wichtigen Bereichen des öffentlichen Dienstes den Beginn einer europäischen Rekommunalisierungswelle – und hofften, daran anschließen zu können. Mit Blick auf die Aktivitäten der europäischen Wasserbewegung (*European water movement*) wurde also entschieden, die EBI zu einem zentralen Instrument im Kampf um Wasser als öffentliches Gut und Menschenrecht zu nutzen. Das Instrument schien geeignet, um eine große Kampagne zu starten, und würde gleichzeitig die Frage nach einer demokratischen Kontrolle des politischen Lebens wieder auf die Tagesordnung setzen. Vor dem Hintergrund des Berliner Volksentscheids, des italienischen Referendums, des Kampfes gegen die Privatisierung der Wasserwerke von Madrid und angesichts der Kämpfe gegen die Austeritätspolitik in Griechenland, Irland und Portugal waren alle einverstanden, den nächsten Schritt zu gehen.

DIE ROLLE DES EGÖD

Der EGÖD hatte bereits auf seinem Kongress 2009 in Brüssel beschlossen, die – damals noch in Planung befindliche – EBI als Kampagnen-Instrument zu nutzen, sobald das Werkzeug zur Verfügung stehen würde. Anfang 2010 begannen wir in unserer Organisation mit einer Art interner Kampagne, um für gemeinsame Aktivitäten auf EU-Ebene von unseren Mitgliedsorganisationen so viel Unterstützung wie möglich mobilisieren zu können. Die Frage, ob gemeinsame Projekte in föderalen europäischen Organisationen von Erfolg gekrönt sind, hängt direkt vom Willen der Einzelorganisationen ab, die gemeinsamen Themen auf lokaler Ebene zu verankern. Europäische Politik wird immer noch sehr stark durch eine nationale Brille betrachtet. Das macht es schwierig, in den (mindestens) 28 verschiedenen Kommunikationskanälen *eine* Botschaft zu transportieren. Zudem setzte die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Führungskreise vieler progressiver Organisationen unter Druck. Aber das Thema selbst half uns, diese Hürde zu nehmen. Ohnehin sind es eher die vielen Organisationen, die dazu tendieren, sich auf die nationale Ebene zurückzuziehen – nicht die Bürgerinnen und Bürger! Die Liberalisierung der Wasserversorgung steht schon seit Jahren auf der Tagesordnung und obwohl die Wasser- und sanitäre Grundversorgung in vielen Ländern noch überwiegend öffentliches Eigentum ist, haben große Teile der Bevölkerung ein Gespür dafür, dass diese in Gefahr ist.

BREITE ALLIANZEN

Wir bemühten uns also von Anfang an, alle unsere Mitgliedsorganisation einzubinden. Das klingt einfach, aber bei mehr als 250 Gewerkschaften, die rund acht Millionen Beschäftigte in 30 Ländern vertreten, ist es eine echte Herausforderung, überregionale mit lokalen Kampagnen auf einen Nenner zu kriegen. Unsere Diversität als Gewerkschaftsverband ist eine Stärke, aber sie mindert auch die Geschwindigkeit, mit der sich die

Dinge anschieben lassen. Nachdem wir intern mobilisiert hatten, traten wir mit unserem Vorschlag der EBI an die bestehenden Wasserbewegungen in den einzelnen Ländern heran und setzten uns auch mit anderen europäischen Organisationen in Verbindung, die eine dem EGÖD vergleichbare Struktur haben: vom *Europäischen Umweltbüro* bis zum Netzwerk *Women in Europe for a Common Future*. Der Grundgedanke dabei war, Aufgaben zu verteilen, und dort auf alternative Strukturen zurückgreifen zu können, wo unser eigenes Netzwerk nicht handlungsfähig sein sollte.

DIE BÜRGERINITIATIVE STARTET

Die EBI wurde zum frühest möglichen Zeitpunkt, am 1. April 2012, bei der Europäischen Kommission (EU-Kommission) registriert und bekam am 10. Mai grünes Licht von der Politik. Die Möglichkeit, online unterschreiben zu können, war Anfang August gegeben und im September starteten wir die Kampagne, die zunächst recht langsam in die Gänge kam. Wir trafen uns mit Gewerkschaften in ganz Europa, mussten erklären, was eine EBI ist, warum die Leute unterschreiben sollten etc. Die ersten Monate waren von allen möglichen technischen Pannen, von Problemen und von Leuten geprägt, die uns sagten, wir würden unser Ziel niemals erreichen. Zum Jahresende 2012 hatten wir europaweit weniger als 200 000 Unterschriften, waren damit zum damaligen Zeitpunkt aber immer noch die erfolgreichste registrierte EBI.

Die Medien spielten eine wichtige Rolle. In Deutschland lief ein Fernsehbeitrag, der positiv über unser Anliegen berichtete und auf die gezielte Beeinflussung der EU-Kommission durch Wirtschaftsunternehmen hinwies. Dies half uns ungemein, zu veranschaulichen, worum es in unserer EBI ging. Die Sendung brachte hunderte BürgerInnen dazu, für die EBI Websites und Gruppen in sozialen Netzwerken zu gründen, Blogbeiträge zu verfassen und auf der Straße Unterschriften zu sammeln. All das ohne irgendeine Aufforderung von Seiten der europäischen oder nationalen Träger. Diese Entwicklung hatte einen elektrisierenden Effekt auf die Kampagne selbst. Es war ein großer und großartiger Prozess der Aufklärung, in dem BürgerInnen sich gegenseitig erklärten – und das manchmal auf sehr einfallsreiche Weise –, warum sie unterzeichnen sollten. Es zeigte sich, was in einer solchen Kampagne



Steve Garner/ flickr

drin stecken kann, wenn die Bevölkerung das Thema als ihr eigenes begreift.
Die Kampagne wurde zum kollektiven Eigentum und dies war der Schlüssel zu ihrem Erfolg: Sie war nicht länger eine EGÖD- oder ver.di-Kampagne, sondern war eine echte Bürgerbewegung geworden. Die Kampagne für Wasser als öffentliches Gut war selbst zu einem öffentlichen Gut, zu einem *Commons* geworden. Dieser Schritt gelang uns nicht in allen Ländern und tatsächlich ist ein solcher Prozess schwierig zu kopieren – aber er offenbarte das Potenzial von guter Kampagnenarbeit.

Auf unseren ersten Erfolg in Deutschland folgten Domino-Effekte in Österreich, in der Slowakei, in Slowenien, den Niederlanden und in Luxemburg. Schließlich trug dies dazu bei, dass andere Länderkampagnen – etwa in Spanien, Griechenland oder Italien, wo gut verankerte Wasserbewegungen existierten und lediglich einen Anstoß brauchten – einen ähnlichen Prozess durchliefen.

UND WAS HAT'S GEBRACHT?

Unsere Forderung war, dass Wasser zum Menschenrecht erklärt und von den europäischen Binnenmarktregeln ausgenommen wird, denn auf der lokalen Ebene ist es einfacher, Politiker in die Verantwortung zu nehmen. Wird die politische Auseinandersetzung erst einmal auf der nationalen, der europäischen oder gar einer globalen Ebene geführt, verliert sie für viele Leute das greifbare, das lokale Element – ein Element, das für das Anliegen, Wasser als öffentliches Gut zu etablieren, sehr wichtig ist. In diesem Sinne ist eine europäische Petition eben nur dann sinnvoll, wenn sie mit einer lokalen Mobilisierung verbunden werden kann; und genau dazu kam es in verschiedenen Ländern. Ein europäisches Gesetzesvorhaben stand zur Debatte und es gelang uns, zugleich über Wasser, über soziale Infrastruktur *und* über lokale Demokratie zu reden, und zwar mit Hunderttausenden von Leuten.

Die europaweite Sammlung von 1,9 Millionen Unterschriften binnen eines Jahres entwickelte eine starke politische Dynamik und hatte Wirkung auf die EU-Kommission, die sich – sehr zum Verdruss der Lobby der privaten Wasserwirtschaft – gezwungen sah, die Wasser- und sanitäre Grundversorgung von der Konzessionsrichtlinie auszunehmen; obwohl das gar keine explzite Forderung der EBI gewesen war. Das war ein erster wirklicher Erfolg: Schließlich passiert es nicht alle Tage, dass ein EU-Kommissar derart einlenken muss! Ein weiteres positives Ergebnis der Kampagne sind die deutlich intensivierten Beziehungen der verschiedenen Akteure, die auf die eine oder andere Weise an der Kampagne beteiligt waren. Auch das ist ein großer Schritt nach vorne, schließlich war es ein erklärtes Ziel, Synergieeffekte in der Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen und sozialen Kampagnenorganisatoren sowie öffentlichen Unternehmen zu erzielen: insbesondere für die Arbeit, die wir nun vor uns haben, da die Unterschriften gesammelt sind. Damit liegen wir ganz klar auf einer Linie mit der Ansicht vieler Aktivistinnen und Aktivisten, dass es nämlich bei der EBI nicht so sehr um die politische Forderung an die EU-Kommission ging, sondern um ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung der Menschen und der

öffentlichen Meinung: Sie hat dazu beigetragen, dass eine europäische Wasserbewegung entstanden ist.

Wir müssen aber auch ehrlich sein und die Probleme der Kampagne benennen. Zum Beispiel in Frankreich und Schweden (wo die Gewerkschaften besonders stark sind) gelang es uns nicht, die erforderliche Mindestanzahl an Unterschriften zu sammeln. Woran lag das? Zum einen: Wenn eine Kampagne als Eigentum einer spezifischen Organisation, einer Gruppe oder gar einer Person wahrgenommen wird, ist es sehr schwierig, die Kampagnenziele zu erreichen. Es sei denn, diese Gruppe verfügt über extrem viele Ressourcen oder das Thema ist ihr einziges Betätigungsfeld. Zweitens ist Wasser – wie Gesundheit und Bildung auch – eines der Themen, bei dem die Leute das Gefühl haben wollen, sich auf die Gesellschaft verlassen zu können. Eine Kampagne in diesen Feldern muss also einen gesellschaftlichen Blickwinkel einnehmen. Dort wo nur der besondere Aspekt der Wasser- und sanitären Grundversorgung im Zentrum stand – also öffentliche Dienstleistungen und die Demokratiefrage außen vor gelassen wurden –, war die Mobilisierungsfähigkeit eingeschränkt und das erschwerte den Erfolg.

VORLÄUFIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Instrument der EBI ist sicher nicht die allerbeste Art, sich an europäischer Politik zu beteiligen. Aber es ist *das einzige* Instrument für die ›normale EuropäerIn‹, der mächtigsten Institution der EU eine Botschaft zu übermitteln. Die EBI hat viele Schwächen und Beschränkungen. Wir haben sie jedoch als Mobilisierungsinstrument genutzt, um sicherzustellen, dass unsere Stimme gehört wird. In diesem Sinne haben wir unser Hauptziel erreicht. Die Zeit wird zeigen, ob die Kommission und die Mitgliedstaaten die Stimme von fast zwei Millionen BürgerInnen ernstnehmen werden. Was wir aber in jedem Fall erreicht haben, ist eine Koalition von Gewerkschaften, Umweltorganisationen, aktiven Bürgerinnen und Bürgern, politischen (meist linken) Parteien und sogar Kulturorganisationen auf die Beine zu stellen und gemeinsam übergreifende und partizipative Strukturen zu schaffen, um Hunderttausende nach ihrer Meinung zu einem relativ komplizierten politischen Thema zu befragen.

Mit einer gut organisierten Kampagne ist es also möglich, europaweit Millionen Menschen zu begeistern und erste Schritte zu machen, um Kräfteverhältnisse auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu verschieben. Die EBI hilft nicht nur den lokalen Kampagnen gegen die Wasserprivatisierung in Athen, Thessaloniki, Madrid und anderswo. Sie hilft auch landesweiten Bewegungen zur Rekommunalisierung und zur Verteidigung anderer öffentlicher Dienste. Sie zeigt, dass die Leute sich Gedanken machen, sobald man ein Thema konkret fasst. Und sie hat dazu beigetragen, eine Debatte über die Zukunft dessen zu eröffnen, was in nord-, süd-, ost- und westeuropäischen Ländern das »europäische Sozialmodell« genannt wird.

Aus dem Englischen von Andreas Förster

ZUM WEITERLESEN:
WWW.RIGHT2WATER.EU

ARBEITSZEIT UND INDIREKTE STEUERUNG

EVA BOCKENHEIMER

UND STEPHAN SIEMENS

Arbeitszeitverkürzung gehört im Kapitalismus seit jeher zu den Kernthemen gewerkschaftlicher Kämpfe. Mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metallindustrie Anfang der 1990er Jahre konnten die Gewerkschaften einen beachtlichen Erfolg feiern. Doch seitdem wurde nicht nur die reelle, sondern auch die formelle Arbeitszeit in fast allen Branchen wieder verlängert. Heute arbeiten viele Beschäftigte ›von selbst‹ weit über das gesunde Maß und die tariflich vereinbarten Zeiten hinaus. Bislang verfolgen die Gewerkschaften im Wesentlichen zwei Strategien, dem zu begegnen: Die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich soll neben überlangen Arbeitszeiten der Beschäftigten auch der Arbeitslosigkeit entgegenwirken (vgl. Bontrup et al.). VerfechterInnen der zweiten Strategie hingegen gehen davon aus, dass eine Verkürzung der formellen Wochenarbeitszeit weder aktuell durchsetzbar ist, noch positiven Einfluss auf die reale Arbeitszeit hätte.

Sie favorisieren deshalb innerbetriebliche Maßnahmen, mit denen die individuelle Zeitsouveränität und die Selbstbestimmung der Beschäftigten gestärkt werden soll (vgl. Schwitzer et al.). Beide Strategien greifen zu kurz, denn sie befassen sich nicht ausreichend mit den Hintergründen und Ursachen überlanger Arbeitszeiten. Und sie übersehen häufig die neuen Kampfbedingungen, die eine andere gewerkschaftliche Antwort als die der 1980er Jahre erfordern.

INDIREKTE STEUERUNG

Früher traten die ›Arbeitgeber‹ zwischen die Beschäftigten und den Markt. Sie steuerten direkt, indem sie den Beschäftigten sagten, was zu tun ist. Im Zweifel verliehen sie ihrem Anliegen durch Kontrolle und Zwangsmaßnahmen gewissen Nachdruck. Heutzutage steuern sie indirekt: Sie treten aus dieser Mittelstellung heraus und überlassen mehr und mehr den in Teams, Profitcentern und Business-Units organisierten Beschäftigten die Unternehmerfunktionen. Die Beschäftigten stehen zugeschnittenen, organisierten und segmentierten Märkten gegenüber. So bekämpfen sich z.B. Saturn und Mediamarkt bis auf das Messer, immer für dieselbe Tasche: den Metrokonzern. Die Zusammenarbeit der Beschäftigten wird als Konkurrenz organisiert. Im Management-Jargon wird dies »Coopetition« genannt (eine Verknüpfung von *Cooperation* und *Competition*). Die Unternehmensleitungen wenden sich heute also nicht mehr an das Bewusstsein der Beschäftigten, sondern versuchen im Gegenteil durch unbewusst bleibende Steuerungsprozesse die Profitabilität zu erhöhen.

Damit sich die Teams, die Business-Units wie von selbst für das entscheiden, was aus Sicht der Unternehmensführung am besten, d.h. am profitabelsten ist, wird hierfür eine entsprechende »Umwelt« geschaffen (Landy/Conte 2004). Das Management organisiert Anlässe, bei denen andere – KollegInnen, KundInnen oder LieferantInnen – die Beschäftigten in eine Situation bringen, für den gemeinsamen unternehmerischen Zweck etwas (mehr) zu tun. Denn was die Beschäftigten wollen, hängt von den Bedingungen ab, unter denen sie diese Entscheidung treffen. So kommen sie in eine Doppelrolle: Sie sind abhängig Beschäftigte und nehmen zugleich gemeinsam Unternehmerfunktionen wahr (Peters 2001, 18ff). Beide Rollen treten aber wieder auseinander: ›Wir‹ gemeinsam als Team, als Business-Unit, als Profitcenter haben die Unternehmerfunktion inne, aber ›ich‹, ›du‹, ›er‹, ›sie‹, ›es‹ – dieselben ›wir‹, nur als Einzelne – müssen umsetzen, was ›wir gemeinsam‹ beschlossen haben. Diese ›Ich-Wir‹-Struktur bleibt unbewusst und treibt uns dazu an, länger zu arbeiten als tariflich

STEPHAN SIEMENS ist Philosoph. Als Marxist weiß er, dass sich in der Ökonomie der Zeit alle Ökonomie auflöst. Im Rahmen der von ihm gegründeten Initiative *Meine Zeit ist mein Leben* macht er gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

EVA BOCKENHEIMER hat zur Hegelschen Familien- und Geschlechtertheorie promoviert. Seitdem ist auch sie in der gewerkschaftlichen Bildung tätig. Zusammen mit Stephan Siemens und der Regisseurin Carmen Losmann hat sie ein Buch zum Film *Work Hard Play Hard* herausgegeben.

erforderlich. Schließlich möchten wir das Team nicht hängen lassen, denn umgekehrt fordern auch wir von den anderen ihren Beitrag zum Teamerfolg. Neben diese allgemeine Tendenz tritt bei der Arbeitszeit ein besonderes Problem hinzu: die Diskrepanz zwischen der Idealität der Unternehmerfunktion und der Materialität der wirklichen Arbeit. Diese äußert sich z.B. so: Wir versuchen einen Auftrag zu bekommen – der Liefertermin ist dabei entscheidend. Um in Konkurrenz mit anderen Anbietern zu bestehen, machen wir straffe Terminzusagen, die nur unter optimalen Bedingungen eingehalten werden können. Sie sind – wie alle unternehmerischen Vorgaben – ideelle Annahmen und erweisen sich in der Praxis oft als unrealistisch. Wir Beschäftigten wissen das unterschwellig und planen unsere Freizeit und die der KollegInnen mit ein. Und wir setzen dieses Verhalten – frei nach dem Motto »Das Wir entscheidet« – gegeneinander und gegen uns selbst durch. Der Unterschied zwischen den wirklichen Arbeitszeiten und den tariflich vereinbarten spiegelt also die Macht der – von der Unternehmensleitung organisierten und zur indirekten Steuerung genutzten – Gruppendynamik in den Teams. Überdies werden die Beschäftigten mit ›zufällig‹ erscheinenden Anforderungen aus der sogenannten ›Umwelt‹ konfrontiert, die schlecht abgelehnt werden können. Diese erscheinen uns deshalb als zufällig, weil sie nicht unmittelbar auf Aktionen des Managements zurückzuführen sind: Beispielsweise führt eine zu dünne Personaldecke immer wieder dazu, dass KollegInnen füreinander einspringen müssen. Besser ist es, da mitzumachen, weil man vielleicht selbst einmal vertreten werden muss. Oder: Das Unternehmen spart sich die Einarbeitung neuer MitarbeiterInnen und setzt darauf, dass KollegInnen mit Erfahrungswissen dies ›nebenbei‹ übernehmen. An Beispielen mangelt es nicht. Geschickte Führungskräfte wissen den Beschäftigten auf diese Weise erheblich mehr Arbeitszeit zu entlocken als vertraglich vereinbart – Arbeitszeit, die oft weder erfasst noch vergütet wird.

Durch den so gesteigerten Arbeitsdruck sind tariflich vereinbarte Arbeitszeiten zunehmend nicht mehr durchsetzbar. Schon in den 1990er Jahren berichtete der Betriebsrat von IBM, dass KollegInnen ausgestempelt haben, um dann weiterzuarbeiten (vgl. Peters et al. 1999, 100). Diese Tendenz hat sich teils fortgesetzt, teils durch Vertrauensarbeitszeit erübrigt. Die Verantwortung dafür scheint nicht mehr beim Unternehmen zu liegen, sondern bei den Einzelnen. Nicht die Arbeitsorganisation scheint das Problem zu sein, sondern die individuelle Unfähigkeit, der eigenen Arbeit Grenzen zu setzen.

GESELLSCHAFTLICHER FORTSCHRITT?

Bisher haben wir die Übernahme der Unternehmerfunktion vor allem als eine äußere Anforderung an die Beschäftigten betrachtet, durch die Unternehmen versuchen, den Profit zu steigern. Auch wenn es so scheinen mag, als beherrschten die Unternehmen den Prozess der indirekten Steuerung, trifft dies nicht zu. Die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit ist gestiegen. Beschäftigte arbeiten heute produktiver und profitabler, weil – und wenn – sie sich mit dem Sinn ihrer Arbeit in der Arbeit auseinandersetzen. Um diese Produktivität zu nutzen, passen sich die Unternehmen daran



»Working the night shift«, Jeffrey Smith/flickr

an: Sie überlassen den Beschäftigten mehr und mehr die Unternehmerfunktion. Im Kapitalismus gibt es ein Kriterium für den Sinn gesellschaftlicher Arbeit: den Profit. Die Beschäftigten fangen an, sich vor ihrem ›Arbeitgeber‹ für die Profitabilität ihrer Arbeit zu rechtfertigen. Indem sie die Unternehmerfunktionen an sich ziehen, lernen sie ihre Zusammenarbeit selbst zu organisieren – und zwar im globalen Maßstab. Da sie aber keine Kapitalisten sind, müssen sie sich mit dem Unterschied zwischen dem, was *im eigentlichen Sinne gesellschaftlich produktiv* ist, und dem, was *im beschränkten Sinne eines kapitalistischen Unternehmens* produktiv – d.h. *profitabel* – ist, auseinandersetzen. Sie lernen, die sozialen Kosten in die Betrachtung einzubeziehen, v.a. die am eigenen Leibe erfahrenen gesundheitlichen Kosten, die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen sowie die sozialen Verwerfungen. Indirekte Steuerung setzt die Unbewusstheit der eigenen Fähigkeiten voraus, nur so lassen wir uns ›indirekt‹ steuern. Machen wir uns diese Fähigkeiten jedoch bewusst, können wir gemeinsam lernen, uns der Steuerung zu entziehen und die gesellschaftliche Produktion so zu organisieren, dass sie für uns Beschäftigte gut ist. Der Prozess der Auseinandersetzung mit dem Sinn der Arbeit *in* der Arbeit ist in diesem Sinne ein gesellschaftlicher Fortschritt, der durch die kapitalistischen Bedingungen jedoch stark beschränkt wird und mangels Bewusstheit als bloß negativ erscheint.

GEMEINSAM DIE ARBEITSZEIT BEHERRSCHEN LERNEN

Unter den Bedingungen indirekter Steuerung ist also eine formelle Verkürzung der Arbeitszeit keine Lösung. Um wirklich weniger lang zu arbeiten, müssen wir verschiedene Lernprozesse durchlaufen: Wir müssen lernen, mit der Unternehmerfunktion so umzugehen, dass sie sich nicht gegen uns wendet. Wir müssen die Mechanismen der indirekten Steuerung besser verstehen und sie uns in unserer konkreten Arbeitssituation immer wieder bewusst machen. Bezogen auf die Arbeitszeit müssen wir eine realistische Einschätzung zu der Zeit gewinnen, die wir wirklich brauchen für bestimmte Tätigkeiten. Das würde uns ermöglichen, bei Projekten Verhandlungen zu führen, bei denen wir uns nicht durch völlig unrealistische Zeitvorgaben unter Druck setzen (lassen). All diese Lernprozesse können nicht individuell gemacht werden. Sie bedürfen der kollektiven Aktion der KollegInnen.

Aus dieser Analyse ergeben sich erste Schritte und weiter reichende Perspektiven, wie wir Kontrolle über die eigene Arbeitszeit gewinnen können:

1 | Bislang diente die Zeiterfassung als Kontrollinstrument, einerseits des Unternehmens über die erbrachte Arbeitsleistung, andererseits als eines der Gewerkschaften und Betriebsräte über die angeeignete Arbeitszeit. Unter den Bedingungen indirekter Steuerung brauchen wir darüber hinaus eine Zeiterfassung, die es den Beschäftigten *selbst* ermöglicht, die Kontrolle über ihre *realen* Arbeitszeiten zu gewinnen. Das gilt sowohl für ›umweltbedingte‹ Nebentätigkeiten als auch für ›nebenbei‹ erledigte E-Mails. Ziel muss es sein, die Differenz zwischen tatsächlicher und tariflicher Arbeitszeit zu erfassen und ihre Ursachen zu durchdringen. Die Konse-

quenzen daraus dürfen sich nicht auf eine moralische Verurteilung der ›Zeitsünder‹ reduzieren, sondern müssen eine gemeinsame Auseinandersetzung darüber in den Teams beinhalten. Hier wird das eigentliche Problem sichtbar: Wie verhält sich die Solidarität im Team bei der gemeinsamen Wahrnehmung der Unternehmerfunktion zur gewerkschaftlichen Solidarität der KollegInnen bei der Erkämpfung von realen Arbeitszeiten, die den tariflichen Vereinbarungen entsprechen?

2 | Um zunehmenden psychischen Belastungen, überlangen Arbeitszeiten und Arbeitsdruck entgegenzuwirken, müssen sich die Beschäftigten gemeinsam für eine stärkere Personaldecke einsetzen. Sie dürfen sich dabei nicht gegen andere Teams und Unternehmenseinheiten ausspielen lassen. Letztlich muss die Frage beantwortet werden, wie hoch der Gewinn sein kann, der einer Unternehmenseinheit entnommen werden kann. Die Unternehmen setzen heutzutage die Gewinnerwartungen fest, die dann herunter gebrochen werden. Hier müssen die gegebenen Ressourcen und der reale Zeitaufwand einberechnet und die Gewinnerwartungen entsprechend nach unten korrigiert werden. Dies durchzusetzen, ist eine gemeinsame Aufgabe der Belegschaft. Und zwar so lange, bis reale und tarifliche Arbeitszeiten einander entsprechen.

3 | Diese Strategie geht notwendig zu Lasten des eigenen Unternehmens, wenn nicht die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten durch die Organisation in den Gewerkschaften ausgeschaltet wird. Es bedarf daher einer breiten gewerkschaftlichen Initiative, die der Arbeitszeitfrage einen allgemeinen Charakter verleiht. Wir brauchen eine Arbeitszeitdiskussion, die durchaus mit der Kampagne für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche vergleichbar ist, sich aber nicht auf neue Regelungen beschränkt, sondern auf die Instrumente zielt, mit denen diesen Regelungen *Wirksamkeit* verschafft werden kann.

4 | Gelingt es durch eine solche gewerkschaftliche Organisation, sich mit der Verselbständigung der Teamprozesse auseinanderzusetzen und diese unter die eigene Kontrolle zu bringen, so verwandelt sich diese Form der Arbeitsorganisation dahin, die individuelle Arbeitskraft mit der gesamtgesellschaftlichen Arbeitskraft in der wirklichen Zusammenarbeit zu vermitteln. Perspektivisch entsteht die Fähigkeit, die Planung der gesellschaftlichen Produktion mit der individuellen Freiheit zu vereinen und damit ein Problem zu lösen, an dem der real existierende Sozialismus gescheitert ist. Diese Fähigkeit könnte uns ermöglichen, den Kapitalismus zu überwinden und an seine Stelle eine sozialistische Produktion auf Grundlage der freien, selbsttätigen Vermittlung der eigenen Arbeitstätigkeit mit der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit zu setzen.

LITERATUR

Bontrup, Heinz J. und Mohssen Massarrat (Hg.), 2013: *Arbeitszeitverkürzung jetzt! 30-Stunden-Woche fordern!*, Bergkamen

Landy, Frank J. und Jeffrey M. Conte, 2004: *Work in the 21st Century – An Introduction to Industrial and Organizational Psychology*, Boston

Peters, Klaus, 2001: Die neue Autonomie in der Arbeit, in: ders./Wilfried Glissmann (Hg.), *Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*, Hamburg, 18–40

Ders., Stephan Siemens und Wilfried Glißmann, 1999: *Meine Zeit ist mein Leben. Neue betriebspolitische Erfahrungen zur Arbeitszeit. Denkanstöße – IG Metaller in der IBM*. Sonderheft, Frankfurt

Schwitzer, Helga, Kai Ohl, Richard Rohnert und Hilde Wagner (Hg.), 2010: *Zeit, dass wir was drehen! Perspektiven der Arbeits- und Leistungspolitik*, Hamburg

AUS DEM ALLTAG DER ERNEUERUNG

AUS DEM ALLTAG DER ERNEUERUNG

EIN TATSACHENBERICHT

DIETER KLEIN

Ich erlebte den geschichtlichen Umbruch vom Staatssozialismus zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften an der Humboldt-Universität. Dort nahm er für mich und viele andere individuelle Gestalt an. Wie sich ›der Markt‹ und große Teile der westdeutschen Machteliten den Verlauf vorstellten, war am 11. Mai 1991 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen. In seiner offenherzigen Art offenbarte Arnulf Baring unter der Überschrift »Warum ich an die Humboldt-Universität will«, in welchem Geist die ostdeutsche Transformation sich zu vollziehen habe: »Als im Herbst 1989 die DDR bankrott und völlig diskreditiert zusammenbrach, nahm ich in aller Unschuld an, mit diesem Scheitern sei auch das Ende jener elenden Einrichtung gekommen, die sich dreist als Erbe, ja als Fortsetzung der alten Berliner Universität Unter den Linden ausgegeben hatte. Nach meiner Überzeugung musste die kommunistische Humboldt-Universität schlicht und einfach verschwinden, die Freie Universität an ihre Stelle treten, als Friedrich-Wilhelm-Universität. [...] Ich hielt und halte es daher für ganz selbstverständlich, dass wir – in meinem Fall die Historiker der Freien Universität – in absehbarer Zeit an die alte Universität übersiedeln würden, übersiedeln werden.« Mit dieser Haltung reihte er sich in den großen Kreis jener ein, über die Edward Said schrieb, derjenige Intellektuelle habe sich schon aufgegeben, der sich nach einem Wort von Aimé Césaire »einen Platz beim Rendezvous der Sieger« wünsche.

Die Sektion Geschichte wurde tatsächlich komplett abgewickelt. Von den 782 Hochschullehrern der Humboldt-Universität verloren 644, das heißt 82,6 Prozent, ihre Position. Nur 16,4 Prozent des 1989 an der Universität beschäftigten Wissenschaftspersonals gehörten ihr im Jahr 1994 noch an.

Unter den westdeutschen Professoren, die vom Berliner Wissenschaftssenator berufen wurden, um im Rahmen eines Elitenwechsels die Evaluierung der Humboldt-Universität zu leiten, befanden sich aber auch andere als Arnulf Baring. Etliche von ihnen waren um eine individuelle und faire Prüfung der zu Evaluierenden bemüht. Doch sie hatten einen schwierigen Auftrag: Die weitgehende Abwicklung einer Universität, die in vielen

DIE EINEN SAHEN SICH ALS DIE RECHTMÄSSIGEN RETTER DES LICHTES DER WISSENSCHAFT VOR ÖSTLICHER DUNKELHEIT. ANDERE WUSSTEN DURCHAUS, DASS SIE MANCHES LICHT LÖSCHTEN, UM DIE EIGENE KERZE AUFSTELLEN ZU KÖNNEN.

DIE EINEN SAHEN SICH ALS DIE RECHTMÄSSIGEN RETTER DES LICHTES DER WISSENSCHAFT VOR ÖSTLICHER DUNKELHEIT. ANDERE WUSSTEN DURCHAUS, DASS SIE MANCHES LICHT LÖSCHTEN, UM DIE EIGENE KERZE AUFSTELLEN ZU KÖNNEN.

Disziplinen internationalen Ruf besaß, die zugleich aber Teil der gescheiterten partei- und staatssozialistischen Strukturen war. Zu evaluieren waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, deren kritische Funktion als Intellektuelle durch eben diese Strukturen weitgehend blockiert war. Ihre Aufgabe hätte die öffentliche Intervention für progressive Veränderung in der Gesellschaft sein sollen, einer DDR-Gesellschaft, die aber keine kritische Öffentlichkeit zuließ. Die »paradoxe Synthese von Autonomie und politischem Engagement« soll nach Pierre Bourdieu den Intellektuellen ausmachen; solche Autonomie war den Universitäten der DDR und den dort Tätigen aber nicht zugebilligt. Ohne das erforderliche Wissen über zwangsläufig oft nur interne, nicht-öffentliche kritische Diskurse und Bemühungen sollte nun von außen über das Schicksal dieser Menschen geurteilt werden. Zu entscheiden war, ob sie individuell haftbar zu machen wären für die Strukturen, in denen sie gelebt und gearbeitet hatten. Was für eine Verantwortung!

Nach dem Triumph der westlichen Gesellschaften über die östlichen schienen die Evaluierer jedoch ausgerüstet mit dem richtigen Maß für ihre Entscheidungen. Die Versuchung war groß, fast verständlich, dass sie sich im Besitz eines Wahrheitsmonopols für den einzuschlagenden Weg glaubten – gerade erst bestätigt durch die Implosion des Staatssozialismus samt seiner auch an den Universitäten allgegenwärtigen Dogmen, die natürlich für eine Reihe von Wissenschaftsdisziplinen besonders abträglich waren. Die Geschichte kam allerdings gewandet in Ironie daher. Es war unsere Schuld, die Schuld der meisten Intellektuellen der DDR, sich nicht oder nicht rechtzeitig und keineswegs konsequent genug dem Wahrheitsanspruch der herrschenden Partei widersetzt zu haben. Nun wurde mit ihnen im Namen einer neuen Wahrheit verfahren, in der Regel, ohne dass deren Träger diese in Frage stellten. Die einen sahen sich als die rechtmäßigen Retter des Lichtes der Wissenschaft vor östlicher Dunkelheit. Andere wussten durchaus, dass sie manches Licht löschten, um die eigene Kerze aufstellen zu können. Sie erstreckten die gewohnten Strukturen über die, die durch historische

DAS STAATSSOZIALISTISCHE SYSTEM EINSCHLIESSLICH SEINES WISSENSCHAFTSSYSTEMS HATTE VOR DEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT VERSAGT. DIES KONNTE NICHT OHNE KONSEQUENZEN FÜR DIE EINZELNEN BLEIBEN.

DAS STAATSSOZIALISTISCHE SYSTEM EINSCHLIESSLICH SEINES WISSENSCHAFTSSYSTEMS HATTE VOR DEN HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT VERSAGT. DIES KONNTE NICHT OHNE KONSEQUENZEN FÜR DIE EINZELNEN BLEIBEN.

Umstände in die nun gestürzten Gefüge hineingewachsen waren. Viele taten dies nicht ohne Sympathie mit einigen der Angestammten und auch nicht, weil sie deren Leistung missachteten. Und doch folgten sie politischen Vorgaben, wenn sie wider eigenes besseres Wissen und Gewissen »ohne Wenn und Aber Biografien entlegitimierten« und damit Unrecht taten, wie Wolf Lepenies, damaliger Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, es ausdrückte. Häufig mit der Begründung, dass ihre östlichen Kollegen sich zu nachgiebig gegen die Zwänge des Staatssozialismus verhalten hatten, beförderten sie diese – den eigenen strukturellen Zwängen folgend – ins wissenschaftliche und soziale Aus. Manche von ihnen erklärten mir im persönlichen Gespräch, wie schwer es ihnen fiele, den vorgegebenen Rastern der Senatsverwaltung für den Umgang mit dem östlichen Wissenschaftspersonal zu folgen. Aufgrund eigener Erfahrungen im Umgang mit herrschenden Strukturen war dies nachvollziehbar. Nur passte es nicht recht zu dem Anspruch souveräner individueller Entscheidungen westlicher Intellektueller.

Die östlichen Verhältnisse mussten tatsächlich von Grund auf erneuert werden. Das staatssozialistische System einschließlich seines Wissenschaftssystems hatte vor den Herausforderungen der Zeit versagt. Dies konnte nicht ohne Konsequenzen für die Einzelnen bleiben. Die Konsequenzen für mich waren weit milder als für viele meiner Kolleginnen und Kollegen, die Abschied von der Universität, meist von wissenschaftlichen Lebensperspektiven, von aller gewohnten sozialen Einbindung und erst recht von sozialer Sicherheit zu nehmen hatten. Als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften war mir dieser Weg nach den amtlichen Regeln der Abwicklung fast drei Jahre hindurch ebenfalls so gut wie sicher. Dann aber wurde ich den neu berufenen Professoren zwar ausdrücklich nicht gleichgestellt, statt einer Entlassung aber arbeitsrechtlich nur zu den akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinunter gestuft – allerdings mit der Wahrnehmung professoraler Pflichten beauftragt. Auf solch innovativem Wege wurde ich zu einer Art akademischem Doppelwesen.

DER MANN, DER ÜBER DIE INTEGRITÄT DER OSTDEUTSCHEN ÖKONOMEN AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU URTEILEN HATTE, WAR ZU HITLERS ZEITEN SS-STURMBANNFÜHRER, 1. GENERALSTABSOFFIZIER UND ZEITWEILIG KOMMISSARISCHER CHEF DER 17. SS-PANZERGRENADIER-DIVISION »GÖTZ VON BERLICHINGEN«.

DER MANN, DER ÜBER DIE INTEGRITÄT DER OSTDEUTSCHEN ÖKONOMEN AN DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU URTEILEN HATTE, WAR ZU HITLERS ZEITEN SS-STURMBANNFÜHRER, 1. GENERALSTABSOFFIZIER UND ZEITWEILIG KOMMISSARISCHER CHEF DER 17. SS-PANZERGRENADIER-DIVISION »GÖTZ VON BERLICHINGEN«.

Als der akademische Senat gerade darüber verhandelt hatte, ob mir zwar nicht das gleiche Geld und die gleichen Rechte, aber dafür womöglich gleiche Pflichten wie meinen neu berufenen Kollegen eingeräumt werden könnten, traf ich die Präsidentin der Universität auf der Treppe im Universitätsfoyer – just unter dem an der Wand befestigten Wort von Karl Marx, dass die Philosophen die Welt unterschiedlich interpretiert haben, es aber darauf ankomme, sie zu verändern. Damit müsste ich nun leben, meinte sie, dass mir außer den Pflichten lieber keine gleichen Rechte zukommen sollten. Damit müssten wir nun beide leben, meinte ich. Das wunderte sie. Zu Recht, denn was hatte sie mit meinen gleichen Rechten zu schaffen, zumal ich sie gar nicht bekam. Aber weil ich nun mit ihrer Begrenztheit leben musste, begann ich über sie nachzudenken. Ich hatte zwar nach der Senatssitzung Tröstliches gehört. Einige nämlich, die nicht so sehr für meine Rechte, sondern eher für meinen Abschied von der Universität waren, dachten auch deshalb so, weil sie glaubten, es sei von meinem Namensvetter, dem früheren Rektor, die Rede. Doch für solche Feinheiten mag in großen Zeiten kein Platz sein. Und für solche Fälle wird schon in der Bibel vorgeschlagen: Herr, vergib ihnen. Denn sie wissen nicht, was sie tun. Doch wahr ist, dass mir im Vergleich zu anderen viele Rechte verblieben. Mit ihrer Arbeit kam ihnen nicht nur ihre Lebensaufgabe und Existenzgrundlage, sondern manchen gleich noch ihr Selbstwertgefühl abhanden.

Ich habe dies dem damaligen Präsidenten des Wissenschaftszentrums Berlin zu verdanken. Beauftragt mit der Neuordnung der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität folgte er in meinem Fall mit Rückgrat seinem Anstand statt den an ihn gestellten Erwartungen. In anderem Falle – es wird davon noch die Rede sein – sah er keine Möglichkeit, sich anders zu verhalten, als es die ihm vorgegebenen Strukturen, Vorurteile und Vorverurteilungen vorsahen.

Von ganz anderem Schlage war der durch den damaligen Berliner Wissenschaftssenator berufene, inzwischen verstorbene Neugründungsdekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Professor Wilhelm Krelle. Der

IN SEINER ANTRITTSREDE ALS GRÜNDUNGSDEKAN HATTE ER ERKLÄRT, DASS NIE WIEDER EIN MARXIST DIE SCHWELLE DES VON IHM NEU ZU ORDNENDEN HAUSES ÜBERSCHREITEN WERDE.

IN SEINER ANTRITTSREDE ALS GRÜNDUNGSDEKAN HATTE ER ERKLÄRT, DASS NIE WIEDER EIN MARXIST DIE SCHWELLE DES VON IHM NEU ZU ORDNENDEN HAUSES ÜBERSCHREITEN WERDE.

Mann, der über die Integrität der ostdeutschen Ökonomen an der Humboldt-Universität zu urteilen hatte, war zu Hitlers Zeiten SS-Sturmbannführer, 1. Generalstabsoffizier und zeitweilig kommissarischer Chef der 17. SS-Panzergrenadier-Division »Götz von Berlichingen«. Noch am 26. März 1945 lobte er in einem Tagesbefehl seinen Vorgänger. Er sei ein »glühender, fanatischer Vertreter der Idee unseres Führers und des Gedankens der SS« gewesen. Krelle beschwor und unterzeichnete als SS-Sturmbannführer: »Wir wollen in seinem Sinne weiterkämpfen und arbeiten und das vollenden, für das er starb: Unser Großdeutsches, Großgermanisches Reich und unsere 17. Panzergrenadier-Division ›Götz von Berlichingen‹«. Am 2. Mai 1945 wurden bei Bad Wiessee zwei Parlamentäre, die die Stadt friedlich an die US-Armee übergeben wollten, zwischen den Linien von SS-Leuten dieser Division erschossen. Krelle, der stellvertretende Divisionskommandeur, will davon erst 1967/68 erfahren haben. Für seine Verdienste zur Neuformierung der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität wurde er gegen Proteste von Studierenden der erste Ehrendoktor der Universität nach 1989. In seiner Antrittsrede als Gründungsdekan hatte er erklärt, dass nie wieder ein Marxist die Schwelle des von ihm neu zu ordnenden Hauses überschreiten werde.

Die Haltung anderer Gründungsdekane, beispielsweise derjenigen der Rechts- und der Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität, waren um Welten von der des Wilhelm Krelle verschieden. Aber der Geist, in dem die Einheit Deutschlands zu Stande kam, die Erstreckung der Grundstrukturen der Bundesrepublik auf Ostdeutschland nach dem Motto »Marktwirtschaft und keine Widerworte!« (Ulrich Beck) bestimmte gleichwohl viele Seiten des Alltags dieser Erneuerung. Von diesem Alltag ist hier die Rede – überwiegend aufgezeichnet 1993 unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens und von allerlei Verletzungen, die die Wendezeiten mit sich brachten. Manches würde aus heutiger Sicht versöhnlicher formuliert werden. Doch dabei würde der Eindruck von dem Zeitgefühl manch' Betroffener verloren gehen. Schon damals ordneten wir aber Erfahrungen der Herabsetzung in

DER AUSBRUCH AUS ALTEN UNTAUGLICHEN STRUKTUREN MÜNDETE IN NEUE ALTE STRUKTUREN. UND IN DIE ARBEITSLOSIGKEIT FÜR MANCHE DER BEGABTESTEN KÖPFE.

DER AUSBRUCH AUS ALTEN UNTAUGLICHEN STRUKTUREN MÜNDETE IN NEUE ALTE STRUKTUREN. UND IN DIE ARBEITSLOSIGKEIT FÜR MANCHE DER BEGABTESTEN KÖPFE.

das Wissen um die Chancen ein, die die Implosion des Staatssozialismus barg. Michael Brie und ich gaben 1993 unserem Buch »Der Engel der Geschichte« den Untertitel »Befreiende Erfahrungen einer Niederlage«.

Mit unseren Hoffnungen für eine Neugeburt menschlicher Zivilisiertheit gründeten wir das »Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung«. Wir, das waren Philosophen und Ökonomen, Mathematiker und Pädagogen, Psychologen, Amerikanisten und Politikwissenschaftler, Elektroniker und Japanologen, Slawisten und Soziologen. In den Jahren zuvor waren wir bereits miteinander verbunden durch Einsichten in Fehlentwicklungen des Sozialismus, durch Verstricktheit in sie und durch noch vorsichtiges Nachdenken über einen besseren demokratischen Sozialismus.

Wir hatten uns selbst zu dieser Institutsgründung ermächtigt. Innerhalb von vier Wochen und mitten in tastender Arbeit an neuen Studienmodellen schrieben wir gemeinsam das Protestbuch »Let’s play Golf« und in nur einem Jahr vier weitere Bücher, schrieben von unseren Irrtümern und unseren Visionen. Wir entwickelten das Konzept einer »doppelten Modernisierung«. Eine nachholende Aneignung von repräsentativer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Pluralismus, Individualisierungsprozessen und innovationsförderndem Wettbewerb betrachteten wir als Gebot der Modernisierung Ostdeutschlands. Aber dies sollte nach unserer Vorstellung nicht zu den Verhältnissen der alten Bundesrepublik führen, die wir als transformationsbedürftig ansahen, sondern hin zu einer solidarischen, gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur. Natürlich widersprach dies den realen Bedingungen und erst recht dem vorherrschenden Gefühl westlichen Triumphes über den untergegangenen östlichen Gegenpol. Aber wir wurden unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern, erfuhren Rat von Günter Gaus und Bischof Albrecht Schönherr, von Nikos Castoriades, Jürgen Habermas und anderen. Wir wurden für vielleicht interessant, jedoch keineswegs tragbar im geeinten Deutschland erklärt. Der Ausbruch aus alten untauglichen Strukturen mündete in neue alte Strukturen. Und in die Arbeitslosigkeit für manche der begabtesten Köpfe.

NATÜRLICH EXISTIEREN DA UMSTÄNDE, DIE BOURDIEU DIE »FEINEN UNTERSCHIEDE« NANNTE.

NATÜRLICH EXISTIEREN DA UMSTÄNDE, DIE BOURDIEU DIE »FEINEN UNTERSCHIEDE« NANNTE.

Doch ich erzähle hier nur von kleinen Begebenheiten aus den Niederungen der Erneuerung, nur von den äußeren Erscheinungen der tiefen Brüche, nur aus dem Erleben von einem, der sogar an der Universität verblieb. Große Geschichte birgt eben auch kleine Geschichten.

Da ist z.B. das Problem mit dem Eigentum. Böse Zungen sprechen von der Enteignung derer im Osten. Aber meine teilnehmende Beobachtung führte mich zu ganz gegenteiliger Einsicht. Als wir beispielsweise in unsere neuen Arbeitsräume einzogen, mussten diese in der Hochstimmung der Erneuerung natürlich neu eingerichtet werden. Die neu Berufenen wurden dabei durchaus benachteiligt. Sie mussten sich von all ihren bisherigen Arbeitsbedingungen trennen und wurden durch eine ihnen völlig fremde Einrichtung ihrer neuen Räume bis an die Grenzen ihrer Anpassungsfähigkeit getestet. Ein solcher an Enteignung grenzender Wandel wurde meinesgleichen nicht zugemutet, wahrscheinlich dank des uns zugeschriebenen Mangels an Flexibilität. Ich jedenfalls durfte alle meine alten Möbel behalten – trotz der Schwierigkeiten, die sie den Möbelträgern bereiteten, als sie ihnen förmlich unter den Händen auseinanderfielen. Sie teilten mir mit, dass sie solchen Schrott neuerdings in den Abraum beförderten. Und dass sie dorthin auch solche neuen Möbel bringen sollten, die nur irrtümlich und wider den Geschmack eines Berufenen bestellt worden waren. Worauf es hier ankommt, ist die teilnehmende Beobachtung, dass nicht die Ostmenschen, sondern wider alle Vorurteile die Westmenschen sich in vielen Fällen von ihrem Angestammten trennen mussten. Dies lehrte mich, den neuen Kollegen teilnahmsvoll zu begegnen und mir der Privilegien bewusster zu werden, die gehabt zu haben, mir zuweilen vorgeworfen wurde. Da liegen einfach nur Verwechslungen vor. Früher hatte ich sie wirklich nicht, wohl aber neuerdings bei näherem Zusehen und in der dargestellten Betrachtungsweise.

Natürlich existieren da Umstände, die Bourdieu die »feinen Unterschiede« nannte. Die Ohren der Oberen beispielsweise seien oft von Kindesbei-

DISTANZIERTE BEURTEILUNG DIESER UMSTÄNDE FÜHRTE MICH ZU DER BERUHIGENDEN FESTSTELLUNG, DASS DIE »FEINEN UNTERSCHIEDE« WOHL EINE DAUERHAFTE EINRICHTUNG BLEIBEN SOLLTEN.

DISTANZIERTE BEURTEILUNG DIESER UMSTÄNDE FÜHRTE MICH ZU DER BERUHIGENDEN FESTSTELLUNG, DASS DIE »FEINEN UNTERSCHIEDE« WOHL EINE DAUERHAFTE EINRICHTUNG BLEIBEN SOLLTEN.

nen an auf die Klänge von symphonischen Orchestern eingestellt worden, ihre Augen auf das Wahrnehmen von ästhetischen Reizen, die denen weiter unten sehr häufig entgehen. Bourdieu hat recht: Wurden doch für die Berufenen weißes Porzellan, wohlgestaltetes Besteck und schön geformte Gläser ausgeliefert. Weiß hat stets etwas Strahlendes an sich. Es steht für Reinheit und Klarheit der Verhältnisse. Es erweckt ein angenehm unbeflecktes Gefühl. Zugleich ist es im Verhältnis zu bunter, gar ordinärer Farbigkeit eher symbolisch für vornehme Zurückhaltung. Kurz, es war dem Habitus der Berufenen durchaus angemessen. Und umgekehrt war es angemessen, den überhängig aus alten dunklen Zeiten Verbliebenen nicht nur ihre dunklen Möbel zu belassen, sondern auch ihre eher zusammengesuchten Tassen und Löffel für den Fall, dass ein Besucher auf die »feinen Unterschiede« aufmerksam gemacht werden müsste.

Aber vielleicht spielten da auch andere Umstände mit, Respekt zum Beispiel vor östlicher Zivilisation. Man wollte ihnen nicht alles nehmen, woran sie seit langem gewöhnt waren. Die Arbeit vielleicht schon oder ein so abstraktes Gut wie Sicherheit. Aber die alten Tassen, die bitteschön, die sollen in Gottes Namen ihren Platz in alten Schränken behalten. Und überdies, wenn ihnen, den Ostmenschen, so ein weißes Zeug geliefert worden wäre, hätte das Weiß plötzlich in einen anderen soziokulturellen Kontext geraten können. Es hätte vielleicht an weiße Fahnen gemahnt, an Unterwerfung und dergleichen.

Die Ostdeutschen durften nicht einfach einem Kulturschock ausgesetzt werden. So hatten sie ehedem nur sehr beschränkten Zugang zu internationaler Literatur. Ganz anders als die Berufenen. Teilnehmende Beobachtung stellt fest, dass kluge Regelungen beiden Herkünften vollständig gerecht wurden. Die Berufenen erhielten einige Tausend DM für die Beschaffung von Handbibliotheken mit jenen Büchern, die in der Wissenschaft die Welt bedeuten. Die Verbliebenen erhielten das Gefühl, dass die alten Verhältnisse vielleicht doch nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollen. Denn sie erhielten gar nichts. Womöglich würden sie im Angesicht zu vieler neuer Bücher einen zu

UNRECHT: DIESES WORT FÜHRT MICH NICHT ALLEIN IN VORWENDEZEITEN.

UNRECHT: DIESES WORT FÜHRT MICH NICHT ALLEIN IN VORWENDEZEITEN.

tiefen Bruch mit der Vergangenheit erleiden. Distanzierte Beurteilung dieser Umstände führte mich zu der beruhigenden Feststellung, dass die »feinen Unterschiede« wohl eine dauerhafte Einrichtung bleiben sollten. Den verschiedenen Gesichtern der Wahrheit gemäß muss aber festgehalten werden, dass zwei der neu berufenen westdeutschen Kollegen ein Teilchen von ihren Bibliotheksmitteln für mich abzweigten. Ich wusste es ihnen zu danken.

Unrecht: Dieses Wort führt mich nicht allein in Vorwendezeiten. Es führt mich auch zu Gedanken an meinen Freund Michael. Und meine Sprache könnte ernsthafter werden als ihr bisher etwas leichtfertiger Ton. Als Micha seine Kündigung bekam, sorgte er sich an diesem Tag darum, wie er den jüngeren gefeuerten Kolleginnen und Kollegen helfen könnte. Micha hatte sich bereits zu Studentenzeiten aufgemacht, um Eigenes zu denken. Lange vor anderen schrieb er einprägsam und mit Faszination über mögliche Auswege aus dem Ausweglosen. Er rief Studenten öffentlich dazu auf, mit den Verhältnissen zu brechen. Als die Eliten des Landes, in dem wir nunmehr leben, noch ihr Kapital in Südafrikas Apartheidland schafften, machte Micha sich mit einigen von denen gemein, die dieses Land von den Herrschenden befreien wollten und die von ihrer Befreiungsbewegung nach Berlin an die Humboldt-Universität geschickt worden waren. Der Student Micha betreute sie in den ihnen fremden Verhältnissen. Als ihn die Sicherheitsmenschen dazu ausnutzen wollten, ihr eigenes Tun mit den Befreiungswilligen zusammenzubringen, ließ er dies zu, weil ihm diese Ausnutzung auf einen guten Zweck zu zielen schien. Später dann, als viele hart an neuen Bildern von ihrem alten Leben arbeiteten, trat Michael, nun Professor, vor seine Studierenden und gab ihnen redlich Auskunft über diesen vergangenen Umstand. An die Kommission, die für die Ehre der Universität zuständig war, schrieb er einen Brief. Zuständigkeitshalber könnten deren ausschließlich ostdeutsche Mitglieder einen Blick auf sein Leben werfen und dieses Leben für zumutbar erklären. Allerlei hoch angesehene Vertreter der Wissenschaft aus den alten Bundesländern hatten ihm Brillanz seines Denkens bescheinigt. Nicht ohne sorgfältige

ALS DIE PROFESSOREN […] SICH DAMIT ZUFRIEDEN GABEN, BEUGTEN SIE SICH EINFACH DEN HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSEN. SIE ÜBERSAHEN, DASS VERHÄLTNISSE DADURCH ENTSTEHEN, DASS MENSCHEN SICH VERHALTEN.

ALS DIE PROFESSOREN […] SICH DAMIT ZUFRIEDEN GABEN, BEUGTEN SIE SICH EINFACH DEN HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSEN. SIE ÜBERSAHEN, DASS VERHÄLTNISSE DADURCH ENTSTEHEN, DASS MENSCHEN SICH VERHALTEN.

Abwägung aller Risiken für sich selbst hatten sie ihm Redlichkeit und Lauterkeit bestätigt. Und seine Studierenden waren mit Respekt für ihn und deutlich bekundeter Zuneigung im Bunde. Michael jedoch wollte mit Bescheidenheit nur eine Zumutbarkeit vermerkt wissen. Doch den ostdeutschen Kommissionsmitgliedern, die die Ehre an der Universität verwalten sollten, mangelte es an solcher. Michael schien ihnen nicht zumutbar. Der damalige Rektor, beschäftigt mit Protesten gegen den Golfkrieg und der Erneuerung, mit einer Verfassung der Universität, die wegen ihrer Neuerungen bald außer Kraft gesetzt werden sollte, beschäftigt mit der menschlichen Würde und dergleichen visionärem Gedankengut und außerdem mit Vorwürfen gegen ihn selbst, wollte ihn jedoch nicht entlassen. Da nahm ihm der Senator, in Notfällen eben ein hilfsbereiter Mann, diese Mühe ab. In seinem Eifer übersah er allerdings, dass die Rechtsordnung nicht vorsieht, Menschen direkt durch Senatoren und Minister zu kündigen. Ein Gericht bemerkte diesen Umstand, sodass der Unzumutbare wieder an die Universität zurückkehrte, um nunmehr auf rechtmäßige Weise seine Kündigung zu erhalten, so wie es sich für einen Rechtsstaat gehört.

Das nächste Gericht allerdings fühlte sich diesem tatsächlich verpflichtet und stellte Integrität des zu Unrecht Entlassenen fest. Also kehrte der Professor an die Universität zurück und bot an, Neues über die verworrenen Prozesse im fernen Russland zu lehren, die er derweilen vor Ort untersucht hatte. Solche Lehre wurde ihm jedoch verboten. Immerhin äußerten nun die Professoren des Instituts, die sich an Michaels Stelle und an der von anderen inzwischen der Studierenden annahmen, ihr Bedenken gegen das Verbot für den gerade nicht mehr und noch nicht abermals Entlassenen, wenigstens zwei Stunden in der Woche über das ferne Russland zu lehren und über die Umwälzungen dort, über von ihm Erforschtes, von dem die anderen ohnehin nichts wussten. Ja, sie luden sogar die Präsidentin, die inzwischen den entlassungsunwilligen Rektor ersetzt hatte, in eine Professorenrunde, um von ihr zu erfahren, welcher Schaden wohl durch solch bescheidenes

ZURÜCKTRETEND AUS TEILNEHMENDER BEOBACHTUNG IN DISTANZIERTE MEINUNGSBILDUNG WAR ZU ERKENNEN, DASS NUN DIE NEUBERUFENEN JENER SELBSTEINFÜGUNG IN DIE HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE UNTERLAGEN, DIE DEM ÖSTLICHEN UNIVERSITÄTSPERSONAL VORGEWORFEN WURDE.

ZURÜCKTRETEND AUS TEILNEHMENDER BEOBACHTUNG IN DISTANZIERTE MEINUNGSBILDUNG WAR ZU ERKENNEN, DASS NUN DIE NEUBERUFENEN JENER SELBSTEINFÜGUNG IN DIE HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE UNTERLAGEN, DIE DEM ÖSTLICHEN UNIVERSITÄTSPERSONAL VORGEWORFEN WURDE.

Tun entstehen könnte. Die Präsidentin erklärte, dass die Prinzipien der Demokratie dem entgegen stünden. Als die Professoren – trotz Respekts und sogar Sympathie der meisten für den Umstrittenen – sich damit zufrieden gaben, beugten sie sich einfach den herrschenden Verhältnissen. Sie übersahen, dass Verhältnisse dadurch entstehen, dass Menschen sich verhalten.

Zurücktretend aus teilnehmender Beobachtung in distanzierte Meinungsbildung war zu erkennen, dass nun die Neuberufenen jener Selbsteinfügung in die herrschenden Verhältnisse unterlagen, die dem östlichen Universitätspersonal vorgeworfen wurde. Es gebührt ihnen im Grunde jenes Verständnis, das sie uns infolge ihres Rückstandes an geschichtlicher Erfahrung mit dem Umsturz einer ganzen Welt verweigern mussten.

Die Zeit, über die hier berichtet wurde, ist vergangen. Die heute Studierenden wissen nichts mehr von den Abgewickelten. Es ist da nur eine Erfahrung. In gewissen Abständen pflegt die Geschichte der Universität neu geschrieben zu werden. Mit Weimarer Augen las sie sich anders als ehedem zu Kaiserzeiten. Anders erschien sie während der Jahre des sozialistischen Versuches. Dieser wiederum findet samt Vorangegangenem neuerliche Umdeutung seit der Zeitenwende 1989/90. Und jedes Mal steigt aus der Geschichte empor, was sich zutrug mit den Menschen seinerzeit. Als die Universität sich antat, sich von meinem Freund Micha zu trennen, schrieb ich der Präsidentin einen Brief. Ich schrieb ihr, dass nach meiner Erfahrung in einiger Zeit die Geschichte der Universität neu geschrieben werden würde.

DIETER KLEIN ist Ökonom – gegenwärtig forscht er zu Fragen der doppelten Transformation: im Kapitalismus und über ihn hinaus. Sein Buch *Das Morgen tanzt im Heute* ist 2013 im VSA-Verlag erschienen. Zwischen 1964 und 1977 war er Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der Humboldt-Universität, danach deren Prorektor für Gesellschaftswissenschaften. In den 1980er Jahren engagierte er sich – auch über die Systemgrenze hinweg – für den Aufbau einer multidisziplinären Friedensforschung. Nach der Wende war er an der Gründung der PDS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligt, wo er als Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse arbeitet.

DIE LINKE NUN IN OFFENEM GELÄNDE

VIELE OPTIONEN NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2013

HORST KAHRS

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom September haben die Wählerinnen und Wähler indirekt eine Kanzlerin gewählt, deren alte Regierungskoalition abgewählt und insgesamt die politische Landschaft Deutschlands massiv wie selten verändert. Was vom (europäischen) Ausland betrachtet mit der gewachsenen Zustimmung für Angela Merkel hochgradig stabil aussieht, erscheint mit dem Binnenblick auf die Abwahl der schwarzgelben Koalition, die Rauswahl der FDP und das knappe Scheitern der *Alternative für Deutschland* (AfD) im beschleunigten Wandel begriffen. Was als mögliche Mehrheit der bisherigen Opposition gegen die Union für eine Legislaturperiode auf die parlamentarische Bühne geschickt wurde, ist nicht durch eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen gedeckt. Das wichtigste Ergebnis der Wahl lautet: Der (partei-)politische Wandel in Deutschland setzt sich beschleunigt fort. Für alle Parteien entstehen neue politische Situationen mit neuen Gelegenheiten und Risiken.

DIE WÄHLER: AUF DER SUCHE DIE EINEN, RISIKOSCHEU DIE ANDEREN

Mit knapp 43 Prozent der gültigen Stimmen reichte es für SPD, Grüne und LINKE zusammen nur zum schlechtesten Wahlergebnis seit 1990. Der Abstand zwischen den beiden großen Parteien erreicht mit fast sechzehn Prozentpunkten wieder Ausmaße wie in der Frühzeit der alten Bundesrepublik. Die Opposition gegen eine große Koalition besäße ähnlich geringe parlamentarische Rechte wie 1966–1969 die FDP. Im Unterschied zu damals träte eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung derzeit vermutlich rechtspopulistisch gefärbt auf.[1]

Die Volatilität – die saldierte Wanderungsbewegung – im Wählerverhalten war bei dieser Wahl mit fast 16 Prozent so hoch wie nie zuvor. Einschließlich der NichtwählerInnen veränderten 30 Prozent der Wahlberechtigten ihr Abstimmungsverhalten und 35 Prozent der Wähler von 2009 entschieden sich 2013 anders. Die Zahl der Bürger und Bürgerinnen, die auf der Suche nach einer angemessenen parlamentarischen Repräsentation sind, wächst offenbar stetig. Diese Suchbewegungen drückten sich im Wahlerfolg der Linkspartei 2009, im zwischenzeitlichen Umfragehoch der Grünen und ihren Erfolgen bei Landtagswahlen 2010/11 wie auch in Aufstieg und Fall der Piratenpartei 2011/12 aus. Dieser Blick zurück zeigt, dass die Abwendung von der gewählten Partei bereits zeitig nach dem Wahltag einsetzen kann und nicht erst am Ende einer Legislaturperiode mit Blick auf den Wahltag erfolgt. So hatte die Linkspartei im Sommer laut Umfragen bis zu zwei Drittel ihrer Stimmen von 2009 verloren, sodass die erzielten 8,6 Prozent als Erfolg gewertet wurden, obwohl sie noch unter dem Ergebnis von 2005 liegen.[2] Zu den Indizien für politische Suche und Bereitschaft zum Wechsel unter den Wahlberechtigten zählt weiterhin, dass lediglich zwei Drittel der WählerInnen angeben, ›ihre‹ Partei aus Überzeugung gewählt zu haben. Bei der LINKEN (51 Prozent) und der AfD (37 Prozent) war der Anteil der überzeugten WählerInnen deutlich niedriger, der Anteil derjenigen, die ihre Stimme aus Enttäuschung über andere Parteien gaben, mit 43 Prozent bzw. 57 Prozent (AfD) deutlich überdurchschnittlich.

Offenheit, auch Brüche im Alltagsbewusstsein, die letztlich den Wahlerfolg von Angela Merkel erklären, offenbaren weitere Wahltagsbefragungen. Die häufigste Nennung, worum sich eine neue Regierung kümmern sollte, ist der »soziale Ausgleich«. Bei der Frage nach den »wahlentscheidenden Themen« wurden mit jeweils 57 Prozent »angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen« favorisiert sowie »eine gute Absicherung im Alter«, mit 31 Prozent folgte »die Zukunft des Euro«. Soziale Ungerechtigkeiten werden gegenwärtig vor allem als Bruch mit den Wohlstandsversprechen der alten Bundesrepublik wahrgenommen, als Unbehagen an einer sich vertiefenden sozialen Spaltung, als zunehmende alltägliche

HORST KAHRS ist Redakteur dieser Zeitschrift, sorgt sich als Referent der Rosa-Luxemburg-Stiftung um das Öffentliche und analysiert nicht nur Sozial- und Klassenstrukturen, sondern auch Wahlen. Zuletzt analysierte er in seinem Buch »Piratenzauber«, warum eine Gesellschaft Freibeuter hervorbringt.

Spannungen und Unsicherheiten infolge wachsender sozialer Ausgrenzung. Was fehlt, ist eine handlungsrelevante Empörung über Verhältnisse, die angesichts des erarbeiteten gesellschaftlichen Wohlstands nur als skandalös und als zivilisatorischer Rückschritt zu begreifen wären. Und obwohl weit über 70 Prozent ihre eigene persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut einschätzen, blickt ein hoher Anteil mit Sorge in die Zukunft: Es läuft einiges schief, vermutlich wird es nicht besser, hoffentlich nicht schlechter. Merkel wird als Pragmatikerin der Macht, der Verwaltung des Status quo wahrgenommen, die in ihren Entscheidungen nicht ordnungspolitischen Grundsätzen oder Ideologien folgt, sondern abwägt, die Konflikte aufnimmt wie den Atomausstieg oder den Mindestlohn, die auf Umfragen, also auf ›Volkes Stimme‹ reagiert, die eben tut, was nötig ist, damit es ohne großen Schaden weiter geht. Die Merkel-Wahl spiegelt, dass um veränderte Bedingungen des Regierens gewusst wird: Nicht zuletzt nach dem 11. September 2001, vor allem aber mit der Finanzkrise seit 2007 sind alte politische Gewissheiten geschwunden, politische Entscheidungen werden unter zunehmender Unsicherheit, Komplexität und steigendem Nichtwissen getroffen. Pragmatismus, Risikoscheu scheint da eher das Erfordernis der Zeit, nicht der Mut, zu neuen Ufern in unbekannten politischen Gewässern aufzubrechen.

ANHALTENDE DEFENSIVE DER GESELLSCHAFTLICHEN LINKEN

Das ›Wohin‹, ob Merkel das Land in eine lebenswerte Zukunft führt, bleibt dabei zweitrangig: Denn schaut man sich um, so geht es vielen auch nicht besser, vor allem aber ist es in der Nachbarschaft noch schlimmer. Unzufriedenheit und Resignation halten sich die Waage. Das Wichtigste ist den Befragten am Ende dann doch »die Wirtschaft« und »die Arbeitsplätze«, von denen alles andere abzuhängen scheint. Auf diesem Gebiet haben die Kompetenzzuschreibungen für die Merkel-Union gegenüber 2009 und der SPD deutlich zugenommen. Als wirtschaftskompetent gilt die CDU, weil von ihr keine Maßnahmen zu erwarten sind, die die wirtschaftlichen »Wachstumskräfte drangsalieren«, »die Märkte verunsichern« oder gar die »deutsche Wirtschaft zur Flucht nötigen« könnten. Wirtschaftskompetenz ist dort, wo die Interessen der Ökonomie Priorität genießen. Bei den Wirtschaftsvertretern wiederum gilt die Union als kompetent, weil und solange es ihr gelingt, für diese Perspektive immer wieder demokratisch legitimierte Mehrheiten herzustellen, also Klassenbündnisse zu schmieden. Der Wahlsieg Merkels drückt somit auch die Ohnmachtsgefühle gegenüber der Macht der Banken und großen Konzerne aus. Oder anders ausgedrückt, die deutliche Mehrheit für das ›bürgerliche‹ Lager bei den gültigen Stimmen verdankt sich dem seit 1990 wachsenden Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit im Alltagsbewusstsein: Die Auffassung dominiert, dass die Unternehmen, die Wirtschaft oder das Kapital den Reichtum schaffen und eben nicht (mehr), wie im Klassenkompromiss der alten Bundesrepublik abgebildet, Kapital und Arbeit gleichberechtigt. ›Die‹ brauchen uns nicht, aber wir brauchen ›die‹ – diese Einstellung dominiert

mittlerweile weit bis in sozialdemokratische Schichten hinein.

Die drei Oppositionsparteien haben im Wahlkampf um Zustimmung für Vorhaben geworben, mit denen die langjährige Umverteilung von unten nach oben umgekehrt werden sollte. Die Armut der öffentlichen Kassen bei steigendem Reichtum der privaten Kassen wurde thematisiert. Indes fehlte aufgrund der Ächtung der Linkspartei durch die SPD eine glaubwürdige Regierungsalternative, sodass es für die bürgerlichen Kräfte ein leichtes Spiel war, diesen Angriff auf die Verteilungsverhältnisse zurückzuweisen und die bürgerlichen Reihen gegen das Eindringen der Grünen zu schließen. SPD und Grüne signalisierten vor dem Wahltag, dass sie eine rechnerische Mehrheit mit der LINKEN auf keinen Fall für Rot-Rot-Grün nutzen würden, und bereits vor den Sondierungsgesprächen mit der CDU/CSU, dass ihnen eine höhere Besteuerung der oberen Klassen auch nicht so wichtig sei und die Union schon recht habe mit dem Diktum, wenn es der Wirtschaft gut geht, gehe es auch den öffentlichen Kassen gut. Dass nach diesem Grundsatz die öffentliche Infrastruktur über zwei Dekaden hinweg gegen die Wand gefahren wurde, dass die gesellschaftliche wie die individuelle Reproduktion in die Krise gerieten, ja dass selbst die Aufgaben des ›ideellen Gesamtkapitalisten‹ vernachlässigt wurden, vergessen SPD und Grüne nur zu leicht wieder, weil in ihren Reihen der Einfluss der »Agenda«-Generation noch mächtig ist. Auch das zweite Standbein einer linken gesellschaftlichen Mehrheit ist mit dieser Wahl ins Wanken geraten: dass mit dem wachsenden Bruttosozialprodukt auch



die öffentliche Infrastruktur besser werden sollte. Weder bei den Löhnen noch bei den öffentlichen Einrichtungen ist der zusätzlich produzierte Reichtum geblieben – wo dann? Diese Frage wurde im Wahlkampf nicht zu einer zentralen Konfliktlinie thematisiert, obgleich hier und dort Antworten gegeben wurden.

Zur politischen und gesellschaftlichen Defensive der linken Kräfte, genauer: der Kräfte jenseits der Union, zählt schließlich, dass sie der herrschenden Kriseninterpretation als einer Krise zwischen Nationalstaaten und Nationen nichts entgegensetzen konnten. Die Nationalisierung der europäischen Währungs- und Institutionenkrise als Schuldenkrise wurde von

weiten Teilen der SPD und der Grünen mitgetragen. Eine wirksame Gegen-Interpretation der Krise als sozialer Konflikt, als Konflikt zwischen den Reproduktionsansprüchen bestimmter sozialer Schichten über die Ländergrenzen hinweg mit den länderübergreifenden europäischen Wirtschaftseliten und Vermögenseignern steht noch aus. Vor der emanzipatorischen Veränderung kommt die Interpretation. Welche Sprengkraft eine andere Interpretation der Wirklichkeit hätte, zeigte sich, als der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, im Oktober 2012 an einer Demonstration gegen die europäisierte Austeritätspolitik in Athen teilnahm, die anlässlich des Besuches von Angela Merkel stattfand. Er demonstriere gegen »deutsche Interessen« und überhaupt ergreife man als guter deutscher Politiker im Ausland nicht öffentlich gegen die eigene Regierung Partei, hieß es in deutschen Medien und aus dem Politikbetrieb.

Die Angriffe zeigen das Korsett der herrschenden Auffassung: Nationale Interessen gehen vor gemeinsame soziale Interessen der ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Studierenden. Und: Im Zweifel ist Griechenland eben nicht ›Europa‹ und damit innerhalb des Bereichs von Innenpolitik, was bei einer gemeinsamen Währung naheläge, sondern wie China ›Ausland‹ und damit Bereich ›auswärtiger‹ Politik. Mit der ›Alternative für Deutschland‹ scheiterte eine gerade gegründete Partei, die die Nationalisierung der europäischen Krise auf die Währungsfrage zuspitzte, nur knapp an der Sperrklausel. Bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament wird es daher nicht so einfach sein, das Thema »Wie halten wir es mit Europa?« zu umschiffen.

ENDE DER AUSSCHLIESSERITIS

Das Verhältnis der Parteien zueinander wird sich in den kommenden Jahren neu ordnen. Die Sozialdemokraten werden sich von ihrer Strategie der bundespolitischen Ächtung der Linkspartei verabschieden. Die Grünen werden die Möglichkeit von Bündnissen mit der Union testen und sich vom Feld der sozialen Gerechtigkeit wieder zurückziehen, allein schon, weil sie sich nicht auf ewig an Erfolge und Misserfolge der SPD binden wollen. Das gleiche gilt umgekehrt für die Union, der ihr ›natürlicher‹ Koalitionspartner abhandengekommen ist. Die Grünen könnten nicht nur die wichtige Position der ›Funktionspartei‹ von der FDP erben, sie wären auch für die Union eine bürgerliche Alternative zu einer womöglich wiedererstarkten FDP. Eine Erneuerung der FDP wird entweder dazu führen, dass sie mit der AfD zusammengeht oder den Sozialliberalismus wiederbelebt und damit Offenheit gegenüber der SPD signalisiert. Die Konstellationen, die die Wahlen herbeigeführt haben, sind so, dass auch auf der Ebene der Parteien eine Auflösung des Denkens in politischen Lagern forciert wird.

Für die LINKE bedeutet dies, dass sie Oppositionspolitik so betreiben muss, dass eine heutige Regierungspartei, voraussichtlich die SPD, übermorgen lieber eine Koalition mit ihr bilden würde: Abgrenzung bei Ausbau der Fähigkeit zur Zusammenarbeit. Die Voraussetzungen dafür sind einerseits schlechter geworden, weil SPD und Grüne neue Optionen haben werden. Sie sind andererseits besser geworden, weil die Partei trotz aller inneren Krisen wieder ins Parlament gewählt wurde und als etablierte, d.h. nicht mehr primär

als Protest-Partei angesehen wird. Wichtig dabei ist, dass rund die Hälfte der Wähler von 2009 die LINKE erneut gewählt haben, diese ›Wiederwählerschaft‹, vielleicht schon Stammwählerschaft, ist groß genug, um mit knapp sechs Prozent das Überspringen der Sperrklausel zu sichern. Dies könnte Grundlage für eine politisch souveräne Eigenständigkeit als ›kleine Partei‹ sein. Kleine Parteien fungieren als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen, als Repräsentanten minoritärer Schichten und Klassen, als Produzenten innovativer Lösungen für gesellschaftliche Probleme. »Kleine Parteien« kämpfen in der Regel nicht um Mehrheiten, sondern binden überzeugte Minderheiten über Themen und Haltungen, die in politischen Gelegenheitsfenstern die Mehrheit bewegen. Sie taugen auch als kleinerer Partner, als ›Mehrheitsbeschaffer‹ für Mitte-Links-Regierungen, der veränderten Perspektiven und Lösungsansätzen für neue bzw. blockierte alte Konfliktlinien in der Gesellschaft zum Durchbruch verhilft. Die ›Ausschließeritis‹, die bundespolitische Ächtung der LINKEN, als politische Strategie ihrer Konkurrenten ist gescheitert. Eigenständigkeit und Bündnisfähigkeit basieren auf dem Wissen um die sozialen Schichten und ihre Anliegen, die man repräsentiert, auf guten, über die eigene Wählerschaft hinaus attraktiven Lösungen und auf intellektueller und alltäglicher Diskursfähigkeit in unterschiedliche gesellschaftliche Sphären hinein. Sie speisen sich nicht aus den Versäumnissen und Fehlern anderer Parteien in der Vergangenheit, sondern aus den Perspektiven für eine lebenswerte Gesellschaft morgen und übermorgen. Manche nennen dies die ›Sinnfrage‹, die in den Jahren der neoliberalen Hegemonie, zumal in einer ›älter werdenden Gesellschaft‹ heimatlos geworden sei. In der Tat haben die scheinbare Ziel- und Sinnlosigkeit der dominierenden ökonomischen Entwicklung, der betriebswirtschaftliche Blick aufs Ganze und der Verlust einer schichtenübergreifenden Idee von Wohlstand in Freiheit und Gleichheit in großen Teilen der Wählerschaft alte Bindungen an Parteien und Milieus gelockert und neue Suchbewegungen ausgelöst, die auch die Linkspartei hervorgebracht haben. Bei aller Stabilität, die die LINKE als Parlamentspartei erreicht hat: Sie ist keine Gewähr, dass ihre WählerInnen bereits am Ende ihrer Suche angekommen sind.

---

1 Alle Zahlen auf der Basis des vorläufigen amtlichen Endergebnisses und der Infratest Dimap Wahlanalyse für die ARD, Stand 23.09.2013. Für ausführlichere statistische Auswertungen siehe www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/BTW13_Kahrs_Wahlnachtbericht.pdf.

2 Mit der Parteibindung schwindet auch die Bindung an politische Lager als Orientierungsmaß für politische Wechsel, bleibt aber hoch: Etwa je ein Viertel wechselte bei Union und FDP innerhalb des ›bürgerlichen‹ Lagers, also zwischen Union, FDP und AfD. Innerhalb des ›linken‹ Lagers (SPD, Grüne, LINKE) war dieser Anteil etwas niedriger. Lagerwechsel wurden mit jeweils 45 Prozent von ehemaligen Wählern von Union und SPD vollzogen, während es bei den kleinen Parteien zwischen 20 Prozent bei den ehemaligen FDP- und 30 Prozent bei den Grünen-Stimmen waren. Ehemalige WählerInnen der Linken wählen zu 40 Prozent im »linken« Lager (SPD 30 Prozent, Grüne 10 Prozent), 25 Prozent wechselten ins »bürgerliche« Lager (10 Prozent Union, 15 Prozent AfD). JedeR achte ehemalige LINKE-WählerIn wählte eine kleine »sonstige« Partei und fast jedeR vierte blieb der Wahl fern. Im Vergleich mit den anderen Parteien hat die LINKE prozentual die größten Verluste ans »Nichtwählerlager« gehabt und zusammen mit der Union die höchsten an die AfD. Die Verluste der einen Partei sind die Gewinne der anderen: Wenn die Wiederwählerquote für die LINKE im Osten bei 60, im Westen bei 40 Prozent liegt, kann man sich einerseits über die höhere Stammwählerschaft im Osten freuen, man kann andererseits aber auch die höhere Attraktivität der Partei für neue Wähler im Westen hervorheben.

VORMÄRZ – ODER: WAS DÜRFEN WIR HOFFEN?

ZUR ZUKUNFT EINER LINKEN ALTERNATIVE IN DEUTSCHLAND

ALEX DEMIROVIĆ

Die Ergebnisse der Wahlen zum Bundestag und die der Landtagswahlen in Hessen waren erneut Anlass, über Möglichkeiten einer rot-rot-grünen Koalition nachzudenken. Tatsächlich wäre sowohl im Bund als auch in Hessen eine solche Koalition rechnerisch möglich, wenn auch der politische Rückhalt in der Gesellschaft dafür gegenwärtig gering wäre. Wirkliche Reformpolitik könnte angesichts enormer Gegenkräfte also nur sehr eingeschränkt durchgesetzt werden. Es bedürfte eines besonderen Geschicks und einer breiten demokratischen Mobilisierung, um Allianzen bilden und Mehrheiten herstellen zu können. Ein Projekt wäre notwendig, vergleichbar dem New Deal, in dem sich eine Vielzahl von gesellschaftlichen Gruppierungen zu einem Bündnis vereinigt hatte. Die Anforderungen an ein solches Projekt sind jedoch hoch: Es müsste sozial tiefere und zeitlich weiter reichende Ziele verfolgen als der New Deal. Kleine Initiativen könnten eine solche Konstellation vorbereiten. Von Seiten der LINKEN gab es den Vorschlag, dass Rot-Rot-Grün im sich neu konstituierenden Bundestag die Zeit vor der Wahl einer neuen Bundesregierung in diesem Sinne nutzen könnte, um mit einer »sozialen Veränderungsmehrheit« (Katja Kipping) erste wichtige Gesetze zu verabschieden. Darin könnten gemeinsame politische Ziele dieser drei Parteien zum Ausdruck kommen – sei es die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Dieser Vorschlag, konkret und pragmatisch gemeinsame Reformziele auf den Weg zu bringen, wurde nicht aufgegriffen.

EIN LINKES LAGER?

Wie realistisch ist vor diesem Hintergrund eine Crossover-Perspektive? 2008 und 2009 konnte noch erwartet werden, dass sich SPD und Grüne allmählich

für eine Koalition mit der LINKEN öffnen würden. Es gab die Hoffnung, Erfahrungen zu sammeln und Vertrauen zwischen den politischen Akteuren zu bilden, die ab 2013, spätestens 2017, auch im Bund zu einer Koalition führen könnten. Unterstellt wurde und wird dabei, dass es ein linkes Lager gäbe, das, gestützt auf Lohnabhängige, Prekäre, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, einem bürgerlichen, konservativen und neoliberalen Lager entgegenstünde. Ein solches linkes Lager hätte eine gemeinsame Grundlage in einem umfassenden gesellschaftlichen Reformprojekt, einer sozial-ökologisch-demokratischen Transformation. Das Verhalten von SPD und Grünen nach den jüngsten Wahlen spricht nicht dafür, dass sich solche Crossover-Hoffnungen in absehbarer Zeit erfüllen werden. Es ist wohl falsch, davon zu sprechen, dass es sich bei SPD und Grünen überhaupt um Parteien eines linken Lagers handelt und dass sie gleichsam die ›natürlichen‹ Koalitionspartner der LINKEN wären. Auch wenn es in beiden Parteien einzelne Personen und Gruppen gibt, die im weitesten Sinn des Wortes eine emanzipatorische und linke Politik verfolgen, so bestimmt dies doch nicht die Logik der Parteien selbst. Beide sind abgeschnitten von den gesellschaftlichen Kräften und Debatten, in denen über Alternativen zum kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus und seiner zerstörerischen Dynamik nachgedacht wird. Die LINKE hatte sich während der gemeinsamen Regierungszeit von SPD und Grünen als Partei ausdrücklich gegen deren neoliberale Politik gegründet. Nur eine deutliche Akzentverschiebung und ein anderes Führungspersonal könnte die Grundlage für ein gemeinsames sozial-ökologisches Projekt bilden. Danach sieht es gegenwärtig nicht aus. Eher lassen sie sich als Parteien der Mitte verstehen.

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und einer der eingriffslustigen linken Intellektuellen. Er lehrt an der Universität in Frankfurt am Main, ist im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift. Im Umfeld des Instituts Solidarische Moderne beteiligt er sich an Diskussionen um ein rot-rot-grünes Crossover.

DIE SPD UND DAS ETATISTISCHE ALLGEMEINE

Die Bundestagswahl kannte nur Deutsche, keine Parteien. Mit Ausnahme der Partei Die LINKE. Alle anderen nahmen in Anspruch, das deutsche Gesamtinteresse zu vertreten. Die FDP stilisierte sich als Stimme der Freiheit, für die nun, nach ihrer Wahlniederlage, niemand mehr sprechen würde. Die CDU/CSU beansprucht ohnehin, die Anliegen Deutschlands, seiner Bevölkerung und der Mitte wahrzunehmen: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland, damit es ein starkes und erfolgreiches Land bleiben kann. Die VertreterInnen der SPD waren vor den Wahlen etwas beleidigt, weil Kanzlerin Merkel ihnen europapolitische Unzuver-

lässigkeit vorgeworfen hatte. Das wurde von Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel immer wieder zurückgewiesen. Sie hätten in Verantwortung für den Staat und für Deutschland gehandelt (die Reform des Arbeitsmarkts, die Rettung der Banken) und würden dies auch weiter tun. Da war sie wieder, die Angst, als vaterlandslose Gesellen zu gelten. Das Bekenntnis zur staatlichen Verantwortung war schnell parat, der Etatismus brachte sich zur Geltung, der die Sozialdemokratie seit 150 Jahren kennzeichnet und sie zu so vielen problematischen Entscheidungen getrieben hat. Seit der Godesberger Wende handelt die SPD nicht mehr im Interesse der lohnabhängigen Klasse, aber sie argumentiert auch nicht mehr wie eine Volkspartei, die einen demokratisch popularen Block der Menschen von unten bildet und das Interesse des Volkes gegen die Herrschenden, die Reichen organisiert. Das war Anfang der 1970er Jahre unter Willy Brandt noch der Fall; die Perspektive einer sozial-ökologischen Erneuerung, wie sie von Björn Engholm oder Volker Hauff, den ›Enkeln Willy Brandts‹, ansatzweise verfolgt wurde, wurde unter Schröder vertan. Die SPD tritt nicht ein für ein Partikularinteresse und einen politischen Kampf, es zu verallgemeinern; vielmehr möchte sie sich direkt auf dem Niveau des vom Staat definierten gesellschaftlichen Allgemeinen sehen. Damit folgt sie dem bürgerlichen Tabu über den Egoismus. »Die Kritik am Egoismus paßt besser in das System dieser egoistischen Wirklichkeit als seine offene Verteidigung; denn es beruht in steigendem Maß auf der Verleugnung seines Charakters; das öffentliche Gelten der Regel wäre gleichzeitig auch ihr Untergang.« (Horkheimer 1936, 18) Den Standpunkt der Allgemeinheit vermag jedoch in dieser von gegensätzlichen Interessen zerrissenen Gesellschaft niemand einzunehmen, er steht nicht zur Verfügung – weder staatlich als Allgemeininteresse, noch moralisch als eine allgemeine Norm. Es bedürfte ganz neuer Koordinaten gesellschaftlichen Handelns, damit sich das Partikulare mit dem Universellen verbinden könnte. Wenn die SPD im Namen des Staates argumentiert, werden viele an Kriegseinsätze denken und daran, dass sie vermeintlich realitätstüchtig immer wieder bestrebt ist, die weltwirtschaftlichen Zwänge als Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit direkt und in aller Härte an die Gesellschaft weiterzugeben, an die Deregulierung des Finanzmarktes, um Investoren anzuziehen, an die Umgestaltung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010, durch Schaffung eines Niedriglohnsektors, durch Abbau der Rechte von Arbeitslosen, daran, dass wir uns angeblich die sichere Rentenversorgung nicht mehr leisten könnten, an die Rede über Exzellenz und wissenschaftliche Leuchttürme oder die Zwölf-Jahres-Beschäftigungsfrist für WissenschaftlerInnen. Moralische Normen wie die der sozialen Gerechtigkeit sind vage und in der philosophischen Diskussion durchaus umstritten. Es war paradox genug, dass die SPD sich auf sie bezog. Denn in



Mark Notari/flickr

welcher Weise konnte sie bei den Wahlen einen solchen Bezug glaubwürdig vertreten? Mussten das nicht viele WählerInnen für zynisch halten? Hatten Gerhard Schröder und etliche Mitglieder aus seinen Kabinetten nicht deutlich gemacht, dass sie nach 16 Jahren Kohl-Regierung und geistig-moralischer Wende den Neoliberalismus noch radikaler fortsetzen würden; dass sie bereit waren, ihre politische Glaubwürdigkeit direkt oder durch zahlreiche Nebentätigkeiten indirekt an die Wirtschaft zu verkaufen? Es ist eine eigene, die ganze Politik korrumpierende Art und Weise, den kategorischen Imperativ Kants auszulegen, demzufolge die Maximen des eigenen Handelns allgemeines Gesetz werden sollten.

Zum Sinn von Demokratie gehört, dass partikulare Interessen gerade nicht geleugnet werden, sondern dass in einer konfliktreichen Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen, Verbänden, sozialen Bewegungen oder Parteien sich ein Gesamtinteresse herausbildet, das von einer breite-

ren Koalition gesellschaftlicher Kräfte getragen wird. Die Bestimmung dieses gesellschaftlichen Gesamtinteresses wird notwendig auch weiterhin prekär bleiben, weil die besonderen Interessen zu einem erheblichen Teil nicht angemessen berücksichtigt werden oder durch getroffene Entscheidungen neue Interessen entstehen, die auf eine weitere und neue politische Willensbildung drängen. Auch hier hat die SPD unter Schröder mit der sogenannten Basta-Politik, mit der Rede davon, dass Entscheidungen in demokratischen Verfahren nur zerredet würden, reichlich Schaden angerichtet: Prozesse wurden blockiert. Äußerungen von einzelnen SPD-PolitikerInnen oder ihre Praxis legen nahe, dass sie gegenüber sozialen Bewegungen oder Linken eine Politik mit administrativen Mitteln verfolgen, um Führung von oben zu erlangen. Das Personal wurde nicht wesentlich erneuert, es handelt sich weiterhin um diejenigen, die die Agenda-Politik mitgetragen haben und sich selbst für diese mutigen Reformen loben, die sie vielen Menschen zumuten.

ENDE DES KLASSENKOMPROMISSES

Die Probleme für einen Crossover liegen jedoch tiefer als die Kontinuität des Personals, die Bindung an frühere Entscheidungen oder machtpolitische Kalküle. Der Personalwechsel müsste mit einer theoretischen und politischen Besinnung auf die Grundlagen einer heutigen Reformpolitik selbst einhergehen. Es geht insbesondere um zwei Säulen der Reformpolitik, die ihre Tragekraft verloren haben, weil ihnen zunehmend die gesellschaftlichen Grundlagen fehlen: die parlamentarische Demokratie und der Sozialstaat. Mit beiden Zielen war historisch insbesondere die Sozialdemokratie verbunden – das bürgerliche Lager wollte weniger, die Linke wollte mehr. Die partikularen Interessen des Bürgertums, das den Staatsapparat für sich beanspruchte, sollten nach sozialdemokratischer Vorstellung durch das wirkliche Allgemeininteresse des Volkes, das mittels allgemeiner und gleicher Wahlen zur Geltung käme und die Gesetzgebung bestimmte, begrenzt oder zurückgewiesen werden. Mithilfe des Interventionsstaates und einer Vielzahl von wirtschaftspolitischen Instrumenten – progressive Besteuerung und hohe Kapitalsteuern, Sozialtransfers, Wirtschaftslenkung durch Investitionsförderung oder Wettbewerbspolitik, staatliche Nachfrage, breiter öffentlicher Sektor, Förderung von Bildung und Forschung, Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der Gewerkschaften – sollte die demokratische Beteiligung am Staat und die Fähigkeit zur Willensbildung des Volkes gestärkt sowie der gesamtwirtschaftliche Kreislauf gegen Krisen verteidigt und auf einen stabilen Wachstumspfad gebracht werden. Schon seit langem konnte von der Regulationstheorie gezeigt werden, dass das nicht dauerhaft funktionieren und die fordistische und die ihr folgende

postfordistische, finanzmarktdominierte Akkumulation und die neue Tendenz einer sich globalisierenden kapitalistischen Ökonomie zu einer umfassenden Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation führen würde. Der wohlfahrtsstaatliche Reproduktionsprozess konnte nicht mehr gelingen, er verlor schleichend die Grundlage. Der Versuch von Clinton, Blair oder Schröder, den Sozialstaat durch harte Workfare-Maßnahmen abzusichern, musste den umfassenden Wohlfahrtsklassenkompromiss verletzen und damit wichtige Grundlagen der Demokratie aushöhlen: Einschränkung des öffentlichen Dienstes durch Verschlankung und Privatisierung; Spaltung der Lohnabhängigen in einen hochqualifizierten Sektor, in Kernbelegschaften und in einen breiten Niedriglohnbereich etc.

KRITIK AUS DEN EIGENEN REIHEN

Das Bemerkenswerte an neueren Veröffentlichungen wie der von Wolfgang Streeck (2013) ist, dass nun auch aus der Sozialdemokratie heraus diese Einsichten vertreten werden. Streeck, vor Jahren noch enger Berater von Gerhard Schröder und an der Ausarbeitung einer neoliberalen sozialdemokratischen Politik maßgeblich beteiligt, zeigt, dass die Wirtschaftspolitik seit Ende der 1960er Jahre verfehlt war. Sie lief letztlich nur darauf hinaus, die unvermeidlichen kapitalistischen Krisentendenzen auf die Zukunft zu verlagern und Zeit zu kaufen. Nach Ende des Wiederaufbaus ab Mitte der 1960er Jahre durchlief die Wirtschaft der BRD ebenso wie andere wichtige OECD-Staaten einen umfassenden kaskadenartigen Krisenzyklus. Die Lösung der Krise auf einer Stufe schuf die Bedingungen für den Ausbruch der nächsten Krise auf höherem Niveau: Der Inflation in den 1970er Jahren folgte die Staatsverschuldung und schließlich die Privatverschuldung (vgl. Streeck 2013, 72ff). Am Ende mündete diese Tendenz in die Finanzkrise mit ihren eigenen heteromorphen Krisenmerkmalen (Immobilienkrise, Bankenkrise, Staatsschuldenkrise, Krise der Eurozone). Die Dynamik der sozialdemokratisch-keynesianischen Wirtschafts- und Antikrisenpolitik seit den späten 1960er Jahren hat die Grundlagen des sozialdemokratischen Projekts selbst untergraben. Es war nicht mehr auf das Ziel des Sozialismus ausgerichtet, weil es so schien, als könne mittels Reformpolitik und Eingriffen in den Wirtschaftskreislauf eine demokratische Entwicklung in Gang gesetzt werden, die sich auf eine breite Allianz immer besser ausgebildeter sozialer Gruppen stützen konnte. Weder wurde mit starkem Widerstand von Seiten des bürgerlichen Lagers gerechnet, das eine Anspruchsinflation bei der lohnabhängigen Bevölkerung erwartete und bekämpfte – höhere materielle Entschädigung, geringere Folgebereitschaft, sich in eine von oben vorgegebene Arbeitsteilung einzufügen, Veränderung der Lebensformen und starke Wünsche nach Bildung und demokratischer Beteiligung –, noch da-

mit, dass solche Kreisläufe ihre eigenen Widersprüche hervorbringen würden: hohe Exporte und damit Ungleichgewichte, hoher Ressourcenaufwand und entsprechende Outputs mit negativen Folgen für die Umwelt sowie gesundheitliche, zeitliche und emotionale Belastungen für die Lohnabhängigen. Die krisenhafte Tendenz seit den 1960er Jahren habe, so Streeck, die kapitalistische Wirtschaft von der politischen Regulierung befreit und die enge Verbindung von Kapital und Demokratie aufgelöst. Zu Recht ist er der Ansicht, dass es einer grundlegenden Neubestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie mittels eines Totalumbaus des Staatensystems – insbesondere in Europa – bedürfte (ebd., 76), aber vor den Konsequenzen weicht er zurück. Im Angesicht der Krise, die die sozialdemokratischen »Zauberlehrlinge« politisch mit bewirkt haben, will er zurück zum Nationalstaat. Im Widerspruch zu eigenen früheren Analysen gibt er zu verstehen, wirtschaftliche Prozesse und staatliche Entscheidungskompetenz könnten im Nationalstaat wieder zusammengeführt werden. Doch angesichts des wachsenden Maßes an globaler Vergesellschaftung, angesichts der Energie- und ökologischen Krise in all ihren Facetten (Klima, Verwüstung, knapper werdendes Wasser, Erwärmung der Ozeane, geringere Biodiversität), erscheint dieser Vorschlag unrealistisch und kaum problemadäquat. Die einzige Lösung erwägt Streeck nicht ernsthaft: nämlich die demokratische Kontrolle der Antriebskräfte einer auf Verwertung von Wert, von Erzeugung von monetärem Reichtum um des Reichtums willen basierenden Produktionsweise, so dass die Möglichkeit der Veränderung der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten geschaffen würde.

AUF DEM WEG ZU EINEM NEUEN GESELLSCHAFTLICHEN ALLGEMEINWILLEN?

Es bedarf also der Formierung eines neuen gesellschaftlichen Allgemeinwillens für einen sozialen, ökologischen, demokratischen Entwicklungspfad. Damit verbindet sich ein strategisches Dilemma. Ein solcher neuer Allgemeinwille setzt eine Abspaltung und Polarisierung voraus, also die Einsicht der vielen, dass es so nicht weitergehen kann, die Einsicht, dass so weiterzumachen für die meisten Menschen eine Katastrophe darstellt, die am Ende alle treffen wird. In Deutschland sind die meisten Menschen beunruhigt und äußern Angst. Sie wissen, dass die Ruhe eine Scheinruhe ist, aber in der Zwischenzeit profitieren viele davon, dass die deutsche Wirtschaft die Krise gut überstanden hat. Das korrumpiert; und gerade deswegen wird die Einsicht in die wirklichen Verhältnisse weiter und weiter mit Ressentiment und kulturindustriellem Zeitvertreib abgewehrt. Der Gestaltungs- und Kontrollverlust über die globale Situation führt paradoxerweise zum Vertrauen gerade in die Kräfte, die maßgeblich zur Erhaltung der Misere beitragen und von ihr profitieren. Man rechnet sich offensichtlich aus, dass der Gehorsam

wenigstens ein bisschen ökonomische Sicherheit abwirft. Es handelt sich also um ein komplexes strategisches Dilemma: So, wie in den letzten Jahrzehnten politisch gehandelt wurde, wird es nicht weiter möglich sein; ebensowenig wird es ein Zurück geben, auch wenn manche Linke das glauben, wenn sie davon sprechen, dass der Neoliberalismus nur eine Ideologie, nur ein Glaube sei. Doch ein Glaube kann bedeutende und nachhaltige Praktiken hervorbringen, der Kapitalismus hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren verändert und ist in eine ganz neue historische Phase eingetreten. Die Formulierung deutlicher Alternativen wäre notwendig, und gleichzeitig schrecken viele – bis hinein in die Linke – davor zurück, weil sie die Ungewissheit bedrohlich finden. Warum sollten sie das Gute, was sie haben, für das Versprechen eines Besseren aufgeben, wenn sie befürchten müssen, dass dann alles schlechter sein würde? Das ist eine Frage des Vertrauens der Individuen und sozialen Gruppen in die eigene und gemeinsame Kompetenz zur tiefer ansetzenden und langfristig angelegten demokratischen Lösung der Probleme. Dieses Vertrauen zu bilden, ist eine der entscheidenden Aufgaben der Linken, die allein in einer langfristigen, kontinuierlichen und verlässlichen Praxis im politischen Alltag zu bewerkstelligen ist. Sie steht in einem konfliktreichen Verhältnis zu den beschleunigten und vielfach engen Zeithorizonten, die die herrschenden Verhältnisse lassen. Diese Aufgabe kann die Linke auch nur allein bewältigen. Sie hat keine ›natürlichen‹ Koalitionspartner. So wie SPD und Grüne sich offen halten, mit wem sie zukünftig koalieren wollen, muss dies auch für die Linke gelten. Das mag merkwürdig klingen. Aber wenn SPD und Grüne sich stärker in der Mitte positionieren, dann bedeutet dies auch, dass die LINKE sich nicht einseitig auf ein Crossover-Projekt mit SPD und Grünen festlegen kann. Vielmehr geht es dann darum, auf der Grundlage eines umfassenden Projekts auf der Höhe der Zeit politische Koalitionen von Fall zu Fall zu verfolgen. Auf kommunaler oder Landesebene, wo die LINKE ja in einigen Bundesländern durchaus den Charakter einer Volkspartei erreicht, kann dies gegebenenfalls auch Absprachen mit konservativen Kräften beinhalten. Vor allem aber bedarf es einer Politik, die allen plausibel macht, dass allein eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Bedingungen dafür schaffen kann, keine Sorge und Angst um sich, die Kinder und die gesellschaftliche Zukunft mehr haben zu müssen.

LITERATUR

Horkheimer, Max, 1936: *Egoismus und Freiheitsbewegung,* in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M, 1988

Streeck, Wolfgang, 2013: *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus,* Berlin

DOKU

GRAMSCI LESEN

BRÜCKEN IN DIE »GEFÄNGNISHEFTE«

FLORIAN BECKER, MARIO CANDEIAS, JANEK NIGGEMANN UND ANNE STECKNER

Gramsci lesen, ohne zu verzweifeln: Einstiege in die Gefängnishefte für alle, die nicht gleich 2 000 Seiten lesen wollen oder können.

Es passiert selten, dass wir einem klugen Kopf beim Denken zusehen und davon lernen können. Antonio Gramscis Gefängnishefte bilden den Produktionsprozess kritischen Wissens ab, aber auch die Bedingungen der Kerkerhaft, unter denen sie zustande kamen. Ihr fragmentarischer Charakter mit über tausend Mosaikstücken unterschiedlicher Notizen über neun Bände erschwert jedoch einen systematischen Zugang. Wo anfangen? Und wie?

Der gerade erschienene Band »Gramsci lesen« ermöglicht einen Einstieg: ohne Scheu ran ans Original! Der Band enthält Auszüge aus den Gefängnisheften, die Elemente von Gramscis Gesellschaftstheorie miteinander verschränken. Den thematischen Blöcken vorangestellt sind jeweils kurze »Brücken« in die Originaltexte.

Zwei dieser Brücken mit Bezug zum Heftthema dokumentieren wir hier. Denn: Die Beschäftigung mit Gramsci hilft, gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Zusammenhängen und die Kämpfe darum besser zu verstehen, gezielt zu kritisieren und das Gefühl der eigenen Ohnmacht in gemeinsames politisches Handeln zu wenden.

MODERNER FÜRST UND GESELLSCHAFTLICHE PARTEI

Parteien sind für viele längst keine attraktiven Orte mehr für politisches Engagement. Viel eher wird ein zivilgesellschaftliches Engagement in Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder losen (sozialen) Netzwerken gesucht. Doch mit Gramsci gesprochen sind wir alle »Partei« – niemand ist »parteilos«. Selbst wenn ich mich nicht für Politik im landläufigen Sinne interessiere, ergreife ich in der Praxis (wenn auch nicht im Bewusstsein) stumm Partei für die bestehenden Verhältnisse, wenn ich nichts am Bestehenden verändere. Gramsci erweitert das Verständnis von Partei so, dass Parteien als gesellschaftliche Kraft eine spezifische Form der Kämpfe um Hegemonie sind. Eben nicht bloß »technische Organisationen«, wie er schreibt, sondern ein »aktiver gesellschaftlicher Block«.

Block? Diesen hat man sich nicht als etwas fest Umrissenes und Starres vorzustellen, sondern als einen Zusammenhang unterschiedlicher Kräfte in der Gesellschaft, die gemeinsame Erfahrungen, Interessen und

Identitäten, eine bestimmte Lebensweise teilen. Eine Partei im weiten Sinne ist bestrebt, übergreifende Gemeinsamkeiten innerhalb des Blocks herzustellen, da seine ideologische Einheit von Gegensätzen entlang von Klasse, Geschlecht, Ethnie oder Religion durchzogen ist und auseinanderzufallen droht.

Politische Parteien im engen Sinne sind formelle Organisationen, die bei regelmäßigen Wahlen um Wählerstimmen konkurrieren. Gramsci betrachtet sie als Bestandteil solcher Blockbildungen. Demnach sind Parteien zugleich Apparate innerhalb des Staates und aktive Kraft in der Zivilgesellschaft. Offensichtlich geht es ihm ähnlich wie beim Begriff der Intellektuellen vor allem um die organisierenden Funktionen, die Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft haben. Diese Funktionen werden heute auch von Zeitungen, TV-Shows, Debattierclubs, Universitäten, Stiftungen, NGOs, Think-Tanks, politischen Vereinigungen usw. ausgeübt. Führende Kräfte aus diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen und den politischen Parteien formieren sich zu dem, was Gramsci die »gesellschaftliche Partei« (oder Block) nennt. In diesem Sinne sind Parteien Teil der Zivilgesellschaft, in der sie Bündnisse eingehen, Debatten vorantreiben, Meinung machen, Akzente setzen, Vermittlungsarbeit leisten, Organisierung stärken, Alltagspraxen mitgestalten usw. – kurz: bestimmte Gruppen und Interessen verbinden. Mit anderen Worten: Ein Bündnis gesellschaftlicher Kräfte ringt als Partei darum, seine Führung in der Gesellschaft auszubauen, die Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung zu gewinnen und deren (mehr oder weniger) freiwillige Unterstellung unter seine Herrschaft abzusichern. Zur Eroberung der Macht reicht es nicht, Wahlen zu gewinnen, die Regierung zu stellen und die Staatsapparate mit Personal zu bestücken. Gramsci betont: Eine Partei muss sich im umfassenden Sinne zu Staat und Weltauffassung entwickeln, d.h. auch den Kampf um die Köpfe und Herzen der Beherrschten für sich entscheiden. Das bedeutet aber auch, sich ständig selbst zu erneuern und an entscheidenden Punkten über Verbündete und Gleichgesinnte hinaus andere gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, d.h. auch Kompromisse mit gegnerischen Kräften einzugehen. Das läuft natürlich nicht reibungslos ab. Hiermit verbundene Konflikte spiegeln sich in innerparteilichen Auseinandersetzungen bis hin zu Parteispaltungen wider. Außerdem findet diese gesellschaftliche Aushandlung nicht auf Augenhöhe statt, weil das Terrain der Aushandlung kein neutrales ist, sondern auf Klassenverhältnissen basiert.

In der bürgerlichen Gesellschaft sind Parteien die Form der Austragung politischer Kämpfe. Zwar braucht die Bourgeoisie (= die besitzenden Klassen) hierfür keine eigene, ihr unmittelbar zugehörige und von ihr eingesetzte Partei. Es kommt ihren Interessen sogar entgegen, wenn es einen politischen Ausgleich durch unterschiedliche Parteien (auf Basis struktureller Macht der Bourgeoisie) gibt. Mit Gramsci lässt sich also zeigen: Vorstellungen von Parteien als verlängerter Arm des Kapitals oder als exklusives Instrument in den Händen der Herrschenden greifen zu kurz.

Sind Parteien umgekehrt vielleicht ein Instrument, das unter der Kontrolle der

Beherrschten für deren Befreiung dienlich sein kann? Eine Möglichkeit, sich organisiert gegen die herrschenden Zumutungen zur Wehr zu setzen? Die Frage, wie sich die Subalternen (siehe unten Stichwort Subalterne) zur eigenen Führungsfähigkeit erziehen können, trieb Gramsci immer wieder um. Damit geht es um die politisch-strategische Frage der Organisation einer sozialistischen Transformation und die Rolle einer revolutionären Partei in diesem Prozess. Auch hier geht sein Begriff über die bürgerliche Idee von Parteien, die Teile der Bevölkerung und ihre Anhänger politisch repräsentieren, hinaus. Als Mitbegründer der kommunistischen Partei in Italien hat sich Gramsci immer wieder für ein Verständnis von Partei stark gemacht, in dem sich die unterworfenen Klassen und Gruppen kollektiv (selbst) organisieren und auf unterschiedlichen Feldern gemeinsam aktiv werden. Das meint nicht nur Parteipolitik im engen Sinne, sondern geschieht nur, wenn die Partei der Subalternen (»der moderne Fürst«) zu einem lebendigen Organismus von Organisationsfeldern und Lernprozessen wird. Damit rückt kollektive (Selbst-)Bildung in den Vordergrund, ebenso wie die Herausforderung, unterschiedliche Ebenen innerhalb einer Partei in ihrer jeweiligen Bedeutung für das Ganze zu erkennen: Basis-Aktive, mittlere Kader und Leitungspersonal. Gramsci beschäftigt dabei vor allem die Frage, wie sich das Verhältnis gestaltet zwischen denen, die eine solche gesellschaftliche Kraft vertreten, also repräsentieren, und denen, die repräsentiert werden – also zwischen Führenden und Geführten in der Partei (siehe unten Stichwort Subalterne).

Die Perspektive ist entscheidend: Will man, dass es »immer Regierte und Regierende« gibt, oder will man Bedingungen schaffen, die diesen Gegensatz zum Verschwinden bringen? Auch die Frage der berühmten Parteidisziplin wollte er immer als eine von hinterfragbaren Führungsverhältnissen verstanden wissen. Eine zum bürokratischen Apparat versteinerte Partei – die Gefahr war ihm bewusst – war für Gramsci ein von ihrer gesellschaftlichen Basis losgelöster Anachronismus.

POLITIK DER SUBALTERNEN, SPONTANEITÄT UND FÜHRUNG

Wer ist das revolutionäre Subjekt, das die kapitalistische Gesellschaft umwälzen und zugleich die Herrschaft von Menschen über Menschen überwinden kann? Die klassische Antwort der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen im Anschluss an Marx war: die Arbeiterklasse. Aber wer ist das eigentlich, die Arbeiterklasse? Ein Blick auf Machtverhältnisse wie Rassismus, Nationalismus, Patriarchat und Heterosexualität macht deutlich, dass es die Arbeiterklasse als einheitliche Gruppe mit gleichen Interessen nicht gibt. Das war schon zu Marx' Zeiten nicht anders. Heute sieht die Klassenfrage noch komplizierter aus: Erwerbslose, prekär beschäftigte Alleinerziehende, Migranten ohne Aufenthaltsrechte, Facharbeiterinnen, leitende Angestellte, kleine Selbständige, Gewerkschaftsfunktionäre, kritische Professorinnen haben unterschiedlich viel zu verlieren und kämpfen von sehr verschiedenen Positionen



»Learning to live with the crisis« Giannis Angelakis/flickr ⓘ

aus. Erst in politischen Auseinandersetzungen können gemeinsame Interessen entstehen. Was kann uns Gramsci also zu diesen alten und neuen Fragen noch sagen?

Statt vom Proletariat spricht er von den »Subalternen«, mal von subalternen Gruppen, mal von subalternen Klassen. Subaltern? Das bedeutet wörtlich übersetzt: unterstellt, untertan oder untergeben. Zuerst liegt die Vermutung nahe, dass dieser Begriff – ähnlich wie »Philosophie der Praxis« (statt Marxismus) – ein Tarnwort für das Proletariat war, das die Zensur im Gefängnis leichter umgehen konnte. Aber der Begriff reicht weiter: Gramsci richtet den Blick von den unterschiedlichen Gruppen (dem »zersplitterten Volk«) auf die ihren Spaltungen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse: Wo Menschen untergeordnet, unterworfen sind, gibt es zugleich ein ›über‹. Jedenfalls taucht der Begriff Subalterne bei Gramsci meist im Gegensatz zu den herrschenden Klassen auf. Einerseits ist Subalterne also – wie Proletariat bei Marx – ein Sammelbegriff für die verschiedenen unterworfenen Gruppen. Andererseits bringt er zum Ausdruck, dass die Beherrschten keine homogene Einheit sind, sondern (auch global betrachtet) sehr unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen haben. Und es geht nicht nur um Klassenverhältnisse, sondern auch um ihre Verbindung mit anderen gesellschaftlichen

Spaltungen: zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, zwischen den Nationen oder im Zusammenhang mit Kolonialismus – etwa zwischen dem industrialisierten Norden und dem bäuerlichen Süden Italiens zu Gramscis Zeit.

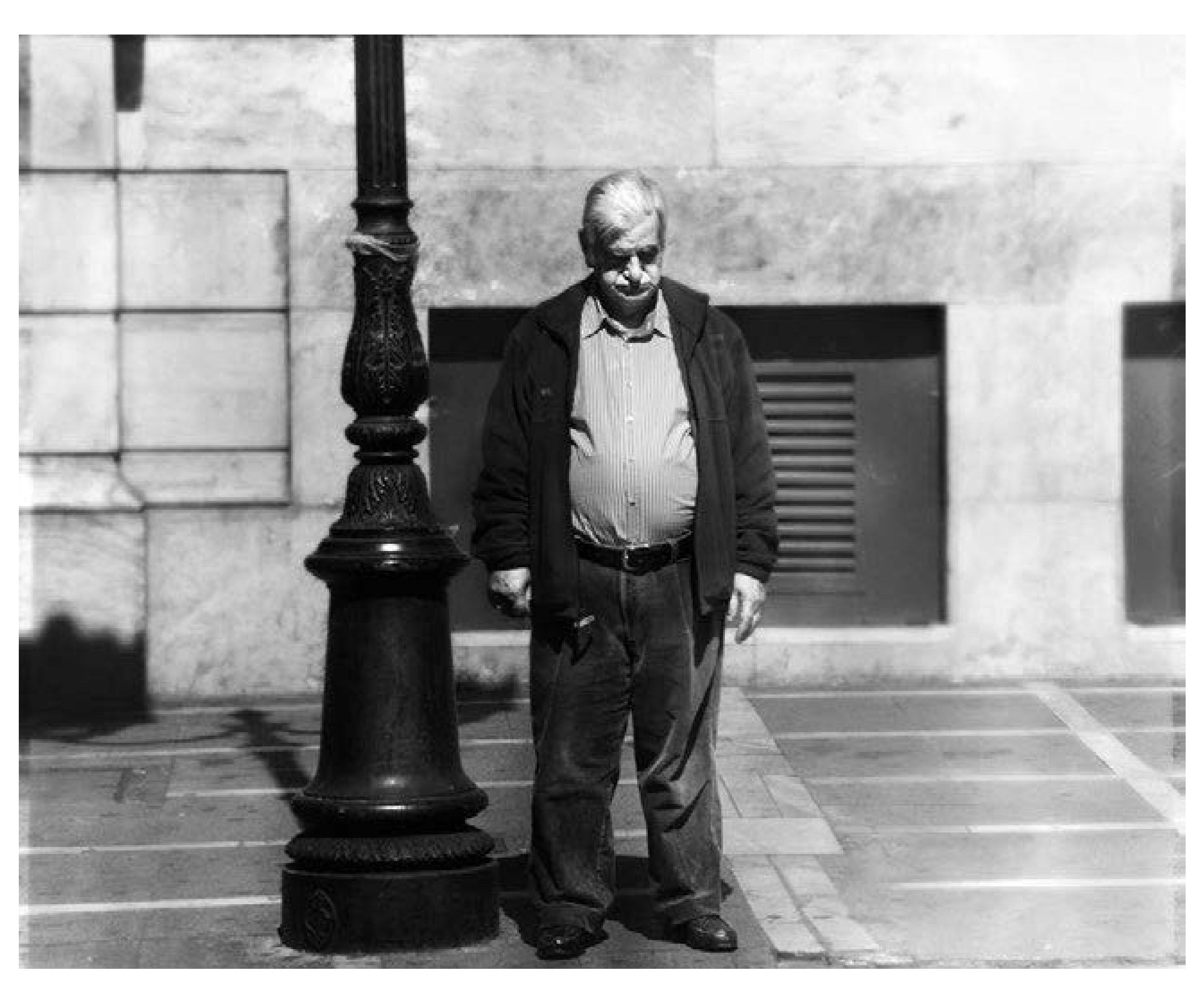
Gramsci betont: Der Normalzustand der Subalternen ist ihre Zersplitterung und fehlende Organisierung. Die Versuche, sich gegen ›die da oben‹ zu vereinen, durchbrechen die Herrschenden systematisch mittels Gewalt und durch Zugeständnisse an Teile der Subalternen. Über solche »instabilen Kompromissgleichgewichte«, wie Gramsci schreibt, werden Spaltungen und Ungleichheiten zwischen den Subalternen immer wieder neu hergestellt. Dennoch gibt Gramsci die Perspektive einer möglichen Überwindung dieser Spaltungen nicht auf. Sie kann nicht auf gleichen Lebensbedingungen beruhen, sondern muss als eine zusammengesetzte Einheit durch Bündnisse zwischen verschiedenen Gruppen politisch organisiert werden.

Gramsci schreibt, die Geschichte der subalternen Klassen sei »notwendigerweise bruchstückhaft«. Wie lässt sich deren Geschichte also erzählen und weitergeben? Die offizielle Geschichtsschreibung gibt stets die Geschichte der Herrschenden wieder. Sie erzählt von mächtigen Königen, großen Architekten und weisen Philosophen. Sie zitiert die Schriften belesener Autoren, dokumentiert die Schlachten großer Feldherren, berichtet von siegreichen Truppen, berühmten Politikern und erfolgreichen Unternehmern. Das Aufspüren und die Rekonstruktion der geschichtlichen Spuren der Subalternen hingegen erfordern eine genaue Suche, viel Geduld und eine Verbindung zu ihren Bewegungen.

Eine solche Geschichte ›von unten‹ kann zu gemeinsamen Lernprozessen beitragen. Gramsci spricht vom »Geist der Abspaltung«, durch den sich die Subalternen aus ihrer Unterwerfung und Einbindung in die bestehende Kultur befreien, indem sie eine eigenständige und eigensinnige Weltauffassung entwerfen, neue Denk- und Handlungsweisen entwickeln und anders zu fühlen beginnen.

In den spontanen Kämpfen und Initiativen von unten muss kollektive »Führung« entstehen, die massenhafte Bildung und Selbsterziehung organisiert. Dies ist für Gramsci ebenso unverzichtbar wie das spontane Element. Er ist sich der Gefahr bewusst, dass unorganisierte Aufstände ohne bewusste Führung in reaktionäre Bewegungen abdriften können. Zugleich sieht er die Tendenz, dass sich die Führung autoritär verselbständigt. Daher treibt ihn die Frage um, wie sich selbst gewählte Disziplin und Unterordnung unter eine gewählte Führung mit einer Demokratisierung der Entscheidungsprozesse und der Aktivität verbinden lassen. Die Beziehung von Führenden und Geführten beschreibt Gramsci als eine komplexe Verknüpfung von Gefühlen und intellektueller Überzeugung. Letztlich geht es Gramsci jedoch darum, das Verhältnis von Führenden und Geführten als hierarchische Arbeitsteilung zu überwinden.

ZUM WEITERLESEN:
GRAMSCI LESEN. EINSTIEGE IN DIE GEFÄNGNISHEFTE
Becker, Florian, Mario Candeias, Janek Niggemann und Anne Steckner (Hg), 2013, Argument, 334 Seiten, 17€



»Exhaustion/Erschöpfung«, Giannis Angelakis/flickr ⓘ

KONTROVERS

GEHÖRT DAS 21. JAHRUNDERT DER MITTELKLASSE?

GÖRAN THERBORN ▮ NICOLE MAYER-AHUJA ▮ MICHAEL VESTER
LOTHAR PETER ▮ INGRID KURZ-SCHERF

GEHÖRT DAS 21. JAHRHUNDERT DER MITTELKLASSE?

GÖRAN THERBORN

Sicher gibt es eine Reihe von plausiblen Etiketten, die sich an das 20. Jahrhundert anheften lassen. In den Begriffen der Sozialgeschichte aber war es klar das Zeitalter der Arbeiterklasse. Erstmals wurden die eigentumslosen ArbeiterInnen eine große und nachhaltige politische Kraft. Das 20. Jahrhundert wurde – als Resultat von Kämpfen der Arbeiterklasse – zu einer Zeit der Angleichung der Klassen innerhalb der Nationen. Im 21. Jahrhundert jedoch konvergieren die Nationen, während die Klassen divergieren – eine historische Umkehr nicht nur in der Geopolitik, sondern auch in Bezug auf die Ungleichheit: Wir sehen seit den 1990ern eine Rückkehr der Klasse als mächtiger Determinante von Ungleichheit. Klasse und Klassenkonflikt werden sich im 21. Jahrhundert in zwei neuen Konfigurationen entwickeln, die beide überwiegend nichteuropäisch sind und deren Schwerpunkte südlich von Natoland liegen. Die eine ist wahrscheinlich von den Hoffnungen und Verärgerungen der Mittelklasse getrieben. Die andere wird ihre Basis unter den Arbeitern und den Volksklassen in all ihrer Verschiedenheit finden – den Plebejern also, weniger dem Proletariat. Die erste Konzeption charakterisiert das 21. Jahrhundert als Jahrhundert der globalen Mittelklasse. Die ArbeiterInnen des letzten Jahrhunderts werden hier aus dem Gedächtnis gelöscht, das Projekt der vom Proletariat angeführten universellen Emanzipation wird ersetzt durch den universellen Anspruch, zur Mittelklasse zu werden. So wünschte sich Dilma Rousseff, die einstige *Guerillera* und Nachfolgerin von Präsident Lula, »Brasilien in eine Mittelklassenbevölkerung zu transformieren«. In einer Welt, in der die Modernität der Arbeiterklasse und des Sozialismus für obsolet erklärt wurden, ist hier die Mittelklassengesellschaft das Symbol einer alternativen Zukunft geworden. In ihrem

Mittelpunkt steht ein Traum des grenzenlosen Konsums, einer Mittelklasse, die von der Erde Besitz nimmt, Autos, Häuser und eine grenzenlose Vielfalt elektronischer Waren kauft und die globale Tourismusindustrie in Gang hält. Der Konsum der Mittelklasse hat den großen Vorteil, den Privilegien der Reichen entgegenzukommen und zugleich einen Wunschtraum für die Volksklassen zu liefern. Die dunkle Seite dieses Traumes ist sein Anspruch auf Exklusivität: Menschen, die weder zur Mittelklasse noch zu den Reichen gehören, haben keine vergleichbaren Ressourcen aufzubieten. Sie sind *losers* oder *underclass*.

Ein zweites Szenario sieht eine Konfrontation zwischen den Reichen und dem Rest voraus, in dem die Mittelklasse eine wichtige Rolle spielt – in Kairo und Tunis, in Thailand, Barcelona oder Madrid.

Die Zeit, in der die Arbeiterklasse als die Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung angesehen wurde, scheint erst gestern gewesen zu sein – aber ihre Rückkehr ist unwahrscheinlich. Die entwickelten Ökonomien wurden deindustrialisiert und ihre Arbeiterklassen gespalten, geschlagen und demoralisiert. Der Stab der Industrie ist an China weitergegeben worden – und dort ist eine neue Runde des sozialen Konflikts über die Verteilung des Reichtums nicht ausgeschlossen. Die Entstehung einer machtvollen, auf dem dortigen Proletariat basierten Bewegung würde in der ganzen sich entwickelnden Welt einen außerordentlichen Einfluss haben – aber ist sie wahrscheinlich? Anderswo sind politische Umwälzungen noch unwahrscheinlicher. Ein Vormarsch der Arbeiterklasse im klassischen Sinn ist in der Welt von heute nicht denkbar,

GÖRAN THERBORN ist Soziologe. Hierzulande wurde er bekannt mit der Frage: *What Does the Ruling Class Do When It Rules?*, der er in seinem gleichnamigen Buch (1978) nachging. Viele Publikationen zu Ideologie- und Klassentheorie sowie zu sozialer Ungleichheit in globaler Sicht folgten, zuletzt *The World: A Beginner's Guide* (2011) und *The Killing Fields of Inequality* (2013).

NICOLE MAYER-AHUJA war bis 2012 Direktorin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) an der Universität Göttingen. Jetzt ist sie als Professorin für Soziologie am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg tätig. Ihr großes Thema ist »Arbeit« und »Arbeitswelt«, wie schon die ungewöhnliche Grafik auf ihrer Hompage zeigt.

MICHAEL VESTER ist wie kaum ein anderer der Frage der gesellschaftlichen (und kulturellen) Milieus nachgegangen und hat diese als Struktur und Praxis diskutiert. Einer seiner letzten Veröffentlichungen stellte er folgenden von Edward P. Thompson stammenden Satz voran: »But class itself is not a thing, it is a happening«.

LOTHAR PETER hat bis 2006 als Hochschullehrer in Bremen Industrie-, Betriebs- und Arbeitssoziologie betrieben, weil ihn die wirklichen Verhältnisse der Arbeit und Produktion interessierten, die der Begriff Arbeiterklasse aufgerufen hat. Er war viele Jahre als Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätig.

INGRID KURZ-SCHERF pendelt beruflich zwischen Politik und Wissenschaft. Seit 2001 ist sie Professorin für Politikwissenschaft an der Uni Marburg mit dem Schwerpunkt »Politik und Geschlecht«. Sie bearbeitet arbeits- und sozialpolitische Themenfelder aus der Perspektive einer Kritischen Politischen Ökonomie mit einem demokratietheoretischen und feministischen Zugang und in Kooperation mit vielen anderen, z.B. dem Zentrum für Gender Studies, das sie von 2007 bis 2010 leitete. Zuletzt gab sie zusammen mit Alexandra Scheele den Band *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht* (2012) heraus.



Daniel Lobo/
flickr ⓘ

aber wir können Fortschritte auf den verschiedensten Fronten erkennen – schließlich wird die Expansion des Kapitalismus und das Wachstum seiner Ungleichheiten die Arbeiterklasse auf der Agenda der Politik des 21. Jahrhunderts halten.

Für die kommenden Jahrzehnte zeigen sich vier plausible Klassenperspektiven: ein globalisierter Mittelklassenkonsumismus; die politische Rebellion der Mittelklasse; industrieller Klassenkampf und schließlich eine heterogene Mobilisierung der Volksklassen. Der soziale Charakter des neuen Jahrhunderts wird sich noch ausbilden müssen, aber Klassen werden mit Sicherheit eine äußerst wichtige Rolle spielen. Die klassischen Anliegen der Linken – kapitalistische Ausbeutung und Imperialismus, repressive Geschlechterhierarchien oder ethnische Ungleichheit – gelten auch in dem neuen Jahrhundert. Der Kampf wird weitergehen: Das ist sicher. Aber wer wird ihn prägen: die neue Mittelklasse oder die popularen Massen?

Der Artikel ist in Auszügen entnommen aus Class in the 21st Century, *erschienen im* New Left Review *78/2012, 5–29.*
Aus dem Englischen von Rainer Rilling

WELCHE MITTELKLASSE?

NICOLE MAYER-AHUJA

Der angelsächsische Begriff *middle class* wird im Deutschen eher mit »Mittelschicht« als mit »Mittelklasse« übersetzt. Sein Charme liegt in den vielfältigen (und angenehmen) Assoziationen, die er weckt, nicht aber in seiner analytischen Schärfe. Was soll die *middle class*, die angeblich Ende des 20. Jahrhunderts das Zepter gesamtgesellschaftlicher Prägekraft von der *working class* übernommen hat, von ihrer Vorgängerin unterscheiden? Für Therborn besteht die *working class* aus IndustriearbeiterInnen, die *middle class* aus Angestellten und Freiberuflern im Dienstleistungssektor; verbunden ist die *working class* durch ihre Stellung im Produktionsprozess, die *middle class* hingegen durch ihre globalisierten und tendenziell grenzenlosen Konsumstandards. Übersetzt man nun *working class* ins Deutsche, so hat man die Wahl zwischen »Arbeiterklasse« und »arbeitende Klasse«. Bei der zweiten Variante geht es um diejenigen Menschen, die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf den Verkauf der eigenen Arbeitskraft angewiesen sind. Diese Gruppe umfasst abhängig Beschäftigte in Industrie- wie Dienstleistungssektor. Seit etwa 1950 wurden die Unterschiede zwischen ArbeiterInnen und Angestellten (im Hinblick auf Einkommen, soziale Absicherung und Tätigkeitsprofile) schrittweise reduziert. Wenn es nun aber nicht die sektorale Zugehörigkeit ist, die *working class* und *middle class* trennt, bleibt der Verweis auf unterschiedliche Konsumstandards. Tatsächlich entfalteten Begriffe wie »Mittelschicht« oder »Mittelstand« ihre größte Anziehungskraft in

den prosperierenden Nachkriegsjahrzehnten, als ein wachsender Teil der Bevölkerung die neue Erfahrung machte, selbst als ArbeiterInnen und kleine Angestellte immer mehr konsumieren zu können – und sich somit als Teil einer wachsenden Mittelschicht fühlte. Trotz weiter bestehender Klassenunterschiede war das ideologische Konstrukt einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky 1956) daher überzeugend. Der Begriff »Mittelklasse« ist vor diesem Hintergrund doppelt problematisch: Er ist für die empirische Gegenwartsanalyse ungeeignet und steht in dieser Tradition der ideologischen Rechtfertigung des Kapitalismus durch Verweis auf seine integrativen Potenziale. Zugleich ist er Teil einer übergreifenden Tendenz, Arbeit zu dethematisieren. Zwar gibt es weiter eine eindeutig identifizierbare »arbeitende Klasse«, doch werden die betreffenden Menschen eher als KonsumentInnen, kreative Geister, Lifestyle-OptimiererInnen oder eben als »Mittelklasse« adressiert. Dies lenkt von den Herrschaftsverhältnissen in der Arbeitswelt ab.

Wem also »gehört« das 21. Jahrhundert? Wer sind die heutigen Akteure sozialer Veränderung? Zwischen 1950 und 1980 spielte die *working class* hier eine dominante Rolle, denn die organisierte Arbeiter- und auch Angestelltenschaft speziell im öffentlichen Sektor setzte emanzipatorische Fortschritte durch. Allerdings wurde dies dadurch erleichtert, dass es ein gemeinsames Interesse von Arbeit, Staat und Kapital an einer »Humanisierung der Arbeitswelt« gab. Dieser zeitweilige Kompromiss ist aufgekündigt. Will man wissen, wem das 21. Jahrhundert »gehört«, wird man folglich aktuelle Akteurs-, Interessen- und Kräftekonstellationen analysieren müssen, statt (wie heute üblich) auf anonyme Kräfte (wie Märkte, Globalisierung oder Finanzialisierung) zu verweisen.

Für Therborn wurde sozialer Fortschritt im 20. Jahrhundert vor allem von der Industriearbeiterschaft der kapitalistischen Zentren erkämpft – im 21. Jahrhundert ziehe diese Funktion zusammen mit den Schloten der großen Industrie weiter nach Lateinamerika oder China, während die »Mittelklasse« immer globaleren Konsumstandards huldige, aber politisch beliebig geworden sei. Freilich wurde etwa die Etablierung rechtlich abgesicherter, dauerhafter Lohnarbeit mit existenzsichernder Vergütung und kollektiver Interessenvertretung zwar im nationalstaatlichen Kontext und vor allem in den Zentren erkämpft – doch Normen von Arbeitsregulierung strahlen durchaus auf andere Weltregionen aus. Daher weisen etwa Regulierungsstandards im indischen öffentlichen Sektor erstaunliche formale Ähnlichkeit zum bundesdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« auf – und umgekehrt führt die direkte Konkurrenz mit Arbeitenden in Weltregionen, in denen derlei Regulierungen nicht oder schon nicht mehr gelten, zur Senkung sozialer Standards in den Zentren. Somit können wir den sozialen Fortschritt schwerlich an plebejische Massen in Lateinamerika oder chinesische IndustriearbeiterInnen delegieren. Zum anderen lohnt es sich zu fragen, wie sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, die unter »Mittelklasse« subsumiert werden, konkret verändern und inwiefern sich hier Potenziale für emanzipatorische Politik erkennen lassen. Weder die *working class* noch die *middle class* ist eine einheitliche Gruppe – dies gilt bereits in einem Land und umso mehr in transnationaler Perspektive. Seit den 1980er Jahren und

spätestens angesichts der aktuellen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, forcierter Privatisierung, zunehmender Prekarität und grassierender Armut haben sich die Aufstiegserwartungen, die die *working class* vereinten, eher in Abstiegsängste verkehrt. Die Selbstverortung in einer »Mittelklasse« steht demnach auf einer zunehmend brüchigen materiellen Basis. Welche Rolle hingegen die »arbeitende Klasse« für die Weiterentwicklung der sozioökonomischen Konstellationen in verschiedenen Weltregionen im 21. Jahrhundert spielen (kann), wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, die naheliegende Entsolidarisierung zu verhindern und stattdessen das Eintreten für eine bessere Welt zu einem gemeinsamen Zukunftsprojekt zu machen.

EINE FRAGE DES KAMPFES UND DER DEMOKRATISCHEN SPIELREGELN

MICHAEL VESTER

Die These, die hier zur Debatte gestellt wird, will das Leitmotiv eines ganzen Jahrhunderts vorhersagen. Ihr Hintergrund ist offensichtlich die alte Erzählung von der drohenden Polarisierung der kapitalistischen Gesellschaften, die das Leitmotiv des 19. und des 20. Jahrhunderts abgab. Diese Prophezeiungen – die Proletarisierung der Mittelklassen und die Marginalisierung der Dritten Welt – haben Intellektuelle lange fasziniert. Sie sind spätestens in den 1970er Jahren gescheitert. Der Siegeszug der neoliberalen Deregulierung und die jetzige große Wirtschaftskrise haben diese Visionen wieder aufleben lassen. Doch die beiden jüngsten UNO-Berichte zur globalen Wirtschafts- und Sozialentwicklung sprechen eine andere Sprache. Sie sehen durchaus die großen inner- und weltgesellschaftlichen Ungleichheiten, aber gleichzeitig auch deren Abnahme. Diese ist jedoch keine lineare Tendenz in die Mitte, sondern eine widersprüchliche Dynamik, die weltweit vor allem durch die Wirtschaftskrise gehemmt wird und in vielen Ländern (wie beispielsweise in Südeuropa) auch gegenläufig ist.

Der erste UNO-Bericht trägt den Titel *The Rise of the South. Human Progress in a Diverse World*. Danach ist der Anteil der ›Dritten Welt‹ an der Weltwirtschaftsleistung zwischen 1980 und 2011 von 33 auf 45 Prozent gestiegen. Bis 2030 werden voraussichtlich allein China, Indien und Brasilien die Hälfte der globalen Ökonomie ausmachen. Der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung ist von 2000 bis 2012 halbiert worden und die soziale Ungleichheit in Bildung und Gesundheit stark zurückgegangen. Erfolgreich sind vor allem diejenigen Nationen, die dreierlei verbinden: einen starken, entwicklungsaktiven Staat, die Teilnahme an globalen Marktentwicklungen und zielstrebige sozialpolitische Innovationen.

Es ist also nicht ›der Markt‹ oder die Austeritätspolitik, sondern die wirtschaftliche und soziale Staatsintervention. Ihr verdankt sich, dass der Aufstieg des Südens seinen Ausdruck in einer wachsenden neuen Mittelschicht findet, die Warenströme und Konsumgewohnheiten verändert. Voraussichtlich wird es bis 2025 eine Milliarde Haushalte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 20 000 US-Dollar geben. Drei Fünftel dieser

»globalen Mittelschicht« würden dann im Süden leben, bis 2030 sogar vier Fünftel.

Die Einkommensgrenze von 20 000 ist eher bescheiden. Offenbar handelt es sich nicht mehr nur um die privilegierte obere Mittelklasse, sondern in erheblichem Maße um Angehörige der abhängig oder als Kleinselbstständige arbeitenden Volksklassen und auch der prekarisierten Bildungsschichten. Deren Kampf um Teilhabe setzt in vielen Ländern, in denen solche Reformen noch ausstehen (wie in arabischen Ländern und eben auch in Südeuropa) oder sehr unzureichend sind (wie in China), die Oligarchien unter Druck. Es ist deren Bereicherung – häufig *einhergehend* mit der Herausbildung privilegierter oder kleptokratischer oberer Mittelschichten –, die der sozialen Balance entgegen wirkt.

Vor allem aber wird die positive Entwicklung durch die globale Krise beeinträchtigt. Gerade sie ist verursacht worden durch Bereicherung zu Lasten des Massenkonsums, wie der keynesianische Nobelpreisträger Stiglitz betont (vgl. *LuXemburg* 2/2013, 22ff). Der zweite UNO-Bericht, *World Economic Situation and Prospects 2013*, konstatiert, dass das globale Wirtschaftswachstum aufgrund anhaltender Unsicherheiten vorerst stark gebremst bleibt. Daher werde in vielen Ländern die Reduzierung der Armut verlangsamt und der Haushaltsspielraum für Wirtschafts- und Sozialinvestitionen schrumpfe.

Ob das 21. Jahrhundert einer Mittelklasse gehören wird und wie weit diese die bisher unterprivilegierten Volksklassen, die abhängig Arbeitenden aller Art, einschließen wird, ist eine Frage des Kampfes und der demokratischen Spielregeln, die ihn ermöglichen.

KEINE KLASSE FÜR SICH

LOTHAR PETER

Was ist überhaupt »die Mittelklasse«? Verbreitet ist eine vage Vorstellung, dass es sich um jene handelt, die weder zu den ökonomischen, politischen und kulturellen Eliten noch zu den Armen und Exkludierten gehören. Zur Mittelklasse zählen folglich Menschen mit einem mindestens durchschnittlichen, oft gehobenen Einkommen, höheren Bildungsabschlüssen, relativ sicheren und anspruchsvollen beruflichen Positionen und statusgleichen Sozialkontakten. Sie sind zumeist für Prozesse der Modernisierung aufgeschlossen, bevorzugen liberale Wertorientierungen und fühlen sich einem individualistischen Leistungsethos verpflichtet. Daneben gibt es aber weiterhin traditionelle »mittelständische » Gruppen wie kleine selbständige Landwirte, Kaufleute und Handwerker, die, zumal wenn ihnen soziale Deklassierung droht, modernisierungsskeptisch eingestellt sind.

In Ländern wie Deutschland, wo häufig sogar relativ gut verdienende Arbeitergruppen den »Mittelschichten«, zugerechnet werden, wird immer häufiger von einem »Schrumpfen der Mittelschichten« und von »Ungleichheit in der Mitte der Gesellschaft« gesprochen. Sie werden immer mehr auch durch soziale Polarisierung, Fragmentierungen und Abwärtsmobilität *innerhalb* der Mittelschichten selbst hervorgerufen. Dieselbe Tendenz lässt sich noch viel gravierender in anderen – etwa den südeuropäischen – Ländern beobachten. Dem stehen konträre Daten, Deutungen und Prognosen zum Beispiel für Länder wie China und

Indien gegenüber. Nach Angaben des *Economist* aus dem Jahr 2009 ist die chinesische Mittelklasse angeblich zwischen 1990 und 2005 geradezu explosionsartig von 15 Prozent auf 62 Prozent der Bevölkerung gewachsen. Nicht zuletzt durch spektakuläre Zahlen wie diese haben sich einige Autoren zu der Hypothese hinreißen lassen, das 21. Jahrhundert werde von »Mittelklassenkonsumismus« (*middle-class consumerism*) dominiert und befriedet.

Abgesehen davon, dass die OECD den Umfang der Mittelklasse für das Jahr 2010 weltweit auf 1,8 Milliarden Menschen schätzte, was natürlich eine immense Zahl, aber noch immer von einer quantitativen Majorität weit entfernt ist, taugt der Mythos eines dieser Klasse gehörenden 21. Jahrhunderts auch aus einem anderen Grund nicht viel. Selbst wenn die Mittelklasse global weiterhin wachsen sollte, wird sie niemals jenen sozialen Zusammenhalt und jene Klassenidentität entwickeln, welche die Arbeiterklasse der beiden vergangenen Jahrhunderte auszeichneten und ihre geschichtsbildende Funktion begründeten. Es wird nie eine ›Internationale der Mittelklasse‹ geben, wie es eine proletarische Internationale gab mit Arbeiterparteien, Gewerkschaften und kulturellen Netzwerken auf allen Kontinenten. Was man heute »Mittelklasse« zu nennen pflegt, ist ein Konglomerat heterogener Schichten, Gruppen und Milieus, die zwar gewisse Werte teilen mögen, sich aber nie als Kollektiv verstehen werden, das qualitativ mehr wäre als die Summe seiner Teile.

Da aber die krisenhafte Vergesellschaftung des heutigen globalen Kapitalismus die zukünftige Entwicklung der Mittelklasse immer intensiver erfassen wird, ist zu vermuten, dass einzelne ihrer Segmente, die sozial absinken, sich politisieren und in den ›Kämpfen vor Ort‹ und global engagieren werden. Schon jetzt spielen sie in zahlreichen Protestbewegungen überall eine erhebliche Rolle. Die Sozialproteste in Israel wurden maßgeblich von Angehörigen der Mittelklasse getragen und die spanischen Indignados rekrutierten sich zu einem großen Teil aus Studierenden, die mehrheitlich der Mittelklasse entstammen. Das gilt erst recht für die studentischen Rebellionen gegen Bildungsprivilegien in Chile. Aber auch an der Bewegung der GlobalisierungsgegnerInnen, der Occupy-Bewegung und Initiativen für den Erhalt der *Commons* beteiligen sich viele Akteure, die zur Mittelklasse gehören – oder besser gehörten, weil sich ihre Lebenssituation inzwischen so verschlechtert hat, dass sie bereits zu »Prekären« geworden sind. Allerdings lässt sich nicht ausschließen, dass sich sozial bedrohte und entwurzelte Fraktionen der Mittelklasse auch für autoritäre und faschistische Lösungsangebote anfällig erweisen können, wie der Aufschwung des *Front National* in Frankreich zeigt.

Werden also die Mittelklasse oder relevante Teile von ihr als Repräsentanten kommender revolutionärer Veränderungen Geschichte schreiben? So unverzichtbar ihr Beitrag in den kommenden Kämpfen sein wird, so wenig werden sich Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten erzwingen lassen, ohne dass diese Bündnisse eingehen mit Organisationen der Lohnabhängigen, mit Kräften der Unterklassen und quer zur Sozialstruktur liegenden Kollektiven wie denen der Frauen oder ethnischen Gemeinschaften – etwa der

iberoamerikanischen Indigenas. Die Fiktion einer Hegemonie der Mittelklasse ist dagegen nur ein neuer Versuch, die Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus zu rechtfertigen.

Das 21. Jahrhundert wird also weder unter dem Vorzeichen weltweiter sozialer Homogenisierung und Integration, noch unter dem Vorzeichen tiefgreifender emanzipatorischer Veränderungen durch die Mittelklasse als neuem historischen Subjekt stehen. Deshalb ist das von Göran Therborn projizierte, obgleich von ihm keineswegs gewünschte Szenario einer Hegemonie der *new middle class* ebenso unwahrscheinlich wie eine von ihm offensichtlich ebenfalls für möglich gehaltene Revolte der *plebeian masses*.

AUF DEM WEG IN DIE ›GENTRIFIZIERUNG‹ VON ARBEIT?

INGRID KURZ-SCHERF

Das Projekt der Weltverbesserung, also der »militante Optimismus« (Ernst Bloch), ohne den die politische Linke in der Melancholie des Negativen versinkt, ist bekanntlich im gesellschaftlichen Tatbestand der Arbeit bzw. in der Dynamik seiner durch und durch widersprüchlichen Konstruktion in modernen kapitalistischen Gesellschaften verankert. Dem Prinzip Hoffnung lag nun allerdings in fast der gesamten, in den Schriften von Karl Marx verankerten Traditionslinie sozialemanzipatorischen Denkens und Handelns ein verkürzter und vielfältig verzerrter Arbeitsbegriff zugrunde. Feministinnen haben dies in unermüdlichem Reden und Schreiben immer wieder betont – allerdings mit eher spärlicher Resonanz hinsichtlich einer grundlegenden Revision des Arbeitsverständnisses linker Politik.

Aktuell ist der reale Wandel von Arbeit und Geschlecht von einer Gleichzeitigkeit widersprüchlicher und teils unübersichtlicher Entwicklungen geprägt. Der Wandel der Geschlechterverhältnisse geht einher mit beachtlichen Fortschritten an Gleichberechtigung und Emanzipation, die aber längst nicht allen Frauen in gleichem Maße und in gleicher Weise zuteilwerden. Sie sind zudem eingebunden in gesellschaftliche Entwicklungen, die den sozialemanzipatorischen Anliegen der Frauenbewegung eher entgegenwirken (vgl. Fraser 2009). Auch der Wandel der Arbeit ist gekennzeichnet durch Tendenzen der Enthierarchisierung von Arbeitsorganisationen, des Autonomiegewinns in der Arbeit, der Öffnung von traditionell verschlossenen Berufsfeldern für Frauen etc. Gleichzeitig sind Tendenzen der Taylorisierung von Arbeitsvollzügen zu beobachten, die davon bislang noch nicht oder vergleichsweise wenig betroffen waren. Der Abbau von Kommandostrukturen wird überlagert von der Vertiefung alter und dem Entstehen neuer Spaltungen und von der Herausbildung neuer Formen der Reglementierung, die sich als unterschiedliche Varianten eines »Regiments der Freiheit« tarnen. Im gesellschaftspolitischen Maßstab ist die Rede von einer »Refeudalisierung« (Neckel 2010) von Macht und Reichtum einerseits und der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen immer größerer Bevölkerungsgruppen andererseits.

Arbeitspolitik ist seit jeher eingebunden in ein hierarchisches System der Über- und Unterordnung, von Integration und Exklusion,

das von ihr – u.a. hinsichtlich seiner geschlechterpolitischen Dimensionen – nicht ernsthaft in Frage gestellt, sondern aktiv reproduziert wurde. Gleichzeitig war Arbeitspolitik Teil der Selbstinszenierung moderner Gesellschaften als Arbeitsgesellschaften – auch im Sinn der Legitimation von Macht und Reichtum durch Arbeit und Leistung und der sozialen Integration traditionell benachteiligter Bevölkerungsgruppen auf der gleichen Grundlage. Diese Selbstinszenierung enthielt hohe Anteile von Ideologie. Aber an den Erfolgen der Arbeitspolitik waren tatsächlich auch diejenigen beteiligt, die nur in untergeordneter Position – etwa als nicht erwerbstätige Ehefrauen – oder gar nicht einbezogen waren in die Kernbelegschaften der Arbeitsgesellschaft. Ulrich Beck hat die gesellschaftliche Dynamik der Arbeitspolitik unter Prosperitätsbedingungen prägnant als »Fahrstuhleffekt« beschrieben, durch den das Wohlstandsniveau moderner Gesellschaften unter Beibehaltung ihrer hierarchischen Binnenstrukturen und auf der Grundlage ihrer (ideologischen) Konstruktion als Arbeitsgesellschaften immer höher gefahren wurde.

Dieser Effekt ist allerdings seit einiger Zeit durch eine gegenläufige Dynamik außer Kraft gesetzt worden, die einer Entwicklung ähnelt, die im Kontext der Stadt- und Regionalentwicklung als Gentrifizierung analysiert wird. In der Konsequenz erodiert die ideologische und faktische Bindungskraft der Konstruktion der Arbeitsgesellschaft gleichzeitig, aber auf je spezifische Weise nach oben und unten: Während sich die Akkumulation von Macht und Reichtum im Zuge ihrer »Refeudalisierung« der Einbindung in arbeits- und leistungsgesellschaftliche Legitimationsmuster weitgehend entzieht, fungiert das »Arbeitsparadigma« in der »Mitte der Gesellschaft«, also in den vom Abstieg bedrohten Mittelschichten oder Mittelklassen als scharfe und mitunter aggressive Distinktion gegenüber denen, die dabei nicht mithalten können, wollen oder auch sollen (wie etwa MigrantInnen und Flüchtlinge). Während der moderne Arbeitsmythos in Wahlkampfparolen bizarre Blüten treibt, wird die Teilhabe an den modernen Arbeitswelten am unteren Ende der sozialen Hierarchien für immer größere Bevölkerungsgruppen zum unerreichbaren Privileg. Die Tendenz zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse reicht bis weit in die Mittelschichten hinein; damit schwindet im Zwischenraum der Entkopplung von Arbeit und Reichtum einerseits und von Arbeit und Existenzsicherheit andererseits die Reichweite des Konstrukts der Arbeitsgesellschaft und der Zentralität der Arbeit auf die viel umworbene, aber dennoch schrumpfende ›gesellschaftliche Mitte‹. Arbeitspolitik wird in gewisser Weise zur Mittelschichts- oder Mittelklassenpolitik, die einerseits an die Spielregeln des ›großen Geldes‹ nicht mehr heranreicht und andererseits ihr Klientel zum Teil nur noch auf Kosten einer wachsenden *underclass* bedienen kann.

Auch der Wandel der Geschlechterverhältnisse lässt gerade in Verbindung mit dem Wandel der Arbeit Tendenzen erkennen, die neue Ungleichheitskonstellationen unter Frauen, gegenüber Männern und in Verbindung mit anderen Achsen der Differenz hervorbringen. Aus feministischer Perspektive ergibt sich aber auf diese Entwicklungen eine andere Sicht. Der Wandel der Geschlechterver-

hältnisse ist auch in seinen arbeitspolitischen Dimensionen nicht nur das Produkt eines entfesselten Finanzmarktkapitalismus, der Hegemonie des Neoliberalismus oder einer verfehlten Arbeits- und Geschlechterpolitik, sondern er wurde und wird auch von Emanzipationsbewegungen der Frauen selbst vorangetrieben. Weiter fügt sich der Wandel der Geschlechterverhältnisse nicht in das polarisierende Deutungsmuster einer »Rückkehr der Dichotomien« und schließlich entfaltet sich die Dynamik des Wandels von Arbeit und Geschlecht aus feministischer Perspektive auch in der Re-Konfiguration des Zusammenhangs zwischen Arbeit und Leben und der Verschränkungen von Arbeits- und Lebenswelt. An erster Stelle ist hier auf die durchaus kontroverse Debatte um das Stichwort *care* zu verweisen. Sie verschiebt das industriegesellschaftliche Leitbild von Arbeit als Produktion bzw. produktive Tätigkeit in die postindustrielle Perspektive auf Arbeit im Sinn der *Sorge um* und der *Sorge für* und rüstet dabei gleichzeitig die politische Ökonomie der Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts vom Prinzip der Verwertung auf das der Versorgung um. Zweitens reagiert die feministische Debatte auf die Re-Konfiguration von Ungleichheitsverhältnissen mit dem Konzept der Intersektionalität, das auf die Analyse und Bearbeitung der Verschränkung verschiedener Linien von Differenz und Segregation ausgerichtet ist. Die feministische Debatte über komplexe Modelle von Gleichheit und Gerechtigkeit oder der Verschränkung von Autonomie und Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation bzw. Partizipation/Mitbestimmung ist unmittelbar anschlussfähig für



Tom/flickr

eine arbeitspolitische Debatte, die sich auch ihrer normativen Grundlagen und Orientierungen neu vergewissern muss. Auf der Suche nach Alternativen zu den veralteten und in ihren geschlechterpolitischen Implikationen schon immer problematischen Projekten der Vollbeschäftigung und des Normalarbeitsverhältnisses werden dabei Überlegungen zur Entfaltung des Konzeptes und der Praxis einer ›kooperativen‹ Demokratie angestellt. Diese verschieben das Recht auf (gute) Arbeit in die Perspektive demokratischer Teilhabe an der sozialen Kooperation moderner Gesellschaften und ergänzen es um das Prinzip der Soziabilität von Arbeit nach innen und außen sowie im gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Maßstab. Ob und wie diese hier nur beispielhaft genannten Stichworte aus aktuellen feministischen Debatten ihr Potenzial für eine Erneuerung der Debatte um die Zukunft der Arbeit und die Arbeit der Zukunft tatsächlich entfalten können, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und wie sich linke Diskurse endlich der feministischen Herausforderung öffnen.

WEITERLESEN IN LUXEMBURG-ONLINE:
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE
Ursula Huws: Klassenverhältnisse im digitalen Zeitalter

FÜR EINE FEMINISTISCHE KRITIK DER BIOÖKONOMIE

SUSANNE LETTOW

Seit einiger Zeit ist nicht nur von Biopolitik, sondern auch von Bioökonomie die Rede. Gemeint ist damit zumeist die Produktion, Zirkulation und Konsumtion von Körperstoffen, die durch die Anwendung von Biotechnologien vermittelt sind. Allerdings wird der Begriff nicht nur in kritisch-analytischer Absicht gebraucht. Er ist zugleich der Name für ein politisch-ökonomisches und technologisches Zukunftsszenario, das von der OECD (2006) formuliert wurde und in der BRD durch die »Nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030« (BMBF 2013) und die Einrichtung des BioÖkonomierats im Jahr 2009 aufgenommen wurde.

Im Mittelpunkt des Strategieentwurfs *The Bioeconomy to 2030*. Designing a Policy Agenda (OECD 2006) steht ein Zukunftsszenario der umfassenden Nutzung von Biotechnologien in so gut wie allen Produktionsbereichen, angefangen vom Gesundheitsbereich und der Lebensmittel- bis hin zur industriellen Produktion von Rohstoffen. Angestrebt wird ein neuer Industrialisierungsschub, in dem das fossile

Energieregime durch ein Regime nachwachsender biologischer Rohstoffe ersetzt werden soll. Dieses Szenario einer Bioökonomie der Zukunft wird nicht zuletzt als »Lösung für die Probleme des Klimawandels« (Schaper-Rinkel 2012, 156) propagiert und aktualisiert technokratische Illusionen über ungeheures Wachstum, das der Menschheit insgesamt Wohlstand, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung bringen soll.

Zweifelsohne handelt es sich um ein Projekt kapitalistischer Modernisierung, dessen Spezifik in einer neuartigen technologischen und ökonomischen Durchdringung der Natur – sowohl der nichtmenschlichen Natur als auch der menschlichen Körper – liegt. Die Inwertsetzung und die Kommodifizierung von Natur- und Körperstoffen gehören offensichtlich ganz zentral zur »Bioökonomie«. Genetische Ressourcen und Körpersubstanzen wie Gewebe, Sperma, Eizellen oder ganze Organe scheinen dabei Paradebeispiele für »fiktive Waren« zu sein, also jene Dinge, die Karl Polanyi (1977) zufolge zwar wie Waren behandelt, aber in Wirklichkeit nicht der Marktlogik unterworfen werden können, ohne gleichzeitig das Gemeinwesen zu zerstören.

Um die spezifische Brisanz bioökonomischer Prozesse der Herstellung der Warenförmigkeit von Körperstoffen zu verstehen, ist es wichtig, einige zentrale Einsichten feministischer Theorie und Kritik aufzunehmen, die bioökonomische Entwicklungen seit den 1980er Jahren analysieren und kritisieren. Die Inwertsetzung der genetischen Informationen von Tieren und Pflanzen etwa wurde und wird mit Blick auf die Zerstörung von Lebensgrundlagen, die Veränderung von Lebensweisen und Geschlechterverhältnissen thematisiert. Dass die Auseinandersetzung mit jenen bioökonomischen Prozessen, die sich in erster Linie auf die Ausbeutung von Pflanzen und Tieren richten, in der feministischen Theorie dennoch relativ schwach ist, hängt dabei – zumindest zum Teil – mit Machtverhältnissen innerhalb des Feminismus zusammen. Biopiraterie ist ein Thema der Bewegungen der indigenen Frauen geblieben; von der großen Mehrheit der Frauen wird es nicht als lebenswichtig angesehen (Tauli-Corpuz 2007, 335).

Feministische Kritiken an Bioökonomie zielen auf Körperpolitiken und auf die Herstellung und Zirkulation von Körpersubstanzen.

SUSANNE LETTOW arbeitet als Gastprofessorin im Bereich »Gender and Science« am Zentrum für Gender Studies der Universität Basel sowie im Bereich »Politische Theorie und Ideengeschichte« am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Sie ist aktiv in den wissenschaftlichen Netzwerken *Ökonomien der Reproduktion* sowie *Praxeologien des Körpers*. Zuletzt gab sie das Buch *Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper* (2012) heraus.

Vor allem jene Körpersubstanzen, die Frauenkörpern eigen sind bzw. von Frauenkörpern hervorgebracht werden können, wie Eizellen, Nabelschnurblut und Embryonen, stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit. In der Kritik stehen die technischen Verfahren, die bei der Produktion bzw. Extraktion dieser Stoffe zum Einsatz kommen und in der Regel körperlich und emotional stark eingreifen. Damit gehen teils erhebliche Gesundheitsrisiken einher, Körper werden »vernutzt«. Zudem sind bioökonomische Ausbeutungsverhältnisse

in globale ökonomische Strukturen eingelassen und daher auch Teil der gegenwärtigen ökonomischen Krise. Das zeigt sich u.a. am Beispiel Indien, wo infolge des Einbruchs des internationalen Diamantenhandels die Männerarbeitslosigkeit in Gujarat explodierte. Laut Auskunft von Krankenhäusern »stieg in dieser Gegend die Anzahl von Frauen aus verarmten Familien, die mittels operativer Eingriffe versuchen, ein Einkommen zu erzielen. [...] Sogar gut ausgebildete Frauen der indischen gehobenen Mittelklasse fanden als Eizellspenderinnen eine neue Beschäftigung, um das im jüngsten finanziellen Krisenzyklus zusammengeschmolzene Familieneinkommen aufzubessern« (Gupta 2012: 31).

Guptas Analyse zeigt, dass bioökonomische Prozesse zugleich Teil der globalen kapitalistischen Ökonomie und Teil hierarchischer Geschlechtersysteme sind. Familiäre Sorgearbeit, Sexarbeit und monetarisierte Fortpflanzungsarbeit sind eng miteinander verflochten, bilden ein Kontinuum.

Feministische Kritik richtet sich allerdings nicht allein auf die Prozesse des Kaufs und Verkaufs von Körperteilen und -stoffen, sondern auch auf deren sogenannte ›freiwillige‹ Abgabe, die zumeist mit dem Ausdruck ›Spende‹ belegt wird. Die Praxis der vermeintlich altruistischen, selbstlosen Spende ist auch dort, wo es um Organe und Stoffe geht, die nicht an Geschlechtskörper gebunden sind, durch ungleiche Geschlechterverhältnisse geprägt. Statistisch gesehen erfolgt ein Transfer von Organen überwiegend von Frauen zu Männern. Prozesse der Kommodifizierung sind darüber hinaus eng mit Prozessen der nicht-warenförmigen Zirkulation von Körperstoffen verflochten und werden als »verdeckte Strategien der Kommerzialisierung« (Schultz/Braun 2010) analysiert. Gemeint sind Strategien, die auf der Praxis der »Aufwandsentschädigung« oder dem sogenannten *egg sharing* basieren, bei dem »überzählige« Eizellen, die im Prozess der künstlichen Befruchtung produziert werden, gegen einen kostenlosen Behandlungszyklus getauscht werden (ebd.). Solche Strategien finden sich auch dort, wo es um die Verfügung über andere Körperstoffe wie z.B. Blut, Organe oder den Einsatz des gesamten Körpers für pharmakologische Tests geht, auch wenn sich diese bioökonomischen Praxen in vielerlei Hinsicht voneinander unterscheiden.

Für ein feministisches Verständnis der Bioökonomie, das auf die Analyse des Zusammenwirkens unterschiedlicher ökonomischer Logiken zielt, ist es auch in theoretischer Hinsicht elementar, die »verdeckten Strategien der Kommerzialisierung« in den Blick zu nehmen. Vertreterinnen der Sozialanthropologie versuchen, Prozesse, in denen Körpersubstanzen zirkulieren, ohne jedoch die Form von Waren anzunehmen, unter Bezug auf Marcel Mauss' Theorie des Gabentauschs zu begreifen. Eine Stärke dieses Ansatzes liegt darin, aufzuzeigen, dass eine »Gabe« gerade kein rein altruistischer Akt ist. Die Ökonomie der Gabe beruht vielmehr auf Obligationsverhältnissen, also Verhältnissen von Abhängigkeit, Verpflichtung, Schuld und Zwang und reproduziert diese. Hier liegt ein wichtiger Ansatzpunkt für eine feministische Kritik der Bioökonomie der Geschlechterverhältnisse, die durch kapitalistische und nicht-kapitalistische ökonomische Beziehungen zugleich strukturiert ist.



turbulentflow/
flickr

Das Zusammenwirken verschiedener ökonomischer Logiken gilt es nicht nur im Hinblick auf die Hausarbeits- und Familienökonomie zu analysieren. Zentral ist dies auch für das Feld der Bioökonomie, das nicht auf Prozesse der Warenproduktion und des Warentauschs reduziert werden kann. Kommodifizierung ist also nur ein Teilprozess der Bioökonomie. Die Analyse darauf zu reduzieren, bedeutet, relevante Dimensionen bioökonomischer Prozesse auszublenden – ein Problem, das auch in Polanyis Kritik der »Vermarktlichung« von eigentlich nicht-marktfähigen Dingen angelegt ist. Denn Polanyi fasst alle Ökonomie als kapitalistische Ökonomie. Zudem ist seine Analyse einseitig auf die Zirkulationssphäre – also den Markt und das Geld – ausgerichtet und vernachlässigt Prozesse der Produktion und der Konsumtion.

Eine feministische Kritik der Bioökonomie muss von einem umfassenden Ökonomieverständnis ausgehen und ökonomistische Verkürzungen vermeiden. Denn für das Ineinandergreifen von monetarisierten und nicht-monetarisierten Formen der Eizellabgabe ist die politisch-rechtliche Regulation enorm wichtig, also die Frage, welche Praktiken juristisch erlaubt oder verboten sind (vgl. Schultz/Braun 2012). Dies gilt insgesamt für die bioökonomische Produktion von Körperstoffen, bei der rechtliche Konstrukte für die Konstitution von zirkulationsfähigen Waren bedeutsam sind (vgl. Waldby/Mitchell 2006). Erst die Prozedur der



Tom/flickr

»informierten Einwilligung« macht aus den »gespendeten« Embryonen, Eizellen, Organen oder dem Gewebe jeweils ein rechtlich eingehegtes, eigentumsfähiges Gut. In der Produktion von bioökonomischen Körperstoffen greifen also technische und rechtliche Prozeduren ineinander, die als *disentanglement* bezeichnet werden (ebd.), also als »Entflechtung« oder mit Polanyi gesprochen als »Entbettung« von Körperstoffen. Nur wenn diese aus den Körper- und Erfahrungszusammenhängen, in denen sie gegeben sind, herausgelöst werden, können sie zu Dingen werden, die einen eigenständigen rechtlichen Status haben: den des Eigentums. Zusätzlich zu politischen und rechtlichen Aspekten der Produktion bioökonomischer Dinge muss sich eine feministische Kritik der Bioökonomie mit neuen Formen der Konsumtion von Körperstoffen auseinandersetzen. Ganz allgemein lautet die Frage: Wer konsumiert, unter welchen Bedingungen, wessen Körperstoffe? So gefragt, enthüllt sich eine durchaus kannibalistische Dimension der Bioökonomie. Die Einbeziehung der Konsumtionssphäre erfordert auch, die Entstehung und Formierung von Bedürfnissen kritisch zu analysieren – deren gesellschaftliche und historische Gewordenheit, Widersprüchlichkeit und Umkämpftheit. Nancy Frasers Analyse des »Kampfs um die Bedürfnisse«, die sie ursprünglich im Kontext der Sozialstaatsdebatten der späten 1980er Jahre formuliert hat, gibt dafür wichtige Impulse.

Fraser argumentiert, dass Bedürfnisse keineswegs anthropologisch fixe Gegebenheiten, sondern gesellschaftlich konstituiert werden und von Interpretationen abhängig sind. Was zählt als ein Bedürfnis? Welches sind angemessene Mittel zu seiner Befriedigung? Wem gelingt es, bestimmte Bedürfnisse als relevant und dringlich darzustellen? Durch welche Strategien erscheinen umgekehrt Bedürfnisse als unwichtig und vernachlässigbar oder werden ganz und gar ausgeblendet? Dies alles sind offensichtlich in großem Ausmaß politische Fragen, die Gegenstand politischer Auseinandersetzung und von Kämpfen um Hegemonie sind. Die »Politik der Bedürfnisinterpretation«, die Fraser (1994) umreißt, ist also nicht auf institutionalisierte Politik beschränkt, sondern zugleich auch eine Politik der Subjektivität und der Infragestellung von gesellschaftlichen und kulturellen Mustern der Produktion von Bedürfnissen und Wünschen. Eines der prominentesten Beispiele

für ein derart umkämpftes Bedürfnis ist, im Zusammenhang mit der Politik um Reproduktionstechnologien, der »Kinderwunsch«: Er wird als anthropologisch gegebenes Bedürfnis dargestellt, das nun mit Hilfe der Reproduktionstechnologien angemessen befriedigt werden kann. Andererseits haben Feministinnen immer wieder aufgezeigt, wie dieser Wunsch durch die Reproduktionstechnologien und die dazu gehörige Industrie konstituiert und auf spezifische Art und Weise formiert wurde.

Eine feministische Kritik der Bioökonomie erfordert also eine integrale Analyse, die Formen der Produktion, Zirkulation und Konsumtion einschließlich der Politiken der Bedürfnisinterpretation berücksichtigt. Dies geht in vielerlei Hinsicht über Karl Polanyis Kritik der Marktökonomie hinaus und bricht – wie es auch Faser in ihrer kritischen Re-Lektüre von Polanyi fordert – insbesondere mit dessen Ökonomismus. Gleichzeitig geht eine solche feministische Perspektive auch über Polanyis Verständnis »sozialer Protektion« hinaus, das, wie Fraser betont, Formen der Herrschaft, die sich als Schutz- und Sorgepolitiken darstellen, ausblendet.

Die Entwicklung von politischen feministischen Perspektiven, die sich dem Gegensatz von Vermarktlichung und Protektion entziehen, ist keineswegs immer leicht, sondern bedarf der fortgesetzten politischen und theoretischen Reflexion und Auseinandersetzung. In feministischen Debatten um politische Strategien zur sogenannten Eizellspende schwanken die verschiedenen Positionen stark zwischen Polen der Vermarktlichung und der Protektion. Während einige Feministinnen den »Schutz« von Frauen einklagen, wobei diese tendenziell auf die Position von passiven Opfern der Bioökonomie reduziert werden, plädieren andere – mit unterschiedlichen Argumenten und aus unterschiedlichen Gründen – für eine Vermarktlichung, nämlich adäquate Bezahlung und Arbeitnehmerinnenrechte. Um diese Fallstricke zu umgehen, ist – auf einer theoretischen und politischen Ebene – die Hinwendung zum Begriff der Emanzipation, die Fraser vollzieht, vielversprechend. Zwar gibt dieser Begriff keine stabile Orientierung, besteht aber auf der Verbindung von Herrschaftskritik und individueller wie kollektiver Handlungsfähigkeit, die es aus dieser Kritik zu gewinnen gilt. Die Bioökonomie der Zukunft fordert solche Kritik auf vielen Ebenen heraus.

LITERATUR

BMBF 2012: Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030. Unser Weg zu einer bio-basierten Wirtschaft, www.bmbf.de/pub/biooekonimie.pdf

Fraser, Nancy, 1994: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus, in: dies., *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*, Frankfurt/M, 249–291

Gupta, Jyotsna Agnihotri, 2012: Reproductive Biocrossings: Indian Egg Donors and Surrogates in the Globalized Fertility Market, in: *International Journal of Feminist Approaches to Bioethics* (5) 1/2012, 25–51

Lettow, Susanne (Hg.), 2012: *Bioökonomie. Die Lebenswissenschaften und die Bewirtschaftung der Körper*, Bielefeld

OECD 2006: The Bioeconomy to 2030. Designing a Policy Agenda, www.oecd.org/futures/long-termtechnological-societalchallenges/thebioeconomyto2030designingapolicyagenda.htm

Polanyi, Karl, 1977: *The Great Transformation. (1944)*, Wien

Schaper-Rinkel, Petra, 2012: Bio-Politische Ökonomie. Zur Zukunft des Regierens von Biotechnologien, in: Lettow, S. (Hg.): a.a.O., 155–180

Schultz, Susanne und Kathrin Braun, 2012: Der bioökonomische Zugriff auf Körpermaterialien. Eine politische Positionssuche am Beispiel der Forschung mit Eizellen, in: Lettow, a.a.O., 61–84

Tauli-Corpuz, Victoria, 2007: Is Biopiracy an Issue for Feminists in the Philippines?, in: *Signs* 2007, (32) 2, 332–337

Waldby, Catherine und Robert Mitchell (Hg.), 2006: *Tissue Economies. Blood, Organs, and Cell Lines in Late Capitalism*, Durham und London

GRÜNES KAPITAL UND ENERGIEDEMOKRATIE IN EUROPA

TOBIAS HAAS UND

HENDRIK SANDER

In Deutschland ist die Energiewende in aller Munde, und auch auf europäischer Ebene mangelt es nicht an Wendeszenarien. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien, daran besteht kein Zweifel. Offen ist hingegen, wie schnell ihr Ausbau voranschreiten wird, wie lange die fossilen und atomaren Energieträger noch zur Stromerzeugung genutzt werden, wie das neue Energieregime aussehen kann, was für Eigentumsstrukturen darin dominieren und was für einen gesellschaftlichen Charakter der Prozess annimmt. Damit verbunden ist die Frage, ob wir gegenwärtig eine Transformation hin zu einem grünen Kapitalismus erleben.

ERNEUERBARE ENERGIEN IN EUROPA

In den letzten Jahren hat sich der Anteil erneuerbarer Energien im europäischen Stromsektor kontinuierlich erhöht, im Jahr 2012 betrug er ca. 22 Prozent. Der Blick auf die nationalstaatliche Ebene offenbart jedoch ein heterogenes Bild. Während Länder wie Schweden oder Österreich aufgrund eines hohen Wasserkraft-

potenzials einen hohen Anteil Erneuerbarer aufweisen, ist der Anteil in anderen Ländern wie Polen, den Niederlanden oder Großbritannien gering. Auch gibt es regionale Schwerpunkte. In Schottland beispielsweise treibt die Regionalregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen den Ausbau der Erneuerbaren massiv voran. Ein teilweise dynamischer Zubau hat in den letzten zehn Jahren auch in Deutschland und Spanien stattgefunden. Vor allem die Solar- und Windstromanteile wurden erheblich gesteigert, wohingegen Wasserkraft und Biomasse kaum Zuwächse verzeichnen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht einher mit einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Energiesektor. Allerdings sind nach wie vor die ›grauen‹, traditionell fossil-nuklear orientierten Energiekonzerne dominant.

GRAUES KAPITAL…

Das fossil-nukleare Energieregime wurde überwiegend von Gebietsmonopolisten dominiert, die sich in öffentlichem Eigentum befanden. Mit der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte in den letzten 20 Jahren wurden die meisten dieser Unternehmen privatisiert. Aus der sich anschließenden Fusionswelle gingen sieben transnationale Konzerne hervor: EON, RWE, EDF, GDF, Enel, Iberdrola und Vattenfall (vgl. Schülke 2010). Sie alle integrieren auf selektive Weise erneuerbare Energien in ihre Konzernstrategien. Dabei verhalten sie sich jedoch recht unterschiedlich und verfolgen auch in verschiedenen Ländern unterschiedliche Strategien. Während EON, RWE, EDF und GDF eher zögerlich agieren, verfügt Vattenfall in Schweden über hohe Wasserkraftkapazitäten, steht aber wegen seiner Braunkohleaktivitäten in Deutschland und Polen in der Kritik. Enel konnte erst mit der Übernahme des größten spanischen Stromkonzerns, Endesa, einen signifikanten Anteil erneuerbarer Energien, vor allem Wasserkraft und Wind, gewinnen. Der ambitionierteste der großen sieben ist Iberdrola. Das in Bilbao ansässige Unternehmen ist der Weltmarktführer in der Erzeugung ›grünen‹ Stroms, im Jahr 2012 basierten 22,6 Prozent seiner Stromerzeugung auf Erneuerbaren. Bei allen großen Stromkonzernen dominieren jedoch weiterhin die fossilen und nuklearen Energieträger.

HENDRIK SANDER ist Politikwissenschaftler und promoviert zu grünem Kapitalismus und deutscher Energiepolitik. Mit *Für eine linke Strömung* (FelS) und attac kämpft er für eine Vergesellschaftung der Energieversorgung und hat sich beim Sammeln von Unterschriften für den Berliner Energietisch auch schon mal heiser geredet.

TOBIAS HAAS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen und promoviert zum Thema »Ausbau erneuerbarer Energien in Europa unter Krisenbedingungen«.

…UND GRÜNES KAPITAL

Auf den verschiedenen Wertschöpfungsstufen der erneuerbaren Energien sind inzwischen neue Unternehmen entstanden, deren Kerngeschäft die erneuerbaren Energien sind. Sowohl im Bau von Windrädern als auch in der Solarmodulproduktion konnten mittelständische Unternehmen große Marktanteile erringen. Die zehn weltgrößten Windanlagenhersteller vereinen einen Marktanteil von ca. 80 Prozent auf sich, vier davon kommen

aus Europa: Neben dem Elektrogiganten Siemens sind das Vestas (Dänemark), Enercon (Deutschland) und Gamesa (Spanien). Die Solarzellen- und Modulproduktion ist (noch) nicht so konzentriert wie der Windanlagenbau (Harris 2010: 69). Nichtsdestotrotz kontrollierten – vor der Krise der Photovoltaikindustrie – Unternehmen wie Solarworld einen bedeutenden Teil des Marktes in Deutschland.

Die Zulieferbranche im Wind- und Solarbereich ist heterogen. Sowohl kleine und mittlere Unternehmen als auch transnationale Konzerne spielen eine Rolle. Bei Windanlagen sind das Konzerne wie ABB aus der Schweiz oder Bosch-Rexrodt aus Deutschland. Unter den Solarzulieferern war Wacker Chemie aus Deutschland im Jahr 2011 der weltweit zweitgrößte Hersteller von Polysilikon, die Renewable Energy Corporation AS aus Norwegen kommt auf Platz fünf. Während der Betrieb der Erneuerbaren-Anlagen in einigen Ländern (Spanien, UK) von den großen Stromkonzernen bestimmt wird, werden die Wind-, Solar- und Biomasseanlagen in Deutschland überwiegend von Privatpersonen, LandwirtInnen, Bürgerenergiegenossenschaften und kleinen Unternehmen betrieben. Die großen Energiekonzerne haben hierzulande nur einen geringen Anteil an den erneuerbaren Energien.

GRÜNES GEGEN GRAUES KAPITAL

In Europa haben sich zwei Muster des Ausbaus erneuerbarer Energien herauskristallisiert, die die Konfliktlinien zwischen grünem und grauem Kapital prägen. Im ersten Fall wird der Ausbau von neuen grünen Unternehmen, Privatpersonen oder Genossenschaften forciert, die von einer breiten zivilgesellschaftlichen Unterstützung profitieren, und davon, dass die ›grauen‹ Unternehmen sich den neuen Technologien lange verweigerten und versuchten, deren Durchsetzung zu verhindern. Der Zubau regenerativer Energien erfolgt dezentral, auf Grundlage von kleinteiligen Wind-, Solar- und Biomasseanlagen. In diesem – in Deutschland gängigen – Muster besteht ein konfliktives Verhältnis zwischen ›grünem‹ und ›grauem‹ Kapital.

Im zweiten Fall wird die Entwicklung der Erneuerbaren von vornherein von den etablierten Konzernen bestimmt. Neue, ›grüne‹ Unternehmen sind zwar entstanden, spielen jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend ist der Zubau durch zentralistische Großtechnologien wie Off- und Onshore-Windparks geprägt und wird teils gegen Widerstand aus der Bevölkerung durchgesetzt. In Spanien dominieren die Energiekonzerne Endesa und Iberdrola den ›grünen‹ Markt und setzten in der Vergangenheit auf große Wind- und Solarparks. Auch in Großbritannien erfolgt die Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren durch den massiven Ausbau von Offshore-Windenergieanlagen. Wegen der hohen Anschlusskosten können diese nur in großen Einheiten rentabel betrieben werden. In den gegenwärtigen Krisenprozessen könnte dieses zentralistische Muster gegenüber den dezentralen Ansätzen nachhaltig gestärkt werden.

ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG VS. AUSTERITÄT

In Spanien wurde die Laufzeitbeschränkung für Atomkraftwerke aufgehoben und ein Moratorium für die Förderung der erneuerbaren Energien verhängt. Letzteres gilt auch für

Portugal. Griechenland und Italien haben ihre Fördersätze im Zuge der austeritätspolitischen Wende erheblich gekürzt. Der Zubau erneuerbarer Energien ging daraufhin im Jahr 2012 erheblich zurück. In Deutschland begünstigen der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie und die Verhinderung zahlreicher Kohlekraftwerke hingegen diejenigen Kräfte, die einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren anstreben. Der Pfad ökologischer Modernisierung wird trotz der Kürzungen der Solarförderung und der Erhöhung der EEG-Umlage fortgesetzt – die Bundesrepublik hat hier also eine Vorreiterstellung inne. Im Zuge der Konzentrations- und Krisenprozesse verschieben sich die Kräfteverhältnisse in Europa allerdings zugunsten der großen Stromkonzerne. Durch ihren Eintritt in den Markt für erneuerbare Energien wird auch in Deutschland die Unterscheidung in ›grünes‹ und ›graues‹ Kapital zunehmend undeutlicher. Vieles deutet darauf hin, dass die Energiewende in Zukunft über große Einheiten verfolgt werden wird, die den Konzernen den Durchbruch in den Erneuerbaren-Markt ermöglichen könnten.

In der aktuellen Konstellation in Europa scheint es keine Kräfte zu geben, die eine ökologische Modernisierung des europäischen Energiesektors entscheidend forcieren können. Die ›grünen‹ Kapitalfraktionen sind noch zu schwach und die Strategien der Stromkonzerne sind widersprüchlich. So kommt es auf absehbare Zeit bestenfalls zu einem inkrementellen Wandel in Richtung eines grünen Kapitalismus. Aus emanzipatorischer Perspektive kann es weder darum gehen, alle Ansätze einer ökologischen Modernisierung rundweg abzulehnen, noch den vorherrschenden Ausbau der erneuerbaren Energien vorbehaltlos zu unterstützen. Vielmehr sind differenzierte Strategien vonnöten. Für eine sozial-ökologische Transformation ergeben sich daher Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen.



epSos/flickr

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION UND ENERGIEDEMOKRATIE

Im Gegensatz zum Konzept der ökologischen Modernisierung, das auf einen effizienteren, ressourcenschonenderen Kapitalismus abzielt, orientiert eine sozial-ökologische Transformation auf die Verbindung von ökologischer und sozialer Frage: Macht- und Herrschaftsverhältnisse sollen herausgefordert und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten ausgeweitet

werden. Auf den Energiesektor bezogen heißt das, dass es nicht ausreicht, 100 Prozent Erneuerbare zu fordern. Dieses Ziel muss mit der Perspektive einer Energiedemokratie, also einer umfassenden Demokratisierung der Energieversorgung, verknüpft werden. In der konkreten gesellschaftspolitischen Konstellation lassen sich daraus zumindest drei Ansatzpunkte für emanzipatorische Energiekämpfe entwickeln.

KRITIK DER AUSTERITÄTSPOLITIK

Die autoritäre Austeritätspolitik in der EU stellt nicht nur einen massiven Angriff auf die LohnarbeiterInnen und Erwerbslosen dar, sondern behindert auch Ansätze eines sozial-ökologischen Umbaus. Die Kürzungen bestehender Fördersysteme für erneuerbare Energien deuten an, dass die in den Ländern Südeuropas vielfach erhobene Forderung nach einem anderen Entwicklungsweg verbaut wird. Das fossil-nukleare Energieregime in den Krisenländern droht sich zu verfestigen. Gleichzeitig birgt die im Fiskalpakt festgeschriebene Schuldenbremse auch in den europäischen Kernländern die Gefahr, dass Einstiege in einen ökologischen Umbau künftig ›weggespart‹ werden. Eine Kritik dieser Kürzungspolitik müsste vermehrt Teil der transnationalen Kämpfe gegen die herrschende Krisenpolitik und für ein Europa von unten sein.

KRITIK GRÜNER UND GRAUER GROSSPROJEKTE

Darüber hinaus sind die aktuellen Tendenzen beim ›grünen‹ Umbau der Energieversorgung in Europa problematisch. In vielen Ländern werden zentralistische Strukturen, ergänzt um erneuerbare Energien, fortgeschrieben. Den etablierten Stromkonzernen gelingt es, ihr Geschäftsmodell unter ›begrünten‹ Vorzeichen fortzuführen. Zwar wird versucht, für die entsprechenden Großprojekte wie riesige Offshore-Windparks, ›Stromautobahnen‹ oder das Desertec-Projekt Akzeptanz bei der betroffenen Bevölkerung herzustellen. Doch deren undemokratischer Charakter ruft vielfach Widerstände hervor, die häufig zunächst auf dem NIMBY-Phänomen (Not In My Backyard) beruhen. Linke Kräfte müssen versuchen, sowohl an diesen widerständigen Praxen anzusetzen, als auch an solchen, die sich gegen die Fortsetzung des fossil-nuklearen Energieregimes richten (Anti-CCS, Anti-Fracking, Kämpfe gegen Kohlekraftwerke und atomare Endlagerstätten). Wie können diese Konflikte aufeinander bezogen, und in Richtung einer dezentralisierten, demokratisierten und auf Erneuerbaren basierenden Energieversorgung verallgemeinert werden? Anknüpfungspunkte für transnationale Kooperationen ergeben sich dadurch, dass die Energiekonzerne in verschiedenen Ländern ähnliche Projekte vorantreiben und eine Integration der europäischen Energiemärkte forciert werden soll.

ENERGIEDEMOKRATIE JETZT

Schließlich würde es darum gehen, bestehende Ansätze eines dezentralen Ausbaus der Erneuerbaren in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation weiter zu entwickeln. Die Konstellation, die in Deutschland bisher die Energiewende trägt, besteht aus Umweltverbänden, moderaten Bewegungsakteuren, Betreibern von Erneuerbaren-Anlagen, Handwerksbetrieben, grünen Unternehmen und einigen Stadtwerken. Auf staatlicher

Ebene werden sie unterstützt von Bündnis 90/Die Grünen und ›grünen‹ Staatsapparaten, wie z.B. dem Umweltministerium, dem Umweltbundesamt, und einer Reihe von subnationalen Apparaten. Hier müssten konkrete politische Projekte entwickelt werden, die über den bisherigen gesellschaftlichen Charakter der Energiewende hinausweisen und die Perspektive auf eine Demokratisierung der Energieversorgung eröffnen. Gleichzeitig müssen sie Kräfte- und Akteursverschiebungen in den grünen Netzwerken bewirken: weg von den grünen Kapitalfraktionen und wohlhabenden Menschen als Profiteuren der Energiewende hin zu sozial-ökologischen Bündniskonstellationen mit radikalen Bewegungsakteuren, Gewerkschaften und Beschäftigten, VerbraucherInnen- und Erwerbslosenorganisationen. Solche Projekte könnten auch die Bedeutung der LINKEN als Kooperationspartnerin zivilgesellschaftlichlicher Netzwerke stärken. Einige Anknüpfungspunkte und Kampagnen existieren bereits und könnten ausgebaut werden: die Organisierungsanstrengungen der IG Metall in der Windindustrie; Übernahme von insolventen Solarfabriken durch die Beschäftigten; eine Kampagne zur gerechten Finanzierung der Energiewende und zur Abschaffung der Privilegien der Industrie.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Berliner Energietisch, der die Rekommunalisierung und Demokratisierung der Berliner Stromnetze sowie die Neugründung von Stadtwerken erreichen will (vgl. Schuster et al. 2012). In diesem Bündnis streiten Umweltverbände wie der BUND, die Grüne Liga und die Naturfreunde, progressive NGOs wie Bürger Begehren Klimaschutz und Powershift, Attac und Noya sowie AktivistInnen der LINKEN gemeinsam mit linksradikalen Gruppen wie Gegenstrom Berlin und FelS (Für eine linke Strömung) für eine neue Form der öffentlichen Energieversorgung jenseits ihrer privaten Aneignung. In dem eigens für das Volksbegehren entwickelten Gesetzentwurf wird die demokratische Kontrolle der neuen Betriebe, der Aufbau regionaler erneuerbarer Energien-Strukturen, die soziale Ausgestaltung der Energieversorgung und Übernahmegarantien für die Beschäftigten des bisherigen Netzbetreibers Vattenfall festgeschrieben. Mit über 225 000 gültigen Unterschriften hatte der Energietisch das Volksbegehren mit Bravour gemeistert, scheiterte jedoch im Volksentscheid am 3. November 2013 knapp. 24,1 Prozent aller Wahlberechtigten stimmten für den Antrag des Energietischs, 25 Prozent wären nötig gewesen. Nichtsdestotrotz macht dieses Bündnis vor, wie ein Kampf um Energiedemokratie jenseits von fossil-nuklearem und grünem Kapitalismus aussehen kann.

LITERATUR

Harris, Jerry, 2010: Going green to stay in black: transnational capitalism and renewable energy, in: *Race & Class* 52(2), 62–78, http://rac.sagepub. com/content/52/2/62.full.pdf.

Schülke, Christian, 2010: The EU's Major Electricity and Gas Utilities since Market Liberalisation. Gouvernance Européenne et Géopolitique de l'Énergie, in: IFRI (Institut Français des Relations Internationales, www.ifri.org/?page=contribution- detail&id=6164&id_provenance=96

Schuster, Hannah, Selana Tzschiesche und Michelle Wenderlich, 2012: Vergesellschaftung von Energie: Revolutionäre Realpolitik in der Vielfachkrise, in: *LuXemburg 1/2012*, 66–69

WEITERLESEN IN:
WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/39094/

Haas, Tobias und Hendrik Sander, 2013: *Grüne Basis: Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung,* Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.)

EIN JAHR NACH MARIKANA

LEUGNEN UND SPALTEN

PETER ALEXANDER

EINSPRUCH ZUM GEDENKTAG

Am 16. August 2013 habe ich an einer Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des Marikana-Massakers teilgenommen. Die Polizeipräsidentin Südafrikas, Riah Phiyega, machte im Nachhinein die Bemerkung, dass es keine Zwischenfälle gegeben habe. Die hat es tatsächlich nicht gegeben, allerdings nicht weil die Polizei ein paar Stöcke von Teilnehmenden eingesammelt hatte, sondern weil die PolizistInnen anders als letztes Jahr ihre Automatikwaffen zu Hause gelassen haben. Sie hielten sich in respektvollem Abstand zu den ArbeiterInnen, die – wie damals – auf dem Hügel saßen, den sie »den Berg« nennen.

Die Veranstaltung war ein Erfolg, und den OrganisatorInnen gebührt höchstes Lob. An die 15 000 Beschäftigte der Betreiberfirma *Lonmin* waren gekommen, sowie deren Familien und UnterstützerInnen. Einige von ihnen hatten sich an der Organisation der Gedenkveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Bergbau- und Baugewerkschaften AMCU, dem Rat der Kirchen, dem Anwalt der Gruppe der verletzten und verhafteten Minenarbeiter, Dali Mpofu, und der Marikana-Solidaritätskampagne beteiligt.

Am 16. August 2012 starben in einer der größten Platinminen der Welt 34 Minenarbeiter[1] durch Automatikgewehre der südafrikanischen Polizei (vgl. *LuXemburg* 4/2012). 16 Monate später ist die von staatlicher Seite zur Aufklärung der Ereignisse eingesetzte Farlam-Kommission noch zu keinem Ergebnis gelangt. Kein einziger Polizist ist bisher angeklagt, während 275 der beim Massaker von Marikana verletzten und überlebenden Minenarbeiter unter Anklage stehen. Die juristische Auseinandersetzung läuft, die Kosten für die Verteidigung der Angeklagten (und Opfer) müssen dabei mühsam durch Spendenkampagnen organisiert werden.

Das Ereignis hat tiefe Spuren hinterlassen – bei den Überlebenden, den Angehörigen und BürgerInnen Südafrikas. Marikana hat aber auch neue Verwerfungen produziert und alte deutlicher sichtbar gemacht. Es steht für die Re-Organisierung von (Arbeits-)Kämpfen in neuen Gewerkschaften, Verbänden, Bewegungen, die sich nicht mehr als Teil, sondern als Kritiker der Dreier-Allianz von ANC, der Kommunistischen Partei SACP und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU verstehen (vgl. *LuXemburg* 2/2013). Diese Organisierung der eigenen Interessen von unten bedroht den spezifisch südafrikanischen Klassenkompromiss,

Das Ganze war sehr integrativ angelegt. Sogar *Lonmin* hatte einen Repräsentanten entsandt und seiner Rede wurde höflich, wenn auch skeptisch, zugehört. Die Kirchen, unter Führung von Bischof Seoka, segneten die Veranstaltung und hielten ihre Predigten. Alle großen Parteien hatten wichtige VertreterInnen geschickt, um Unterstützungs-Botschaften zu verlesen – alle, bis auf eine: die Regierungspartei ANC.

Abwesend war ebenfalls die zweite große Bergarbeitergewerkschaft, *National Union of Mineworkers* (NUM). Deren Verbandspräsident Senzeni Zokwana verpasste somit die Gelegenheit, Joseph Matunjwa, dem Vorsitzenden von AMCU, die Hand zu reichen und sich damit öffentlich zur Gewaltfreiheit als Mittel der Konfliktlösung zu bekennen.

Außerdem fehlte ein Regierungsvertreter. Es ist nicht so, dass die Regierung gegen eine Gedenkveranstaltung gewesen wäre. Im Gegenteil. Sie wollte allerdings deren Leitung übernehmen. Alles oder nichts. Der ANC hatte nicht die Demut, an einem von den Menschen aus Marikana organisierten Gedenken teilzunehmen – einer Veranstaltung derjenigen also, die vor einem Jahr ihre Kollegen und Liebsten verloren hatten.

Die Regierung leugnet ihre Verantwortung. Sie streitet ab, dass das, was vor einem Jahr passierte, ein Massaker war – die Tötung von Menschen als Ergebnis eines völligen Ungleichgewichts der Kräfte. Doch Marikana war ein Massaker. 34 Menschen wurden von Polizisten getötet, von denen nicht ein einziger auch nur verletzt wurde. Niemand, auch nicht die Polizei selbst, stellt diese Tatsache in Frage.

Der Leugnung liegt der Wunsch zugrunde, keine politische Verantwortung für das Geschehene übernehmen zu müssen.

PETER ALEXANDER ist Professor für Soziologie an der Universität von Johannesburg und einer der bedeutendsten Intellektuellen Südafrikas. Er forscht und lehrt über sozialen Wandel. Zusammen mit anderen hat er das Buch *Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika* herausgegeben. Eine ›oral history‹ von Marikana, in der eine Rekonstruktion der Ereignisse von unten sensibel nachgezeichnet wird, und die Leute selbst zu Wort kommen.

der ein Grundelement des politischen Post-Apartheid-Vertrags darstellte. Bisher ist der Block an der Macht bereit, seine Interessen auch gewaltsam zu verteidigen – in Marikana, aber auch in den vielen lokalen Konflikten um Dienstleistungen, Wohnraum und Land. Marikana ist aber auch Symbol für Widerstand und – paradoxerweise – Hoffnung geworden: Die Streikenden haben sich nicht einschüchtern lassen, sie haben erfolgreich weiter gestreikt, Masseneintritte in die neue Gewerkschaft AMCU haben dazu geführt, dass die bisher größte Gewerkschaft der Mienenarbeiter, die NUM, als Verhandlungspartnerin abgelöst wurde, und das Marikana Solidaritätskomitee sorgt für politische und juristische Vertretung. Viele Fragen zur Zukunft der politischen, ökonomischen und sozialen Konflikte, zu den Trägern von Protest und Widerstand, zu neuen Bündnissen und Formationen sind offen. Spannend wird es 2014 auch, wenn sich die Dreier-Allianz bei den Wahlen stellen muss.

Wir dokumentieren einen Bericht von Peter Alexander über die Marikana-Gedenkfeier der Überlebenden, Angehörigen und UnterstützerInnen am 16. August 2013.

Corinna Genschel für die Redaktion

Es ist jedoch mittlerweile bekannt, dass Nathi Mthethwa, der Polizeiminister Südafrikas, sowohl von Zokwana, dem Vorsitzenden der NUM, als auch von der Polizeipräsidentin Riah Phiyega im Verlauf der Ereignisse über diese in Kenntnis gesetzt worden war. Weiterhin gibt es eine Aussage von Susan Shabangu, Ministerin für mineralische Rohstoffe, aus einer der mittlerweile berühmt gewordenen E-Mails des ANC-Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa. Dort zitiert er sie mit der Aussage, dass »es sich bei den Geschehnissen nicht um einen Arbeitskonflikt, sondern um einen kriminellen Akt« handle. Sie werde ihre »Deutung dessen, was wir hier durchstehen, korrigieren«. Anscheinend kündigte sie außerdem an, das Kabinett aufzusuchen, um den Präsidenten Jacob Zuma in Kenntnis zu setzen, sowie Mthethwa, den Polizeiminister, zum Handeln zu bewegen. Bisher haben weder Ramaphosa noch Shabangu diesen E-Mail-Wechsel bestritten. Die genannte Umdeutung der Ereignisse diente aber dazu, den maximalen Einsatz von Gewaltmitteln gegen die Streikenden zu rechtfertigen.

Die Regierung versteckt sich derzeit hinter der Farlan-Kommission. Diese solle feststellen, was wirklich in Marikana passiert ist. Sicher ist jedoch schon jetzt: Es waren nur zwei Akteure direkt an dem Massaker beteiligt, und nur diesen beiden kann theoretisch die Schuld zugesprochen werden. Ein Akteur war die Polizei, der andere Akteur waren diejenigen, die von der Kommission »Individuen und lose Gruppierungen« genannt werden: ein Code für die Streikenden. Letztere – die Gruppe der verletzten und verhafteten Minenarbeiter – werden in diesem Prozess juristisch von dem Anwalt Dali Mpofu vertreten. Präsident Zuma hat aus seiner Parteilichkeit keinen Hehl gemacht: Während das große Anwaltsteam der Polizei mit beträchtlichen Summen aus dem Staatssäckel bezahlt wird, erhält Mpofu nichts. Dadurch wird Gerechtigkeit verschleppt und es sieht immer mehr danach aus, als würde sie ganz verwehrt.

Bisher liegt die bedeutendste Intervention der Regierung seit Marikana darin, das Rahmenabkommen für eine nachhaltige Minenwirtschaft auf den Weg gebracht zu haben, unterzeichnet von den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Regierung. Auch hier ist die Positionierung der Regierung deutlich. Obwohl es als eine Art Friedensabkommen dargestellt wird, geht es tatsächlich viel weiter: Es ist ein Rahmenwerk für den Status quo. Kaum verwunderlich also, dass die AMCU als Vertreterin derjenigen, die davon am meisten betroffen sind – die Arbeiter des Platingürtels – ihre Unterschrift verweigert hat. Obwohl das Dokument ein Ergebnis des Blutvergießens ist, wird dort das Wort »Massaker« nicht einmal erwähnt. Auch das Wort »Marikana« fehlt gänzlich. Stattdessen wird die Polizei als Teil der Lösung gepriesen, als Hüterin von Recht und Ordnung. ArbeiterInnen erscheinen im Gegensatz dazu als potenzielle Übeltäter: Sie beteiligen sich an ungeschützten Streiks und veranstalten Protestaktionen, die gewalttätig werden können.

In dieser Darstellung der Probleme der Minenindustrie erscheinen ArbeiterInnen nicht als Menschen, deren Leben tagtäglich durch die Arbeitsbedingungen und die Missachtung von Sicherheitsbestimmungen in den Minen gefährdet wird. Sie erscheinen nicht als Menschen, die zum Umfallen erschöpft nach Hause kommen, weil ihre ohnehin schon anstrengen-



turbulentflow/ flickr

de Arbeit noch erschwert wird durch Zielvorgaben der Unternehmen, die sie de facto zwingen, zwölf Stunden und mehr pro Tag zu arbeiten. Diese Formen der Illegalität und der Gewalt werden in dem Dokument nicht benannt.

Während Streiks von ArbeiterInnen als Übel betrachtet werden, werden Streiks von »Investoren« naturalisiert. So heißt es zum Beispiel in Paragraph 3.4.6 des Abkommens, »die Arbeiterschaft verpflichtet sich dazu, mit Regierung und Wirtschaft zusammenzuarbeiten, um die Investitionsneigung zu verbessern«. Dies ist ein unverhohlen pro-kapitalistisches Dokument. Noch der kleinste Hoffnungsschimmer, dass ArbeiterInnen und ihre Familien vom Bergbau profitieren könnten, wird zunichte gemacht durch Paragraph 2.1.7: ein sogenanntes Leitprinzip verpflichtet die Parteien dazu »anzuerkennen, dass ökonomische Realitäten unsere Entscheidungsmöglichkeiten beschränken«. Es gibt auch nicht den kleinsten Hinweis darauf, dass Eigentum an Minen möglicherweise so organisiert werden könnte, dass sie der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommen und nicht nur einer winzig kleinen Minderheit.

Das Abkommen ignoriert außerdem das zentrale Thema der Löhne. Und das, obwohl Löhne den Kern der Konflikte in den Minen ausmachen. Die ArbeiterInnen in Marikana haben für Lohnerhöhungen gekämpft. Löhne motivierten die darauf folgende Welle ungeschützter Streiks.

Die Regierung mag nur wenig aus Marikana gelernt haben; die ArbeiterInnen jedoch haben wertvolle Erfahrungen gesammelt. Es gilt auch deshalb als Wendepunkt in der Geschichte Südafrikas, weil es eine Art Kristallisationspunkt war für die vielen lokalen Kämpfe um Löhne und um den Mangel an öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen. ArbeiterInnen in verschiedenen Teilen des Landes und in verschiedenen Industriezweigen fordern nun – wie in Marikana – eine Pauschalerhöhung.

Neue informelle Siedlungen wurden »Marikana« genannt. Ich habe Reinigungskräfte getroffen, die – wie die besser organisierten ArbeiterInnen – davon sprechen, »ein Marikana zu machen«. Das Wort selbst ist zum Synonym für militanten Widerstand geworden.

Indem die Regierung ihre Augen vor den wirklichen Problemen in Marikana verschließt – vor der Armut in den Bergarbeiter-Gemeinden, der ungleichen Reichtumsverteilung, der ungleichen Unterstützung der Anwälte –, blendet sie die immer größer werdende politische Kluft in Südafrika aus. Diese Kluft ist vor allem eine Klassenspaltung, und sie wird in den nächsten Monaten zu noch größeren Konflikten führen.

AMCU hat die Forderung des Streiks vom letzten Jahr aufgegriffen und fordert einen Monatslohn von 12 500 Rand für Gold- und PlatinarbeiterInnen. Hinter dieser Forderung werden sich die MinenarbeiterInnen vereinen. Und sie ist so weit von dem entfernt, was die Arbeitgeber bereit sind zu zahlen, dass es fast sicher zu einem großen Streik kommen wird. Das Mitleid mit den Unternehmen hält sich allerdings in Grenzen, wenn man sich vor Augen führt, dass der Wertverlust des Rand gegenüber dem Dollar von 20 Prozent für die Eigentümer eine 20-prozentige Einkommenssteigerung bedeuten, da Gold und Platin in Dollar bezahlt werden. Dem gegenüber sind die Verarmungsbehauptungen der Minenunternehmen scheinheilig, ihr Angebot von 5,5 Prozent Lohnerhöhung ist eine Provokation.

Das führt uns wieder zurück zu der Gedenkveranstaltung. Dort schaute man einerseits auf das Massaker von 2012 zurück, gleichzeitig blickte man aber auch nach vorne: darauf, wie das fortwährende Elend der ArbeiterInnen im wichtigsten Industriezweig des Landes angegangen werden kann. Das offizielle Motto des Tages hieß: »Sie starben für existenzsichernde Löhne. Der Kampf geht weiter«. Die Regierung hat nun die Wahl. Entweder nehmen sie sich der Belange der ArbeiterInnen an, oder der Kampf wird weitergehen. Die Gewaltbereitschaft der Polizei wird sicher dazu führen, dass wieder Blut fließt.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Global Labour Institutes: www.globallabour.info/en/2013/08/denial_and_division.html

ZUM WEITERLESEN:
HTTP://MARIKANA.INFO

LITERATUR

Alexander, Peter, Thapelo Lekgowa, Botsang Mmope, Luke Sinwell und Bongani Xwzwi 2013: *Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika*, Wien

Benya, Asanda 2013: Absent from the Frontline but not Absent from the Struggle. Women in Mining, in: *femina politica* 11, 144–147

---

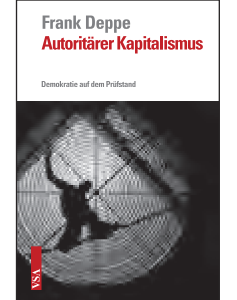
1 Da Frauen qua Gesetz von der Minenarbeit ausgeschlossen sind, waren die streikenden Minenarbeiter Männer. Das heißt nicht, dass Frauen nicht zentraler Teil des Streiks als Gesamtereignis waren (vgl. dazu Asanda Benya 2013).



an untrained eye/flickr

VSA: Gegenkräfte organisieren

Praxis verändern: www.vsa-verlag.de



Frank Deppe
Autoritärer Kapitalismus
Demokratie auf dem Prüfstand
304 Seiten I EUR 24.80
ISBN 978-3-89965-571-1
Frank Deppe untersucht das widersprüchliche Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie.



Dieter Klein
Das Morgen tanzt im Heute
Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
216 Seiten I € 16.80
ISBN 978-3-89965-568-1



Klaus Dörre / Anja Happ / Ingo Matuschek (Hrsg.)
Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen
Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben
288 Seiten I € 24.80
ISBN 978-3-89965-540-7



Bernhard Müller
Erosion der gesellschaftlichen Mitte
Mythen über die Mittelschicht I Zerklüftung der Lohnarbeit I Prekarisierung & Armut I Abstiegsängste
144 Seiten I € 14.80
ISBN 978-3-89965-496-7



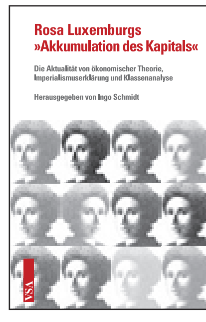
Detlef Wetzel (Hrsg.)
ORGANIZING
Die Veränderung der gewerkschaftlichen Praxis durch das Prinzip Beteiligung
320 Seiten I Mit Praxistipps auf CD I EUR 19.80
ISBN 978-3-89965-580-3



Michael Breidbach u.a.
Globale Unternehmen Lokale Interessenvertretung
Stahl-Betriebsräte: Bremen als Beispiel
384 Seiten I € 24.80
ISBN 978-3-89965-436-3



Joachim Hirsch/ Oliver Brüchert/ Eva-Maria Krampe u.a.
Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur
216 Seiten I € 18.80
ISBN 978-3-89965-577-3



Ingo Schmidt (Hrsg.)
Rosa Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals«
168 Seiten I € 16.80
ISBN 978-3-89965-557-5

Vier linke Zeitschriftenprojekte:



monatlich 64 Seiten + jeden 2. Monat ein Supplement. Abo: 62,- € (erm.: 44,- €); 3 Hefte als Probeabo: 10,- €. Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:
www.sozialismus.de



Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: **www.wissentransfer.info**

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: **www.zeitschrift-LUXEMBURG.de**

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: **www.prager-fruehling-magazin.de**

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: **www.transform-network.org**

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-866-8

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, fried@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Karin Gabbert, Corinna Genschel, Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
An dieser Ausgabe haben außerdem mitgearbeitet: Sarah Bormann, Johanna Bussemer, Horst Kahrs, Tadzio Müller, Katharina Pühl, Thomas Sablowski, Silke Veth, Moritz Warnke, Florian Wilde und Fanny Zeise.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Doppelheft 3,4/2013: 15 Euro zzgl. Versand
Abonnement: ab 1/2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Beilage: Lettre International

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-40, Fax: +49 (0)40 28095277-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: Lena Ziyal
Graphik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus